

MONATSBERICHT

**OKTOBER
2005**

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR

FEBRUAR

57. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 20. Oktober 2005.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
---------------------	---

Konjunkturlage	5
----------------	---

Öffentliche Finanzen	8
----------------------	---

<i>Kritische Haushaltslage erfordert einschneidende Konsolidierung</i>	9
--	---

Wertpapiermärkte	11
------------------	----

Zahlungsbilanz	13
----------------	----

Die Finanzbeziehung Deutschlands zum EU-Haushalt	17
---	----

<i>Analyse der nationalen Netto- Beiträge zum EU-Haushalt</i>	22
---	----

Ertragslage und Finanzierungs- verhältnisse deutscher Unternehmen – eine Untersuchung auf neuer Datenbasis	33
---	----

<i>Methodische Erläuterungen zur Unternehmensbilanzstatistik</i>	48
--	----

Neue Transparenzregeln für Kreditinstitute	73
---	----

<i>Publizitätspflichten aus dem Kapital- marktrecht</i>	79
---	----

<i>Neue Transparenzregeln für Kredit- institute</i>	84
---	----

Risikoneigung in einem dynamischen Finanzmarktumfeld	91
---	----

<i>Neue Indikatoren zur Messung der Risikoneigung</i>	102
---	-----

Statistischer Teil 1*

Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*

Übersicht über Veröffentlichungen
der Deutschen Bundesbank 77*

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die Geschäftsaktivitäten der Industrie haben sich nach einer kräftigen Verbesserung zu Beginn des dritten Quartals im August etwas beruhigt. Sowohl der Auftragseingang als auch die Produktion waren zuletzt saison- und kalenderbereinigt etwas schwächer als im Juli. Hierbei ist aber die besondere Lage der Sommerferien zu berücksichtigen. Im Vergleich zum längerfristigen Mittel gab es nämlich im Juli relativ wenige Ferientage, im August dagegen viele. Daher dürften die saison- und kalenderbereinigten Veränderungsdaten den konjunkturellen Verlauf im Juli etwas überzeichnet und im August eher unterzeichnet haben.

*Grund-
tendenzen*

Der Durchschnitt der Monate Juli/August übertraf das Volumen der Geschäftsabschlüsse vom zweiten Quartal um 4 ½ %. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum entspricht dies kalenderbereinigt einer Zunahme von 6 ½ %.

*Auftrags-
eingang*

Nach dem starken Plus im Juli, bei dem auch Großaufträge im Spiel waren, kamen im August insbesondere aus dem Ausland weniger Bestellungen. Den größten Rückgang verzeichnete hier der Investitionsgütersektor, der im Juli besonders kräftig zugelegt hatte. Im Juli/August zusammen genommen lagen die Geschäftsabschlüsse mit der internationalen Kundschaft saisonbereinigt um 6 ¾ % über dem Niveau des zweiten Vierteljahres.

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie 1)			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2004 4. Vj.	104,7	98,2	112,8	72,9
2005 1. Vj.	104,4	95,1	116,0	67,3
2. Vj.	105,2	96,9	115,7	70,6
Juni	107,6	99,5	117,7	71,6
Juli	112,0	99,6	127,5	73,9
Aug.	107,8	98,4	119,6	77,9
Produktion; 2000 = 100				
	Industrie 2)			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten 3)	
2004 4. Vj.	103,0	104,3	106,0	79,3
2005 1. Vj.	104,9	105,3	108,0	72,7
2. Vj.	105,5	106,2	109,3	74,1
Juni	106,4	106,7	111,2	75,5
Juli	107,4	107,6	111,5	76,1
Aug.	105,6	107,6	107,6	76,9
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige 4)	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in % 5)
	Anzahl in 1 000			
2005 1. Vj.	38 838	328	4 848	11,7
2. Vj.	38 901	392	4 867	11,7
3. Vj.	...	444	4 813	11,6
Juli	38 957	421	4 809	11,6
Aug.	38 993	443	4 796	11,6
Sept.	...	468	4 835	11,7
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte 6)	Bau- preise 7)	Ver- braucher- preise
		2000 = 100		
2005 1. Vj.	99,0	108,6	102,5	107,2
2. Vj.	100,3	110,0	102,5	107,9
3. Vj.	...	111,3	102,7	108,7
Juli	102,3	110,9	.	108,3
Aug.	102,6	111,3	.	108,6
Sept.	...	111,8	.	109,3

* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-
teilen. — 4 Inlandskonzept. — 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 6 Im Inlandsabsatz. — 7 Eigene Berechnung; nicht saisonbereinigt. Stand zur Quartalsmitte.

Deutsche Bundesbank

Der Auftragseingang aus dem Inland setzte seine verhaltene Aufwärtstendenz fort. Im Durchschnitt des Zeitraums Juli/August lagen die Inlandsbestellungen um 2 % über dem zweiten Vierteljahr, in dem die Zunahme ebenfalls 2 % betragen hatte.

Die Produktion in der Industrie ist im August um 1¼ % zurückgegangen. Der Anstieg verlangsamte sich im Vorjahrsvergleich auf 2¼ %. Wegen der besonderen Ferieneinflüsse ist der Zweimonatsdurchschnitt aussagekräftiger, in dem die Produktion um 1 % gegenüber dem zweiten Quartal ausgeweitet werden konnte. Der Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum betrug 3 %. Besonders ausgeprägt war im August der Rückgang bei den Herstellern von Investitionsgütern, die im Juli ein Plus zu verzeichnen hatten. Auch die Erzeugung von Konsumgütern war geringer als im Juli. Dagegen blieb die Produktion von Vorleistungsgütern unverändert.

Erzeugung
Bauhauptgewerbe

In der Bauwirtschaft hat sich die leichte Aufhellung der Lage seit Jahresmitte fortgesetzt. So hat sich die Baunachfrage im Juli/August deutlich erhöht, so dass sie den Vorjahrsstand um 4 % übertraf. Die Besserung der Auftragslage fand im Juli insbesondere beim öffentlichen Straßenbau statt. Im August nahmen die Aufträge von Seiten gewerblicher Auftraggeber, zu denen auch Bahn und Post zählen, zu. Hierbei spielten Großaufträge eine Rolle. Der Wohnungsbau blieb nach einem leichten Plus im Juli zuletzt nahezu unverändert.

Nachfrage

Produktion

Die Produktion des Bauhauptgewerbes ist im August saisonbereinigt erneut gestiegen. Der Rückstand gegenüber dem Vorjahr hat sich zwar verringert, bleibt aber groß. Wegen des Ferientage-Effekts könnte die konjunkturelle Zunahme noch etwas unterzeichnet worden sein. Der Durchschnitt des Zweimonatszeitraums Juli/August übertraf saisonbereinigt das zweite Vierteljahr um $3\frac{1}{4}\%$. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum betrug das Minus $3\frac{3}{4}\%$.

Gesamtwirtschaft

Erste Einschätzung für das dritte Quartal

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte nach den bisher vorliegenden Daten – vor allem zur Entwicklung in der Industrie, der Bauwirtschaft, im Handel sowie im Außenwirtschaftsverkehr – im dritten Vierteljahr 2005 saison- und kalenderbereinigt deutlich gewachsen sein. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft hat sich damit in den Sommermonaten nach der Seitwärtsbewegung im zweiten Quartal fortgesetzt. Kräftige Impulse gingen dabei von der Industrie aus, die im Gefolge des Auftragschubs insbesondere aus dem Ausland ihre Erzeugung spürbar ausweitete. Dies schlug sich bereits in einer deutlichen Zunahme der Exporte nieder. Der rechnerische Wachstumsbeitrag der außenwirtschaftlichen Seite wurde jedoch durch den ebenfalls merklichen Anstieg der Importe gedämpft. Eine positive Entwicklung war bei den Anlageinvestitionen zu verzeichnen. So dürfte sich die Belegung der Ausrüstungsinvestitionen weiter fortgesetzt haben, und auch die Bauaktivitäten könnten über das Niveau des zweiten Quartals hinausgegangen sein. Die Konsumnach-

frage der privaten Haushalte hingegen blieb insgesamt weiterhin schwach.

Arbeitsmarkt

Die Anzahl der im Inland erwerbstätigen Personen hat sich im August nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes weiter leicht auf saisonbereinigt 38,99 Millionen erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr waren 113 000 Personen mehr in Beschäftigung. Die Zunahme im Sommer geht vor allem auf einen Anstieg der Zahl der Saisonarbeitskräfte und – besonders im August – auf eine größere Anzahl von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) zurück.

Erwerbstätigkeit

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit im September gestiegen. Saisonbereinigt waren im September 4,84 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Die Zunahme ist allerdings ausschließlich auf den statistischen Sondereffekt der verzögerten erstmaligen Einbeziehung von Arbeitslosengeld II-Empfängern der Optionskommunen zurückzuführen. Ohne diesen Effekt, der in Westdeutschland mit dem Schwerpunkt der Optionskommunen eine größere Rolle spielt als in Ostdeutschland, wäre die Arbeitslosigkeit weiter leicht zurückgegangen. Entsprechend hat sich die Arbeitslosenquote in der Abgrenzung der Bundesanstalt für Arbeit auf 11,7% erhöht.

Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbslosen, die vom Statistischen Bundesamt nach ILO-Kriterien im Rahmen einer Telefonumfrage ermittelt wird, ist im August saisonbereinigt auf 3,98 Millionen

gestiegen, so dass sich die Quote von 9,0% im Juli auf 9,3% vergrößert hat. Diese Zunahme dürfte zu einem großen Teil mit der vergleichsweise höheren Zahl von Ferientagen im August im Zusammenhang stehen, was Einstellungen verzögert hat.

Preise

*Internationale
Ölpreise*

Die internationalen Energiemärkte standen im September unter dem Einfluss der Auswirkungen tropischer Wirbelstürme im Golf von Mexiko. Nachdem die Notierungen für Rohöl der Marke Brent auf dem Spotmarkt in Rotterdam Anfang September mit 67 ½ US-\$ je Barrel einen neuen Höchststand erreicht hatten, kam es im Gefolge des Hurrikans „Rita“ zu einem erneuten Zwischenhoch bei 65 ¾ US-\$. Ende September notierte das Barrel bei 63 ½ US-\$. Anfang Oktober zeichnete sich eine weitere Entspannung ab. Noch stärker als die Rohölpreise reagierten die Notierungen für Benzin auf die Wirbelstürme. Der Großhandelspreis für Benzin in Rotterdam hat sich von 646 US-\$ pro Tonne im August auf 704 US-\$ pro Tonne im September erhöht. Mitte Oktober lag die Notierung bei 560 US-\$.

*Verbraucher-
preise*

Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe war im September stark von den Energiepreisen und der Anhebung der Tabaksteuer geprägt. Gegenüber dem Vormonat haben sich die Tabakwaren um 6,1% verteuert. Dies entspricht rechnerisch einem Beitrag von knapp 0,2 Prozentpunkten. Bei der Energiekomponente erhöhten sich insbesondere die Preise für leichtes Heizöl und Kraftstoffe,

die nunmehr um rund 24 ½% über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Daneben verteuerte sich Bekleidung binnen Monatsfrist recht deutlich, was mit dem Übergang von der Sommer- zur Herbst-Kollektion zusammenhängen dürfte. Im Vergleich zum Vorjahr aber waren Bekleidungsartikel noch um 1,9% billiger. Die Preise für Dienstleistungen sind hingegen saisonbereinigt etwas gesunken. Ausschlaggebend hierfür waren preiswerter gewordene Pauschalreisen.

Insgesamt haben sich die Verbraucherpreise im September saisonbereinigt um 0,6% verteuert. Die Vorjahrsrate betrug 2,5%, nach 1,9% im August. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg binnen Jahresfrist um 2,6%.

Öffentliche Finanzen

Verschuldung der Gebietskörperschaften

Das Defizit der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages belief sich gemäß der jüngsten Notifikation zum 1. September in 2004 auf 81,2 Mrd € oder 3,7% des Bruttoinlandsprodukts (2003: 4,1%). Die konsolidierte Gesamtverschuldung betrug zum Vorjahrsende 1,451 Billionen €. Damit stieg die gesamtstaatliche Schuldenquote gegenüber 2003 um 1,6 Prozentpunkte auf 66,4%. Dieses Gesamtbild bestätigt den immensen Konsolidierungsbedarf, dem sich die öffentlichen Haushalte in

*Maastricht-
Defizit und
-Schuldenstand
2004 gemäß
Herbst-
Notifikation*

Kritische Haushaltslage erfordert einschneidende Konsolidierung

Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist äußerst kritisch. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird im laufenden Jahr zum vierten Mal in Folge über 3 % hinausgehen. Dabei ist der ganz überwiegende Teil dieser Defizite struktureller Natur und nicht etwa Ausdruck einer vorübergehenden, ungünstigen Konjunkturlage. Die Schulden stiegen von 59,6 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2001 auf 66,4 % im vergangenen Jahr beziehungsweise um mehr als 200 Mrd € auf nahezu 1,5 Billionen €. Sie nehmen derzeit weiter stark zu.

Selbst in einem Umfeld historisch niedriger Zinsen haben der Bund, aber auch viele Länder und eine große Anzahl von Gemeinden erhebliche Schwierigkeiten, die ohnehin relativ großzügigen nationalen haushaltsrechtlichen Kreditobergrenzen einzuhalten. Die strukturelle Neuverschuldung liegt zum Teil erheblich über den regulären Obergrenzen, die an den investiven Ausgaben anknüpfen. Häufig wurden die Vorgaben nur durch den wiederholten Rückgriff auf Ausnahmeklauseln und nicht zuletzt durch Vermögensveräußerungen sowie die Ausnutzung anderer problematischer Spielräume formal erfüllt. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen für den Gesamtstaat sogar negative Netto-Investitionen aus. Auch die Finanzlage der Sozialversicherungen bleibt angespannt.

Nachdem Deutschland die europäischen Vorgaben sowohl für die Defizite als auch für die Schulden seit 2002 verletzt hatte und die eigentliche Korrekturfrist für das übermäßige Defizit 2004 abgelaufen war, verpflichtete sich die Bundesregierung noch im Januar dieses Jahres gegenüber den europäischen Partnerstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um 2005 die 3 %-Grenze wieder einzuhalten. Es ist zweifelhaft, dass die jetzt erwartete Überschreitung des Referenzwertes auf Grund der im Frühjahr erfolgten deutlichen Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit einer unerwarteten gesamtwirtschaftlichen Eintrübung gerechtfertigt werden kann.

Deutschland sollte alles unternehmen, um die Defizitgrenze im kommenden Jahr wieder einzuhalten. Nur so kann verhindert werden, dass

bereits kurz nach der Verabschiedung der Änderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts Präzedenzfälle geschaffen werden, die es erlauben, die Defizitvorgaben für viele Jahre zu verletzen, ohne dass dies zu merklichen Konsequenzen führt. Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verlangt bis zum Erreichen eines strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalts eine um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte Defizitrückführung von jährlich mindestens 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Um diese Mindestanforderung zu erfüllen, muss das Wachstum der Ausgaben der Gebietskörperschaften auf absehbare Zeit strukturell um rund zwei Prozentpunkte hinter dem Anstieg der Einnahmen zurückbleiben.

Die erforderliche Haushaltskonsolidierung sollte dabei in ein konsistentes Reformpaket, das auch die Sozialversicherungssysteme einschließt, und in eine vorsichtige Finanzplanung eingebettet sein, um nicht zuletzt bei den Konsumenten und Investoren verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Wachstumsstärkende Struktur-reformen – insbesondere mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt – müssen gleichfalls zur Erhöhung der Beschäftigung beitragen und damit den Abbau der Staatsdefizite unterstützen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist kein Selbstzweck, sondern unter anderem auch deswegen dringend erforderlich, um zukünftigen Generationen, die auf Grund der demographischen Entwicklung ohnehin wachsende Lasten zu tragen haben, nicht zusätzlich hohe Staatsschulden aufzubürden. Nur so lassen sich auf Dauer Belastungen des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung durch exzessive Defizite vermeiden und künftig Haushaltsspielräume zurückgewinnen. Nicht zuletzt gehört finanzpolitische Disziplin zu den Rahmenbedingungen einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. Solide öffentliche Finanzen sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das Europäische System der Zentralbanken dauerhaft Preisstabilität bei relativ niedrigen Zinsen gewährleisten kann.

Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Mrd €

Kreditnehmer	2004		2005	
	insgesamt	darunter: Jan./Aug.	Jan./ Aug. ts)	Aug. ts)
Bund 1)	+ 43,9	+ 57,1	+ 27,9	- 11,0
Länder	+ 24,9	+ 20,0	+ 18,3	+ 3,2
Gemeinden 2) ts)	+ 4,6	+ 3,1	+ 2,7	+ 0,3
ERP-Sondervermögen	- 1,1	- 0,7	- 2,0	- 0,6
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 72,3	+ 79,5	+ 46,9	- 8,2

1 Einschl. der hier nicht ausgewiesenen Sondervermögen. —
2 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

Deutschland gegenübersehen (siehe Erläuterungen auf S. 9).

August

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften nahm im August um 8,2 Mrd € ab. Ausschlaggebend hierfür waren Tilgungen beim Bund (- 11 Mrd €). Diesem Rückgang stand allerdings ein noch umfangreicherer Abbau der Geldmarkteinlagen gegenüber (- 13,1 Mrd €). Die Rückführung der Kapitalmarktverbindlichkeiten konzentrierte sich vor allem auf die Bundesobligationen (- 14,2 Mrd €). Planmäßig zurückgezahlt wurde die noch mit einem Kupon von 5 % ausgestattete Serie 136 vom August 2000. Hingegen erhöhte sich insbesondere der Umlauf von Anleihen. Unter Berücksichtigung von Marktpflegetransaktionen stieg das ausstehende Volumen um insgesamt 7,8 Mrd €. Auf die

zweite Aufstockung eines zehnjährigen Papiers vom Mai entfielen 5,3 Mrd € bei einer Emissionsrendite von 3,24 %. Am Geldmarkt wurden die Verbindlichkeiten um 4,6 Mrd € zurückgeführt. Die Länder weiteten ihre Verschuldung per saldo um 3,2 Mrd € aus. Dabei deckten sie den überwiegenden Teil ihres Mittelbedarfs über Kassenkredite (+2,6 Mrd €). Die Gesamtverschuldung der Gemeinden dürfte im August weiter leicht zugenommen haben. Bei den nicht in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen wurden Bankkredite des ERP im Umfang von 0,6 Mrd € zurückgezahlt.

Verschuldung des Bundes

Im September 2005 weitete der Bund seine Verbindlichkeiten um insgesamt 6,3 Mrd € aus. Ein Gegengewicht hierzu bildete freilich die Aufstockung der Geldmarkteinlagen in annähernd gleichem Umfang (+6,1 Mrd €). Bei der Netto-Neuverschuldung entfiel der Hauptteil auf den Geldmarkt (+4,6 Mrd €). Am Kapitalmarkt beschaffte sich der Bund zwar brutto 20,5 Mrd €. Dem stand jedoch ein Tilgungsvolumen von insgesamt 18,8 Mrd € gegenüber. Der Schwerpunkt der Mittelaufnahme lag vor allem auf den Bundesobligationen (+6,3 Mrd €). Durch die erstmalige Ausgabe der Serie 147 wurden allein 5,9 Mrd € bei einer Emissionsrendite von 2,57 % eingenommen. Hingegen wurde das ausstehende Volumen an Schatzanweisungen um 4,1 Mrd € zurückgeführt. Ausschlaggebend hierfür war die Tilgung eines fälligen Papiers von 2003 im Umfang von 12 Mrd €. Durch die Neuemission eines zweijährigen Titels beschaffte sich der Bund 7 Mrd €. Während das

Im
September...

ausgelaufene Papier noch mit einem Kupon von 2,5 % ausgestattet war, konnte sich der Bund bei einer Emissionsrendite von 2,2 % wiederum günstiger refinanzieren. Bankkredite wurden im Umfang von 0,4 Mrd € abgebaut.

... und in den
ersten drei
Quartalen

In den ersten drei Quartalen nahm der Bestand an Fremdmitteln des Bundes um 34,4 Mrd zu. Auf Grund der stärkeren Inanspruchnahme des Geldmarkts stieg der Anteil der Geldmarktkredite an der Gesamtschuld des Bundes auf über 2 %. Bei der Netto-Neuverschuldung kam der Ausgabe von Anleihen die mit Abstand größte Bedeutung zu. Damit erhöhte sich deren Anteil an der Gesamtschuld leicht auf 58 %. Hingegen nahm das relative Gewicht der Bundesobligationen (gut 18 %) entgegen dem Trend der vergangenen Jahre wieder ab. Der Anteil der Schatzanweisungen erhöhte sich wie in den Vorjahren weiter und beläuft sich mittlerweile auf 12 %, während die Bedeutung der Darlehen von Kreditinstituten (2 %) weiter abnahm.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Absatz von
Rentenwerten

Im August ist das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt auf 82,8 Mrd € zurückgegangen, nachdem inländische Schuldner im Juli noch Anleihen im Kurswert von 113,7 Mrd € begeben hatten. Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen verringerte sich der Umlauf inländischer Schuldverschreibungen um 4,6 Mrd €, während im Vormonat

Marktmäßige Nettokreditaufnahme des Bundes

Mrd €; 2005

Position	September		Januar/ September	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Veränderung der Geldmarktverschuldung	4,6	4,6	9,5	9,5
Veränderung der Kapitalmarktverschuldung insgesamt 1)	20,5	1,8	169,3	24,9
Unverzinsliche Schatzanweisungen	6,1	0,1	55,2	1,6
Finanzierungsschätze	0,1	-0,0	0,6	-0,0
Schatzanweisungen	7,9	-4,1	42,6	6,7
Bundesobligationen	6,3	6,3	22,2	-5,6
Bundesschatzbriefe	0,0	-0,1	0,9	0,2
Anleihen	-0,0	-0,0	46,3	30,0
Bankkredite	0,2	-0,4	1,6	-6,7
Darlehen von Nichtbanken	-	-	-	-0,1
Sonstige Schulden	-	-	-	-1,1
Kreditaufnahme insgesamt	25,1	6,3	178,8	34,4

1 Nachrichtlich: Kreditaufnahme gemäß Planungen des Bundes im Gesamtjahr 2005: brutto 216,1 Mrd €, netto 22,0 Mrd €.

Deutsche Bundesbank

noch Papiere für 8,7 Mrd € abgesetzt worden waren. Ausländische Anleihen wurden im Inland netto für 5,6 Mrd € verkauft, so dass sich der gesamte Absatz am deutschen Rentenmarkt auf 1,0 Mrd € belief.

Ausschlaggebend für die Netto-Tilgungen deutscher Rentenwerte waren der geringe Neuabsatz der Kreditinstitute und hohe Tilgungsverpflichtungen der öffentlichen Hand. Per saldo wurden Bankschuldverschreibungen für lediglich 1,9 Mrd € begeben. Im August haben dabei im Wesentlichen Spezialkreditinstitute Schuldverschreibungen am Markt untergebracht (5,0 Mrd €), während der Umlauf öffentlicher Pfandbriefe wie schon im Vormonat zurückging (-3,1 Mrd €).

Bankschuldverschreibungen

Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Position	2004		2005	
	August		Juli	August
Absatz inländischer Rentenwerte ¹⁾	12,7		8,7	- 4,6
darunter:				
Bankschuldverschreibungen	4,0		- 5,2	1,9
Anleihen der öffentlichen Hand	9,2		15,6	- 5,9
Ausländische Rentenwerte ²⁾	5,1		- 6,1	5,6
Erwerb				
Inländer	- 0,2		- 13,0	3,6
Kreditinstitute ³⁾	4,9		- 5,5	3,0
Nichtbanken ⁴⁾	- 5,1		- 7,5	0,6
darunter:				
inländische Rentenwerte	- 7,0		- 8,6	- 1,2
Ausländer ²⁾	18,0		15,7	- 2,6
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	17,8		2,7	1,0

¹ Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — ² Transaktionswerte. — ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. — ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Anleihen der öffentlichen Hand

Bund und Länder führten ihre Kapitalmarktverschuldung im August per saldo um 5,9 Mrd € zurück. Der Umlauf der fünfjährigen Obligationen des Bundes nahm um 13,9 Mrd € ab, insbesondere wegen der Tilgung der ersten großvolumigen Emission, die zur Schaffung einer höheren Liquidität im Sekundärmarkt mehrfach aufgestockt worden war. Kurzlaufende Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) wurden für netto 0,3 Mrd € zurückgenommen; die Länder tilgten im Ergebnis eigene Schuldverschreibungen im gleichen Betrag. Die zehnjährigen „Benchmark“-Anleihen des Bundes wurden per saldo für 7,6 Mrd € abgesetzt; der größte Teil davon ist auf eine Aufstockung der im Mai 2005 emittierten Bundesanleihe um 6,0 Mrd € zurückzuführen. Der Umlauf dreißigjähriger Anleihen nahm um 0,8 Mrd € zu,

zweijährige Schatzanweisungen wurden für netto 0,4 Mrd € abgesetzt.

Die Verschuldung der nichtfinanziellen Unternehmen am deutschen Rentenmarkt nahm im August um 0,6 Mrd € ab. Dabei haben diese im Ergebnis ausschließlich kurzlaufende Commercial Paper im Wert von 1,3 Mrd € getilgt, Industrieobligationen mit Laufzeiten von über einem Jahr wurden für 0,7 Mrd € begeben.

Unternehmensanleihen

Auf der Anlegerseite ist es auf Grund der hohen Netto-Tilgungen im Bereich öffentlicher Anleihen zu Gewichtsverschiebungen in den Anleiheportefeuilles gekommen. So engagierten sich ausländische Investoren zwar mit 2,7 Mrd € in Papieren privater Schuldner, ihre Bestände an öffentlichen Titeln ließen sie aber per saldo um 5,3 Mrd € abschmelzen. Auch inländische Nichtbanken schichteten aus Anleihen der öffentlichen Hand (- 3,3 Mrd €) in Papiere privater (2,1 Mrd €) und ausländischer (1,8 Mrd €) Emittenten um. Lediglich die Kreditinstitute nahmen öffentliche Schuldverschreibungen per saldo mit 2,8 Mrd € in ihren Bestand auf. Sie investierten ferner 3,8 Mrd € in ausländische Rentenwerte und gaben Bankschuldverschreibungen für 3,9 Mrd € ab.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Aktienmarkt

Die Emissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt blieb im August mit einem Kurswert von 0,2 Mrd € weiterhin schwach. Ausländische Dividendenwerte wurden für netto 1,1 Mrd € abgesetzt. Erworben wurden Aktien von inländischen Kreditinstituten (2,6 Mrd €)

Aktienabsatz und -erwerb

und Ausländern (0,9 Mrd €), während heimische Nichtbanken per saldo für 2,3 Mrd € Aktien verkauften.

Anteile an Investmentfonds

Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds

Den inländischen Investmentfonds flossen im August mit 4,0 Mrd € nur etwa halb so viele Mittel zu wie im Vormonat. Institutionelle Anleger überließen den Spezialfonds 2,2 Mrd € zur Verwaltung, die ausschließlich in Gemischten Fonds angelegt wurden. Innerhalb der Publikumsfonds verzeichneten die Rentenfonds und Aktienfonds Mittelzuflüsse in Höhe von 0,9 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd €. Erworben wurden Anteilscheine von Investmentfonds zum größten Teil von Nichtbanken (5,4 Mrd €), die ihre Anlagen hälftig auf in- und ausländische Zertifikate aufteilten.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz schloss im August mit einem Plus von 2,5 Mrd € und lag damit um 5,1 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Zu diesem Rückgang haben die Verringerung des Aktivsaldos in der Handelsbilanz und die Ausweitung des Defizits im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfasst, beigetragen.

Außenhandel

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm der Überschuss im Außenhandel im August um 2,9 Mrd € gegenüber Juli auf 11,6 Mrd € ab. Nach Aus-

schaltung von Saisoneinflüssen wurde ein Rückgang um 1 Mrd € auf 12 ½ Mrd € verzeichnet. Ausschlaggebend dafür war die kräftige Zunahme der wertmäßigen Wareneinfuhren um 6 % gegenüber dem Vormonat, die den Anstieg der Warenausfuhren (3 ½ %) deutlich übertraf. Im Dreimonatsvergleich (Juni bis August zusammen genommen) wuchsen die nominalen Importe mit 4 % nur geringfügig stärker als die Exporte (3 ½ %), wobei die Expansion der Importwerte zu einem großen Teil auf Preiserhöhungen zurückging.

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen erhöhte sich im August auf 7,5 Mrd €, nach 5,6 Mrd € im Vormonat. Diese Ausweitung ist vor allem auf die ferienbedingte Zunahme des Passivsaldos in der Dienstleistungsbilanz zurückzuführen, der um 2,1 Mrd € auf 5,7 Mrd € anstieg. Gleichzeitig fielen die Netto-Einnahmen aus grenzüberschreitenden Faktorentgelten im August mit 0,2 Mrd € etwas niedriger aus als im Juli (0,6 Mrd €). Demgegenüber verringerte sich der Passivsaldo bei den laufenden Übertragungen leicht um 0,5 Mrd € auf 2,1 Mrd €.

Im August führte der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr zu Netto-Kapitalexporten (11,0 Mrd €, nach zum Teil hohen Netto-Kapitalimporten in den Vormonaten). Maßgeblich hat dazu der Wertpapiererwerb hiesiger Portfolioinvestoren in Höhe von 10,1 Mrd € beigetragen, nachdem hier im Juli noch per saldo Anlagen liquidiert worden waren (1,7 Mrd €). Das Hauptaugenmerk der inländischen Anleger lag auf Rentenwerten (4,0 Mrd €) und Investmentzertifikaten (3,0 Mrd €).

*„Unsichtbare“
Leistungs-
transaktionen*

*Wertpapier-
verkehr*

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €			
Position	2004	2005	
	Aug.	Juli	Aug.
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel 1)			
Ausfuhr (fob)	55,9	64,5	63,4
Einfuhr (cif)	45,0	50,0	51,9
Saldo	+ 11,0	+ 14,5	+ 11,6
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	60,8	65,0	67,3
Einfuhr (cif)	48,5	51,6	54,7
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 2)	- 1,2	- 1,3	- 1,6
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	9,6	10,9	10,3
Ausgaben	14,3	14,5	16,0
Saldo	- 4,7	- 3,6	- 5,7
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	1,1	0,8	1,2
Eigene Leistungen	3,6	3,4	3,3
Saldo	- 2,5	- 2,6	- 2,1
Saldo der Leistungsbilanz	+ 2,8	+ 7,6	+ 2,5
II. Vermögensübertragungen (Saldo) 3)	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
Direktinvestitionen	- 4,3	- 3,4	- 2,6
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 0,0	- 0,0	- 2,4
Ausländische Anlagen im Inland	- 4,4	- 3,3	- 0,2
Wertpapiere	+ 12,7	+ 20,4	- 11,0
Deutsche Anlagen im Ausland	- 6,2	+ 1,7	- 10,1
darunter:			
Aktien	+ 0,3	- 0,8	- 1,4
Rentenwerte	- 0,3	+ 6,8	- 4,0
Ausländische Anlagen im Inland	+ 18,9	+ 18,8	- 0,9
darunter:			
Aktien	+ 0,0	+ 1,2	+ 0,9
Rentenwerte	+ 17,6	+ 13,8	- 3,4
Finanzderivate	- 1,9	+ 0,5	- 3,3
Kreditverkehr	- 14,8	- 23,0	+ 12,1
Monetäre Finanzinstitute 4)	- 0,3	- 9,1	+ 13,6
darunter kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	+ 0,4	- 1,6	+ 5,3
Staat	+ 1,4	- 10,8	+ 14,4
Bundesbank	- 16,2	- 1,5	- 21,1
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,2	- 0,6	- 0,2
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 8,4	- 6,0	- 4,9
IV. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 5)	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,9
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 5,0	- 2,0	+ 1,6

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ohne Bundesbank — 5 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Sie haben aber auch Aktien und Geldmarktpapiere in nennenswertem Umfang erworben (1,4 Mrd € bzw. 1,6 Mrd €). Ausländer veräußerten dagegen im Ergebnis deutsche Wertpapiere (0,9 Mrd €). Dabei haben sie vor allem ihren Bestand an öffentlichen Anleihen per saldo stark zurückgeführt (6,8 Mrd €), nahmen aber im Gegenzug private Anleihen in ihre Portefeuilles auf (3,4 Mrd €).

Auch im Bereich der Direktinvestitionen kam es zu Netto-Kapitalexporten, und zwar in Höhe von 2,6 Mrd €. Ausschlaggebend war, dass inländische Muttergesellschaften ihren Niederlassungen im Ausland neues Beteiligungskapital zur Verfügung stellten (2,0 Mrd €). Über den konzerninternen Kreditverkehr flossen ebenfalls Mittel an die ausländischen Tochterunternehmen (1,3 Mrd €). Die Transaktionen ausländischer Direktinvestoren führten per saldo zu geringfügigen Mittelabflüssen (0,2 Mrd €). Diese waren unter anderem auf die Gewährung kurzfristiger Finanzkredite an ausländische Muttergesellschaften zurückzuführen.

Im unverbrieften Kreditverkehr der Nichtbanken flossen im August per saldo Mittel in Höhe von 19,7 Mrd € zu. Mit netto 14,4 Mrd € spielten in diesem Segment, wie schon im Vormonat, die Finanzdispositionen staatlicher Stellen eine herausragende Rolle. Im August haben diese kurzfristige Gelder abgerufen, die sie im Vormonat auf ausländischen Bankkonten „geparkt“ hatten. Unternehmen und Privatpersonen repatriierten im Berichtsmont Mittel in Höhe von 5,3 Mrd €. Der Kreditverkehr des Bankensystems wies – gleichsam als Reflex aller übrigen Zahlungsbilanz-

Direktinvestitionen

Kreditverkehr

transaktionen – per saldo Kapitalexporte aus (7,5 Mrd €). Durch die grenzüberschreitenden Transaktionen der Kreditinstitute flossen 13,6 Mrd € aus dem Ausland zu, während bei der Bundesbank insbesondere Forderungszugänge im Rahmen des Großbetragszahlungs-

verkehrssystems TARGET zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 21,1 Mrd € führten.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im August – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,9 Mrd € gefallen.

*Währungs-
reserven*

Die Finanzbeziehung Deutschlands zum EU-Haushalt

Die mittelfristige Finanzplanung der EU für die Jahre 2007 bis 2013 steht spätestens im Jahr 2006 zur Entscheidung an. Dabei stellt sich die Situation, nicht zuletzt durch die Erweiterung um Länder, die in ihrer Mehrzahl eine weit unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft aufweisen, deutlich verändert dar.

Mit der Finanzplanung ist zum einen über die Höhe und Struktur der künftigen Ausgaben und zum anderen über die Regeln zu deren Finanzierung zu entscheiden. Die Finanzierungsregeln und die ausgabenseitigen Entscheidungen bestimmen letztlich die Netto-Zahlerposition eines Landes. Deutschland leistet den höchsten absoluten Finanzierungsbeitrag zum EU-Haushalt. Im Jahr 2004 waren dies 8 ½ Mrd €. Insbesondere auf Grund der im Vergleich zum EU-Durchschnitt geringen Bedeutung der Landwirtschaft in Deutschland zählt die Bundesrepublik auch gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft zu den größten Netto-Finanzierern des EU-Haushalts.

In diesem Aufsatz wird die Finanzbeziehung Deutschlands zum EU-Haushalt dargestellt. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der EU-Finzen in den vergangenen Jahren und die Planungen für das laufende und das kommende Jahr werden die Kommissionsvorschläge im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung der EU bis zum Jahr 2013 erörtert.

Ausgaben und Einnahmen des EU-Haushalts

*Netto-Position
ist Ergebnis der
Einnahmen-
und Ausgaben-
politik*

Im EU-Haushalt spiegelt sich die finanzielle Umsetzung der politischen Ziele der EU auf der Gemeinschaftsebene wider. Dabei dominieren auf der Ausgabenseite vor allem die Subventionierung der Landwirtschaft und die Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen. Auf der Einnahmenseite ist festgelegt, welchen Beitrag die einzelnen Mitgliedstaaten zur Finanzierung leisten, wobei dieser weitgehend in Relation zur nationalen Wirtschaftskraft erhoben wird. Aus den einnahmen- und ausgabenseitigen Entscheidungen resultiert letztlich die Netto-Zahlerposition eines Landes.

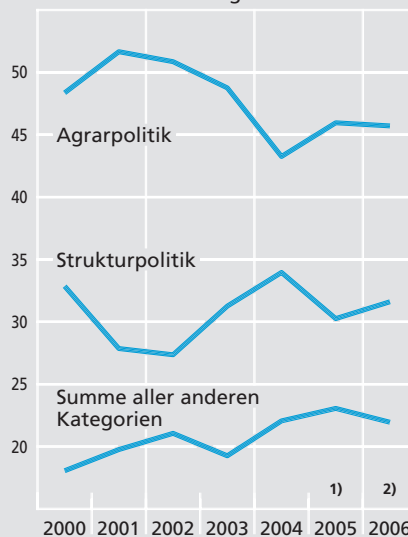
Ausgaben der EU

*Ausgabenober-
grenze regel-
mäßig unter-
schritten*

Derzeit beträgt die Obergrenze für die Ausgaben (Mittel für Zahlungen) des EU-Haushalts 1,24 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) aller Mitgliedstaaten. Nur bis zu diesem Betrag dürfen Finanzierungsbeiträge der Mitgliedsländer verplant und eingefordert werden. Die tatsächlich geleisteten gesamten Ausgaben beliefen sich 2004 auf 100,1 Mrd € und blieben dabei mit 0,98 % des BNE wie auch in den Vorjahren deutlich unter der Obergrenze (vgl. die Tabelle auf S. 19). Gegenüber 2003 stellt dies jedoch einen Anstieg der Ausgaben um 10 ½ % dar, der freilich zum großen Teil auf die Erweiterung der EU zum 1. Mai 2004 zurückzuführen ist. Der Zuwachs bei den auf die einzelnen Mitgliedsländer aufteilbaren Ausgaben von beinahe 12 % wurde zu knapp 7 ½ Prozentpunkten durch die neuen Mitgliedstaaten verursacht.¹⁾

Ausgaben der EU-Haushalte nach Politikbereichen

in % der Gesamtausgaben



Quelle: Bericht der Europäischen Kommission über die Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedstaaten. — 1) Einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte. — 2) Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2006.

Deutsche Bundesbank

Die Ausgaben können in drei wesentliche Kategorien unterteilt werden. Der zwar von gut 49 % im Jahr 2003 auf 43 ½ % im Jahr 2004 deutlich gesunkene, aber immer noch dominierende Anteil an den Gesamtausgaben des EU-Haushalts entfiel auf den Bereich der Landwirtschaft (43,6 Mrd €, gegenüber 44,4 Mrd € im Jahr 2003). Daneben fielen insbesondere die im Vorjahresvergleich gestiegenen Aufwendungen für strukturpolitische Maßnahmen ins Gewicht (gut 34 % mit 34,2 Mrd €, gegenüber 28,5 Mrd € im Vorjahr). Von den im Haushalt eingeplanten Strukturmitteln wurden im Jahr 2004 lediglich 0,2 Mrd € nicht in Anspruch genommen. In den vorangegangenen Jahren war die Diskre-

*Weiterhin
dominierender
Anteil der
Agrarausgaben*

¹⁾ Vgl. zu den Zahlenangaben: Europäische Kommission, Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedstaaten, September 2005.

Ausgaben und Einnahmen des EU-Gesamthaushalts

in Mrd €, sofern nicht als Prozentwert ausgewiesen

Position	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 1)	2006 2)
Ausgaben								
Agrarpolitik	39,8	40,5	41,5	43,5	44,4	43,6	49,1	51,2
Strukturpolitik	26,7	27,6	22,5	23,5	28,5	34,2	32,4	35,5
Interne Politikbereiche	4,5	5,4	5,3	6,6	5,7	7,3	7,9	8,3
Externe Politikbereiche	4,6	3,8	4,2	4,4	4,3	4,6	5,5	5,3
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	0,5
Heranführungshilfe 3)	–	1,2	1,4	1,8	2,2	4,5	4,6	4,1
Verwaltung	4,5	4,6	4,9	5,2	5,3	5,9	6,3	6,6
Insgesamt	80,3	83,3	80,0	85,1	90,6	100,1	106,2	111,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 0,5	3,8	– 4,0	6,4	6,4	10,6	6,1	4,9
Nachrichtlich: in % des BNE	1,00	0,98	0,91	0,93	0,98	0,98	1,00	1,01
Einnahmen								
Traditionelle Eigenmittel 4)	13,9	15,3	14,6	9,2	10,9	12,3	12,4	14,2
MwSt-Eigenmittel	31,3	35,2	31,3	22,4	21,3	13,9	15,3	15,9
BNE-Eigenmittel	37,5	37,6	34,9	45,9	51,2	69,0	77,6	81,2
Sonstige Einnahmen 5)	4,2	4,7	13,5	17,9	10,1	8,3	1,0	1,3
Insgesamt	86,9	92,7	94,3	95,4	93,5	103,5	106,3	112,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,8	6,7	1,7	1,2	– 2,1	10,7	2,7	5,9
Saldo des Haushaltsjahres	6,6	9,4	14,3	10,3	2,9	3,4	0,1	1,1

Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. — 1 Haushaltsplan (Mittel für Zahlungen) für EU-25. — 2 Haushaltsentwurf (Stand nach der ersten Lesung im Rat im Juli 2005). — 3 Einschl. Ausgleichszahlungen für neue Mitgliedstaaten. — 4 Netto, d.h. abzüglich der den Mitgliedstaaten verbleibenden Erstattung für Er-

hebungskosten. Zum Haushaltsjahr 2002 wurde der pauschale Erhebungskostenanteil der Mitgliedstaaten von 10% auf 25% des Aufkommens angehoben. — 5 Einschl. verfügbarer Überschüsse aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr.

Deutsche Bundesbank

panz deutlich größer, so dass die fortbestehenden Mittelbindungen bis zum Ende des Planungszeitraums (2000 bis 2006) ein beträchtliches Volumen aufweisen. Im laufenden und kommenden Jahr könnte es daher auch zu einer Überschreitung der hierfür zunächst vorgesehenen Haushaltsansätze auf Grund der nunmehr verstärkt eingeleiteten Projekte kommen. Für die so genannten internen Politikbereiche – wie Bildung, Energie und Umwelt oder auch Transeuropäische Netze – wurden gut 7 % verausgabt. 4 ½ % entfielen auf die Heranführungshilfen für die neuen Mitgliedsländer.

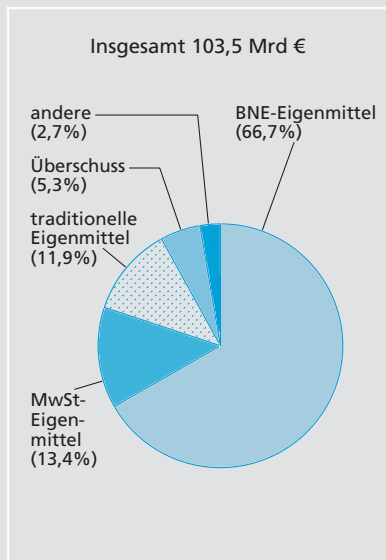
Anteils ergeben. Gut 6 Mrd € flossen in den landwirtschaftlichen Sektor, während für strukturpolitische Maßnahmen Ausgaben in Höhe von rund 4 ½ Mrd € getätigt wurden. Gut die Hälfte hiervon entfiel auf den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Fast ein Drittel stammten aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Der überwiegende Teil der Strukturmittel (fast 70 %) wurde im Rahmen der Ziel-1-Maßnahmen geleistet, an denen in Deutschland die neuen Bundesländer partizipieren.²⁾

Rückflüsse nach
Deutschland
stabil

Im Jahr 2004 entfielen auf Deutschland gut 11 ½ Mrd € beziehungsweise 11 ½ % der Ausgaben der EU. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit praktisch keine Veränderung des

2 Ziel-1-Gebiete der Strukturhilfe sind Regionen, in denen das BIP (in Kaufkraftstandards) pro Kopf unter 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts liegt.

Gesamteinnahmen des EU-Haushalts 2004



Quelle: Bericht der Europäischen Kommission über die Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedstaaten.

Deutsche Bundesbank

Finanzierung

Die Ausgaben des EU-Haushalts werden überwiegend durch so genannte Eigenmittel gedeckt. Hierunter fallen die traditionellen Eigenmittel, die insbesondere die Zölle umfassen (2004: knapp 12 % der gesamten Einnahmen), Mehrwertsteuer-Eigenmittel, die auf der Basis einer harmonisierten Bemessungsgrundlage von den Mitgliedstaaten abgerufen werden (13 ½ %), und die auf das BNE bezogenen BNE-Eigenmittel (gut 66 ½ %).³⁾ Während der Abführungssatz für die Mehrwertsteuer-Eigenmittel feststeht, ergibt er sich für die BNE-Eigenmittel erst, wenn der Restfinanzierungsbedarf des EU-Haushalts nach Abschluss aller Planungen und nach Abzug der übrigen Einnahmen ermittelt ist.⁴⁾ Eine Kreditfinanzierung des EU-

Haushalts ist rechtlich ausgeschlossen. Die geplanten Einnahmen und Ausgaben müssen sich genau entsprechen. Ein Überschuss ist im folgenden Haushaltsjahr auf der Einnahmenseite auszuweisen. Jede unvorhergesehene Mehrausgabe bedarf eines Berichtigungshaushaltsplans.

Dem Vereinigten Königreich werden auf Grund einer dem Rat von Fontainebleau (1984) folgenden Vereinbarung aus dem Jahr 1985 (die im Zeitverlauf etwas modifiziert wurde) 66 % seines eigentlich fälligen Netto-Beitrags (ohne traditionelle Eigenmittel) erstattet. Der zur Finanzierung dieser Korrektur notwendige Beitrag der übrigen Mitgliedstaaten orientiert sich wiederum am nationalen BNE. Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden zahlen seit 2001 nur 25 % der sich so ergebenden Korrekturbeiträge – verbunden mit einer entsprechend höheren Belastung aller anderen Mitgliedstaaten.⁵⁾ In absoluten Beträgen bedeutete die Korrektur im Jahr 2004 eine finanzielle Entlastung des Vereinigten Königreichs um gut 5 Mrd €.

Sonderregelung zu Gunsten des Vereinigten Königreichs

Deutschland führte im Jahr 2004 gut 20 Mrd € an die EU ab. Darunter waren nur

³ Die seit 2002 erfolgte Reduzierung der Mehrwertsteuer- und die gleichzeitige Zunahme der BNE-Eigenmittel gehen auf einen Beschluss des Europäischen Rates vom März 1999 (Agenda 2000) zurück. Damit wurde der maximale Abrufsatz für die Mehrwertsteuer-Eigenmittel von 1,0 % auf zunächst 0,75 % (2002 und 2003) und schließlich ab 2004 auf 0,5 % der harmonisierten Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage abgesenkt.

⁴ Der nationale Beitrag der zehn neuen Mitgliedstaaten wurde im Jahr 2004 auf der Basis von nur zwei Dritteln ihres BNE erhoben, weil deren Beitritt zum 1. Mai 2004 erfolgte.

⁵ Davor wurde ausschließlich Deutschland um ein Drittel der eigentlichen Zahlungen im Rahmen der Korrektur zu Gunsten des Vereinigten Königreichs entlastet.

Nationale Finanzierungsbeiträge orientieren sich am BNE

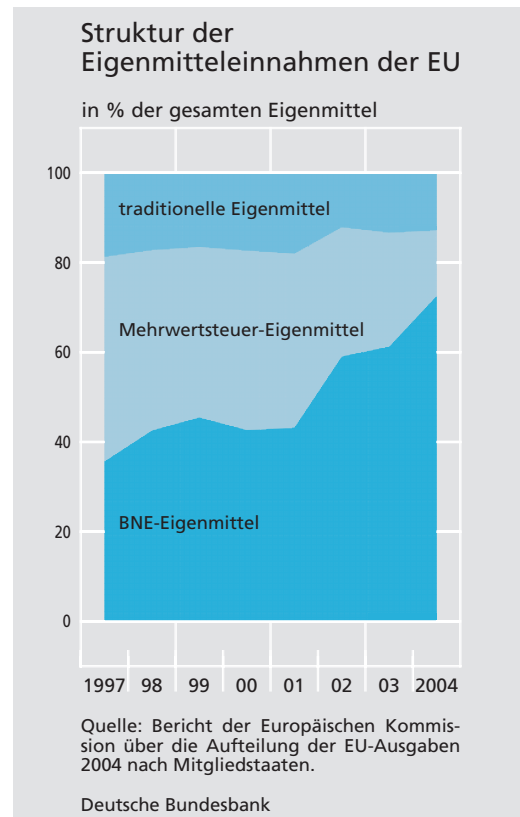
Deutschland trägt maßgeblich zur Finanzierung des EU-Haushalts bei

noch gut 2 1/2 Mrd € Mehrwertsteuer-Eigenmittel, während die BNE-Eigenmittel mit fast 15 Mrd € klar dominierten. Diese beiden Posten entsprachen etwa 8 % der Steuereinnahmen des Bundes, zu deren Lasten diese Abführungen verbucht werden. In absoluter Größe betrachtet schwankte der Beitrag in den vergangenen Jahren erheblich. Der Anteil Deutschlands an den Gesamteinnahmen der EU nahm hingegen kontinuierlich ab – insbesondere angesichts des allmählich gesunkenen gesamtwirtschaftlichen Gewichts Deutschlands in der EU. So sank der deutsche Anteil an den gesamten Eigenmittelzahlungen von 31 1/2 % im Jahr 1995 auf 23 % im Jahr 2003 und weiter auf knapp 21 1/2 % im vergangenen Jahr. Der deutsche Anteil am BNE sämtlicher EU-Länder ging in der gleichen Zeit von knapp 28 1/2 % auf fast 22 % und schließlich vor allem wegen der Erweiterung auf knapp 21 1/2 % im Jahr 2004 zurück.

Netto-Beitrag

Netto-Beitrag als Indikator für die finanzielle Be- beziehungsweise Entlastung

Die Netto-Position eines Landes weist die finanzielle Belastung beziehungsweise den finanziellen Vorteil eines Mitgliedstaates durch den EU-Haushalt aus. Sie wird als Saldo von Mittelrückflüssen an ein Land und dessen Finanzbeiträgen ermittelt. Dabei bestehen zwar Unschärfen, denn sowohl einige Einnahmen- (z.B. die Zölle) als auch verschiedene Ausgabenkategorien (z.B. die Verwaltungsausgaben) lassen sich nicht zweifelsfrei einzelnen Mitgliedsländern zuordnen.⁶⁾ Darüber hinaus leistet die EU im Rahmen der externen Politikbereiche Zahlungen, die nicht an EU-Mitgliedstaaten fließen und insofern nicht aufteilbare Ausgaben darstellen. Den-



noch ist der Netto-Beitrag ein aussagekräftiges Kriterium, das gerade auch in der politischen Diskussion eine bedeutende Rolle spielt.

Der deutsche Netto-Beitrag belief sich unter Berücksichtigung sämtlicher aufteilbarer Zahlungen im Jahr 2004 auf rund 8 1/2 Mrd €. Absolut betrachtet ist Deutschland damit der größte Netto-Zahler der EU. Ohne die – für Deutschland weitgehend unbedeutenden – Verwaltungsausgaben und ohne die traditionellen Eigenmittel gerechnet belief sich der

Deutschland absolut größter Netto-Zahler

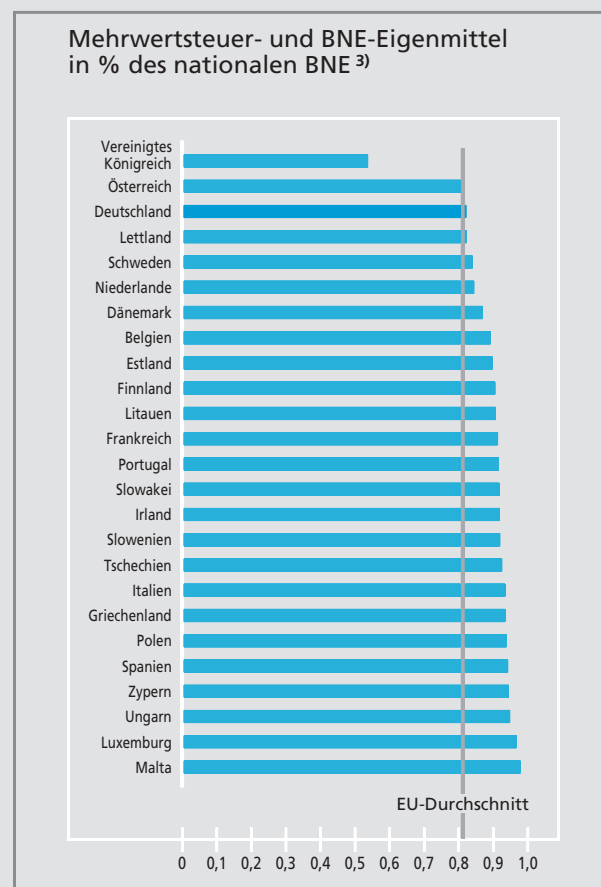
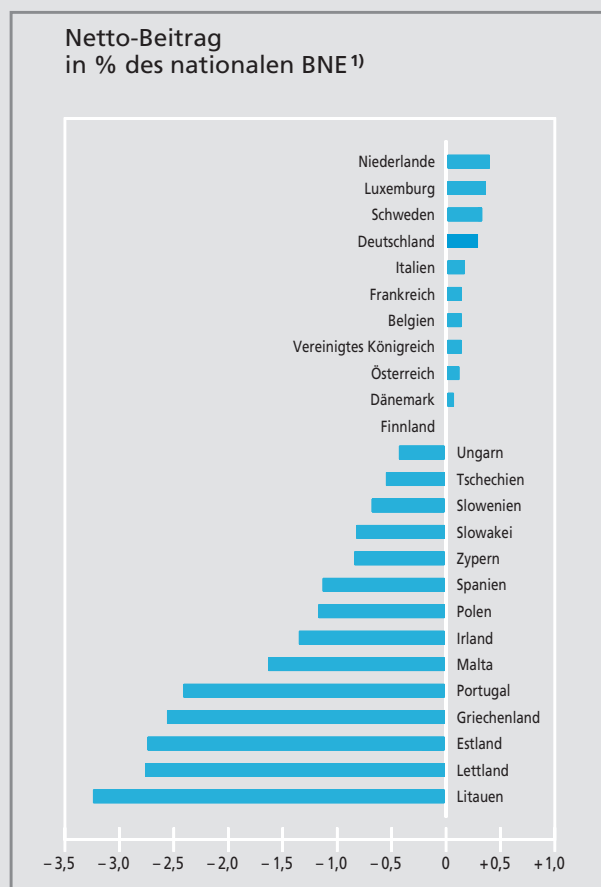
⁶ Zur Aussagekraft der Netto-Beiträge vgl.: Deutsche Bundesbank, Neuere Tendenzen in den Finanzbeziehungen Deutschlands zur Europäischen Union, Monatsbericht, Juli 1999, S. 65.

Analyse der nationalen Netto-Beiträge zum EU-Haushalt

Im Jahr 2004 zahlte Deutschland gut 0,9% seines Bruttonationaleinkommens (BNE) an den EU-Haushalt, während gut 0,5% aus dem Gemeinschaftshaushalt zurück flossen. Der daraus berechnete Netto-Beitrag belief sich auf 0,4% des BNE. Allerdings ist die Aussagekraft dieses Ergebnisses zu relativieren. So werden insbesondere die traditionellen Eigenmittel (vor allem Zölle) zum einen als originäre EU-Einnahme betrachtet. Zum anderen fallen sie konzentriert in wenigen Ländern mit großen Häfen wie insbesondere den Niederlanden und Belgien („Rotterdam-“ bzw. „Antwerpen-Effekt“) an. Eine noch stärkere Konzentration findet sich hinsichtlich der Verwaltungsausgaben in Belgien und Luxemburg. Diese Ausgaben stellen im Wesentlichen Entgelte für Leistungen der dort Beschäftigten (verschiedener Nationalität) dar.

Wenn auf der Einnahmenseite die traditionellen Eigenmittel und auf der Ausgabenseite die Verwaltungsaufwendungen nicht auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt werden, ergibt sich für Deutschland ein Netto-Ressourcentransfer zu Gunsten des EU-Haushalts in Höhe von 0,3% des BNE, der sich aus Abführungen von 0,8% und Rückflüssen von gut 0,5% des BNE zusammen setzt. Deutschland war damit in Relation zur Wirtschaftskraft der viertgrößte Netto-Finanzier des EU-Haushalts hinter den Niederlanden, Luxemburg und Schweden. Größte Netto-Empfänger waren hingegen die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie Griechenland und Portugal.²

Der hohe Netto-Beitrag Deutschlands ergibt sich nicht aus überproportionalen Eigenmittelabführungen an den



1 Ohne traditionelle Eigenmittel und ohne Verwaltungsausgaben. —
2 Da die zehn neuen Mitgliedstaaten erst zum 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind, wurde im EU-Haushaltsplan zur Bestimmung der auf

sie entfallenden Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel nicht das volle, sondern lediglich zwei Drittel des jeweiligen BNE zu Grunde gelegt. In Analogie dazu wurden die BNE der neuen Mitgliedstaaten hier

EU-Haushalt. Trotz seiner seit der Erweiterung der EU wieder leicht überdurchschnittlichen Wohlstandsposition führt Deutschland nur durchschnittliche Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel an die EU ab. Das verhältnismäßig günstige Abschneiden Deutschlands bei den Abführungen an die EU ist darin begründet, dass es zusammen mit den Niederlanden, Schweden und Österreich nur zu einem Viertel des eigentlichen Betrages an der Finanzierung des „Britten-Rabatts“ beteiligt ist. Lediglich Österreich und das Vereinigte Königreich sind relativ weniger stark durch Eigenmittelzahlungen belastet.

Die Ausgaben des EU-Haushalts fließen allerdings deutlich unterproportional nach Deutschland. Nur das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Schweden erhalten prozentual zum BNE noch weniger Mittel. Mit Abstand größte Empfänger von EU-Geldern sind dagegen die baltischen Staaten sowie Griechenland und Portugal. Es zeigt sich, dass die jeweilige Netto-Zahlerposition entscheidend durch die Ausgabenseite bestimmt wird, während die Einnahmen des EU-Haushalts weitgehend proportional zum anhand des BNE gemessenen nationalen Wohlstand erhoben werden.

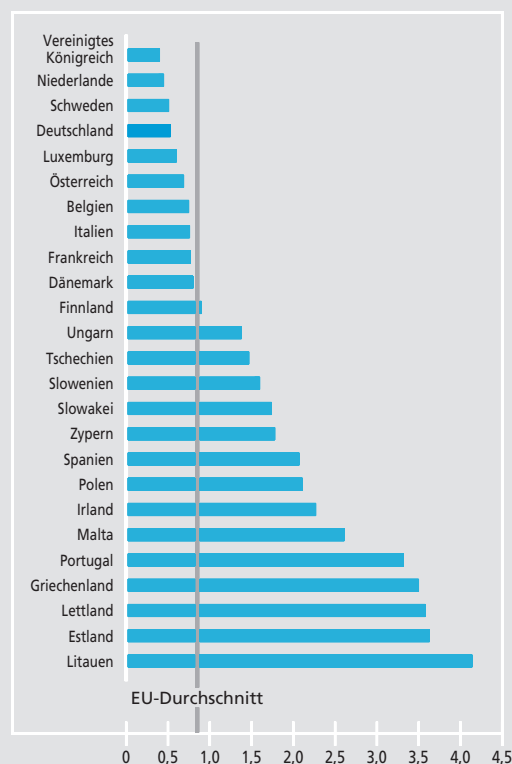
Eine weitere Untergliederung der Ausgabenseite weist deutliche Unterschiede aus. So sind unter den alten Mitgliedsländern die (relativ) größten Empfänger von Agrarsubventionen und Strukturfördermitteln nach wie vor Griechenland, Portugal, Irland und Spanien. Nach Irland flossen im Jahr 2004 – nur übertroffen von Griechenland als größtem Empfänger – 1,5% seines BNE in Form von Agrarsubventionen. Obwohl Irland mittlerweile zu den am BNE gemessenen wohlhabendsten EU-Ländern zählt, erhält es zudem immer noch weit überdurchschnittliche Strukturfördermittel, allerdings mit deutlichem Abstand zu den drei südlichen Ländern.

Die vorteilhafte Netto-Zahlerposition der neuen Mitgliedstaaten ergibt sich im hier betrachteten Jahr 2004 weniger aus den traditionellen Ausgabenbereichen des EU-Haushalts als vielmehr durch die Heranführungshilfen, die den Beitrittsländern zur Überbrückung gewährt werden (fast 1,1% des gekürzten BNE der zehn Beitrittsländer).

Deutschland liegt mit einem Rückflussanteil der operativen Ausgaben von gut 0,5% des BNE deutlich unter dem EU-Durchschnitt (fast 0,9%). Dies gilt – neben den relativ unbeeindruckten nur zu zwei Dritteln berücksichtigt. — 3 Einschl. Korrektur zu Gunsten des Vereinigten Königreichs. — 4 Ohne Verwaltungsausgaben.

deutenden Ausgaben für interne Politikbereiche – sowohl bei den Agrarausgaben (knapp 0,3% im Vergleich zum Durchschnittswert von gut 0,4%) als auch für die vornehmlich nach Ostdeutschland fließende Strukturförderung (0,2% im Vergleich zu gut 0,3%). Durch die EU-Erweiterung dürften sich diese Disparitäten mittelfristig noch vergrößern. Unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen im Agrarbereich wird ein zunehmender Teil der hierfür bestimmten Mittel in die neuen Mitgliedstaaten fließen. Außerdem dürften die ostdeutschen Förderregionen unter ihrem relativ geringen Abstand zur Fördergrenze von 75% des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner zu „leiden“ haben. Letztlich ist dies freilich Ausdruck ihrer relativ günstigen Wohlstandsposition im Vergleich zu vielen Regionen der Beitrittsländer.

Operative Ausgaben
in % des nationalen BNE ⁴⁾



Beitrag dagegen auf 6 Mrd €. ⁷⁾ Auf dieser Basis leistete Deutschland im Jahr 2004 mit 0,3 % seines BNE den viertgrößten Netto-Finanzierungsbeitrag. Noch stärker waren die Niederlande (0,4 %), Luxemburg (knapp 0,4 %) und Schweden (gut 0,3 %) beteiligt (siehe auch die Erläuterungen auf S. 22 f.).

Finanzielle Auswirkungen der EU-Erweiterung 2004 moderat

Die Planungen zum EU-Haushalt des Jahres 2004 berücksichtigten den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004. Die Eigenmittelabführungen an den EU-Haushalt stiegen insgesamt um gut 13 ½ %, die Gesamteinnahmen wuchsen vor allem auf Grund des niedrigeren Überschusses aus dem Vorjahr mit gut 10 ½ % schwächer. Auch die Ausgaben erhöhten sich insgesamt um über 10 ½ %. Die neuen Mitglieder weisen zum einen eine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf. Zudem bemaß sich ihr Beitrag nur auf zwei Drittel ihres BNE. Sie tragen dementsprechend nur zu gut einem Viertel zum Anstieg der EU-Eigenmitteleinnahmen bei. Zum anderen kommt dem Agrarsektor in den beigetretenen Ländern ein größeres Gewicht zu. Der Ausgabenanstieg durch die Erweiterung wurde durch die Vereinbarung einiger Übergangsregelungen aber erheblich begrenzt. So wurde etwa eine Obergrenze der Strukturmittel für die beigetretenen Länder in Höhe von insgesamt 22 Mrd € für die Jahre 2004 bis 2006 festgelegt. Zudem erhielten die dortigen Landwirte im ersten Jahr lediglich 25 % der üblichen Direktzahlungen (30 % im Jahr 2005). Erst nach einer Übergangsfrist von insgesamt zehn Jahren wird die Unterstützung den vollen Betrag erreichen. Durch diese Maßnahmen wurde der Netto-Transfer an die neuen Mitgliedstaaten

im Jahr 2004 auf insgesamt rund 3 Mrd € beschränkt.

EU-Haushalt 2005 und 2006

Der Haushaltsplan für das laufende Jahr sieht Ausgaben im Umfang von 106,2 Mrd € vor, das entspricht den Planungen zufolge 1,00 % des EU-25-BNE. Gegenüber dem Haushaltsergebnis des Vorjahres sollen demnach – bei einem Anstieg der Gesamtausgaben von insgesamt gut 6 % – die Aufwendungen im Bereich „Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung“ um 12 ½ % zunehmen. Dies ist zum einen durch die Anhebung der Direktbeihilfen für die neuen Mitgliedsländer, aber auch durch die Auswirkungen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik bedingt, nach der insbesondere die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes deutlich ansteigen. Im Entwurf des Gesamthaushaltsplanes für das kommende Jahr ⁸⁾ wird eine weitere Steigerung der Ausgaben für die Landwirtschaft um fast 4 ½ % auf 51,2 Mrd € bei einem Gesamtausgabenvolumen von 111,4 Mrd € geplant. Die Mittel für Strukturmaßnahmen wurden im Haushaltsplan 2005 um knapp 5 ½ % niedriger als im Vorjahr angesetzt. Allerdings könnten durch den zum Ende des Planungszeitraums möglichen Anstieg der Mittelan-

Mögliche Überschreitung des Haushaltsansatzes im laufenden Jahr

⁷ Diese Berechnungsergebnisse weichen von denen der Europäischen Kommission ab. Die Kommission weist regelmäßig sog. operative Haushaltssalden aus, die zwar ebenfalls die Verwaltungsausgaben und die traditionellen Eigenmittel aus der Rechnung eliminieren. Darüber hinaus werden die übrigen Finanzierungsbeiträge der einzelnen Länder aber so hochgerechnet, dass sie mit den insgesamt in Rechnung gestellten operativen Ausgaben übereinstimmen. Dadurch fallen die Netto-Beiträge nach dieser Methode höher aus. Für Deutschland ergibt sich für das Jahr 2004 ein Wert von gut 7 Mrd €.

⁸ Stand nach der ersten Lesung im Rat im Juli 2005.

spruchnahme bei fortbestehenden Mittelbindungen die zunächst veranschlagten Zahlungen überschritten werden. Gegenüber dem Plan für 2005 sollen im Jahr 2006 die Ausgaben für Strukturmaßnahmen wieder um 9 ½ % auf 35,5 Mrd € erhöht werden.

Anstieg des deutschen Finanzierungsbeitrags

Im Jahr 2005 ist für Deutschland ein Anstieg der Abführungen an die EU zu erwarten. Im Bundeshaushalt 2005 sind Zahlungen von über 22 Mrd € (gegenüber gut 20 Mrd €, die im Jahr 2004 abgeführt wurden) eingeplant. Die Kommission hat im laufenden Jahr allerdings zweimal die Zahlungen der Mitgliedstaaten nach unten korrigiert. Insbesondere auf Grund reduzierter Wachstumserwartungen für Deutschland sowie des – im vergangenen Jahr freilich relativ geringen – Haushaltsüberschusses dürften die Abführungen Deutschlands leicht unter dem im Bundeshaushalt veranschlagten Wert bleiben.

Die Planung für die Jahre 2007 bis 2013

Vorschlag der Kommission zur mittelfristigen Finanzplanung...

Die weitere Entwicklung der Finanzbeziehung Deutschlands zum EU-Haushalt hängt maßgeblich von der Entscheidung über die neue Finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 ab.⁹⁾ Die Kommission hat einen Vorschlag hierzu unterbreitet und dabei die Erweiterung der Union um Bulgarien und Rumänien auf dann 27 Staaten zum 1. Januar 2007 bereits unterstellt. Dieser Vorschlag ist nach wie vor Grundlage der Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau, denn in den Verhandlungsrunden unter dem luxemburgischen Vorsitz konnte im Rat keine Einigung auf die vorgeschlagenen Kompromisslösun-

gen erzielt werden. Weitere Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau werden frühestens im Dezember noch unter dem britischen Vorsitz oder aber unter dem ab Januar beginnenden Vorsitz Österreichs erwartet.

Die Kommissionsvorschläge sehen vor, dass die Mittel für Zahlungen, die durch die Eigenmitteleinnahmen gedeckt sein müssen, die derzeit geltende Obergrenze von 1,24 % des BNE zwar in keinem Jahr überschreiten, wohl aber ihr bedeutend näher kommen werden als in den vergangenen Jahren. Durchschnittlich sind jährliche Ausgaben in Höhe von 1,14 % des BNE vorgesehen. Damit liegen die von der Kommission vorgeschlagenen jährlichen Auszahlungen deutlich über den Ergebnissen und Planungen bis 2006 (2004: 0,98 %, 2005: 1,00 %, 2006: 1,01 %). Für den deutschen Fiskus ergäbe sich bei einer Beteiligung an der Finanzierung gemäß der Wirtschaftskraft eine jährliche Mehrbelastung von etwa 3 Mrd € pro Jahr gegenüber 2005.

...sieht deutliche Ausgabensteigerung vor

Die Ausgaben für die neu abgegrenzten internen (Unionsbürgerschaft) und externen Politikbereiche (Europa als globaler Partner) sollen zwischen 2007 und 2013 um jahresdurchschnittlich fast 8 ½ % beziehungsweise knapp 4 ½ % zunehmen. Der Ausgabenanteil der Rubrik „Unionsbürgerschaft“ (Immigrationspolitik, Zusammenarbeit von Polizei und

Interne und externe Politikbereiche spielen weiterhin untergeordnete Rolle

⁹⁾ Die Finanzielle Vorausschau stellt einen mehrjährigen Planungsrahmen für die Ausgaben der EU dar. Sie hat insofern verbindlichen Charakter, als die Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Rubriken einzuhalten sind. Die Finanzielle Vorausschau wird von Parlament, Rat und Kommission einvernehmlich festgelegt (Interinstitutionelle Vereinbarung). Für die einzelnen Jahre sind jeweils detaillierte Haushaltspläne zu verabschieden.

Finanzielle Vorausschau für den EU-Haushalt 2007 bis 2013

Werte in Preisen von 2004

	2006 1)	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Insgesamt
in Mrd €									
Nachhaltiges Wachstum	46,6	58,7	61,9	64,9	67,4	69,8	72,9	76,0	471,5
Erhaltung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen	56,0	57,2	57,9	58,1	58,0	57,9	57,8	57,8	404,7
Unionsbürgerschaft	2,3	2,6	2,9	3,2	3,5	3,8	4,1	4,5	24,7
Europa als globaler Partner 2)	11,2	11,3	12,1	12,9	13,7	14,5	15,1	15,7	95,4
Verwaltung 3)	3,4	3,7	3,8	4,0	4,1	4,2	4,4	4,5	28,6
Ausgleichszahlungen 4)	1,0	0,1	0,1	0,1	–	–	–	–	0,2
Mittel für Verpflichtungen insgesamt	120,7	133,6	138,7	143,1	146,7	150,2	154,3	158,5	1 025,0
Mittel für Zahlungen insgesamt	114,7	124,6	136,5	127,7	126,0	132,4	138,4	143,1	928,7
in % des BNE									
Mittel für Verpflichtungen	1,15	1,23	1,25	1,26	1,26	1,26	1,27	1,27	1,26
Mittel für Zahlungen	1,09	1,15	1,23	1,12	1,08	1,11	1,14	1,15	1,14
Spielraum	0,15	0,09	0,01	0,12	0,16	0,13	0,10	0,09	0,10
Eigenmittel-Obergrenze	1,24	1,24	1,24	1,24	1,24	1,24	1,24	1,24	1,24

Quelle: Europäische Kommission, Vorschlag zur Erneuerung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens, KOM (2004) 498 endgültig, Brüssel, den 14. Juli 2004. — 1 Ausgaben für das Jahr 2006 entsprechend der geltenden Finanziellen Vorausschau 2000 bis 2006, zu Vergleichszwecken nach der neuen Ausgabenstruktur aufge-

schlüsselt. — 2 Ab 2008 soll der Europäische Entwicklungsfonds in den EU-Haushalt integriert werden. — 3 Ohne Verwaltungsausgaben der Kommission, die in den ersten vier Ausgabenrubriken berücksichtigt sind. — 4 Im Gemeinsamen Standpunkt der EU zur Beitrittskonferenz mit Bulgarien vorgesehene Beträge (CONFGB 27/04).

Deutsche Bundesbank

Justiz, Verbraucherschutz, Kulturförderung) würde sich damit von knapp 2 % auf fast 3 % erhöhen.¹⁰⁾ In dem Anstieg der Ausgaben unter der Rubrik „Europa als globaler Partner“, dessen Anteil von 8 ½ % auf fast 10 % steigen soll, kommen die Bemühungen um eine Intensivierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Ausdruck. Verglichen mit den Ausgabenansätzen für die Agrar- und die Strukturpolitik sind diese Rubriken in finanzieller Hinsicht aber eher von untergeordneter Bedeutung.

Gemeinsame Agrarpolitik

Die derzeit noch dominierenden Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik bilden in der neuen Finanzplanung den größten Teil der neuen Rubrik „Erhaltung und Bewirtschaftung

natürlicher Ressourcen“. Sie sollen ihrer realen Höhe nach annähernd unverändert bleiben, obwohl die produktionsunabhängigen Direktzahlungen an die Landwirtschaft in den neuen Mitgliedsländern über die kommenden Jahre kontinuierlich ansteigen sollen. Der Anteil der Ausgaben für den landwirtschaftlichen Sektor am EU-Haushalt würde damit ab 2007 hinter den der Strukturpolitik zurückgehen, der kräftig ausgeweitet werden soll.

Diese gedämpfte Ausgabenentwicklung basiert auf den Luxemburger Beschlüssen des Rates zur Reform der Gemeinsamen Agrarpo-

*Reform der
Agrarpolitik*

Künftig geringerer Ausgabenanteil für die Gemeinsame Agrarpolitik

¹⁰ Die veränderte Rubrikenabgrenzung hat zur Folge, dass künftig die wichtigsten internen Politikbereiche wie Verkehr, Umwelt, Infrastruktur, Energie oder Industrie in den Rubriken 1 (Nachhaltiges Wachstum) und 2 (Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen) erfasst werden. Hier weisen diese Ausgaben eine kräftige Dynamik auf.

litik vom Juni 2003. Das zentrale Element bildet dabei die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion. Direktzahlungen beispielsweise für die Erzeugung von Ackerfrüchten, Rindfleisch und Milch werden nicht mehr an die Produktion oder an die Zahl der Tiere gekoppelt, sondern in eine Betriebsprämie einbezogen. Allerdings ist diese Entkopplung nicht vollständig, und den Mitgliedstaaten verbleiben noch Ausgestaltungsmöglichkeiten bei der konkreten Umsetzung.

*Kopplung der
Förderung an
Standards*

Ein weiteres Reformelement besteht in der Bindung der Direktzahlungen an die Einhaltung zusätzlicher Vorgaben (Cross Compliance). Nur wenn Mindeststandards des Umweltschutzes, der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, der tierischen Gesundheit und des Tierschutzes sowie die Vorschriften zur Erhaltung der Flächen in einem „guten“ landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand eingehalten werden, wird die volle Prämie gezahlt. Zur Erreichung dieser Ziele soll auch der Ausbau des Bereichs der Ländlichen Entwicklung¹¹⁾ (2. Säule) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik beitragen. Zudem sollen Finanzmittel aus den Bereichen „Marktordnung“ und „Direktzahlungen“ (1. Säule) in die „Ländliche Entwicklung“ umgeschichtet werden können (Modulation).

*Verzerrungen
bleiben
bestehen*

Die in den Luxemburger Beschlüssen zum Ausdruck kommende stärkere Marktorientierung durch die Umstellung auf produktionsunabhängige Direktzahlungen und Rückführung der Interventionspreise könnte dazu beitragen, die bisher bestehenden Fehlanreize in Richtung eines übermäßigen Ressourceneinsatzes abzuschwächen – ohne sie jedoch zu

beseitigen.¹²⁾ Im Rahmen eines umfassenderen Subventionsabbaus wären aber weitergehende Maßnahmen angezeigt – auch wenn der internationale Wettbewerb durch Subventionen anderer Länder verzerrt ist. Eine stärkere Öffnung gegenüber dem Weltmarkt würde nicht zuletzt weniger entwickelten Ländern den Marktzugang für ihre Agrarprodukte erleichtern.

Bei dem in Deutschland diskutierten und angestrebten Subventionsabbau sollten die auf die europäische Ebene verlagerten Ausgaben daher nicht übersehen werden, zumal Deutschland als größter Beitragszahler die hohen landwirtschaftlichen Ausgaben auch in den wohlhabenderen Ländern entscheidend mitfinanziert. Bei den Rückflüssen steht Deutschland – in absoluten Beträgen ausgedrückt – mit gut 6 Mrd € im Jahr 2004 zwar an dritter Stelle der Empfängerländer nach Frankreich (9,4 Mrd €) und Spanien (6,3 Mrd €). Gemessen am nationalen BNE (0,28 %) weisen aber nur zwei der anderen alten¹³⁾ Mitgliedstaaten, das Vereinigte Königreich (0,23 %) und Luxemburg (0,17 %), einen noch geringeren Wert für die erhaltenen Rückflüsse auf.

*Subventions-
abbau für
Deutschland
vorteilhaft*

11 Die sog. Ländliche Entwicklung wurde mit dem Kommissionsvorschlag für die Finanzielle Vorausschau aus der Strukturpolitik ausgegliedert und dem Aufgabenfeld Agrarpolitik zugeordnet.

12 Vgl.: OECD, Analysis of the 2003 CAP Reform, Paris 2004.

13 Die Ausgaben für Landwirtschaft, die an die im Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten fließen, liegen – jeweils bezogen auf das BNE – mit Ausnahme von Lettland und Litauen noch unter dem Anteil, den Deutschland erreicht. Ursächlich hierfür sind auch die Übergangsbestimmungen, nach denen die finanziellen Zuweisungen im Agrarbereich über einen Zeitraum von zehn Jahren schrittweise auf das vollständige Volumen herangeführt werden.

Strukturpolitik

Deutlich wachsende Bedeutung der Strukturpolitik

Während die Agrarausgaben bis 2013 real etwa stagnieren sollen, legen die für allgemeine strukturpolitische Maßnahmen (künftig Rubrik „Nachhaltiges Wachstum“) vorgesehenen Ansätze kräftig zu. Der Budgetanteil soll hier von 38½% im Jahr 2006 bis auf 48% wachsen. Die für die Unterrubrik „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“ (insbes. Bildungs- und Forschungsförderung, Transeuropäische Netze) vorgesehenen Mittel sollen gegenüber 2006 verdreifacht werden, was nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie gesehen wird. Der Anteil am EU-BNE würde von 0,08% auf 0,21% ansteigen. In der Unterrubrik „Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“ (bisher „Struktur- und Kohäsionsfonds“) sollen im Planungszeitraum nach Vorstellung der Kommission insgesamt 32½% mehr ausgegeben werden als am Ende der laufenden Planungsperiode (2006), der entsprechende Anteil am EU-BNE soll von 0,36% im Jahr 2006 bis 2013 auf 0,40% steigen. Die erhebliche Ausweitung der Mittel für die Strukturpolitik ergibt sich insbesondere durch die zunehmende Einbindung der zehn neuen Mitgliedstaaten und die voraussichtlich in den Planungszeitraum fallenden Beitritte von Bulgarien und Rumänien und der damit verbundenen stärkeren wirtschaftlichen Heterogenität der Mitgliedstaaten.

Erweiterung lässt Zahl der Ziel-1-Förderregionen ansteigen

Mit der Erweiterung der EU ist das durchschnittliche Pro-Kopf-BNE spürbar gesunken. Gleichwohl müssten bei Anwendung der bestehenden Fördervoraussetzungen – insbesondere ein regionales Pro-Kopf-BNE von un-

ter 75% des EU-Durchschnitts – nur wenige der bisher geförderten Regionen auf Strukturfondsmittel verzichten. Nur eine relativ geringe Zahl dürfte allein auf Grund des statistischen Effekts die 75%-Grenze überschreiten. Betroffen sein könnten allerdings insbesondere Regionen in Spanien und Ostdeutschland.¹⁴⁾ Insgesamt ist durch die Erweiterung der EU die Zahl der „Ziel-1-Gebiete“ deutlich gestiegen. Darüber hinaus sind Übergangsregelungen vorgesehen, nach denen einerseits für die neu beigetretenen Länder unter Berücksichtigung ihrer voraussichtlich begrenzten Absorptionsfähigkeit die Höhe der Zuwendungen begrenzt wurde, andererseits aber auch die Regionen, die bisher in den Genuss von Fördergeldern gekommen sind, weiterhin mit Zuflüssen rechnen können. Die Förderung in den alten Mitgliedstaaten, auf die immer noch die Hälfte der Strukturfondsmittel entfallen soll, geht demnach real nur leicht zurück.

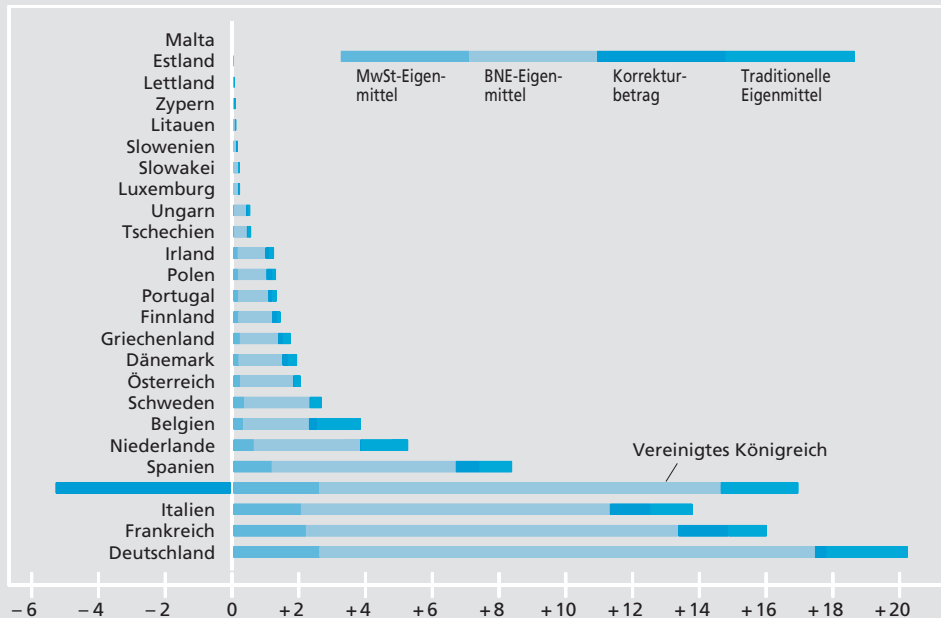
In der europäischen Strukturpolitik spiegelt sich das Ziel wider, Regionen mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft zu fördern und somit zur Konvergenz in der EU beizutragen. Wie bei jeder staatlichen Förderung besteht aber auch hierbei die Gefahr, dass Fehlanreize gesetzt werden und eine Transformation zu einer effizienteren Struktur (im Hinblick auf die Allokation von Kapital und Arbeitskräften) behindert wird. Zudem scheinen die verschie-

Strukturpolitik zu hinterfragen

¹⁴ Vgl.: Europäische Kommission, Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (Kohäsionsbericht), 2004. Die Bundesregierung geht aber davon aus, dass die ostdeutschen Länder in der nächsten Förderperiode bis 2013 weiterhin mit der Strukturförderung rechnen können, da die meisten ihrer Regionen Ziel-1-Gebiete bleiben, siehe: Bundestagsdrucksache 15/5009, 4. März 2005.

Eigenmittelzahlungen an die EU nach Mitgliedstaaten im Jahr 2004

in Mrd €



Quelle: Bericht der Europäischen Kommission über die Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedstaaten.

Deutsche Bundesbank

denen europäischen Förderziele mitunter unzureichend abgestimmt, und es besteht die Gefahr der Mehrfachförderung. Es erscheint daher geboten, auch die Regionalpolitik der EU kritisch zu hinterfragen.

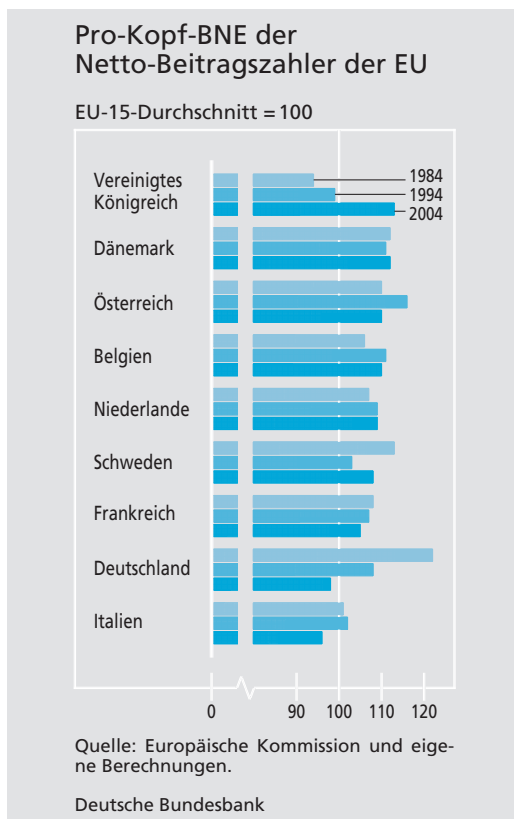
Aufteilung der Finanzierungslasten

Der Europäische Rat beschloss im Jahr 1999 (Agenda 2000), dass die Kommission vor dem 1. Januar 2006 eine generelle Überprüfung des Finanzierungssystems vorzunehmen und geeignete Vorschläge für eine Änderung zu unterbreiten habe. Mit ihrem – im Juli 2004 dem Rat vorgelegten – Vorschlag orientiert sich die Kommission am allgemeinen Grundsatz aus der Vereinbarung von Fontainebleau, in der Folgendes festgelegt wurde: „Jeder Mitgliedstaat, der gemessen an seinem relati-

ven Wohlstand (im Vergleich zur gesamten EU) eine zu große Haushaltslast trägt, kann zu gegebener Zeit in den Genuss einer Korrekturmaßnahme gelangen.“¹⁵⁾ Daraus hat die Kommission zunächst grundlegende Ziele für einen allgemeinen Korrekturmechanismus abgeleitet: Außergewöhnlich hohe Netto-Beiträge von Mitgliedsländern sind zu vermeiden, die Unterschiede zwischen den Netto-Beitragszahlern mit vergleichbaren Wohlstandsniveaus sind zu verringern, und das Umverteilungsvolumen im Rahmen des Korrekturmechanismus ist auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Der Vorschlag der Kommission zur Modifikation des Eigenmittelsys-

¹⁵ Siehe: Schlussfolgerung des Europäischen Rates von Fontainebleau, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, 6-1984, Ziff. 1.1.2. Hierbei werden die von der Kommission berechneten sog. operativen Haushaltssalden zu Grunde gelegt.

Korrektur übermäßig hoher Netto-Haushaltssalden



tems, der nach wie vor als Verhandlungsgrundlage dienen dürfte, ist durch folgende Elemente geprägt:

- Schwellenwert für negative Netto-Haushaltssalden: Der Korrekturmechanismus soll einsetzen, wenn die Netto-Zahlung eines Mitgliedstaates einen noch zu bestimmenden Prozentsatz des BNE (z.B. 0,35 %) übersteigt.
- Teilerstattung: Die Korrektur besteht darin, dass die über den Schwellenwert hinausgehende Belastung teilweise (z.B. zu zwei Dritteln) erstattet werden soll.
- Grenze für das Gesamterstattungsvolumen: Wird eine vorher festgelegte Grenze für die Summe aller Korrekturbeträge

(z. B. 7,5 Mrd €) überschritten, werden die Korrekturbeträge für alle Länder linear gekürzt.

- Finanzierung: Die Summe der Korrekturbeträge wird von allen (einschl. der zu entlastenden) Mitgliedstaaten entsprechend ihrem relativen Wohlstand, gemessen am BNE, finanziert.

Die Kommission hat ihren Vorschlag mit den oben angegebenen Werten exemplarisch konkretisiert und die daraus resultierenden erwarteten Belastungsverschiebungen zwischen den Mitgliedstaaten dargestellt. Die Berechnungen basieren auf den Vorschlägen der Kommission für die neue Finanzielle Vorausschau. Das resultierende Gesamterstattungsvolumen (7,5 Mrd €) entspräche damit etwa dem Korrekturbetrag, den das Vereinigte Königreich bei Fortsetzung des gegenwärtigen Korrekturmechanismus erhalte (7 Mrd € im Jahr 2013). Vergleicht man die aus diesem Mechanismus resultierenden Netto-Haushaltssalden mit denen, die sich unter Beibehaltung des bestehenden Systems ergäben, würde in erster Linie das Vereinigte Königreich schlechter gestellt. Seine Entlastung würde sich zwar von gut 5 Mrd € im Jahr 2004 auf voraussichtlich gut 2 Mrd € verringern, es würde aber immer noch den höchsten Ausgleichsbetrag erhalten. Fast alle anderen Mitgliedstaaten würden finanziell besser gestellt als bisher. Deutschland könnte beispielsweise im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2013 mit einer Entlastung von 0,06 % des BNE rechnen, was knapp 1½ Mrd € entspricht. Darüber hinaus glichen sich die Salden der größten Netto-Beitragszahler

Be- und Entlastungen durch Reformvorschlag

an. Der Mechanismus führt allerdings nicht notwendigerweise dazu, dass sich die Höhe der Netto-Beiträge an der Wirtschaftskraft ausrichtet.

Übergangsregelungen für das Vereinigte Königreich

Das System zum Ausgleich übermäßiger Netto-Haushaltssalden sollte nach Vorstellung der Kommission schon 2007 eingeführt werden. Um den finanziellen Interessen des Vereinigten Königreichs entgegenzukommen, schlägt die Kommission Übergangsregelungen vor. Zusätzlich zum Ausgleichsbetrag nach dem neuen Mechanismus sollen ihm in den Jahren 2008 bis 2011 Pauschalzahlungen von insgesamt 5 Mrd € gewährt werden.¹⁶ Um die damit verbundenen höheren Gesamtfinanzierungskosten zu begrenzen, soll die Teilerstattung für die anderen Netto-Zahler schrittweise von zunächst nur 33 % auf das angestrebte Niveau von 66 % im Jahr 2011 angehoben werden. Nur das Erstattungs-niveau für das Vereinigte Königreich würde durchgehend bei 66 % liegen.

Schlussbemerkungen

Einigung über finanzielle Vorausschau steht noch aus

Die deutsche Regierung hat sich grundsätzlich zusammen mit anderen Netto-Zahlern für eine Ausgabenobergrenze von maximal 1,0 % des BNE ausgesprochen. Die von der Kommission über den gesamten Planungszeitraum vorgeschlagene Summe der Mittel für Zahlungen würde dann (in Preisen von 2004) nicht 929 Mrd €, sondern lediglich 815 Mrd € betragen. Im Juni 2005 sind die Verhandlungen vorerst gescheitert. Die bisher geführten Diskussionen zeigen, dass ein Kompromiss wohl nur dann zu erwarten ist,

wenn sowohl die Struktur der Ausgaben, insbesondere das Gewicht der Agrarausgaben, reformiert als auch die einseitige Entlastung des Vereinigten Königreichs neu verhandelt wird.

Mit der Diskussion über die EU-Finzen wird grundsätzlich die Frage nach dem Ausmaß an Zentralisierung, der Umverteilung innerhalb der EU und den auf der europäischen Ebene zu erfüllenden Aufgaben aufgeworfen. Das im EG-Vertrag (Art. 5) verankerte Subsidiaritätsprinzip legt im Zweifel eine Aufgabenerfüllung auf nationaler Ebene und damit eine Begrenzung des EU-Haushaltsvolumens nahe. Das Ziel, die einzelnen staatlichen Ausgaben einer strengen Überprüfung zu unterziehen und insbesondere die Subventionen konsequent zu begrenzen, um letztlich die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beziehungsweise die Rückführung der in der EU immer noch hohen Abgabenbelastung zu erreichen, sollte auch für den EU-Haushalt gelten.

Auch EU-Subventionen sind kritisch zu überprüfen

Die geplante Dämpfung der Subventionen im Agrarbereich ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Reformen sind hier aber angezeigt. Eine stärkere Öffnung des landwirtschaftlichen Sektors für den internationalen Wettbewerb wäre anzustreben. Eine Maßnahme, die zu einer insgesamt geringeren Subventionierung führen und den Umfang des EU-Haushalts stärker begrenzen könnte, wäre möglicherweise in einer geregelten Kofinanzierung durch die Mitglied-

Agrarsektor bedarf weiterer Deregulierung

¹⁶ Die größten Netto-Zahler (D, NL, A, S) sollen sich wie bisher nur mit 25 % des rechnerischen Anteils an der Finanzierung des Korrekturbetrags beteiligen

staaten zu sehen. Dadurch dürfte Deutschland finanziell entlastet werden.

*Einfachere und
transparentere
Strukturpolitik
anzustreben*

In der Strukturpolitik sollte stärker auf einen transparenten und effizienten Mitteleinsatz geachtet werden. Im Hinblick auf die Unterstützung des Aufholprozesses in den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten ist die Stärkung investiver Ausgaben von besonderer Bedeutung. Allerdings ist auch hier das Risiko einer Förderung letztlich unwirtschaftlicher Strukturen und von Mitnahmeeffekten zu beachten. Auch lassen sich einmal gewährte Fördertatbestände regelmäßig nur schwer wieder abbauen. Eine stärkere Konzentration der Förderung auf insgesamt unterdurchschnittlich wirtschaftsstarke Mitgliedstaaten könnte die Zielgenauigkeit erhöhen, weil bei den übrigen Ländern der „Umweg“ der Fi-

nanzierung über den EU-Haushalt entfiel. In Deutschland würde eine stärkere Konzentration der Strukturfondsmittel der EU vor allem die ostdeutschen Regionen treffen. Dem stünden aber geringere Zahlungen des Bundes an den EU-Haushalt gegenüber.

Der Vorschlag der Kommission zum allgemeinen Korrekturmechanismus übermäßiger Netto-Haushaltssalden könnte dazu beitragen, außergewöhnlich hohe Netto-Beiträge zu verhindern. Damit wird aber nicht gewährleistet, dass sich deren Höhe an der Wirtschaftskraft ausrichtet. Zu begrüßen ist insgesamt, dass mit diesem Vorschlag ein Versuch unternommen wird, die bisherigen länderspezifischen Einzellösungen durch eine einheitliche Finanzierungsregel zu ersetzen.

*Allgemeiner
Korrekturme-
chanismus
würde über-
mäßige Netto-
Beiträge
verhindern*

Ertragslage und Finanzierungs- verhältnisse deutscher Unternehmen – eine Untersuchung auf neuer Datenbasis

Die jährliche Analyse der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen, bei der sich die Bundesbank bisher ausschließlich auf Bilanzangaben aus ihrem Refinanzierungsgeschäft stützte, steht nunmehr auf einer neuen, erweiterten Datenbasis. Der jetzt verfügbare Datenpool ist in den letzten Jahren von der Bundesbank konzipiert und aufgebaut worden, nachdem durch den Übergang zur Europäischen Währungsunion und den damit verbundenen Wegfall des Rediskontgeschäfts die Zahl der bei ihr zur Prüfung eingereichten Jahresabschlüsse stark zurückgegangen war.

Wie die Auswertung der neuen Statistik zeigt, haben sich die Erträge vor Gewinnsteuern der deutschen Unternehmen im Jahr 2003, bis zu dem Hochrechnungsergebnisse vorliegen, wieder leicht verbessert, nachdem sie im Jahr davor erheblich unter Druck geraten waren. Die Brutto-Umsatzrendite blieb jedoch hinter dem Stand der Jahre 1998 bis 2001 zurück. Recht positiv haben sich die Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen entwickelt. Insgesamt betrachtet ist es den Firmen gelungen, ihre Bilanzstrukturen deutlich zu verbessern. Der vorliegende Beitrag schildert und erläutert die dahinter stehenden Faktoren und Zusammenhänge.

Vorbemerkungen zum Jahresabschlussdatenpool der Deutschen Bundesbank

Neue Datenbasis

Der neue Datenpool enthält neben den Abschlüssen, die der Bundesbank im Zusammenhang mit dem Refinanzierungsgeschäft im Eurosystem zugehen, auch Unternehmensbilanzdaten anderer Stellen, die Jahresabschlüsse auswerten, zum Beispiel Geschäftsbanken und Kreditversicherer (siehe methodische Erläuterungen auf S. 48 ff.). Ein weiterer wichtiger Unterschied zu den früheren Untersuchungen, die sich aus statistischen Gründen auf die Bereiche Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr beschränken mussten, besteht darin, dass jetzt auch Teile des Dienstleistungssektors im engeren Sinn, nämlich die Wirtschaftszweige „Datenverarbeitung und Datenbanken“, „Forschung und Entwicklung“ sowie „Dienstleister überwiegend für Unternehmen“ in den hochgerechneten Ergebnissen abgebildet werden können. Wegen der besonderen Probleme, welche die Hochrechnung von Branchen mit einem hohen Gewicht an Großunternehmen aufwirft, ist jedoch – anders als bisher – die Energie- und Wasserversorgung nicht mehr in dem hier analysierten Zahlenmaterial enthalten. Aus dem gleichen Grund bleiben die Wirtschaftszweige „Eisenbahnen“ und „Nachrichtenübermittlung“ in der Hochrechnung weiterhin unberücksichtigt.

Insgesamt decken die Ergebnisse auf der Basis der Unternehmensbilanzstatistik der Bundesbank nunmehr einen deutlich größeren Teil des nichtfinanziellen Unternehmenssektors ab, als dies bisher der Fall war. So wurden in den jetzt erfassten Wirtschaftszweigen im

Jahr 2003 fast drei Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft erzeugt, verglichen mit etwa 60 % in der bisherigen Abgrenzung. Zu beachten ist jedoch, dass auf Grund der methodischen Änderungen die hier veröffentlichten Angaben nur eingeschränkt mit denen früherer Untersuchungen vergleichbar sind.

Konjunkturelles Umfeld

Für die deutsche Wirtschaft war 2003 ein weiteres schwieriges Jahr. Die hartnäckige Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die im Frühjahr 2001 eingesetzt hatte, mündete im ersten Halbjahr 2003 in einen spürbaren Rückgang des saison- und kalenderbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im zweiten Halbjahr setzte zwar ein Erholungsprozess ein. Im Jahresdurchschnitt sank die Erzeugung aber um ¼ % unter das Niveau von 2002, das wiederum nur wenig höher war als im Jahr 2001. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland blieb damit 2003 erneut deutlich hinter der ohnehin schwachen Ausweitung des Produktionspotenzials zurück, so dass sich die Produktionslücke weiter vergrößerte. Zu dem schwachen gesamtwirtschaftlichen Ergebnis passt, dass die reale Bruttowertschöpfung der in der Unternehmensbilanzstatistik erfassten Wirtschaftszweige im Jahr 2003 stagnierte.

Die Konjunkturschwäche im Jahr 2003 war zu einem großen Teil auf das Abflauen der außenwirtschaftlichen Impulse zurückzuführen. Die realen Exporte, die 2002 noch um gut 4 % expandiert hatten, nahmen nur um

*Anhaltende
Wachstums-
schwäche...*

*...auf Grund
nachlassender
Impulse von
außen und...*

2 ½ % zu. Dazu trug bei, dass der Welthandel im ersten Halbjahr 2003 durch die Belastungen des Irakkriegs sowie die Folgen der Lungenkrankheit SARS, die vor allem in Ostasien zur Verunsicherung geführt hatte, gedämpft worden war. In der zweiten Jahreshälfte fasste die Weltwirtschaft jedoch wieder Tritt. Dies schlug sich zwar auch in einer Belebung der deutschen Exporte nieder. Der Anstieg der Ausfuhren blieb jedoch vor allem wegen der seinerzeit noch anhaltenden Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar hinter dem Wachstum der Absatzmärkte zurück. Gleichzeitig wuchsen die Importe wechselkursbedingt und wegen des Umschwungs in den Lagerdispositionen mehr als doppelt so stark. Im kreislaufarithmetischen Ergebnis drückte die Verminderung des realen Außenbeitrags das BIP-Wachstum um drei viertel Prozentpunkte.

... fortgesetzter
Flaute im Inland

Die Inlandsnachfrage zog 2003 zwar um ½ % an, nachdem sie in den beiden Jahren zuvor um insgesamt 2 ½ % gesunken war. Dahinter stand jedoch ganz überwiegend die erwähnte Verlangsamung des Lagerabbaus. Die Investitionen in neue Ausrüstungen und Bauten gaben seinerzeit weiter nach. Zudem blieb die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte schwach, auch wenn der reale private Verbrauch nicht mehr rückläufig war, wie im Jahr zuvor, sondern geringfügig zunahm. Ausschlaggebend für die schleppende Konsumkonjunktur war die verhaltene Einkommensentwicklung. So gingen die Nettolöhne und -gehälter wegen des verstärkten Beschäftigungsrückgangs und des erneuten Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge um ¾ % zurück. Hinzu kam, dass die privaten

Haushalte angesichts der erheblichen Unsicherheit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der Eintrübung der Arbeitsmarktperspektiven ihre Spartätigkeit verstärkten, und zwar gemessen am verfügbaren Einkommen um einen halben Prozentpunkt auf 10 ¼ %.

Die Lohnpolitik, die einen wichtigen Einfluss auf die Kostenentwicklung in den Unternehmen hat, trug dem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld im Jahr 2003 durchaus Rechnung. Die Neuabschlüsse fielen insgesamt niedriger aus als im Jahr davor, so dass sich das Tariflohn- und -gehaltsniveau im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis mit 2 % um gut einen halben Prozentpunkt langsamer erhöhte. Der Anstieg der Effektivverdienste blieb zudem mit 1 ¼ % deutlich hinter der Tarifierhebung zurück. Wegen der zumindest teilweise zyklisch bedingten Abflachung des Produktivitätszuwachses nahmen die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft noch um ½ % zu. Das Arbeitnehmerentgelt, das die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfasst, lag 2003 nur wenig (¼ %) über dem Niveau von 2002, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit 3 ½ % erneut deutlich anzogen. Die gesamtwirtschaftliche Gewinnquote – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) – stieg deshalb weiter an und erreichte mit 29 ¼ % des Volkseinkommens den höchsten Wert seit 1998.

Moderate
Lohnentwicklung

Ertragslage

*Gewinne vor
Steuern...*

Die anhaltend schwache Konjunktur im Jahr 2003 hat sich erwartungsgemäß in den Erfolgsrechnungen der Unternehmen niederschlagen. Das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern lag nur um ½ % über dem Niveau von 2002, in dem es um 6 ½ % zurückgegangen war.¹⁾ Der im Jahr 2001 erzielte Höchstwert wurde somit weiterhin unterschritten. Das Ergebnis steht auf den ersten Blick im Kontrast zu den Angaben der VGR zur Ertragsentwicklung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.²⁾ Danach sind die Unternehmensgewinne im Jahr 2002 noch um gut 1½ % gestiegen, aber im Jahr 2003 um 5 % gesunken. Beide Rechnungen sind jedoch nur eingeschränkt vergleichbar. Zum einen enthält der Gewinn laut VGR nicht die Ergebnisse der Einzelunternehmen. Zum anderen berücksichtigen die VGR weder außerordentliche Erfolgsfaktoren noch Bewertungsgewinne und -verluste. In den Erfolgsrechnungen der Unternehmen sind aber gerade in den Jahren 2001 und 2002 hohe Bewertungsverluste angefallen, die das Ergebnis vor Gewinnsteuern spürbar beeinflusst haben. Ausschlaggebend dafür waren der Rückgang der Aktienkurse in diesem Zeitraum, die Abwertung des US-Dollar und die vielfach notwendig gewordene Neubewertung des Immobilienvermögens. Im Jahr 2003 fielen die bewertungsbedingten Verluste nicht mehr ganz so hoch aus wie in den beiden Vorjahren.

*... und Brutto-
Umsatzrendite*

Das von der Unternehmensbilanzstatistik gezeichnete Ertragsbild für 2003 hellt sich etwas auf, wenn man die erneut rückläufige Geschäftstätigkeit einbezieht. Die Relation

des Jahresergebnisses vor Gewinnsteuern zum Umsatz der Unternehmen, die Brutto-Umsatzrendite, hielt sich mit unverändert 3 ½ % auf einem relativ hohen Niveau. In den Jahren 1998 bis 2001 hatte sie allerdings um einen viertel Prozentpunkt höher gelegen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu Beginn dieses Jahrzehnts sprunghaft zugenommen hatte. Dies bedeutete, dass zahlreiche überwiegend ertragsschwache Betriebe ausscheiden mussten und damit auch im Jahresabschlussdatenpool nicht mehr enthalten waren.

Das Jahresergebnis nach Steuern hat 2003 auf dem gedrückten Stand von 2002 stagniert und blieb damit etwas hinter der Entwicklung des Vorsteuerergebnisses zurück. Der Grund dafür ist, dass die Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und Ertrag mit 2 % stärker zunahmen als das Bruttojahresergebnis. Dazu dürfte auch die Anfang 2003 wirksam gewordene vorübergehende Anhebung des Körperschaftsteuersatzes (zur Finanzierung der vor allem in Ostdeutschland entstandenen Hochwasserschäden) von 25 % auf 26,5 % beigetragen haben. Dies hat auch dazu geführt, dass der Anteil der Gewinnsteuern am Bruttojahresergebnis um knapp

*Gewinne nach
Steuern und
Netto-Umsatz-
rendite*

¹ Das Jahresergebnis entspricht dem Jahresüberschuss laut HGB vor Ergebniszu- oder -abführungen. Es gibt einen besseren Aufschluss über die erwirtschafteten Erträge der hier analysierten Unternehmen, da zahlreiche Firmen auf Grund von Gewinn- oder Teilgewinnabführungsverträgen mit nicht in der Unternehmensbilanzstatistik erfassten Unternehmen (z. B. Beteiligungsgesellschaften) verbunden sind, an die sie Gewinne bzw. Verluste abführen.

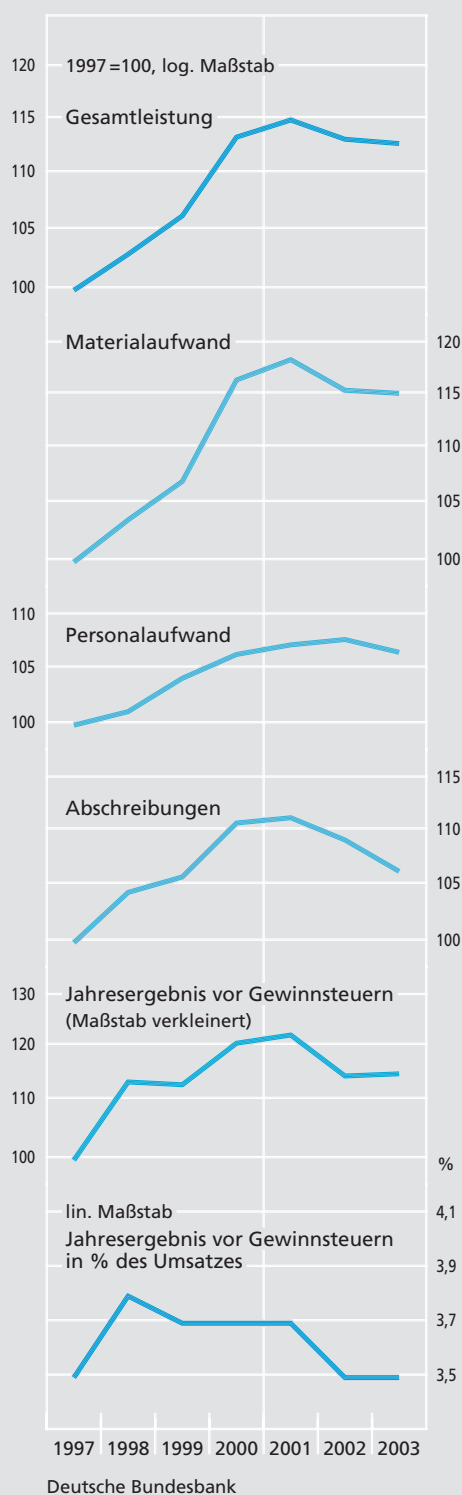
² Dazu zählen nach dem ESVG '95 auch sog. Quasi-Kapitalgesellschaften, d. h. offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sowie abgeleitete Rechtsformen.

einen halben Prozentpunkt auf reichlich 22 ½ % gestiegen ist. Die so berechnete Gewinnsteuerquote lag aber immer noch drei Prozentpunkte unter dem Stand von 2000, dem letzten Jahr vor In-Kraft-Treten der Unternehmenssteuerreform. Die Netto-Umsatzrendite war 2003 gleichwohl mit 2 ¾ % nicht niedriger als in den guten Ertragsjahren 2000 und 2001 und lag nur wenig unter dem Wert im Spitzenjahr 1998. Diese Kennziffer eignet sich allerdings nur, um die Entwicklung der Erträge nach Steuern darzustellen. Ihr Niveau ist insofern überhöht, als der ertragsteuerliche Aufwand neben der Gewerbeertragsteuer nur die Körperschaftsteuer (einschl. Solidarzuschlag) der Kapitalgesellschaften enthält. Die Jahresergebnisse der Personengesellschaften und Einzelunternehmen werden dagegen in der „Privatsphäre“ der Unternehmer versteuert, so dass ihre Einkommensteuerzahlungen nicht in den Erfolgsrechnungen der jeweiligen Firmen ausgewiesen werden.

Ertragsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, ...

Hinter den Angaben zur Ertragsentwicklung bei den Unternehmen insgesamt verbergen sich sehr unterschiedliche Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. So ist das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern im Verarbeitenden Gewerbe, das traditionell im Zentrum des konjunkturellen Geschehens steht, im Jahr 2003 erneut stark gesunken, und zwar um 9 ½ %. Es lag damit um ein Fünftel unter dem Höchststand von 2000. Die Brutto-Umsatzrendite fiel mit 3 ¾ % um einen Prozentpunkt niedriger aus. Die anhaltende Ertragschwäche in der Industrie im Jahr 2003 ist vor allem auf die damals besonders schwierigen Marktverhältnisse im Inland und

Ausgewählte Indikatoren aus den Erfolgsrechnungen deutscher Unternehmen



Erfolgsrechnung der Unternehmen *)

Position	2001	2002	2003	2002	2003
	Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
Erträge					
Umsatz	3 526,7	3 475,6	3 462,0	- 1,4	- 0,4
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 1)	12,4	7,1	10,7	- 42,5	50,3
Gesamtleistung	3 539,1	3 482,7	3 472,7	- 1,6	- 0,3
Zinserträge	19,6	17,2	16,8	- 12,4	- 2,1
Übrige Erträge 2)	166,7	175,7	162,3	5,4	- 7,6
darunter:					
Erträge aus Beteiligungen	20,6	18,5	17,8	- 10,1	- 4,1
Gesamte Erträge	3 725,4	3 675,5	3 651,8	- 1,3	- 0,6
Aufwendungen					
Materialaufwand	2 205,4	2 148,5	2 143,2	- 2,6	- 0,2
Personalaufwand	650,5	653,5	645,8	0,5	- 1,2
Abschreibungen	121,5	119,2	116,0	- 1,9	- 2,7
auf Sachanlagen 3)	106,4	103,2	102,6	- 3,0	- 0,6
sonstige 4)	15,1	16,0	13,4	5,6	- 16,1
Zinsaufwendungen	47,2	44,7	40,9	- 5,2	- 8,5
Betriebssteuern	55,7	65,4	71,9	17,5	9,8
darunter:					
Verbrauchssteuern	51,2	61,6	68,0	20,4	10,4
Übrige Aufwendungen 5)	514,9	522,4	511,6	1,4	- 2,1
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 6)	3 595,2	3 553,7	3 529,4	- 1,2	- 0,7
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern vom Einkommen und Ertrag 7)	130,2	121,8	122,4	- 6,4	0,4
Jahresergebnis	30,4	27,2	27,8	- 10,3	2,0
Nachrichtlich:					
Cash-Flow (Eigen erwirtschaftete Mittel) 8)	99,8	94,6	94,6	- 5,2	0,0
Nettozinsaufwand	224,5	223,5	218,6	- 0,5	- 2,2
	27,6	27,5	24,1	- 0,1	- 12,5
	in % des Umsatzes			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten	
Rohertag 9)	37,8	38,4	38,4	0,6	0,0
Jahresergebnis	2,8	2,7	2,7	- 0,1	0,0
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	3,7	3,5	3,5	- 0,2	0,0
Nettozinsaufwand	0,8	0,8	0,7	0,0	- 0,1

*) Hochgerechnete Ergebnisse. — 1 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 2 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 3 Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. — 4 Überwiegend Abschreibungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen. — 5 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 6 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 7 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbesteuer. — 8 Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. — 9 Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand.

Deutsche Bundesbank

im Ausland zurückzuführen, wobei die Gewinnmargen in der Exportwirtschaft auch durch die Aufwertung des Euro gedrückt wurden. Darüber hinaus schlugen rückläufige Erträge aus dem nichtoperativen Geschäft in den Gewinn- und Verlustrechnungen zu Buche. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wiesen insbesondere die Hersteller von Kraftfahrzeugen, der Maschinenbau, die Metallherzeugung und -bearbeitung, die Chemische Industrie sowie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe starke Gewinnrückgänge auf. Andere Branchen, wie etwa die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren, konnten dagegen bessere Ergebnisse erzielen als ein Jahr zuvor.

Im Baugewerbe hat sich das Bruttojahresergebnis im Berichtsjahr um fast ein Zehntel verbessert, nachdem es in den beiden Vorjahren insgesamt um ein Fünftel gesunken war. Dazu hat beigetragen, dass sich die seit einigen Jahren anhaltende Schrumpfung der Produktion 2003 nicht mehr in so starkem Tempo wie in den Jahren zuvor fortsetzte. Hier spielte die Diskussion um die Streichung beziehungsweise Kürzung der Eigenheimzulage eine Rolle, die vor allem in der zweiten Jahreshälfte die Bauaktivitäten vorübergehend stimulierte, was sich bereits um die Jahreswende 2002/2003 in erhöhten Baugenehmigungen angedeutet hatte. Zudem haben Entlastungen auf der Kostenseite, die fast alle Aufwandspositionen betrafen, zu der Ertragsverbesserung beigetragen. Hinzu kommt, dass die Insolvenzhäufigkeit im Baugewerbe auch 2003 relativ hoch war und somit erneut viele ertragsschwache Betriebe ausgeschieden sind. So waren von 10 000 bestehenden

... in der Bauwirtschaft, ...

Bauunternehmen 271 von einem Insolvenzverfahren betroffen, verglichen mit 158 Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe und 110 im Handel.³⁾

*... im Handel
und Verkehr
sowie...*

Die Bruttogewinne der Handelsunternehmen sind ebenfalls gestiegen, und zwar um 8 %. Die traditionell niedrige Brutto-Umsatzrendite erhöhte sich bei rückläufigen Geschäftsaktivitäten weiter auf 2 ½ %; im Jahr 1997, also zum Beginn der neuen Datenreihen, hatte sie noch bei 2 % gelegen. Die Besserung im Jahr 2003 ist auf eine Entlastung bei wichtigen Aufwandspositionen zurückzuführen. Die positive Ertragsentwicklung war sowohl im Großhandel als auch im Einzelhandel zu beobachten. Im Verkehrsgewerbe, das in der vorliegenden Abgrenzung weder die Eisenbahnen noch die Nachrichtenübermittlung enthält, zog das Bruttoergebnis um 2 ½ % an, nachdem es sich schon im Vorjahr kräftig erholt hatte. Die entsprechende Umsatzrendite erreichte mit knapp 2 ½ % einen im längerfristigen Vergleich recht hohen Wert.

*... in den unter-
nehmensnahen
Dienstleistungs-
bereichen*

Die in der neuen Unternehmensbilanzstatistik erstmals erfassten Anbieter unternehmensnaher Dienstleistungen sind von allen hier betrachteten Wirtschaftsbereichen am besten durch die letzte konjunkturelle Stockungsphase gekommen. Der Bruttogewinn, der 2002 noch um ein Achtel gesunken war, expandierte 2003 um mehr als ein Fünftel. Bemerkenswert ist dabei, dass die Ertragsverbesserung bei rückläufigen Umsätzen realisiert werden konnte. Dies lässt auf eine bemerkenswerte Kostenreagibilität schließen. Die Brutto-Umsatzrendite nahm binnen Jahresfrist um eineinhalb Prozentpunkte auf gut

7 ½ % zu, womit in diesem Wirtschaftsbereich zugleich der mit Abstand höchste Wert erreicht wurde. Von dem Renditeniveau des Jahres 1998 war sie jedoch noch knapp einen Prozentpunkt entfernt.

Erträge und Aufwendungen im Einzelnen

Die Gesamtleistung der hier untersuchten Wirtschaftsbereiche, die neben den Umsätzen die Bestandsveränderungen an (eigenen) Erzeugnissen und andere aktivierte Eigenleistungen enthält, ist 2003 auf Grund der damaligen konjunkturellen Schwäche in Deutschland erneut gesunken, und zwar um ¼ %, nach 1 ½ % im Jahr zuvor. Real betrachtet dürfte der Rückgang der Gesamtleistung 2003 nur wenig stärker gewesen sein. So sind die Preise für gewerbliche Erzeugnisse der Industrie im Inlandsabsatz zwar um ¼ % gestiegen, im Exportgeschäft aber in etwa gleichem Umfang gesunken. Das Baupreisniveau hat sich praktisch nicht verändert. Der Index der Einzelhandelspreise stieg 2003 lediglich um ¼ %, und im Großhandel belief sich der Preisanstieg nur auf ½ %. Über die Preisentwicklung auf der Erzeugerstufe im Verkehr und in den jetzt neu hinzugekommenen Dienstleistungsbereichen liegen keine Angaben vor. Bemerkenswert ist, dass in fast allen Wirtschaftsbereichen ein Rückgang der Gesamtleistung zu beobachten war; nur im Verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel nahmen die Geschäftsaktivitäten leicht zu.

Gesamtleistung

³ Vgl.: J. Angele, Insolvenzen in Deutschland im Jahr 2003, *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4, 2004, S. 418.

*Zinserträge,
übrige Erträge
und Erträge
insgesamt*

Deutlich stärker als die Gesamtleistung gingen 2003 die Zinserträge und die übrigen Erträge zurück, zu denen die Erträge aus Beteiligungen sowie die sonstigen betrieblichen und die außerordentlichen Erträge zählen. Die Zinserträge, die 2002 um nicht weniger als 12 ½ % gesunken waren, gaben nochmals um 2 % nach. Ausschlaggebend dafür waren weiter sinkende Marktzinsen. Der jahresdurchschnittliche Bestand an zinstragenden Aktiva der Unternehmen nahm dagegen um 5 % zu. Die durchschnittliche Verzinsung dieser Anlagen erreichte mit knapp 3 % den niedrigsten Wert seit Beginn der Reihe im Jahr 1998; damals hatte die Ertragsrate noch bei 3 ½ % gelegen. Die übrigen Erträge, die in den Vorjahren nicht zuletzt auf Grund einer verstärkten Auflösung stiller Reserven deutlich gestiegen waren, gingen 2003 um 7 ½ % zurück. Die Erträge insgesamt lagen um ½ % unter dem Stand vor Jahresfrist.

*Gesamte Auf-
wendungen*

Die gesamten Aufwendungen vor Gewinnsteuern nahmen etwas stärker ab als die Erträge, so dass noch Raum für die oben erläuterte geringfügige Zunahme des Bruttojahresergebnisses blieb. Die moderate Kostenentwicklung war insofern breit fundiert, als mit Ausnahme der Betriebssteuern alle wichtigen Aufwandspositionen 2003 nach unten tendierten.

*Material-
aufwand*

Im Einklang mit der Entwicklung der Gesamtleistung sanken die Aufwendungen für Vorleistungsgüter um ¼ %. Infolgedessen blieb auch der Anteil an der Gesamtleistung mit reichlich 61 ½ % unverändert. Da die Einfuhrpreise 2003 erneut um gut 2 % fielen, hätte man auf den ersten Blick einen noch stärkeren

Rückgang des Materialaufwands erwarten können. Erfahrungsgemäß wird nämlich ein beträchtlicher Teil der Vorleistungsgüter in der Industrie und der Warenbezüge des Einzelhandels aus dem Ausland importiert. Bei näherem Hinsehen ist jedoch festzustellen, dass sich nur die importierten Enderzeugnisse – nicht zuletzt wegen der Euro-Aufwertung – stärker verbilligten, während die Preise der importierten Rohstoffe und Halbwaren nach oben tendierten und die der eingeführten Vorzeugnisse praktisch unverändert blieben. Insbesondere bei den Rohstoffen dürften die steigenden Notierungen (in US-Dollar) an den internationalen Märkten den dämpfenden Effekt der Euro-Aufwertung überkompensiert haben.

Stärker entlastet wurde die Kostenrechnung der Unternehmen im Jahr 2003 bei den Personalausgaben, die um 1¼ % unter ihrem Vorjahrsstand lagen. Ihr Anteil an der Gesamtleistung ging leicht auf 18 ½ % zurück. Der Rückgang der Aufwendungen für Personal ist zum einen auf die bereits erwähnte maßvolle Anhebung der Tariflöhne und -gehälter und die noch moderatere Steigerung der Effektivverdienste zurückzuführen. Zum anderen schlug der Abbau von Arbeitsplätzen bei den Personalkosten entlastend zu Buche. In den hier untersuchten Wirtschaftsbereichen sank die Zahl der Arbeitnehmer 2003 um 2 %. Dabei hatte das Baugewerbe den stärksten Beschäftigungsrückgang (6 %) zu verzeichnen, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (3 %) und dem Handel (2 %). Im Verkehr blieb die Zahl der Arbeitnehmer praktisch unverändert. Neue Stellen wurden nur im Bereich der unternehmensnahen

*Aufwendungen
für Personal, ...*

Dienstleistungen geschaffen. Kostensteigernd wirkte dagegen die Anhebung des Beitragsatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte auf 19,5 % zum Jahresbeginn 2003, wovon die Arbeitgeber die Hälfte zu zahlen hatten. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch die Beitragsbemessungsgrenze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung deutlich erhöht.

... Abschreibungen...

Zur Stabilisierung der Ertragssituation in den Unternehmen trug auch der erneute spürbare Rückgang der Abschreibungen bei, der sich 2003 auf 2¾ % belief. Dabei fielen die Abschreibungen auf Sachanlagen (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände), die mehr als neun Zehntel der Gesamtposition ausmachen, um ½ % und die sonstigen Abschreibungen um 16 %. Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen setzte sich die rückläufige Tendenz aus den beiden Vorjahren fort, in der sich vor allem die schwache Investitionstätigkeit seit 2001 widerspiegelt. Ausschlaggebend für das kräftige Minus bei den sonstigen Abschreibungen war, dass die Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere, die sich in den Jahren 2000 bis 2002 verdoppelt und insbesondere im Jahr 2001 auf Grund der massiven Kursrückgänge an den Aktienmärkten sprunghaft zugenommen hatten, um gut ein Fünftel niedriger ausfielen.

... und Zinsen

Die Aufwendungen der Unternehmen für Zinsen gaben im Berichtsjahr um 8½ % nach. Dazu haben zum einen die Bemühungen der Unternehmen beigetragen, ihre Bilanzen zu konsolidieren, die durch den im großen Umfang fremdfinanzierten Boom bei den Investitionen in neue Sachanlagen und Beteiligun-

gen in den Jahren 1999/2000 und durch die konjunkturelle Abschwächung sowie die Kursverluste in den Folgejahren teilweise stark in Mitleidenschaft geraten waren. Der jahresdurchschnittliche Bestand an zinswirksamen Verbindlichkeiten ging 2003 erstmals seit Ende der neunziger Jahre leicht zurück. Zum anderen ist der von den Unternehmen zu entrichtende durchschnittliche Kreditzins 2003 spürbar auf gut 4½ % gesunken. Dieser Rückgang war durch die abwärts gerichtete Entwicklung sowohl der kurzfristigen als auch der langfristigen Marktzinsen vorgezeichnet.

Höhere Aufwendungen hatten die Unternehmen dagegen für Betriebssteuern zu leisten, zu denen unter anderem die Grundsteuern, die Kfz-Steuer und die Verbrauchsteuern zählen; sie nahmen im Berichtsjahr um 10 % zu. Dies war im Wesentlichen auf das Inkrafttreten der letzten Stufe der „ökologischen Steuerreform“ und einer weiteren Tabaksteuererhöhung zurückzuführen. Nimmt man die 2001 und 2002 wirksam gewordenen Anhebungen der Ökosteuer und anderer Verbrauchsteuern noch mit ins Bild, so lagen die Aufwendungen für Betriebssteuern 2003 um ein Drittel über dem Niveau von 2000. Ein Gegengewicht dazu bildeten die übrigen Aufwendungen, die um 2 % niedriger ausfielen als 2002. Sie umfassen unter anderem Miet- und Pacht aufwendungen, Forschungs- und Entwicklungskosten, Aufwendungen für Werbung sowie außerordentliche Aufwendungen.

*Betriebssteuern
und übrige Aufwendungen*

Mittelaufkommen und Mittelverwendung

Mittelaufkommen insgesamt

Das gesamte Mittelaufkommen, das den Umfang der Sach- und Geldvermögensbildung widerspiegelt, war 2003 um 5 ½ % niedriger als im Jahr 2002, in dem es noch merklich gestiegen war.⁴⁾ Den bisherigen Höchststand aus dem Jahr 1999 unterschritt es um reichlich ein Drittel. Dabei ist der Rückgang des Mittelaufkommens in diesem Zeitraum zu über 90 % auf die geringere Inanspruchnahme von Außenfinanzierungsmitteln und zu knapp einem Zehntel auf eine niedrigere Innenfinanzierung zurückzuführen. In den Jahren 2002 und 2003 wurden sogar Verbindlichkeiten netto getilgt. Ausschlaggebend dafür waren zum einen die konjunkturbedingt niedrige Kapazitätsauslastung und der damit einhergehende geringe Bedarf an Erweiterungsinvestitionen sowie die von den Unternehmen ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Bilanzstrukturen. Zum anderen ist zu beachten, dass die Entwicklung der Innenfinanzierungsmittel, die ganz überwiegend aus den relativ stetigen „verdienten“ Abschreibungen gespeist werden, im Zyklus eine geringere Volatilität aufweist.

Innen- und Außenfinanzierung

Die Kapitalerhöhungen aus Gewinnen (sowie aus Einlagen bei Nichtkapitalgesellschaften) sind 2003 zwar geringfügig gesunken, ihr Niveau war jedoch immer noch vergleichsweise hoch. Dagegen tendierten die Kapitalzuführungen bei Kapitalgesellschaften von außen deutlicher nach unten. Ihr Anteil am gesamten Mittelaufkommen lag nur noch bei 1%, verglichen mit 9 ½ % im Jahr 2001. Dabei ist neben dem geringen Bedarf an neuen Eigen-

finanzierungsmitteln zu berücksichtigen, dass das Börsenumfeld für Kapitalerhöhungen weiterhin ungünstig war. Die gesamte Zuführung zum Eigenkapital von innen und von außen belief sich 2003 – gemessen am (geschrumpften) Mittelaufkommen insgesamt – auf 17 %; dies war mehr als in den wirtschaftlich guten Jahren 1999 und 2000.

Im Rahmen der Mittelverwendung wurden die Budgets für die Sachvermögensbildung – nach einem Rückgang von fast 30 % in den Jahren 2000 bis 2002 – im Berichtsjahr um 7 ½ % aufgestockt. Dies hing ausschließlich damit zusammen, dass die Vorräte nicht mehr weiter abgebaut, sondern leicht erhöht wurden. Die Bruttoinvestitionen in Sachanlagen sind dagegen 2003 weiter kräftig (7 ½ %) gesunken. Das Niveau von 2000 wurde damit um ein Fünftel unterschritten. Erstmals seit Beginn der Reihe im Jahr 1998 lagen die Bruttoausgaben für neue Ausrüstungen und Bauten in den hier untersuchten Wirtschaftsbereichen unter den ausgewiesenen Abschreibungen, das heißt, der Buchwert des Kapitalstocks ist 2003 kleiner geworden.

Sachvermögensbildung

Für die Geldvermögensbildung wurde im Berichtsjahr ein Viertel weniger Finanzierungsmittel bereitgestellt als in dem durch Sonderfaktoren beeinflussten Vorjahr. Dabei kam es bei den Forderungen zwar im langfristigen Bereich noch zu einem Nettoerwerb, dem stand aber eine Auflösung kurzfristiger Forderungen in fast gleichem Umfang gegenüber; im Vorjahr hatte der Forderungsaufbau insge-

Aufstockung des Geldvermögens

⁴ Die Angaben zum Mittelaufkommen und zur Mittelverwendung sind mit deutlich größeren Unsicherheiten behaftet als die zur Bilanz und Erfolgsrechnung.

samt noch einen sehr viel höheren Stellenwert. Kräftig reduziert wurden auch die Beteiligungskäufe; sie absorbierten aber im Berichtsjahr immer noch die Hälfte der gesamten Geldvermögensbildung. Die Mittel für den Erwerb von Wertpapieren haben sich von 2002 auf 2003 mehr als verdoppelt. Kräftig aufgestockt wurden auch die Kassenbestände und die Bankguthaben, was zumindest teilweise mit den niedrigen Kurzfristzinsen, welche die Opportunitätskosten der Kassenhaltung bestimmen, zusammenhing.

Bilanzentwicklung und wichtige Bilanzrelationen

Bilanzsumme

Das schwache gesamtwirtschaftliche Umfeld und die nachwirkenden Einflüsse der guten Konjunkturjahre 1999/2000 haben die Bilanzen im Geschäftsjahr 2003 geprägt. Das Wachstum der Bilanzsumme war mit 1½ % ähnlich schwach wie in den beiden Vorjahren. Im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2000 hatte es bei knapp 5 % gelegen. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, ergibt sich jedoch ein recht heterogenes Bild. Im Verarbeitenden Gewerbe expandierten die Aktiva beziehungsweise Passiva 2003 um 4 %, nach fast 6 % im Jahresdurchschnitt 1998 bis 2000. Ein geringer Zuwachs um 1½ % wurde im Einzelhandel verbucht. In allen übrigen Wirtschaftsbereichen schrumpfte die Bilanzsumme, wobei die Bauwirtschaft infolge des schon seit langem andauernden Anpassungsprozesses zum vierten Mal in Folge einen Rückgang aufwies und das Niveau von 1999 um fast ein Viertel unterschritt.

Mittelaufkommen und Mittelverwendung der Unternehmen *)

Mrd €

Position	2001	2002	2003	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2002	2003
Mittelaufkommen					
Kapitalerhöhung aus Gewinnen sowie Einlagen bei Nichtkapitalgesellschaften 1)	8,6	25,0	23,8	16,4	- 1,2
Abschreibungen (insgesamt)	121,5	119,2	116,0	- 2,3	- 3,2
Zuführung zu Rückstellungen 2)	4,1	10,9	8,8	6,8	- 2,1
Innenfinanzierung	134,2	155,1	148,6	20,9	- 6,5
Kapitalzuführung bei Kapitalgesellschaften 3)	14,4	11,6	1,3	- 2,8	- 10,4
Veränderung der Verbindlichkeiten	0,0	- 12,8	- 4,1	- 12,8	8,7
kurzfristige	8,4	- 4,7	- 0,7	- 13,1	4,1
langfristige	- 8,4	- 8,1	- 3,4	0,3	4,7
Außenfinanzierung	14,4	- 1,2	- 2,8	- 15,6	- 1,6
Insgesamt	148,6	153,9	145,8	5,3	- 8,1
Mittelverwendung					
Brutto-Sachanlagezugang (Bruttoinvestitionen) 4)	117,4	106,9	98,9	- 10,5	- 8,0
Nachrichtlich:					
Netto-Sachanlagezugang 4)	11,0	3,7	- 3,7	- 7,4	- 7,4
Abschreibungen auf Sachanlagen 4)	106,4	103,2	102,6	- 3,2	- 0,6
Vorratsveränderung	- 9,0	- 14,2	0,7	- 5,2	14,8
Sachvermögensbildung	108,5	92,7	99,6	- 15,7	6,9
Veränderung von Kasse und Bankguthaben	10,6	10,6	15,1	0,0	4,5
Veränderung von Forderungen 5)	20,4	14,6	0,9	- 5,8	- 13,7
kurzfristige	10,8	16,3	- 6,6	5,5	- 22,9
langfristige	9,6	- 1,7	7,5	- 11,3	9,2
Erwerb von Wertpapieren	- 9,5	3,0	6,9	12,5	3,9
Erwerb von Beteiligungen	18,7	32,9	23,2	14,2	- 9,7
Geldvermögensbildung	40,2	61,1	46,2	21,0	- 15,0
Insgesamt	148,6	153,9	145,8	5,3	- 8,1
Nachrichtlich:					
Innenfinanzierung in % der Bruttoinvestitionen	114,2	145,1	150,2	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse. — 1 Einschl. GmbH und Co KGs und ähnlicher Rechtsformen. — 2 Einschl. Veränderung des Saldos der Rechnungsabgrenzungsposten. — 3 Erhöhung des Nominalkapitals durch Ausgabe von Aktien und GmbH-Anteilen sowie Zuführungen zur Kapitalrücklage. — 4 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 5 Einschl. unüblicher Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens.

Deutsche Bundesbank

Bilanz der Unternehmen *)

Position	2001	2002	2003	2002	2003
	Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände 1)	34,1	42,0	40,3	23,4	- 4,2
Sachanlagen	452,4	448,1	446,2	- 0,9	- 0,4
Vorräte	419,8	405,6	406,3	- 3,4	0,2
Sachvermögen	906,3	895,8	892,8	- 1,2	- 0,3
Kasse und Bankguthaben	112,7	123,3	138,4	9,4	12,2
Forderungen	680,8	690,2	686,2	1,4	- 0,6
darunter: aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	291,4	277,9	272,5	- 4,6	- 1,9
Wertpapiere	285,5	304,3	306,3	6,6	0,7
Beteiligungen 2)	37,8	40,8	47,7	7,9	16,9
	231,9	254,0	268,8	9,5	5,8
Forderungsvermögen	1 063,1	1 108,3	1 141,0	4,2	3,0
Rechnungsabgrenzungsposten	10,1	10,7	11,2	6,4	3,8
Aktiva insgesamt 3)	1 979,5	2 014,9	2 045,0	1,8	1,5
Kapital					
Eigenmittel 3) 4)	385,7	422,3	447,4	9,5	5,9
Verbindlichkeiten	1 218,1	1 205,2	1 201,1	- 1,1	- 0,3
darunter: gegenüber Kreditinstituten	391,9	363,7	347,4	- 7,2	- 4,5
aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen	232,5	222,0	216,0	- 4,5	- 2,7
erhaltene Anzahlungen	321,2	344,9	357,4	7,4	3,6
Rückstellungen 4)	104,4	107,0	113,1	2,5	5,7
darunter: Pensionsrückstellungen	367,5	379,3	389,5	3,2	2,7
	151,0	157,1	163,5	4,1	4,0
Fremdmittel	1 585,6	1 584,5	1 590,6	- 0,1	0,4
Rechnungsabgrenzungsposten	8,3	8,0	7,0	- 3,2	- 12,9
Passiva insgesamt 3)	1 979,5	2 014,9	2 045,0	1,8	1,5
Nachrichtlich: Umsatz	3 526,7	3 475,6	3 462,0	- 1,4	- 0,4
desgl. in % der Bilanzsumme	178,2	172,5	169,3	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse. — 1 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 2 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 3 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 4 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

Deutsche Bundesbank

Zu dem insgesamt geringen Bilanzwachstum im Jahr 2003 haben sowohl die erneute Abnahme des Sachvermögens (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände), die dem Minus bei den Nettozugängen an Sachanlagen im Rahmen der Mittelverwendung entspricht, als auch der langsamere Anstieg des Finanzvermögens beigetragen. Beim Sachvermögen wurde der Rückgang des Bestandes an Sachanlagen und an immateriellen Vermögensgegenständen durch die stabile Entwicklung bei den Vorräten etwas abgefedert. Das Gewicht der Sachanlagen hat sich im Bilanzzusammenhang weiter auf 43 ½ % vermindert; 1997 hatte ihr Anteil noch bei knapp 49 % gelegen. Entsprechend hat der Stellenwert der Forderungen zugenommen.

Sachvermögen

Das Wachstum des Finanzvermögens wurde 2003 vor allem durch den Rückgang der kurzfristigen Aktiva gebremst. Dahinter stand wiederum eine Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die entsprechenden Verbindlichkeiten aus dem Warenverkehr sind ebenfalls gesunken. Beide Positionen weisen in der Regel starke zyklische Bewegungen auf. In konjunkturellen Schwächephase spielt hier neben dem langsameren Geschäftswachstum eine Rolle, dass Lieferanten angesichts der allgemein erhöhten Debitorenrisiken bestrebt sind, ihre Außenstände möglichst niedrig zu halten.

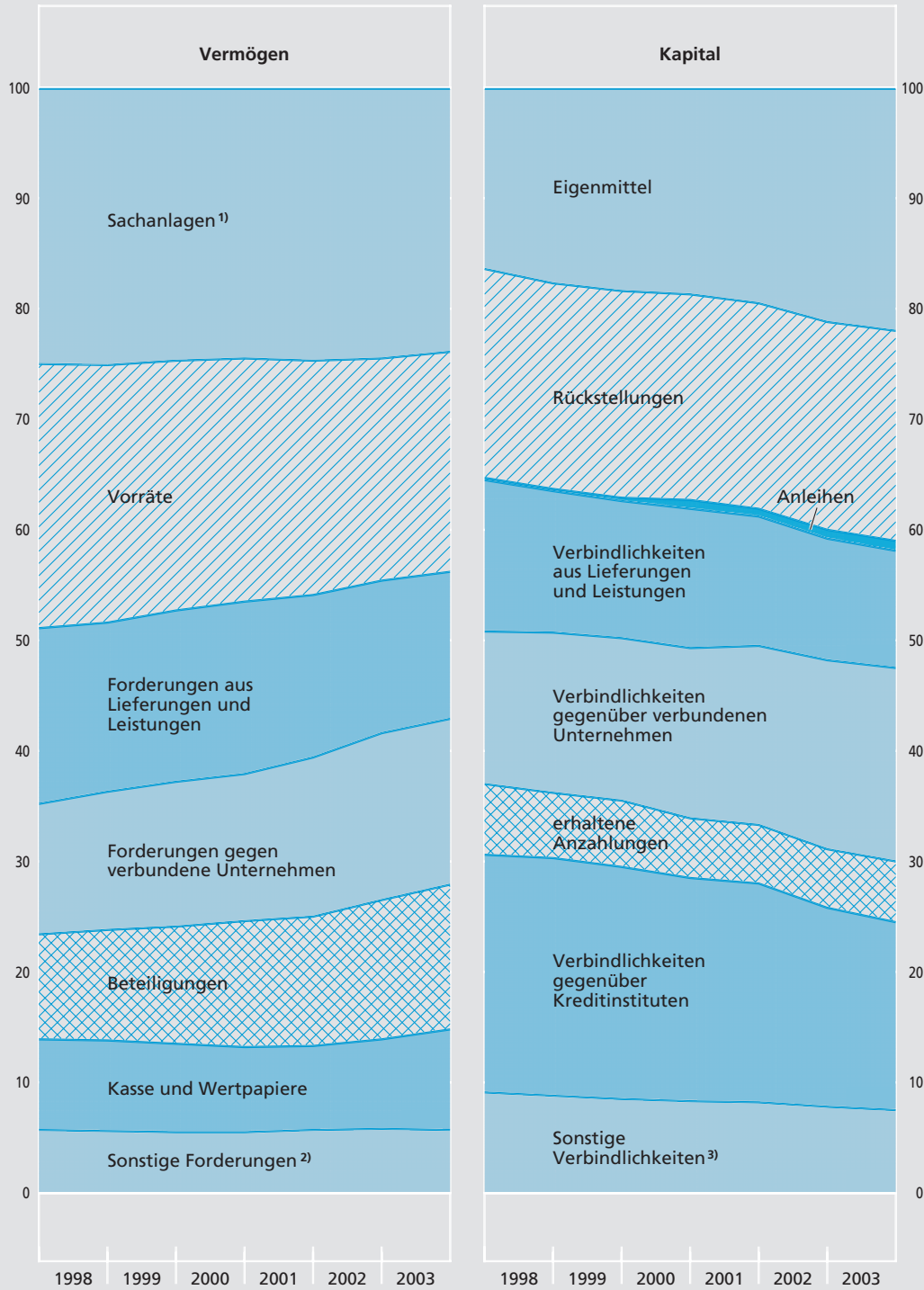
Finanzaktiva

Auf Grund der oben beschriebenen recht robusten Entwicklung der Kapitalerhöhungen aus Gewinnen stieg der Bestand an Eigenmitteln 2003 um 6 %. Damit hat sich die seit Beginn der neuen Zeitreihe im Jahr 1997 zu beobachtende deutliche Aufstockung der haf-

Eigenmittel insgesamt...

Bilanzstruktur deutscher Unternehmen

in % der Bilanzsumme



1 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 2 Einschl. des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens. — 3 Einschl. des passiven Rechnungsabgrenzungspostens.

Deutsche Bundesbank

Bilanzielle Kennziffern *)

Position	2001	2002	2003
	in % der Bilanzsumme 1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	1,7	2,1	2,0
Sachanlagen	22,9	22,2	21,8
Vorräte	21,2	20,1	19,9
Kurzfristige Forderungen	32,0	32,0	30,9
Langfristig verfügbares Kapital 3)	43,2	44,1	44,8
darunter:			
Eigenmittel 1)	19,5	21,0	21,9
Langfristige Verbindlichkeiten	15,4	14,7	14,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	46,1	45,1	44,4
	in % der Sachanlagen 4)		
Eigenmittel 1)	79,3	86,2	92,0
Langfristig verfügbares Kapital 3)	175,8	181,3	188,3
	in % des Anlagevermögens 5)		
Langfristig verfügbares Kapital 3)	109,6	109,6	109,9
	in % der kurzfristigen Verbindlichkeiten		
Liquide Mittel 6) und kurzfristige Forderungen	84,2	86,7	87,5
	in % der Fremdmittel 7)		
Cash-Flow (Eigenwirtschaftete Mittel) 8)	15,2	15,3	15,1

* Hochgerechnete Ergebnisse. — 1 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 2 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 3 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. — 4 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 5 Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 6 Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 7 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil, vermindert um Kasse und Bankguthaben. — 8 Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

Deutsche Bundesbank

tendenden Mittel fortgesetzt. Bei einem Bilanzwachstum von einem Fünftel nahm die (vertikale) Eigenmittelquote kräftig um sechs Prozentpunkte auf 22 % zu. Davon entfielen immerhin noch 2 ½ Prozentpunkte auf die ertragsschwachen Jahre 2001 bis 2003. Dazu dürfte maßgeblich beigetragen haben, dass nach der 2001 wirksam gewordenen Unternehmenssteuerreform die Gewinnthesaurierung im Vergleich zur Ausschüttung noch stärker begünstigt wird. Hinzu kommt, dass die Banken in den letzten Jahren vermehrt Druck auf die Firmen mit schwacher Eigenmittelausstattung ausgeübt haben, ihre haftende Basis zu verstärken. Die an anderer Stelle erwähnte deutliche Zunahme der Insolvenzen ist hier ebenfalls mit ins Bild zu nehmen. Damit sind zahlreiche Unternehmen, deren Eigenmittel zuvor durch Verluste weitgehend aufgezehrt worden waren, aus dem Jahresabschlussdatenpool herausgefallen.

Die Verbesserung der Eigenmittelausstattung im Verhältnis zur Bilanzsumme kam mit Ausnahme des Verkehrs, wo der Anteil 2003 nicht höher war als sechs Jahre zuvor, in allen Wirtschaftsbereichen zum Tragen. Im Verarbeitenden Gewerbe erreichte die Eigenmittelquote zuletzt einen Wert von 27 %, verglichen mit 23 % im Jahr 1997. Die Firmen im Baugewerbe konnten ihre haftende Basis ebenfalls verstärken, und zwar um dreieinhalb Prozentpunkte auf 6 %. Die stärksten Verbesserungen verbuchte der Einzelhandel, der 2003 eine Eigenmittelquote von 15 % aufwies, gegenüber 5 ½ % im Jahr 1997. Hierbei dürften auch Konzentrationsprozesse eine Rolle gespielt haben. Im Großhandel nahm sie um sechs Prozentpunkte auf

*... und nach
Wirtschafts-
bereichen*

21½ % und bei den unternehmensnahen Dienstleistern um 6½ Punkte auf 16½ % zu.

Verbindlichkeiten und Rückstellungen

Die Verbindlichkeiten der Unternehmen gingen im Berichtsjahr nochmals leicht (¼ %) zurück. Dazu trug neben den bereits erwähnten geringeren Schulden aus dem Warenverkehr vor allem die Nettotilgung kurz- und langfristiger Bankkredite bei, deren Bestand um 4½ % niedriger war als 2002. Die Verschuldung bei Banken, die Ende der neunziger Jahre mehr als ein Fünftel der gesamten Passiva auf sich vereinigt hatte, ist seither um vier Prozentpunkte auf 17 % gesunken. Ausschlaggebend dafür dürfte der geringere Bedarf an Bankkrediten gewesen sein. Zudem hatten – nach dem Bank Lending Survey des Eurosystems – relativ viele Banken in Deutschland mit zunehmender Dauer der konjunkturellen Stockungsphase ihre Kreditkonditionen verschärft, wobei häufig vorsichtiger Risikoeinschätzungen eine Rolle spielten. Der Bestand an Rückstellungen nahm um 2¾ % zu, wobei die darin enthaltenen Pensionsrückstellungen um 4 % wuchsen. Im Bilanzzusammenhang hat sich das Gewicht der Rückstellungen 2003 zwar wieder leicht vergrößert, mit 19 % war es zuletzt aber nicht höher als 1997.

Ausgewählte Kennziffern zur Bilanzstruktur

Die Verbesserung der finanziellen Verhältnisse der deutschen Unternehmen kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Anteil des langfristig verfügbaren Kapitals an den gesamten Passiva weiter auf rund 45 % zugenommen hat und um 10 % über dem Anlagevermögen lag. Die Finanzierungssituation im kurzfristigen Bereich war 2003 ebenfalls entspannt.

Die sofort verfügbaren Mittel und die kurzfristigen Forderungen deckten 87½ % der kurzfristigen Verbindlichkeiten ab; dies war der höchste Liquiditätsgrad seit Reihenbeginn im Jahr 1997. Die Relation des Cash-Flow zu den Fremdmitteln, die über die Schuldendienstfähigkeit der Unternehmen Auskunft gibt, hielt sich 2003 auf dem hohen Stand der beiden Vorjahre von 15 %.

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des recht schwierigen konjunkturellen Umfelds im Jahr 2003, das sich bei den deutschen Unternehmen in einem Rückgang der Geschäftsaktivitäten niedergeschlagen hat, ist es durchaus positiv zu werten, dass das Jahresergebnis vor Steuern leicht ausgeweitet und die Brutto-Umsatzrendite des Vorjahres gehalten werden konnte. Dies ist hauptsächlich durch eine konsequente Kostenkontrolle erreicht worden. Hervorzuheben ist dabei der spürbare Rückgang des Personalaufwands, der allerdings nicht nur durch moderate Lohnsteigerungen, sondern auch durch den Abbau von Arbeitsplätzen zustande kam. Recht erfolgreich waren die Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Bilanzstrukturen, die durch die kräftige Ausweitung der Verbindlichkeiten in den Jahren 1999 und 2000 und durch den hohen Wertberichtigungsbedarf insbesondere beim Finanzvermögen zu Beginn dieses Jahrzehnts vielfach in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Zu dieser Konsolidierung trug zum einen die starke Zurückhaltung bei den Investitionen in neue Sachanlagen und die langsamere Gangart bei den Beteiligungs-

Wichtige Weichenstellungen in der Entwicklung der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse

käufen bei. Zum anderen wurde die Eigenkapitalbasis durch eine höhere Gewinnthesaurierung gestärkt, was auch mit dem 2001 in Kraft getretenen Systemwechsel in der Unternehmensbesteuerung zusammenhängen dürfte. Im Gegenzug konnten die Schulden bei Banken abgebaut werden. Mit der Verbesserung der Finanzierungsverhält-

nisse durch einen harten Konsolidierungs- und Restrukturierungskurs haben die deutschen Unternehmen in den letzten Jahren ihre Widerstandskraft spürbar gestärkt und damit eine wichtige Voraussetzung für eine Aufwertung ihres Bonitätsstatus an den Finanzmärkten geschaffen.

Anhang

Methodische Erläuterungen zur Unternehmensbilanzstatistik

Datenbasis

Die hier publizierten Hochrechnungsergebnisse beruhen erstmals auf Bilanzen und Erfolgsrechnungen des Jahresabschlussdatenpools. Dies ist eine gemeinsame Einrichtung der Deutschen Bundesbank sowie einiger Banken und anderer Institute des Finanzgewerbes mit dem Ziel, die jeweils vorhandenen Bestände an Jahresabschlussdaten auf freiwilliger Basis für statistische Zwecke bei der Bundesbank zusammenzuführen. Zum Schutz des Datengeheimnisses erfolgt die Übermittlung in anonymisierter Form, das heißt ohne Namen und Adresse und nur mit den für statistische Zwecke benötigten Merkmalen, wie Wirtschaftszweig und Rechtsform. Mehrfach erfasste Abschlüsse werden durch Abgleich ausgewählter Positionen unter Wahrung der Anonymität der Abschlüsse identifiziert und ausgeschaltet. Als Gegenleistung für die Übermittlung der Daten erhalten die Kooperationspartner eine umfangreiche, nach einer Vielzahl von Unternehmensgruppen differenzierte Kennzahlenauswertung, die beispielsweise im Rahmen von Bonitätsbeurteilungen genutzt werden kann.

Mit der Schaffung des Jahresabschlussdatenpools wurde die bereits in früheren Monatsberichten dargestellte Verringerung des Bilanzmaterials der Bundesbank seit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion mehr als ausgeglichen.⁵⁾ Bis 1998 hatte die Bundesbank für Zwecke der Bonitätsbeurteilung noch jährlich mehr als 60 000 Jahresabschlüsse von Firmen angefordert, die auf den von der Bundesbank im Rahmen ihres Rediskontgeschäfts angekauften Wechseln unterzeichnet hatten. Seit 1999 erhält sie Bilanzen und Erfolgsrechnungen zur Feststellung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen mit dem Ziel der Überprüfung der Werthaltigkeit der von Kreditinstituten für Refinanzierungskredite eingereichten Kreditforderungen und Wechsel. Diese Abschlüsse (derzeit ca. 20 000 pro Bilanzjahr) reichen als statistische Basis für Hochrechnungen allein nicht mehr aus. Sie stellen aber einen wichtigen Beitrag zum Datenpool dar.

Mit dem Jahresabschlussdatenpool verfügt die Bundesbank ab dem Bilanzjahr 1997 über einen breiten Bestand von zuletzt jährlich etwa 105 000

⁵⁾ Vgl. z.B.: Deutsche Bundesbank, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahr 1999, Monatsbericht, März 2001, S. 22.

Einzelabschlüssen nichtfinanzieller Unternehmen mit Sitz in Deutschland. Mehrfacherfassungen, die gut ein Drittel der Gesamtdaten ausmachen, sind hier bereits herausgerechnet. Dieser Bestand steht allerdings nicht in vollem Umfang für Hochrechnungszwecke zur Verfügung. Etwa 10 % bis 15 % der Abschlüsse werden herausgefiltert, unter anderem weil Angaben nicht hinreichend differenziert sind, kein Umsatz getätigt worden ist oder Extremwerte bei bestimmten Kennzahlen vorliegen, die die Hochrechnungsergebnisse verzerren könnten. Darüber hinaus eignet sich das Hochrechnungsverfahren nicht für alle Wirtschaftszweige gleichermaßen. Etwa ein Viertel der Abschlüsse fallen in Wirtschaftsbereiche, die nicht zum Berichtskreis der Hochrechnung zählen. Somit gehen derzeit pro abgeschlossenem Bilanzjahr knapp 70 000 Abschlüsse in die Hochrechnung ein, verglichen mit rund 50 000 vor Abschaffung des Wechselrediskonts (vgl. Tabelle auf S. 50).

Die Datenlage hat sich abgesehen vom erhöhten Volumen auch deshalb verbessert, weil das Material über die Wirtschaftszweige hinweg gleichmäßiger verteilt ist. Nunmehr liegen auch für die Wirtschaftsbereiche deutlich mehr Abschlüsse vor, die früher wegen der geringen Bedeutung des Handelswechsels im Bundesbank-Material eher schwach vertreten waren. Dies betrifft vor allem das Baugewerbe und den Verkehrssektor, für die jetzt mehr als das Doppelte beziehungsweise das Dreifache der früheren Datenmenge verfügbar ist. Der Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen ist inzwischen zahlenmäßig und gemessen am Erfassungsgrad der Umsätze im Vergleich zur Umsatzsteuerstatistik so gut vertreten, dass er hochgerechnet werden kann. Hierzu zählen neben den Bereichen „Datenverarbeitung und Datenbanken“ sowie „Forschung und Entwicklung“ die „Dienst-

leister überwiegend für Unternehmen“ (ohne Holdinggesellschaften).

Von großer Bedeutung für die Qualität der Hochrechnung ist die Frage der Datenrepräsentativität. Der Rückgang der Bundesbank-Daten auf Grund der Abschaffung des Wechselrediskonts führte nicht nur zu einem Mengen-, sondern auch zu einem Repräsentativitätsproblem. Wegen der erhöhten Anforderungen im Refinanzierungsgeschäft der Bundesbank seit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion büßten vor allem Firmen mit schwacher Bonität, insbesondere solche mit geringer Eigenkapitalausstattung, im Datenmaterial an Bedeutung ein. Seit 1997/98 stammen die in der Bundesbank eingehenden Jahresabschlüsse zunehmend von eigenkapitalstarken Firmen. Dieser Effekt schlägt sich vor allem bei den kleinen Unternehmen nieder. So ist beispielsweise die durchschnittliche Eigenmittelquote im Verarbeitenden Gewerbe in der Größenklasse bis zu 2,5 Mio € Umsatz im Zeitraum 1997 bis 2003 von 6 % auf 25 ½ % gestiegen. Das Schaubild auf Seite 51 zeigt anhand der Ergebnisse sich überlappender vergleichbarer Kreise – das sind Auswertungen auf Basis der Unternehmen, für die in jeweils zwei aufeinander folgenden Jahren Angaben verfügbar sind –, dass die Zunahme bei den kleineren Firmen weitestgehend Folge der veränderten Zusammensetzung des Datenmaterials (Sample-Effekt) ist. Betrachtet man nur die Veränderung der Eigenmittelquote innerhalb der vergleichbaren Kreise, lässt man also die Niveaueverschiebung zwischen ihnen außer Acht, ergibt sich per Saldo im gesamten Untersuchungszeitraum nur eine Zunahme der Eigenmittelquote von zwei Prozentpunkten. Im Poolmaterial ist ebenfalls ein, allerdings vergleichsweise schwacher, Trend hin zu eigenkapitalstärkeren Firmen zu beobachten, bei dem bislang unter anderem auch die genannten Strukturveränderun-

Jahresabschlüsse nichtfinanzieller Unternehmen im Bestand der Bundesbank und des Jahresabschlussdatenpools *)

Bezeichnung	Zahl der Jahresabschlüsse		Umsatz in Mrd €		Erfassungsgrad des Jahresabschlussdatenpools in % 2)	Anteil der Umsätze der Großunternehmen 3) in der Umsatzsteuerstatistik in % 1)	Kapitalumschlag 4) im Jahresabschlussdatenpool
	Datenbestand der Bundesbank	Jahresabschlussdatenpool	Jahresabschlussdatenpool	Umsatzsteuerstatistik 1)			
Hochgerechnete Wirtschaftszweige	49 994	68 094	2 197,6	3 475,6	63,2	58,6	1,64
davon:							
Verarbeitendes Gewerbe 5)	19 687	22 751	1 210,7	1 553,2	77,9	72,7	1,30
Baugewerbe	3 946	8 060	70,4	195,5	36,0	17,1	1,27
Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen 6)	5 525	4 323	79,3	181,7	43,6	33,4	2,93
Großhandel und Handelsvermittlung	12 362	13 468	491,7	724,1	67,9	62,5	3,42
Einzelhandel (ohne Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen) 7)	5 772	7 417	170,4	427,2	39,9	52,1	3,02
Verkehr ohne Eisenbahnen	1 454	5 136	87,8	134,2	65,5	44,2	1,36
Unternehmensnahe Dienstleistungen 8)	1 248	6 939	87,3	259,7	33,6	30,8	1,38
Nicht hochgerechnete Wirtschaftszweige	8 951	21 904	422,8	783,7	54,0	59,3	0,37
darunter:							
Energie- und Wasserversorgung (bisher hochgerechnet)	418	1 248	128,6	178,7	71,9	87,5	0,69
Eisenbahnen	26	49	12,9	12,3	104,5	96,5	0,41
Nachrichtenübermittlung	22	181	70,6	108,9	64,9	96,8	0,35
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw.	3 270	9 961	87,0	154,3	56,4	28,6	0,27
Holdinggesellschaften	1 934	2 284	40,7	75,1	54,2	86,1	0,13
Alle Wirtschaftszweige	58 945	89 998	2 620,4	4 259,3	61,5	58,8	1,05

*)Für Hochrechnungszwecke nicht verwertbare Abschlüsse (2002: 15 000) sind herausgerechnet. — 1 Teilweise geschätzte Werte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 2 Umsätze der im Datenpool erfassten Abschlüsse im Verhältnis zu den Umsätzen lt. Umsatzsteuerstatistik. — 3 Unternehmen mit Umsätzen ab 50 Mio €. — 4 Verhältnis

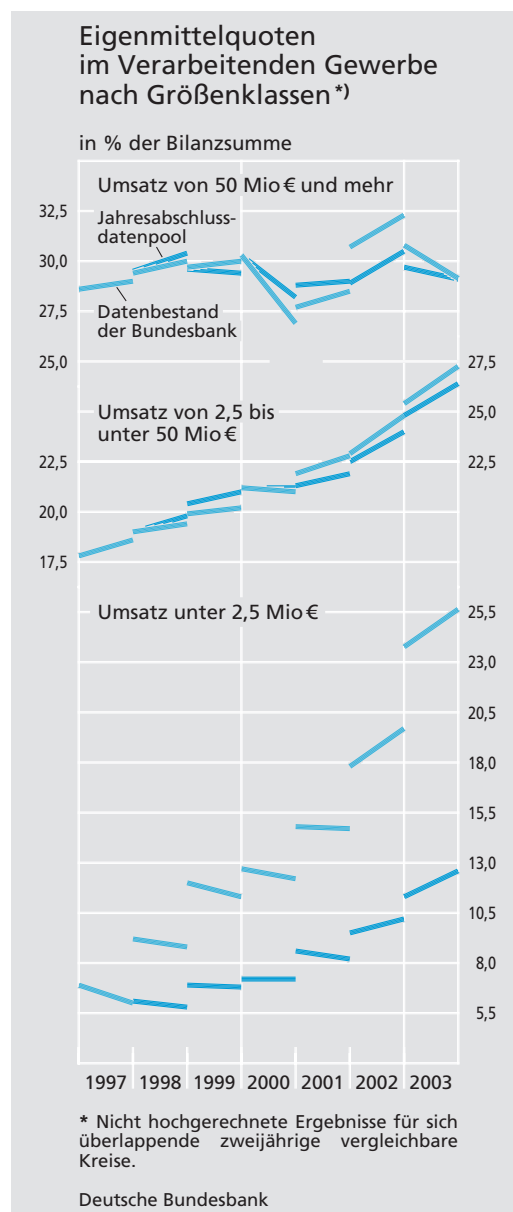
von Umsatz zu Bilanzsumme. — 5 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 6 Einschl. Tankstellen. — 7 Einschl. Reparatur von Gebrauchsgütern. — 8 Einschl. Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung, ohne Holdinggesellschaften.

gen in den Bundesbank-Daten eine Rolle gespielt haben. Darüber hinaus spiegeln sich auch die Veränderungen der deutschen Unternehmenslandschaft in den vergangenen Jahren wider, in denen unterkapitalisierte Firmen vermehrt aus dem Markt ausgeschieden sind.

Hochrechnung

Das breitere Datenvolumen ermöglicht es nun, wieder hochgerechnete Ergebnisse zu präsentieren. Wegen der starken Strukturverschiebungen im Datenmaterial konnten ab dem Bilanzjahr 1998 bis zuletzt nur noch fortgeschriebene Angaben auf Basis der hochgerechneten Jahresabschlüsse des Bilanzjahres 1997 publiziert werden. Mit zunehmendem Abstand von der Fortschreibungsbasis waren sie wegen des sich kumulierenden Schätzfehlers allerdings mit Unsicherheit behaftet. Die hier veröffentlichten Ergebnisse werden mit Hilfe des Verfahrens der gebundenen Hochrechnung geschätzt, indem die aggregierten Angaben der Bilanz und Erfolgsrechnung gruppenweise – differenziert nach Umsatzgrößenklasse, Wirtschaftszweig und Rechtsform – anhand der Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes hochgerechnet werden.

Anlässlich der Umstellung auf den Jahresabschlussdatenpool wurde, wie bereits dargelegt, der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen neu in den Berichtskreis der Hochrechnung aufgenommen, der Bereich der Energie- und Wasserversorgung wird hingegen künftig nicht mehr hochgerechnet. Der Gesamtumsatz aller hochgerechneten Branchen erhöht sich dadurch per Saldo um 3 % (2002). Grund für die Herausnahme der Energie- und Wasserversorgung aus dem Hochrechnungsverfahren ist das hohe Gewicht der Großunternehmen. Der Anteil der Firmen mit mehr als



50 Mio € Umsatz am Gesamtumsatz des Wirtschaftsbereichs liegt fast bei 90 %. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich Branchen mit einem so hohen Umsatzgewicht großer Firmen nicht gut zur Hochrechnung eignen. Auf Grund der konzeptionellen Unterschiede zwischen Umsatzsteuer- und Unternehmensbilanzstatistik – hier Organprinzip,

dort kleinste rechtliche Einheit⁶⁾ – können Abweichungen in der Wirtschaftszweiguordnung auftreten, die erheblich auf das Gesamtergebnis der Branche durchschlagen. Ähnliches gilt für Brüche in den Einzelabschlüssen wegen bilanzpolitischer sowie steuer- und gesellschaftsrechtlicher Gründe, die nicht unbedingt wirtschaftliche Vorgänge widerspiegeln. Diese können in Branchen mit hohem Gewicht von Großunternehmen das Gesamtergebnis des Wirtschaftszweiges stark beeinflussen. Bei klein- und mittelständisch strukturierten Branchen gleichen sich solche Effekte hingegen eher aus. Daher eignen sich vor allem diese für die Hochrechnung.

Bei Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens (einschl. Vermietung) wird auf eine Hochrechnung wegen des niedrigen durchschnittlichen Kapitalumschlags, also des Verhältnisses aus Umsatz und Bilanzsumme, verzichtet, da die Schätzunsicherheiten für eine nach Umsatzgrößenklassen differenzierende Hochrechnung als relativ hoch angesehen werden. Dieser Sektor eignet sich eher für eine aggregierte, nicht hochgerechnete Darstellung.⁷⁾

Die neue Hochrechnung umfasst somit die Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr ohne Eisenbahnen sowie unternehmensnahe Dienstleistungen. Der Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden wurde dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet, da er sich für eine separate Hochrechnung kaum eignet. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wurden einige Branchen zusammengefasst, um breitere Aggregate zu bilden und dadurch eine bessere Übereinstimmung von Umsatzsteuer- und Unternehmensbilanzstatistik zu erreichen.⁸⁾ Der Bereich Einzelhandel wurde dagegen in die beiden Gruppen Handel und Reparatur von Kraftfahrzeu-

gen (einschl. Tankstellen) und dem übrigen Einzelhandel (einschl. Reparatur von Gebrauchsgütern) getrennt.

Als weitere Änderung wird die bisherige, nach drei Rechtsformklassen getrennte Hochrechnung (Kapital- und Personengesellschaften sowie Einzelunternehmen) durch eine zweigliedrige Rechtsformhochrechnung (Kapital- und Nichtkapitalgesellschaften) ersetzt, da in vielen Branchen das Datenmaterial für eine Hochrechnung der Einzelunternehmen nicht ausreicht. Dabei umfassen die Nichtkapitalgesellschaften auch die „Kapitalgesellschaften und Co“ (Kap&Co). Diese Zuordnung ergibt sich aus der Rechtsformsystematik der Umsatzsteuerstatistik.

Zur Extremwertbereinigung wurden pro Wirtschaftszweig Untergrenzen für den Kapitalumschlag festgelegt. Mit dem Kapitalumschlagsfilter soll verhindert werden, dass relativ große Unternehmen mit vergleichsweise geringen Umsätzen in eine atypisch niedrige Größenklasse fallen und somit über einen großen Hochrechnungsfaktor die hochgerechneten bilanziellen Aggregate verzerren.

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Methodische Grundlagen der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank, Monatsbericht, Oktober 1998, S. 57.

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2000 bis 2002, Statistische Sonderveröffentlichung 6, November 2004.

⁸ Ergebnisse für ausgewählte Untergruppen des Verarbeitenden Gewerbes werden in der Statistischen Sonderveröffentlichung 5, Hochgerechnete Ergebnisse aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1994 bis 2003, voraussichtlich im Frühjahr 2006 veröffentlicht.

Änderungen der Definition einzelner Jahresabschlusspositionen

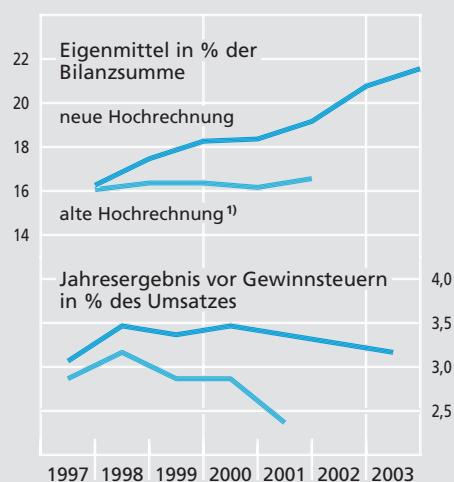
In Anlehnung an die Vorgehensweise in den VGR wird der Geschäfts- oder Firmenwert als Teil des Vermögens im Rahmen der immateriellen Vermögensgegenstände ausgewiesen und nicht länger als Berichtigungsposten zu den Eigenmitteln behandelt. Dadurch steigt die Eigenmittelquote etwa um einen halben Prozentpunkt gegenüber den bisherigen Hochrechnungsergebnissen.

Wegen der gewachsenen Bedeutung der immateriellen Vermögensgegenstände werden diese künftig in einer eigenen Position dargestellt.

Nicht abgerechnete Leistungen werden künftig nicht mehr separat gezeigt, da das Datenmaterial des Jahresabschlussdatenpools einen getrennten Ausweis nicht mehr zulässt. Sie sind nun in der Position „unfertige Erzeugnisse und Leistungen“ enthalten.

Gewinn- und Verlustabführungen innerhalb von Konzernen erscheinen nicht mehr in der Erfolgsrechnung. Die entsprechenden Angaben (Erträge aus Gewinnübernahmen und Aufwendungen aus Verlustübernahmen der Mutter sowie Verlust- und Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften) werden aus den übrigen Erträgen beziehungsweise übrigen Aufwendungen herausgerechnet. Das „Jahresergebnis vor Gewinnsteuern“ ergibt sich somit direkt aus der Staffelnrechnung und muss nicht wie bisher nachträglich durch entsprechende Korrekturposten ermittelt werden. Die Ertragsteuern werden erst nach Ableitung dieses Bruttogewinnbegriffs in Abzug gebracht. Die übrigen Steuern werden auf der Aufwandsseite unter dem Sammelposten „Betriebssteuern“ ausgewiesen.

Neue und alte Hochrechnung im Vergleich *)



* Ergebnisse in vergleichbarer Wirtschaftszweig- und Positionsabgrenzung: Alle Unternehmen ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne unternehmensnahe Dienstleistungen. Eigenmittel bereinigt um Geschäfts- oder Firmenwert. — 1 Ab 1998 durch Fortschreibung der Hochrechnungsergebnisse von 1997 geschätzt.

Deutsche Bundesbank

Vergleich mit den bisherigen Ergebnissen

Die neuen hochgerechneten Reihen beginnen mit dem Bilanzjahr 1997, also dem letzten Jahr, für das eigenständige Hochrechnungsergebnisse auf Basis der Bundesbankdaten vorgelegt werden konnten. Das Bilanzjahr 1997 dient somit als Umsteigejahr zur Verknüpfung der neuen Angaben mit den älteren Hochrechnungsreihen. In einer vergleichbaren Wirtschaftszweigabgrenzung, das heißt ohne unternehmensnahe Dienstleistungen und ohne Energie- und Wasserversorgung, liegen die Eigenmittelquoten der neuen und alten Hochrechnung für das Jahr 1997 – in der Definition abzüglich Geschäfts- oder Firmenwert – auf dem selben Niveau zwischen 16 % und 16 ½ % (vgl. oben stehendes Schaubild und Tabelle auf S. 54). Auch nach Wirtschaftsbereichen betrachtet weichen die Ergebnisse nur wenig voneinander ab. Größere Unter-

Neue und alte Hochrechnung im Vergleich *)

Ergebnisse für 1997

Position	Hochrechnung neu 1)	Hochrechnung alt 2)	Veränderung neu gegenüber alt
	Mrd €		%
I. Bilanz			
Vermögen			
Sachanlagen 3)	379,3	383,7	- 1,2
Vorräte	386,5	418,6	- 7,7
Sachvermögen	765,8	802,2	- 4,5
Kasse und Bankguthaben	87,9	85,8	2,4
Forderungen	506,6	510,9	- 0,8
Wertpapiere	37,0	31,9	15,9
Beteiligungen	156,8	150,7	4,1
Forderungsvermögen	788,3	779,4	1,1
Rechnungsabgrenzungsposten	7,4	7,5	- 1,4
Aktiva insgesamt	1 561,5	1 589,1	- 1,7
Kapital			
Eigenmittel (berichtigt) 4)	255,4	257,8	- 0,9
Verbindlichkeiten kurzfristige	1 004,8	1 030,9	- 2,5
langfristige	738,2	766,8	- 3,7
Rückstellungen	266,6	264,0	0,9
	298,1	296,9	0,4
Fremdmittel	1 302,9	1 327,7	- 1,9
Rechnungsabgrenzungsposten	3,2	3,6	- 10,1
Passiva insgesamt	1 561,5	1 589,1	- 1,7
II. Erfolgsrechnung			
Umsatz	2 868,3	2 860,3	0,3
Bestandsveränderung an Erzeugnissen	5,9	5,0	17,0
Gesamtleistung	2 874,2	2 865,3	0,3
Zinserträge	13,9	13,5	3,1
Übrige Erträge 5)	112,3	107,3	4,7
Gesamte Erträge	3 000,4	2 986,1	0,5
Materialaufwand	1 790,5	1 791,9	- 0,1
Personalaufwand	535,9	533,5	0,5
Abschreibungen	98,9	100,4	- 1,5
darunter:			
auf Sachanlagen	94,9	88,4	7,3
Zinsaufwendungen	36,8	38,3	- 4,1
Betriebssteuern	56,6	64,5	- 12,3
darunter:			
Verbrauchssteuern	48,8	52,9	- 7,7
Übrige Aufwendungen 5)	391,6	375,8	4,2
Gesamte Aufwendungen	2 910,3	2 904,4	0,2
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	90,1	81,7	10,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	22,0	23,6	- 6,7
Jahresergebnis	68,1	58,1	17,1

* Ergebnisse für alle Unternehmen in einer vergleichbaren Wirtschaftszweigabgrenzung, d.h. ohne Energie- und Wasserversorgung und ohne unternehmensnahe Dienstleistungen. — 1 Auf Basis des Jahresabschlussdatenpools. Alle Unternehmen ohne unternehmensnahe Dienstleistungen. — 2 Auf Basis des Datenbestands der Bundesbank. Alle Unternehmen ohne Energie- und Wasserversorgung. — 3 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. Ohne Geschäfts- oder Firmenwert. — 4 Berichtigungsposten einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 5 Vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen.

Deutsche Bundesbank

schiede findet man im Einzelhandel (einschl. Kfz-Handel und -reparatur sowie Tankstellen) und im Verkehr, wo die Eigenmittelquote nach der neuen Rechnung um circa ein bis zwei Prozentpunkte über beziehungsweise unter dem Ergebnis der alten Rechnung liegt.

Die Umsatzrendite der neuen Reihe in einer vergleichbaren Sektorenabgrenzung (also ohne Energie- und Wasserversorgung sowie unternehmensnahe Dienstleistungen) übertrifft 1997 den bisherigen Wert um weniger als einen halben Prozentpunkt. Auch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bewegen sich die Abweichungen, die sowohl positiv als auch negativ sind, in dieser Größenordnung, sieht man von der Bauwirtschaft ab, bei der die Umsatzrendite um knapp einen Prozentpunkt über dem bisherigen Ergebnis liegt.

Für die Zeit nach 1997 konnten, wie bereits erwähnt, wegen der veränderten Datenbasis nur Reihen veröffentlicht werden, die auf einer Fortschreibung der Hochrechnungsergebnisse von 1997 beruhen. Die Korrekturen für die Zeit von 1998 bis 2001 fallen daher stärker aus als die für die Hochrechnung von 1997. Der neuen Hochrechnung zufolge steigt die Eigenmittelquote von 1998 bis 2001, dem letzten Bilanzjahr, für das Schätzungen vorgelegt wurden, deutlich an, während die bisher veröffentlichten Daten eher ein Verharren der Quote auf dem Niveau von 1997 anzeigen (vgl. Schaubild auf S. 53). Bei der Umsatzrendite weisen beide Rechenwerke noch einen ähnlichen Anstieg in 1998 aus. In den drei Folgejahren ergibt sich – bei gleicher Wirtschaftszweigabgrenzung – nach der neuen Hochrechnung eine Stabilisierung der Umsatzrendite auf diesem Niveau, nach der alten ein Rückgang von drei viertel Prozentpunkten.

Der Tabellenanhang zu dem vorstehenden Aufsatz ist auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Bilanz und Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen *)
Mrd €

Position	Insgesamt 1)						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanz							
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 3)	22,2	26,1	30,4	34,2	34,1	42,0	40,3
Sachanlagen	400,1	414,8	429,8	441,3	452,4	448,1	446,2
darunter: Grundstücke und Gebäude	184,6	191,6	194,1	195,9	200,2	197,5	198,3
Vorräte	405,0	408,6	422,9	428,8	419,8	405,6	406,3
darunter:							
unfertige Erzeugnisse und Leistungen 4)	131,7	125,3	136,0	133,9	128,7	126,1	123,4
fertige Erzeugnisse und Waren	208,5	217,0	218,1	220,8	219,0	210,0	208,9
Kasse und Bankguthaben	99,6	100,4	103,3	102,1	112,7	123,3	138,4
Forderungen	558,8	579,4	631,5	665,4	680,8	690,2	686,2
kurzfristige	521,4	542,3	592,4	626,9	632,7	643,8	632,2
darunter:							
aus Lieferungen und Leistungen	269,0	269,0	290,8	305,4	291,4	277,9	272,5
gegen verbundene Unternehmen	180,2	197,9	223,2	238,0	260,4	280,6	278,3
langfristige	37,4	37,1	39,1	38,5	48,1	46,4	53,9
darunter: gegen verbundene Unternehmen	20,4	21,1	21,9	22,6	25,1	23,6	28,0
Wertpapiere	39,4	43,1	46,5	47,3	37,8	40,8	47,7
Beteiligungen 5)	161,5	175,9	197,7	223,3	231,9	254,0	268,8
Rechnungsabgrenzungsposten	8,6	8,8	9,4	9,6	10,1	10,7	11,2
Bilanzsumme (berichtigt)	1 695,3	1 757,1	1 871,5	1 952,0	1 979,5	2 014,9	2 045,0
Kapital							
Eigenmittel 6) (berichtigt)	275,4	307,6	344,8	362,6	385,7	422,3	447,4
Verbindlichkeiten	1 094,1	1 116,1	1 170,1	1 218,1	1 218,1	1 205,2	1 201,1
kurzfristige	801,7	808,1	848,8	904,6	913,0	908,2	907,6
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	173,4	175,3	178,0	184,7	186,4	175,2	165,7
aus Lieferungen und Leistungen	232,7	225,3	231,3	245,7	232,5	222,0	216,0
erhaltene Anzahlungen	108,2	103,0	112,6	105,3	104,4	107,0	113,1
gegenüber verbundenen Unternehmen	156,2	172,6	191,6	222,7	249,6	271,5	284,6
langfristige	292,4	308,0	321,3	313,5	305,1	297,0	293,6
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	190,9	202,4	215,2	209,2	205,5	188,5	181,7
gegenüber verbundenen Unternehmen	78,6	83,1	83,6	78,1	71,6	73,3	72,8
Rückstellungen 6)	321,1	327,5	349,6	364,0	367,5	379,3	389,5
darunter: Pensionsrückstellungen	133,3	136,8	145,7	149,7	151,0	157,1	163,5
Rechnungsabgrenzungsposten	4,7	6,0	7,1	7,3	8,3	8,0	7,0
Bilanzsumme (berichtigt)	1 695,3	1 757,1	1 871,5	1 952,0	1 979,5	2 014,9	2 045,0
II. Erfolgsrechnung							
Umsatz	3 071,6	3 161,8	3 257,7	3 475,4	3 526,7	3 475,6	3 462,0
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 7)	6,3	8,1	15,0	16,0	12,4	7,1	10,7
Gesamtleistung	3 077,9	3 169,9	3 272,8	3 491,4	3 539,1	3 482,7	3 472,7
Zinserträge	14,9	15,7	14,9	17,3	19,6	17,2	16,8
Übrige Erträge 8)	122,8	132,4	144,1	154,3	166,7	175,7	162,3
darunter: aus Beteiligungen	13,7	18,4	19,2	27,0	20,6	18,5	17,8
Gesamte Erträge	3 215,6	3 318,1	3 431,7	3 663,0	3 725,4	3 675,5	3 651,8
Materialaufwand	1 860,8	1 927,8	1 990,5	2 167,9	2 205,4	2 148,5	2 143,2
Personalaufwand	606,0	613,4	631,5	644,9	650,5	653,5	645,8
Abschreibungen	109,2	114,0	115,5	121,0	121,5	119,2	116,0
darunter: auf Sachanlagen 9)	99,3	102,3	104,9	108,8	106,4	103,2	102,6
Zinsaufwendungen	40,1	40,3	39,5	43,6	47,2	44,7	40,9
Betriebssteuern	57,0	53,8	55,0	53,9	55,7	65,4	71,9
darunter: Verbrauchsteuern	48,8	49,6	49,9	49,2	51,2	61,6	68,0
Übrige Aufwendungen 10)	436,1	448,1	479,6	503,3	514,9	522,4	511,6
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 11)	3 109,1	3 197,4	3 311,6	3 534,5	3 595,2	3 553,7	3 529,4
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	106,4	120,7	120,1	128,5	130,2	121,8	122,4
Steuern vom Einkommen und Ertrag 12)	24,9	30,0	32,0	33,1	30,4	27,2	27,8
Jahresergebnis	81,6	90,6	88,2	95,3	99,8	94,6	94,6
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 13)	.	212,4	227,7	231,1	224,5	223,5	218,6

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Baugewerbe, Handel und Verkehr (ohne Eisenbahnen)

sowie unternehmensnahe Dienstleistungen. — 2 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 4 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 5 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 6 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 7 Einschl. anderer aktivierter

Deutsche Bundesbank

Verarbeitendes Gewerbe 2)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
11,3	13,2	14,5	17,6	18,8	25,8	24,8	I. Bilanz
210,5	217,0	226,5	238,4	245,0	250,1	251,7	Vermögen
90,0	91,4	94,2	98,3	99,2	100,1	101,0	Immaterielle Vermögensgegenstände 3)
171,3	176,4	182,6	194,9	191,7	189,8	194,9	Sachanlagen
							darunter: Grundstücke und Gebäude
							Vorräte
							darunter:
59,7	58,8	60,6	64,2	63,0	63,8	63,7	unfertige Erzeugnisse und Leistungen 4)
62,3	66,6	68,8	72,2	72,8	71,2	73,8	fertige Erzeugnisse und Waren
45,8	44,7	43,8	43,2	49,7	58,0	71,2	Kasse und Bankguthaben
284,3	297,6	327,1	350,8	369,2	383,5	385,5	Forderungen
262,3	276,0	304,0	327,5	339,0	355,8	350,3	kurzfristige
							darunter:
114,9	115,0	125,9	136,6	129,5	123,8	122,7	aus Lieferungen und Leistungen
116,7	127,5	144,3	152,1	172,6	192,4	190,7	gegen verbundene Unternehmen
22,1	21,7	23,1	23,3	30,2	27,7	35,2	langfristige
13,5	14,1	15,0	15,7	16,0	13,8	18,8	darunter: gegen verbundene Unternehmen
31,1	33,9	36,7	37,2	28,7	31,7	38,4	Wertpapiere
131,8	140,3	156,7	182,6	191,2	213,1	229,3	Beteiligungen 5)
2,5	2,7	2,9	3,1	3,4	3,7	4,4	Rechnungsabgrenzungsposten
888,7	925,9	990,8	1 067,7	1 097,8	1 155,5	1 200,3	Bilanzsumme (berichtigt)
202,7	221,4	248,9	259,7	275,4	306,9	321,3	Kapital
456,7	473,6	497,0	550,5	561,5	577,9	598,7	Eigenmittel 6) (berichtigt)
337,2	347,2	366,0	416,0	429,6	440,5	454,1	Verbindlichkeiten
							kurzfristige
							darunter:
57,5	58,5	61,1	64,1	67,4	60,9	59,1	gegenüber Kreditinstituten
84,6	84,1	86,6	97,0	90,6	87,7	86,9	aus Lieferungen und Leistungen
39,5	39,2	41,1	41,2	40,7	46,1	51,7	erhaltene Anzahlungen
92,2	102,8	114,4	138,8	161,6	181,6	195,0	gegenüber verbundenen Unternehmen
119,5	126,4	130,9	134,5	131,9	137,4	144,7	langfristige
							darunter:
68,1	73,7	77,9	79,2	79,7	75,2	73,5	gegenüber Kreditinstituten
41,4	43,2	43,1	40,1	37,4	43,2	44,9	gegenüber verbundenen Unternehmen
227,5	229,0	242,5	254,9	258,6	268,4	277,9	Rückstellungen 6)
103,9	105,5	111,9	117,2	117,5	124,2	129,6	darunter: Pensionsrückstellungen
1,7	1,9	2,5	2,6	2,3	2,4	2,3	Rechnungsabgrenzungsposten
888,7	925,9	990,8	1 067,7	1 097,8	1 155,5	1 200,3	Bilanzsumme (berichtigt)
							II. Erfolgsrechnung
1 326,3	1 381,5	1 421,0	1 541,3	1 566,7	1 553,2	1 565,7	Umsatz
3,2	5,4	3,3	9,4	7,5	1,8	4,7	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 7)
1 329,5	1 387,0	1 424,3	1 550,7	1 574,2	1 555,0	1 570,5	Gesamtleistung
9,2	9,9	9,3	10,9	12,7	11,3	11,2	Zinserträge
64,7	71,8	80,5	87,0	97,5	101,6	90,6	Übrige Erträge 8)
9,0	13,4	13,6	20,9	15,1	14,3	13,8	darunter: aus Beteiligungen
1 403,4	1 468,7	1 514,1	1 648,6	1 684,4	1 667,9	1 672,2	Gesamte Erträge
712,3	752,4	775,0	876,8	904,0	879,3	894,5	Materialaufwand
302,0	308,0	316,3	323,5	320,5	326,5	326,2	Personalaufwand
58,5	61,8	63,0	66,7	67,1	66,2	66,7	Abschreibungen
53,4	54,7	56,5	59,1	58,0	56,6	58,3	darunter: auf Sachanlagen 9)
16,7	17,1	17,0	20,2	23,0	22,6	20,6	Zinsaufwendungen
52,3	51,4	52,0	50,9	52,5	62,6	68,8	Betriebssteuern
48,6	49,3	49,7	49,0	50,4	60,5	67,1	darunter: Verbrauchsteuern
203,5	213,1	226,1	237,5	245,0	245,6	236,4	Übrige Aufwendungen 10)
1 345,4	1 403,9	1 449,3	1 575,6	1 612,1	1 602,7	1 613,2	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 11)
58,0	64,8	64,7	73,0	72,3	65,1	59,0	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
14,3	17,5	19,4	20,4	18,4	16,4	16,3	Steuern vom Einkommen und Ertrag 12)
43,8	47,2	45,3	52,6	53,9	48,8	42,7	Jahresergebnis
.	110,5	122,8	131,4	123,8	123,4	117,9	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 13)

Eigenleistungen. — 8 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 9 Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. — 10 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 11 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 12 Bei Per-

sonengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 13 Jahresergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

noch: Bilanz und Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen *)
Mrd €

Position	Baugewerbe						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanz							
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7
Sachanlagen	32,4	31,9	32,5	30,8	29,7	28,0	26,4
darunter: Grundstücke und Gebäude	15,9	16,2	16,6	15,8	15,5	14,9	14,0
Vorräte	67,7	60,9	69,2	62,5	58,2	53,6	52,5
darunter:							
unfertige Erzeugnisse und Leistungen 3)	56,3	50,3	57,0	51,1	45,3	43,3	40,7
fertige Erzeugnisse und Waren	6,9	6,2	7,3	6,9	8,6	6,6	8,1
Kasse und Bankguthaben	12,8	13,1	13,2	11,4	11,1	10,9	11,4
Forderungen	52,4	51,2	52,4	49,2	46,3	40,7	40,0
kurzfristige	49,7	47,8	49,8	47,0	44,3	38,8	38,1
darunter:							
aus Lieferungen und Leistungen	31,5	29,8	31,2	28,9	27,1	23,4	22,0
gegen verbundene Unternehmen	9,4	9,5	10,5	10,4	10,4	9,4	10,4
langfristige	2,7	3,5	2,6	2,3	2,0	1,9	1,8
darunter: gegen verbundene Unternehmen	1,5	1,7	1,4	1,0	0,9	0,8	0,8
Wertpapiere	3,4	2,9	3,6	3,3	1,5	1,7	1,6
Beteiligungen 4)	3,1	3,4	4,1	3,8	3,4	3,1	3,3
Rechnungsabgrenzungsposten	2,1	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	1,7
Bilanzsumme (berichtigt)	174,5	166,0	177,9	163,8	152,9	140,6	137,5
Kapital							
Eigenmittel 5) (berichtigt)	3,9	5,4	6,8	7,6	6,0	6,5	8,2
Verbindlichkeiten	151,9	142,7	151,2	138,0	129,5	118,1	112,8
kurzfristige	121,0	112,0	120,2	109,7	102,8	95,6	91,4
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	20,4	19,9	19,4	18,7	17,6	17,2	14,1
aus Lieferungen und Leistungen	25,9	23,6	25,1	23,0	21,0	18,2	17,0
erhaltene Anzahlungen	50,7	44,7	51,7	45,6	43,1	40,7	40,8
gegenüber verbundenen Unternehmen	6,3	6,6	7,2	7,0	7,0	5,9	6,5
langfristige	30,8	30,6	31,0	28,3	26,8	22,5	21,3
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	23,0	23,2	23,2	21,6	20,2	17,4	16,4
gegenüber verbundenen Unternehmen	6,0	5,8	6,0	5,5	4,9	3,7	3,3
Rückstellungen 5)	18,6	17,7	19,8	18,1	17,1	15,9	16,4
darunter: Pensionsrückstellungen	3,8	3,6	4,2	4,1	3,6	3,5	3,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1
Bilanzsumme (berichtigt)	174,5	166,0	177,9	163,8	152,9	140,6	137,5
II. Erfolgsrechnung							
Umsatz	232,2	223,7	228,6	218,9	208,1	195,5	186,7
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)	2,1	1,4	9,1	4,4	3,5	4,1	4,2
Gesamtleistung	234,3	225,2	237,7	223,4	211,6	199,6	190,9
Zinserträge	1,0	1,0	1,0	1,0	0,8	0,7	0,6
Übrige Erträge 7)	9,6	9,5	9,7	9,1	8,7	8,6	7,8
darunter: aus Beteiligungen	1,0	0,8	0,6	0,6	0,5	0,3	0,3
Gesamte Erträge	244,9	235,7	248,5	233,5	221,1	208,8	199,3
Materialaufwand	115,1	111,3	120,9	112,5	105,9	98,2	94,1
Personalaufwand	77,6	73,6	74,5	69,8	66,2	63,3	59,6
Abschreibungen	9,9	9,1	9,0	8,3	7,8	7,2	6,6
darunter: auf Sachanlagen 8)	8,7	8,0	7,9	7,3	6,8	6,3	5,7
Zinsaufwendungen	4,3	4,0	3,9	3,7	3,6	3,3	2,9
Betriebssteuern	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
darunter: Verbrauchsteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Aufwendungen 9)	31,8	30,6	32,7	31,0	30,9	30,5	29,1
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 10)	239,3	229,1	241,5	225,8	214,7	202,7	192,6
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	5,7	6,6	7,0	7,7	6,3	6,1	6,7
Steuern vom Einkommen und Ertrag 11)	1,4	1,4	1,5	1,3	1,1	1,0	1,0
Jahresergebnis	4,3	5,2	5,6	6,4	5,2	5,1	5,7
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 12)	.	13,7	16,6	13,2	12,3	11,0	12,8

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Einschl. Tankstellen. — 2 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. —

3 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 4 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 5 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 6 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 7 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlust-

Deutsche Bundesbank

Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen 1)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,7	I. Bilanz
15,2	16,4	17,4	17,7	18,6	18,8	19,8	Vermögen
9,2	9,8	10,2	10,6	11,3	11,4	11,8	Immaterielle Vermögensgegenstände 2)
22,3	24,8	24,7	24,5	25,1	24,9	24,7	Sachanlagen
							darunter: Grundstücke und Gebäude
							Vorräte
							darunter:
0,4	0,3	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	unfertige Erzeugnisse und Leistungen 3)
20,9	23,6	23,3	22,9	23,4	23,4	23,1	fertige Erzeugnisse und Waren
2,4	2,7	2,9	3,1	3,3	3,5	3,6	Kasse und Bankguthaben
14,8	16,4	17,2	18,0	18,5	19,3	19,7	Forderungen
14,1	15,6	16,5	17,3	17,9	18,7	19,2	kurzfristige
							darunter:
9,0	9,9	10,2	10,5	10,8	10,7	10,7	aus Lieferungen und Leistungen
2,7	3,0	3,3	3,6	3,9	4,7	5,2	gegen verbundene Unternehmen
0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	langfristige
0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	darunter: gegen verbundene Unternehmen
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Wertpapiere
0,6	1,0	0,9	1,0	1,0	1,2	0,9	Beteiligungen 4)
0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	Rechnungsabgrenzungsposten
55,9	62,0	63,9	65,2	67,4	68,6	69,9	Bilanzsumme (berichtigt)
2,3	3,0	3,4	3,6	4,1	5,5	6,8	Kapital
49,6	54,6	55,7	56,4	58,0	57,2	57,0	Eigenmittel 5) (berichtigt)
35,4	39,4	39,9	40,8	42,3	42,0	42,3	Verbindlichkeiten
							kurzfristige
							darunter:
14,6	17,0	16,7	17,0	18,0	17,0	17,9	gegenüber Kreditinstituten
12,4	12,7	12,7	12,6	13,0	12,8	12,2	aus Lieferungen und Leistungen
0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	erhaltene Anzahlungen
4,1	4,8	5,4	6,1	6,2	7,0	7,3	gegenüber verbundenen Unternehmen
14,1	15,2	15,8	15,6	15,7	15,1	14,8	langfristige
							darunter:
10,7	11,6	12,2	12,5	12,4	11,9	11,7	gegenüber Kreditinstituten
2,4	2,6	2,8	2,4	2,4	2,3	2,3	gegenüber verbundenen Unternehmen
3,8	4,1	4,5	4,9	5,1	5,7	5,9	Rückstellungen 5)
0,9	1,0	1,0	1,1	1,2	1,3	1,2	darunter: Pensionsrückstellungen
0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	Rechnungsabgrenzungsposten
55,9	62,0	63,9	65,2	67,4	68,6	69,9	Bilanzsumme (berichtigt)
152,3	161,2	169,3	167,8	174,7	181,7	186,2	II. Erfolgsrechnung
0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	Umsatz
							Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)
152,4	161,2	169,4	167,9	174,7	181,8	186,3	Gesamtleistung
0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	Zinserträge
3,2	3,4	3,5	4,1	4,3	4,8	4,9	Übrige Erträge 7)
0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	darunter: aus Beteiligungen
155,9	164,9	173,1	172,2	179,3	186,8	191,4	Gesamte Erträge
118,3	125,0	131,3	129,1	134,1	138,4	140,1	Materialaufwand
16,7	17,3	17,9	18,8	19,4	20,4	21,3	Personalaufwand
2,9	3,1	3,3	3,5	3,4	3,3	3,5	Abschreibungen
2,7	2,9	3,1	3,2	3,1	3,1	3,3	darunter: auf Sachanlagen 8)
2,2	2,2	2,3	2,5	2,6	2,5	2,4	Zinsaufwendungen
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Betriebssteuern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	darunter: Verbrauchsteuern
13,5	14,2	15,2	16,0	16,9	18,7	20,2	Übrige Aufwendungen 9)
153,6	162,0	170,0	169,9	176,6	183,3	187,6	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 10)
2,3	2,9	3,1	2,3	2,7	3,5	3,9	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
0,5	0,6	0,6	0,5	0,6	0,7	0,7	Steuern vom Einkommen und Ertrag 11)
1,8	2,3	2,5	1,8	2,1	2,8	3,2	Jahresergebnis
	5,9	6,2	5,7	5,7	6,8	6,9	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 12)

abführungen (Tochter). — 8 Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. — 9 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 10 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 11 Bei Personengesell-

schaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 12 Jahresergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

noch: Bilanz und Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen *)

Mrd €

Position	Großhandel und Handelsvermittlung						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanz							
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	2,5	2,8	3,6	3,6	3,4	3,6	3,5
Sachanlagen	36,3	37,0	39,3	38,5	39,5	38,0	37,1
darunter: Grundstücke und Gebäude	21,3	21,5	21,9	22,0	22,3	21,6	21,6
Vorräte	62,3	62,0	59,9	62,4	61,1	57,6	55,1
darunter:							
unfertige Erzeugnisse und Leistungen 3)	2,7	2,7	2,4	2,6	3,2	2,5	3,2
fertige Erzeugnisse und Waren	55,1	54,4	53,2	54,8	53,0	50,2	47,3
Kasse und Bankguthaben	13,0	13,0	13,6	13,3	14,6	14,7	16,2
Forderungen	97,2	97,2	104,1	110,3	105,3	104,9	100,4
kurzfristige	92,8	93,2	100,4	106,4	100,8	100,8	96,1
darunter:							
aus Lieferungen und Leistungen	60,6	59,3	63,3	67,1	63,1	61,0	58,4
gegen verbundene Unternehmen	21,5	22,4	25,2	27,2	26,3	28,0	26,7
langfristige	4,3	4,0	3,7	4,0	4,5	4,1	4,3
darunter: gegen verbundene Unternehmen	2,0	1,7	1,7	1,8	2,3	2,0	2,0
Wertpapiere	1,1	1,5	1,2	1,2	1,2	1,1	1,3
Beteiligungen 4)	9,8	11,6	12,1	12,7	12,4	12,1	10,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
Bilanzsumme (berichtigt)	223,1	225,7	234,7	242,9	238,5	232,9	225,1
Kapital							
Eigenmittel 5) (berichtigt)	34,7	38,0	40,6	41,7	42,8	46,4	48,2
Verbindlichkeiten	166,0	164,7	168,7	175,3	168,7	158,7	150,3
kurzfristige	131,6	129,4	132,3	140,6	134,9	128,1	121,9
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	32,6	33,9	33,8	35,2	32,8	31,7	28,1
aus Lieferungen und Leistungen	51,1	47,5	46,6	49,1	46,7	44,9	43,2
erhaltene Anzahlungen	3,2	3,0	2,0	2,2	2,7	2,3	3,3
gegenüber verbundenen Unternehmen	30,0	29,7	33,6	37,7	37,4	33,8	32,4
langfristige	34,4	35,3	36,4	34,7	33,8	30,6	28,4
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	20,8	21,3	22,2	21,1	20,1	17,8	16,6
gegenüber verbundenen Unternehmen	11,1	11,2	11,1	10,5	10,2	9,4	8,8
Rückstellungen 5)	22,1	22,3	23,8	24,6	25,1	26,5	25,5
darunter: Pensionsrückstellungen	7,7	7,7	8,1	8,2	8,8	8,8	8,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,3	0,7	1,5	1,3	2,0	1,4	1,0
Bilanzsumme (berichtigt)	223,1	225,7	234,7	242,9	238,5	232,9	225,1
II. Erfolgsrechnung							
Umsatz	671,8	673,7	680,1	740,6	745,6	724,1	708,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)	0,3	0,4	0,2	0,8	0,3	0,2	0,4
Gesamtleistung	672,2	674,1	680,3	741,5	745,9	724,4	708,9
Zinserträge	1,8	1,9	1,7	2,0	2,1	1,8	1,6
Übrige Erträge 7)	15,6	16,0	17,1	17,9	17,9	18,5	17,5
darunter: aus Beteiligungen	1,5	1,6	1,6	1,7	1,8	1,5	1,4
Gesamte Erträge	689,6	692,0	699,0	761,4	765,9	744,6	728,0
Materialaufwand	549,9	552,6	554,9	609,7	613,3	590,2	578,7
Personalaufwand	55,3	55,1	56,2	58,0	59,0	60,3	57,1
Abschreibungen	10,2	10,4	10,5	10,4	10,3	10,0	9,5
darunter: auf Sachanlagen 8)	8,2	8,5	8,7	8,7	8,6	8,4	7,8
Zinsaufwendungen	5,8	5,8	5,5	6,0	6,2	5,4	4,7
Betriebssteuern	2,6	0,7	1,3	1,3	1,9	1,4	1,5
darunter: Verbrauchsteuern	0,2	0,3	0,2	0,2	0,7	0,8	0,6
Übrige Aufwendungen 9)	54,0	54,7	56,9	61,7	60,8	62,1	60,1
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 10)	677,8	679,4	685,3	747,1	751,6	729,5	711,5
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	11,8	12,6	13,7	14,2	14,4	15,1	16,5
Steuern vom Einkommen und Ertrag 11)	3,4	3,5	4,0	4,0	3,8	3,6	3,7
Jahresergebnis	8,5	9,0	9,8	10,2	10,6	11,6	12,8
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 12)	.	20,0	22,6	21,2	22,0	22,3	21,0

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Einschl. Reparatur von Gebrauchsgütern. — 2 Einschl. Geschäfts-

oder Firmenwert. — 3 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 4 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 5 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 6 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 7 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter)

Deutsche Bundesbank

Einzelhandel (ohne Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen) 1)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
2,6	2,8	3,9	3,6	3,1	2,8	2,6	I. Bilanz
33,2	34,2	34,2	32,5	33,5	31,6	32,4	Vermögen
19,9	20,7	19,7	18,4	19,4	17,8	19,1	Immaterielle Vermögensgegenstände 2)
61,3	63,1	62,5	61,1	59,4	56,1	56,8	Sachanlagen
							darunter: Grundstücke und Gebäude
							Vorräte
							darunter:
1,1	1,0	1,0	1,0	1,2	1,2	1,6	unfertige Erzeugnisse und Leistungen 3)
58,2	60,0	59,7	58,3	56,4	53,2	51,4	fertige Erzeugnisse und Waren
8,1	8,0	9,3	9,6	10,7	11,0	10,6	Kasse und Bankguthaben
33,5	37,7	42,3	41,9	42,5	42,4	43,4	Forderungen
31,4	36,0	39,5	40,2	40,8	40,2	41,5	kurzfristige
							darunter:
							aus Lieferungen und Leistungen
15,2	15,8	16,6	15,4	15,0	15,5	16,4	gegen verbundene Unternehmen
9,7	13,4	14,9	16,7	17,2	15,0	15,2	langfristige
2,1	1,7	2,8	1,7	1,8	2,2	1,9	darunter: gegen verbundene Unternehmen
0,9	0,6	0,7	0,6	0,5	1,0	0,5	Wertpapiere
0,3	0,4	0,4	0,5	0,7	0,7	0,8	Beteiligungen 4)
7,4	9,1	11,2	9,4	7,9	11,8	11,8	Rechnungsabgrenzungsposten
0,8	0,9	0,9	0,8	0,9	0,9	1,0	
147,2	156,1	164,7	159,3	158,6	157,3	159,4	Bilanzsumme (berichtigt)
							Kapital
8,2	13,4	15,7	16,0	17,2	18,0	23,5	Eigenmittel 5) (berichtigt)
124,9	127,2	131,8	127,3	125,9	122,9	119,4	Verbindlichkeiten
82,5	83,2	83,1	84,8	85,9	83,7	84,7	kurzfristige
							darunter:
							gegenüber Kreditinstituten
23,5	22,3	22,2	23,8	22,1	20,7	20,2	aus Lieferungen und Leistungen
34,5	33,3	32,8	34,3	34,7	33,2	32,7	erhaltene Anzahlungen
1,2	1,1	1,2	1,3	1,5	1,3	1,7	gegenüber verbundenen Unternehmen
11,0	14,3	14,4	13,6	15,3	17,1	18,0	langfristige
42,4	44,0	48,6	42,6	40,0	39,2	34,7	darunter:
							gegenüber Kreditinstituten
31,5	33,4	37,1	32,3	31,4	28,3	27,3	gegenüber verbundenen Unternehmen
7,2	7,4	8,3	7,4	5,7	5,2	4,6	Rückstellungen 5)
13,7	15,2	16,9	15,7	15,2	15,9	16,1	darunter: Pensionsrückstellungen
5,1	5,9	6,7	5,2	4,9	5,1	5,0	Rechnungsabgrenzungsposten
0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	
147,2	156,1	164,7	159,3	158,6	157,3	159,4	Bilanzsumme (berichtigt)
							II. Erfolgsrechnung
372,9	388,2	401,2	420,3	431,4	427,2	428,9	Umsatz
0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)
373,1	388,4	401,5	420,5	431,6	427,4	429,2	Gesamtleistung
1,1	1,2	1,1	1,2	1,3	1,1	1,2	Zinserträge
11,0	11,3	11,8	11,6	12,1	13,8	12,9	Übrige Erträge 7)
0,7	0,9	0,9	1,1	0,6	0,5	0,6	darunter: aus Beteiligungen
385,2	400,8	414,4	433,2	445,0	442,4	443,3	Gesamte Erträge
244,4	257,5	268,0	285,2	293,1	290,1	289,8	Materialaufwand
55,0	56,9	57,3	57,9	60,2	60,1	59,1	Personalaufwand
7,9	8,3	8,3	8,2	8,2	8,0	7,5	Abschreibungen
7,4	7,8	8,0	7,7	7,5	7,4	7,0	darunter: auf Sachanlagen 8)
5,4	5,3	5,2	5,0	5,0	4,8	4,5	Zinsaufwendungen
0,4	0,4	0,3	0,4	0,3	0,5	0,6	Betriebssteuern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3	darunter: Verbrauchsteuern
61,7	61,0	65,0	64,8	64,4	66,2	68,2	Übrige Aufwendungen 9)
374,8	389,4	404,1	421,4	431,3	429,7	429,8	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 10)
10,4	11,4	10,2	11,8	13,7	12,7	13,5	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
1,7	2,1	1,8	2,0	2,2	2,0	2,2	Steuern vom Einkommen und Ertrag 11)
8,7	9,3	8,4	9,8	11,4	10,6	11,3	Jahresergebnis
	19,1	18,5	16,9	19,1	19,3	19,0	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 12)

sowie aus Verlustabführungen (Töchter). — 8 Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. — 9 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Töchter). — 10 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 11 Bei Perso-

nengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbebeitragsteuer. — 12 Jahresergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

noch: Bilanz und Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen *)
Mrd €

Position	Verkehr ohne Eisenbahnen						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanz							
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	0,8	0,8	0,8	1,0	1,1	1,1	1,1
Sachanlagen	41,3	45,0	46,7	49,7	48,5	44,9	44,9
darunter: Grundstücke und Gebäude	13,1	15,9	16,0	16,2	15,5	14,5	14,4
Vorräte	1,6	1,9	2,1	2,3	2,0	1,9	1,9
darunter:							
unfertige Erzeugnisse und Leistungen 3)	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
fertige Erzeugnisse und Waren	0,6	0,7	0,7	0,7	0,4	0,5	0,5
Kasse und Bankguthaben	5,7	5,1	5,1	5,0	6,0	7,3	6,6
Forderungen	24,4	24,4	27,3	29,8	31,1	29,5	28,1
kurzfristige	22,0	22,1	24,7	26,9	26,2	25,5	24,0
darunter:							
aus Lieferungen und Leistungen	11,2	10,8	12,0	12,8	12,3	12,0	11,7
gegen verbundene Unternehmen	7,3	7,1	8,5	9,7	9,9	9,5	8,5
langfristige	2,4	2,3	2,6	2,9	4,9	3,9	4,1
darunter: gegen verbundene Unternehmen	1,4	1,4	1,7	1,9	3,9	2,9	2,6
Wertpapiere	1,0	1,6	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0
Beteiligungen 4)	4,0	4,7	5,0	5,9	6,0	6,0	5,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	0,9	1,0	0,9	1,0	1,0	0,9
Bilanzsumme (berichtigt)	79,7	84,4	88,8	95,4	96,6	92,6	90,3
Kapital							
Eigenmittel 5) (berichtigt)	11,1	11,1	10,9	13,0	14,1	13,5	12,6
Verbindlichkeiten	55,7	59,0	63,5	66,3	66,0	62,7	60,7
kurzfristige	30,4	30,4	33,0	36,0	36,3	36,4	35,9
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	8,4	8,1	8,9	11,0	11,3	10,8	10,9
aus Lieferungen und Leistungen	10,4	9,6	10,8	11,2	9,6	9,2	8,9
erhaltene Anzahlungen	0,8	1,0	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2
gegenüber verbundenen Unternehmen	4,9	5,5	5,7	6,1	7,4	8,0	8,9
langfristige	25,3	28,6	30,5	30,3	29,7	26,4	24,9
darunter:							
gegenüber Kreditinstituten	18,6	20,3	22,5	23,1	22,0	19,5	18,2
gegenüber verbundenen Unternehmen	4,1	5,5	5,6	5,5	5,1	4,4	4,1
Rückstellungen 5)	12,4	13,8	13,8	15,4	15,9	15,8	16,3
darunter: Pensionsrückstellungen	4,7	5,1	4,9	4,7	5,0	4,8	5,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6
Bilanzsumme (berichtigt)	79,7	84,4	88,8	95,4	96,6	92,6	90,3
II. Erfolgsrechnung							
Umsatz	112,6	116,0	123,1	134,7	137,1	134,2	133,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
Gesamtleistung	112,7	116,1	123,4	134,9	137,2	134,4	133,6
Zinserträge	0,5	0,6	0,6	0,7	0,9	0,7	0,6
Übrige Erträge 7)	8,1	8,8	9,0	10,8	10,3	10,6	10,3
darunter: aus Beteiligungen	0,4	0,6	0,6	0,7	0,6	0,5	0,3
Gesamte Erträge	121,4	125,5	133,0	146,5	148,4	145,8	144,6
Materialaufwand	50,5	52,9	58,3	64,0	65,2	60,8	58,8
Personalaufwand	29,3	28,6	29,6	32,1	32,4	32,8	33,6
Abschreibungen	9,5	9,9	10,0	10,8	10,7	9,9	9,5
darunter: auf Sachanlagen 8)	9,2	9,5	9,8	10,5	10,0	9,2	9,2
Zinsaufwendungen	2,4	2,5	2,4	2,7	2,8	2,5	2,3
Betriebssteuern	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
darunter: Verbrauchsteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Aufwendungen 9)	27,1	27,5	29,5	33,8	34,7	36,2	36,8
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 10)	119,4	121,7	130,2	143,8	146,2	142,7	141,4
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	2,0	3,8	2,8	2,7	2,2	3,1	3,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag 11)	0,8	1,6	1,1	1,2	0,7	0,8	0,9
Jahresergebnis	1,1	2,2	1,6	1,5	1,5	2,3	2,3
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 12)	.	13,5	11,7	14,3	12,5	11,9	12,3

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Einschl. Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung, ohne Holdinggesellschaften. — 2 Einschl. Geschäfts-

oder Firmenwert. — 3 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 4 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 5 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 6 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 7 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter)

Deutsche Bundesbank

Unternehmensnahe Dienstleistungen 1)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
4,1	5,7	6,4	7,2	6,4	7,5	6,9	I. Bilanz
31,4	33,3	33,2	33,7	37,6	36,8	33,9	Vermögen
15,2	16,1	15,5	14,6	16,9	17,3	16,4	Immaterielle Vermögensgegenstände 2)
18,4	19,5	21,9	21,2	22,3	21,7	20,4	Sachanlagen
							darunter: Grundstücke und Gebäude
							Vorräte
							darunter:
11,2	11,8	14,2	13,9	15,1	14,4	13,3	unfertige Erzeugnisse und Leistungen 3)
4,6	5,6	5,1	4,9	4,5	4,9	4,7	fertige Erzeugnisse und Waren
11,7	13,7	15,5	16,6	17,3	17,9	18,7	Kasse und Bankguthaben
52,2	54,9	61,1	65,4	67,8	70,0	69,1	Forderungen
49,1	51,6	57,5	61,7	63,7	64,0	63,0	kurzfristige
							darunter:
26,7	28,4	31,6	34,1	33,6	31,4	30,5	aus Lieferungen und Leistungen
12,9	14,9	16,6	18,1	20,1	21,7	21,6	gegen verbundene Unternehmen
3,1	3,3	3,6	3,6	4,0	6,1	6,1	langfristige
0,7	1,2	1,1	1,3	1,2	2,8	3,1	darunter: gegen verbundene Unternehmen
2,3	2,7	3,5	4,1	4,6	4,4	4,4	Wertpapiere
4,7	5,9	7,6	7,9	10,0	6,8	7,1	Beteiligungen 4)
1,2	1,3	1,5	1,7	1,7	2,1	2,0	Rechnungsabgrenzungsposten
126,1	137,1	150,8	157,7	167,7	167,3	162,5	Bilanzsumme (berichtigt)
12,3	15,3	18,4	21,1	26,1	25,7	26,7	Kapital
89,3	94,4	102,3	104,3	108,6	107,6	102,1	Eigenmittel 5) (berichtigt)
63,5	66,4	74,2	76,6	81,3	81,9	77,3	Verbindlichkeiten
							kurzfristige
							darunter:
16,3	15,7	15,8	14,8	17,1	16,7	15,5	gegenüber Kreditinstituten
13,9	14,4	16,5	18,6	17,0	16,0	15,2	aus Lieferungen und Leistungen
12,4	13,6	15,2	13,7	15,1	15,0	13,9	erhaltene Anzahlungen
7,7	8,8	11,0	13,5	14,7	18,2	16,5	gegenüber verbundenen Unternehmen
25,9	27,9	28,1	27,6	27,3	25,7	24,8	langfristige
							darunter:
18,2	18,8	20,1	19,5	19,6	18,5	18,0	gegenüber Kreditinstituten
6,3	7,4	6,7	6,8	5,9	5,2	4,8	gegenüber verbundenen Unternehmen
22,9	25,3	28,3	30,3	30,6	31,1	31,4	Rückstellungen 5)
7,1	8,1	8,9	9,2	9,8	9,4	9,7	darunter: Pensionsrückstellungen
1,5	2,2	1,8	2,0	2,4	2,9	2,3	Rechnungsabgrenzungsposten
126,1	137,1	150,8	157,7	167,7	167,3	162,5	Bilanzsumme (berichtigt)
203,3	217,5	234,3	251,8	263,0	259,7	252,6	II. Erfolgsrechnung
0,4	0,5	1,9	0,8	0,7	0,5	0,7	Umsatz
							Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)
203,6	218,0	236,2	252,6	263,8	260,2	253,3	Gesamtleistung
1,0	1,0	1,0	1,3	1,6	1,3	1,3	Zinserträge
10,5	11,5	12,5	13,7	15,9	17,7	18,3	Übrige Erträge 7)
1,0	1,1	1,8	1,8	1,9	1,3	1,2	darunter: aus Beteiligungen
215,1	230,6	249,6	267,6	281,2	279,2	273,0	Gesamte Erträge
70,3	76,2	82,2	90,5	89,7	91,5	87,2	Materialaufwand
70,1	73,9	79,6	84,8	92,7	90,2	89,0	Personalaufwand
10,3	11,3	11,4	13,1	14,0	14,6	12,6	Abschreibungen
9,7	10,8	11,0	12,2	12,4	12,3	11,3	darunter: auf Sachanlagen 8)
3,3	3,2	3,2	3,5	3,8	3,7	3,5	Zinsaufwendungen
0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	Betriebssteuern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	darunter: Verbrauchsteuern
44,5	47,0	54,3	58,5	62,2	63,0	60,9	Übrige Aufwendungen 9)
198,8	212,0	231,0	250,8	262,6	263,0	253,4	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern 10)
16,3	18,6	18,6	16,8	18,6	16,2	19,6	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
2,8	3,3	3,5	3,8	3,6	2,8	3,1	Steuern vom Einkommen und Ertrag 11)
13,5	15,3	15,1	13,1	15,0	13,4	16,6	Jahresergebnis
	29,6	29,3	28,4	29,1	28,8	28,7	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 12)

sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 8 Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. — 9 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 10 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 11 Bei Perso-

nesgesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 12 Jahresergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

Ausgewählte Verhältniszahlen *)

Position	Insgesamt 1)						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanzstrukturzahlen	% der Bilanzsumme (berichtigt)						
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 3)	1,3	1,5	1,6	1,7	1,7	2,1	2,0
Sachanlagen	23,6	23,6	23,0	22,6	22,9	22,2	21,8
Vorräte	23,9	23,3	22,6	22,0	21,2	20,1	19,9
Kasse und Bankguthaben	5,9	5,7	5,5	5,2	5,7	6,1	6,8
Forderungen	33,0	33,0	33,7	34,1	34,4	34,3	33,6
kurzfristige	30,8	30,9	31,7	32,1	32,0	32,0	30,9
langfristige	2,2	2,1	2,1	2,0	2,4	2,3	2,6
Wertpapiere	2,3	2,5	2,5	2,4	1,9	2,0	2,3
Beteiligungen 4)	9,5	10,0	10,6	11,4	11,7	12,6	13,1
Kapital							
Eigenmittel 5) (berichtigt)	16,2	17,5	18,4	18,6	19,5	21,0	21,9
Verbindlichkeiten	64,5	63,5	62,5	62,4	61,5	59,8	58,7
kurzfristige	47,3	46,0	45,4	46,3	46,1	45,1	44,4
langfristige	17,2	17,5	17,2	16,1	15,4	14,7	14,4
Rückstellungen 5)	18,9	18,6	18,7	18,6	18,6	18,8	19,0
darunter: Pensionsrückstellungen	7,9	7,8	7,8	7,7	7,6	7,8	8,0
Nachrichtlich: Umsatz	181,2	179,9	174,1	178,0	178,2	172,5	169,3
II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung	% der Gesamtleistung						
Umsatz	99,8	99,7	99,5	99,5	99,7	99,8	99,7
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)	0,2	0,3	0,5	0,5	0,3	0,2	0,3
Gesamtleistung	100	100	100	100	100	100	100
Zinserträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5
Übrige Erträge 7)	4,0	4,2	4,4	4,4	4,7	5,0	4,7
Gesamte Erträge	104,5	104,7	104,9	104,9	105,3	105,5	105,2
Materialaufwand	60,5	60,8	60,8	62,1	62,3	61,7	61,7
Personalaufwand	19,7	19,4	19,3	18,5	18,4	18,8	18,6
Abschreibungen	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,4	3,3
Zinsaufwendungen	1,3	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3	1,2
Betriebssteuern	1,9	1,7	1,7	1,5	1,6	1,9	2,1
darunter: Verbrauchsteuern	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4	1,8	2,0
Übrige Aufwendungen 8)	14,2	14,1	14,7	14,4	14,5	15,0	14,7
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	101,0	100,9	101,2	101,2	101,6	102,0	101,6
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	3,5	3,8	3,7	3,7	3,7	3,5	3,5
Steuern vom Einkommen und Ertrag 9)	0,8	1,0	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8
Jahresergebnis	2,7	2,9	2,7	2,7	2,8	2,7	2,7
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 10)	.	6,7	7,0	6,6	6,4	6,4	6,3
III. Sonstige Verhältniszahlen	% des Umsatzes						
Vorräte	13,2	12,9	13,0	12,3	11,9	11,7	11,7
Kurzfristige Forderungen	17,0	17,2	18,2	18,0	17,9	18,5	18,3
Eigenmittel (berichtigt)	65,2	69,8	74,9	76,3	79,3	86,2	92,0
Langfristig verfügbares Kapital 12)	168,9	173,5	179,4	176,7	175,8	181,3	188,3
Langfristig verfügbares Kapital 12)	113,2	115,1	115,7	111,2	109,6	109,6	109,9
Liquide Mittel 14) und kurzfristige Forderungen	81,2	83,5	85,5	83,6	84,2	86,7	87,5
Liquide Mittel 14), kurzfristige Forderungen und Vorräte	131,8	134,0	135,3	131,0	130,2	131,4	132,2
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 10)	.	15,8	16,1	15,6	15,2	15,3	15,1
Jahresergebnis und Zinsaufwendungen	7,2	7,4	6,8	7,1	7,4	6,9	6,6

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. — 1 Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Baugewerbe, Handel und Verkehr (ohne Eisenbahnen) sowie unternehmensnahe Dienstleistungen. — 2 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. —

3 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 4 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 5 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 6 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 7 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 8 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). —

Verarbeitendes Gewerbe 2)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							I. Bilanzstrukturzahlen
1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	2,2	2,1	Vermögen
23,7	23,4	22,9	22,3	22,3	21,6	21,0	Immaterielle Vermögensgegenstände 3)
19,3	19,1	18,4	18,3	17,5	16,4	16,2	Sachanlagen
5,2	4,8	4,4	4,0	4,5	5,0	5,9	Vorräte
32,0	32,1	33,0	32,9	33,6	33,2	32,1	Kasse und Bankguthaben
29,5	29,8	30,7	30,7	30,9	30,8	29,2	Forderungen
2,5	2,3	2,3	2,2	2,7	2,4	2,9	kurzfristige
3,5	3,7	3,7	3,5	2,6	2,7	3,2	langfristige
14,8	15,2	15,8	17,1	17,4	18,4	19,1	Wertpapiere
							Beteiligungen 4)
22,8	23,9	25,1	24,3	25,1	26,6	26,8	Kapital
51,4	51,2	50,2	51,6	51,1	50,0	49,9	Eigenmittel 5) (berichtigt)
37,9	37,5	36,9	39,0	39,1	38,1	37,8	Verbindlichkeiten
13,4	13,7	13,2	12,6	12,0	11,9	12,1	kurzfristige
25,6	24,7	24,5	23,9	23,6	23,2	23,2	langfristige
11,7	11,4	11,3	11,0	10,7	10,7	10,8	Rückstellungen 5)
149,2	149,2	143,4	144,4	142,7	134,4	130,4	darunter: Pensionsrückstellungen
							Nachrichtlich: Umsatz
% der Gesamtleistung							II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
99,8	99,6	99,8	99,4	99,5	99,9	99,7	Umsatz
0,2	0,4	0,2	0,6	0,5	0,1	0,3	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 6)
100	100	100	100	100	100	100	Gesamtleistung
0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	Zinserträge
4,9	5,2	5,7	5,6	6,2	6,5	5,8	Übrige Erträge 7)
105,6	105,9	106,3	106,3	107,0	107,3	106,5	Gesamte Erträge
53,6	54,2	54,4	56,5	57,4	56,5	57,0	Materialaufwand
22,7	22,2	22,2	20,9	20,4	21,0	20,8	Personalaufwand
4,4	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	Abschreibungen
1,3	1,2	1,2	1,3	1,5	1,5	1,3	Zinsaufwendungen
3,9	3,7	3,7	3,3	3,3	4,0	4,4	Betriebssteuern
3,7	3,6	3,5	3,2	3,2	3,9	4,3	darunter: Verbrauchsteuern
15,3	15,4	15,9	15,3	15,6	15,8	15,1	Übrige Aufwendungen 8)
101,2	101,2	101,8	101,6	102,4	103,1	102,7	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern
% des Umsatzes							III. Sonstige Verhältniszahlen
4,4	4,7	4,6	4,7	4,6	4,2	3,8	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
1,1	1,3	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0	Steuern vom Einkommen und Ertrag 9)
3,3	3,4	3,2	3,4	3,4	3,1	2,7	Jahresergebnis
.	8,0	8,6	8,5	7,9	7,9	7,5	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 10)
% des Umsatzes							Vorräte
12,9	12,8	12,8	12,6	12,2	12,2	12,4	Kurzfristige Forderungen
19,8	20,0	21,4	21,2	21,6	22,9	22,4	
% der Sachanlagen 11)							Eigenmittel (berichtigt)
91,4	96,2	103,3	101,5	104,4	111,2	116,2	Langfristig verfügbares Kapital 12)
194,9	199,7	206,8	202,4	201,3	207,9	217,1	
% des Anlagevermögens 13)							Langfristig verfügbares Kapital 12)
113,3	114,8	115,0	108,8	107,3	107,6	106,8	
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten							Liquide Mittel 14) und kurzfristige Forderungen
98,8	99,7	101,5	94,1	94,9	97,3	96,7	Liquide Mittel 14), kurzfristige Forderungen und Vorräte
149,6	150,5	151,4	140,9	139,5	140,4	139,6	
% der Fremdmittel 15) abzüglich Kasse und Bankguthaben							Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 10)
.	16,8	17,7	17,2	16,1	15,7	14,6	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							Jahresergebnis und Zinsaufwendungen
6,8	7,0	6,3	6,8	7,0	6,2	5,3	

9 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 10 Jahresergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. — 11 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 12 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonder-

posten mit Rücklageanteil. — 13 Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 14 Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 15 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

noch: Ausgewählte Verhältniszahlen *)

Position	Baugewerbe						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanzstrukturzahlen	% der Bilanzsumme (berichtigt)						
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Sachanlagen	18,5	19,2	18,3	18,8	19,4	19,9	19,2
Vorräte	38,8	36,7	38,9	38,1	38,1	38,2	38,2
Kasse und Bankguthaben	7,3	7,9	7,4	7,0	7,3	7,8	8,3
Forderungen	30,0	30,9	29,4	30,1	30,3	28,9	29,1
kurzfristige	28,5	28,8	28,0	28,7	29,0	27,6	27,7
langfristige	1,6	2,1	1,5	1,4	1,3	1,3	1,3
Wertpapiere	1,9	1,7	2,0	2,0	1,0	1,2	1,1
Beteiligungen 3)	1,8	2,0	2,3	2,3	2,2	2,2	2,4
Kapital							
Eigenmittel 4) (berichtigt)	2,3	3,3	3,8	4,6	3,9	4,6	6,0
Verbindlichkeiten	87,0	86,0	85,0	84,2	84,7	84,0	82,0
kurzfristige	69,3	67,5	67,5	67,0	67,2	68,0	66,5
langfristige	17,7	18,4	17,4	17,3	17,5	16,0	15,5
Rückstellungen 4)	10,6	10,7	11,1	11,1	11,2	11,3	11,9
darunter: Pensionsrückstellungen	2,2	2,2	2,4	2,5	2,4	2,5	2,9
Nachrichtlich: Umsatz	133,1	134,8	128,5	133,6	136,2	139,1	135,8
II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung	% der Gesamtleistung						
Umsatz	99,1	99,4	96,2	98,0	98,4	97,9	97,8
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 5)	0,9	0,6	3,8	2,0	1,6	2,1	2,2
Gesamtleistung	100	100	100	100	100	100	100
Zinserträge	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Übrige Erträge 6)	4,1	4,2	4,1	4,1	4,1	4,3	4,1
Gesamte Erträge	104,5	104,7	104,5	104,5	104,5	104,6	104,4
Materialaufwand	49,1	49,4	50,9	50,4	50,1	49,2	49,3
Personalaufwand	33,1	32,7	31,3	31,2	31,3	31,7	31,2
Abschreibungen	4,2	4,0	3,8	3,7	3,7	3,6	3,5
Zinsaufwendungen	1,8	1,8	1,6	1,7	1,7	1,6	1,5
Betriebssteuern	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
darunter: Verbrauchsteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Aufwendungen 7)	13,6	13,6	13,8	13,9	14,6	15,3	15,2
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	102,1	101,7	101,6	101,1	101,5	101,6	100,9
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	2,4	2,9	3,1	3,5	3,0	3,1	3,6
Steuern vom Einkommen und Ertrag 8)	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Jahresergebnis	1,8	2,3	2,4	2,9	2,5	2,6	3,0
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)	.	6,1	7,2	6,0	5,9	5,6	6,9
III. Sonstige Verhältniszahlen	% des Umsatzes						
Vorräte	29,2	27,2	30,3	28,5	27,9	27,4	28,1
Kurzfristige Forderungen	21,4	21,3	21,8	21,5	21,3	19,9	20,4
Eigenmittel (berichtigt)	12,0	16,8	20,6	24,1	19,8	22,5	30,4
Langfristig verfügbares Kapital 11)	119,9	125,3	130,1	130,2	123,6	117,5	127,4
Langfristig verfügbares Kapital 11)	99,8	102,3	105,9	106,6	103,7	99,4	106,4
Liquide Mittel 13) und kurzfristige Forderungen	53,8	56,5	54,7	55,3	55,0	53,5	55,6
Liquide Mittel 13), kurzfristige Forderungen und Vorräte	109,8	110,9	112,3	112,3	111,6	109,7	113,0
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)	.	9,3	10,5	9,1	9,1	8,9	10,9
Jahresergebnis und Zinsaufwendungen	4,9	5,6	5,3	6,2	5,8	6,0	6,3

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Tankstellen. — 2 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 3 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 4 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 5 Einschl. anderer akti-

vierter Eigenleistungen. — 6 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 7 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 8 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 9 Jahresergebnis nach Gewinn-

Deutsche Bundesbank

Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen 1)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							I. Bilanzstrukturzahlen
0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	1,0	Vermögen
27,1	26,5	27,2	27,1	27,7	27,4	28,3	Immaterielle Vermögensgegenstände 2)
39,8	40,0	38,7	37,6	37,2	36,3	35,4	Sachanlagen
4,4	4,4	4,6	4,8	4,8	5,0	5,1	Vorräte
26,5	26,4	26,9	27,6	27,5	28,1	28,2	Kasse und Bankguthaben
25,2	25,2	25,8	26,5	26,5	27,2	27,4	Forderungen
1,3	1,2	1,0	1,1	1,0	0,9	0,8	kurzfristige
0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	langfristige
1,1	1,6	1,4	1,6	1,5	1,8	1,3	Wertpapiere
4,1	4,9	5,4	5,5	6,1	8,0	9,7	Beteiligungen 3)
88,7	88,0	87,2	86,5	86,0	83,3	81,6	Kapital
63,4	63,5	62,4	62,7	62,7	61,3	60,4	Eigenmittel 4) (berichtigt)
25,3	24,5	24,7	23,9	23,3	22,1	21,1	Verbindlichkeiten
6,9	6,7	7,0	7,5	7,6	8,3	8,4	kurzfristige
1,7	1,6	1,6	1,7	1,8	1,9	1,8	langfristige
272,6	260,1	264,8	257,5	259,1	264,8	266,4	Rückstellungen 4)
							darunter: Pensionsrückstellungen
							Nachrichtlich: Umsatz
% der Gesamtleistung							II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
100,0	100,0	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0	Umsatz
0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 5)
100	100	100	100	100	100	100	Gesamtleistung
0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	Zinserträge
2,1	2,1	2,1	2,4	2,5	2,6	2,6	Übrige Erträge 6)
102,3	102,3	102,2	102,6	102,6	102,8	102,8	Gesamte Erträge
77,6	77,6	77,5	76,9	76,8	76,1	75,2	Materialaufwand
10,9	10,7	10,6	11,2	11,1	11,2	11,4	Personalaufwand
1,9	1,9	2,0	2,1	2,0	1,8	1,9	Abschreibungen
1,4	1,4	1,3	1,5	1,5	1,4	1,3	Zinsaufwendungen
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Betriebssteuern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	darunter: Verbrauchsteuern
8,8	8,8	9,0	9,5	9,7	10,3	10,8	Übrige Aufwendungen 7)
100,8	100,5	100,4	101,2	101,1	100,9	100,7	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern
% des Umsatzes							III. Sonstige Verhältniszahlen
1,5	1,8	1,8	1,4	1,5	1,9	2,1	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	Steuern vom Einkommen und Ertrag 8)
1,2	1,5	1,4	1,0	1,2	1,6	1,7	Jahresergebnis
.	3,7	3,7	3,4	3,2	3,7	3,7	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)
% des Umsatzes							Vorräte
14,6	15,4	14,6	14,6	14,4	13,7	13,3	Kurzfristige Forderungen
9,3	9,7	9,8	10,3	10,2	10,3	10,3	
% der Sachanlagen 10)							Eigenmittel (berichtigt)
14,8	18,1	19,2	19,7	21,3	28,2	33,0	Langfristig verfügbares Kapital 11)
114,4	116,2	115,4	113,5	111,9	115,2	113,5	
% des Anlagevermögens 12)							Langfristig verfügbares Kapital 11)
104,9	105,3	105,8	103,2	102,7	105,0	105,4	
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten							Liquide Mittel 13) und kurzfristige Forderungen
46,7	46,8	48,9	50,1	50,1	52,8	54,0	Liquide Mittel 13), kurzfristige Forderungen und Vorräte
109,5	109,7	110,8	110,1	109,5	112,1	112,5	
% der Fremdmittel 14) abzüglich Kasse und Bankguthaben							Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)
.	10,5	10,8	9,7	9,5	11,4	11,6	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							Jahresergebnis und Zinsaufwendungen
7,1	7,4	7,4	6,6	6,9	7,7	7,9	

steuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. — 10 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 11 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. — 12 Sach-

anlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 13 Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 14 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

noch: Ausgewählte Verhältniszahlen *)

Position	Großhandel und Handelsvermittlung						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanzstrukturzahlen	% der Bilanzsumme (berichtigt)						
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	1,1	1,2	1,5	1,5	1,4	1,5	1,5
Sachanlagen	16,3	16,4	16,7	15,9	16,6	16,3	16,5
Vorräte	27,9	27,5	25,5	25,7	25,6	24,7	24,5
Kasse und Bankguthaben	5,8	5,7	5,8	5,5	6,1	6,3	7,2
Forderungen	43,5	43,1	44,4	45,4	44,2	45,0	44,6
kurzfristige	41,6	41,3	42,8	43,8	42,3	43,3	42,7
langfristige	1,9	1,8	1,6	1,6	1,9	1,8	1,9
Wertpapiere	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Beteiligungen 3)	4,4	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	4,7
Kapital							
Eigenmittel 4) (berichtigt)	15,6	16,8	17,3	17,2	17,9	19,9	21,4
Verbindlichkeiten	74,4	73,0	71,9	72,2	70,7	68,1	66,8
kurzfristige	59,0	57,3	56,4	57,9	56,5	55,0	54,2
langfristige	15,4	15,6	15,5	14,3	14,2	13,1	12,6
Rückstellungen 4)	9,9	9,9	10,1	10,1	10,5	11,4	11,3
darunter: Pensionsrückstellungen	3,5	3,4	3,4	3,4	3,7	3,8	3,9
Nachrichtlich: Umsatz	301,1	298,5	289,8	304,9	312,6	310,9	314,7
II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung	% der Gesamtleistung						
Umsatz	100,0	99,9	100,0	99,9	100,0	100,0	99,9
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 5)	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Gesamtleistung	100	100	100	100	100	100	100
Zinserträge	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Übrige Erträge 6)	2,3	2,4	2,5	2,4	2,4	2,6	2,5
Gesamte Erträge	102,6	102,7	102,8	102,7	102,7	102,8	102,7
Materialaufwand	81,8	82,0	81,6	82,2	82,2	81,5	81,6
Personalaufwand	8,2	8,2	8,3	7,8	7,9	8,3	8,1
Abschreibungen	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,3
Zinsaufwendungen	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7
Betriebssteuern	0,4	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
darunter: Verbrauchsteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Übrige Aufwendungen 7)	8,0	8,1	8,4	8,3	8,2	8,6	8,5
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	100,8	100,8	100,7	100,8	100,8	100,7	100,4
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	1,8	1,9	2,0	1,9	1,9	2,1	2,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag 8)	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Jahresergebnis	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,6	1,8
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)	.	3,0	3,3	2,9	3,0	3,1	3,0
III. Sonstige Verhältniszahlen	% des Umsatzes						
Vorräte	9,3	9,2	8,8	8,4	8,2	8,0	7,8
Kurzfristige Forderungen	13,8	13,8	14,8	14,4	13,5	13,9	13,6
Eigenmittel (berichtigt)	89,3	95,6	94,8	98,9	99,6	111,5	118,9
Langfristig verfügbares Kapital 11)	200,2	206,1	200,8	203,0	201,2	208,7	213,0
Langfristig verfügbares Kapital 11)	145,4	146,9	145,1	144,3	143,5	149,2	154,7
Liquide Mittel 13) und kurzfristige Forderungen	80,9	82,8	86,6	85,6	86,2	90,7	92,9
Liquide Mittel 13), kurzfristige Forderungen und Vorräte	128,2	130,7	131,9	130,0	131,5	135,7	138,1
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)	.	11,5	12,7	11,4	12,3	13,1	13,2
Jahresergebnis und Zinsaufwendungen	6,4	6,6	6,5	6,7	7,1	7,3	7,8

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Reparatur von Gebrauchsgütern. — 2 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 3 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 4 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. —

5 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 6 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 7 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 8 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 9 Jahres-

Deutsche Bundesbank

Einzelhandel (ohne Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen) 1)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							I. Bilanzstrukturzahlen
1,8	1,8	2,3	2,2	1,9	1,8	1,6	Vermögen
22,5	21,9	20,8	20,4	21,1	20,1	20,3	Immaterielle Vermögensgegenstände 2)
41,6	40,4	37,9	38,4	37,4	35,7	35,6	Sachanlagen
5,5	5,1	5,6	6,0	6,8	7,0	6,7	Vorräte
22,8	24,1	25,7	26,3	26,8	26,9	27,2	Kasse und Bankguthaben
21,3	23,1	24,0	25,2	25,7	25,5	26,0	Forderungen
1,4	1,1	1,7	1,0	1,1	1,4	1,2	kurzfristige
0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	langfristige
5,0	5,8	6,8	5,9	5,0	7,5	7,4	Wertpapiere
							Beteiligungen 3)
5,6	8,6	9,5	10,0	10,9	11,5	14,8	Kapital
84,8	81,5	80,0	79,9	79,4	78,2	74,9	Eigenmittel 4) (berichtigt)
56,0	53,3	50,5	53,2	54,2	53,2	53,2	Verbindlichkeiten
28,8	28,2	29,5	26,7	25,2	24,9	21,8	kurzfristige
9,3	9,8	10,3	9,9	9,6	10,1	10,1	langfristige
3,5	3,8	4,0	3,2	3,1	3,2	3,1	Rückstellungen 4)
253,3	248,7	243,7	263,8	271,9	271,6	269,1	darunter: Pensionsrückstellungen
							Nachrichtlich: Umsatz
% der Gesamtleistung							II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
100,0	100,0	99,9	100,0	99,9	99,9	99,9	Umsatz
0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 5)
100	100	100	100	100	100	100	Gesamtleistung
0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	Zinserträge
2,9	2,9	3,0	2,7	2,8	3,2	3,0	Übrige Erträge 6)
103,2	103,2	103,2	103,0	103,1	103,5	103,3	Gesamte Erträge
65,5	66,3	66,8	67,8	67,9	67,9	67,5	Materialaufwand
14,8	14,7	14,3	13,8	14,0	14,1	13,8	Personalaufwand
2,1	2,1	2,1	1,9	1,9	1,9	1,7	Abschreibungen
1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	Zinsaufwendungen
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Betriebssteuern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	darunter: Verbrauchsteuern
16,5	15,7	16,2	15,4	14,9	15,5	15,9	Übrige Aufwendungen 7)
100,5	100,3	100,7	100,2	99,9	100,5	100,1	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern
% des Umsatzes							Jahresergebnis vor Gewinnsteuern
2,8	2,9	2,6	2,8	3,2	3,0	3,1	Steuern vom Einkommen und Ertrag 8)
0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	Jahresergebnis
2,3	2,4	2,1	2,3	2,7	2,5	2,6	Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)
.	4,9	4,6	4,0	4,4	4,5	4,4	
% des Umsatzes							III. Sonstige Verhältniszahlen
16,4	16,3	15,6	14,5	13,8	13,1	13,2	Vorräte
8,4	9,3	9,9	9,6	9,4	9,4	9,7	Kurzfristige Forderungen
% der Sachanlagen 10)							Eigenmittel (berichtigt)
23,0	36,2	41,2	44,3	47,1	52,5	67,2	Langfristig verfügbares Kapital 11)
158,7	173,9	189,5	179,9	173,0	184,7	184,2	
% des Anlagevermögens 12)							Langfristig verfügbares Kapital 11)
125,2	134,5	137,9	136,9	135,5	130,0	131,3	
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten							Liquide Mittel 13) und kurzfristige Forderungen
48,2	53,2	59,0	59,0	60,1	61,5	62,0	Liquide Mittel 13), kurzfristige Forderungen und
122,5	129,1	134,1	131,1	129,3	128,4	129,0	Vorräte
% der Fremdmittel 14) abzüglich Kasse und Bankguthaben							Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)
.	14,2	13,3	12,7	14,7	15,1	15,2	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							Jahresergebnis und Zinsaufwendungen
9,6	9,4	8,3	9,3	10,4	9,8	9,9	

ergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. — 10 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 11 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklage-

anteil. — 12 Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 13 Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 14 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

noch: Ausgewählte Verhältniszahlen *)

Position	Verkehr ohne Eisenbahnen						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
I. Bilanzstrukturzahlen	% der Bilanzsumme (berichtigt)						
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände 2)	1,0	0,9	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2
Sachanlagen	51,8	53,3	52,5	52,1	50,3	48,5	49,7
Vorräte	2,0	2,2	2,3	2,4	2,0	2,0	2,1
Kasse und Bankguthaben	7,2	6,1	5,7	5,2	6,2	7,8	7,3
Forderungen	30,6	28,9	30,7	31,2	32,2	31,8	31,1
kurzfristige	27,6	26,2	27,8	28,2	27,1	27,6	26,6
langfristige	3,0	2,7	2,9	3,1	5,1	4,2	4,5
Wertpapiere	1,3	1,9	1,0	0,9	0,9	1,1	1,1
Beteiligungen 3)	5,0	5,6	5,6	6,2	6,2	6,5	6,5
Kapital							
Eigenmittel 4) (berichtigt)	14,0	13,2	12,2	13,6	14,6	14,6	14,0
Verbindlichkeiten	69,9	69,9	71,5	69,6	68,3	67,7	67,2
kurzfristige	38,2	36,0	37,2	37,8	37,5	39,3	39,7
langfristige	31,7	33,9	34,3	31,8	30,7	28,5	27,5
Rückstellungen 4)	15,5	16,3	15,6	16,1	16,4	17,0	18,1
darunter: Pensionsrückstellungen	5,9	6,0	5,6	4,9	5,2	5,2	5,8
Nachrichtlich: Umsatz	141,4	137,5	138,7	141,2	141,9	144,9	147,8
II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung	% der Gesamtleistung						
Umsatz	99,9	99,9	99,8	99,8	99,9	99,9	99,9
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 5)	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Gesamtleistung	100	100	100	100	100	100	100
Zinserträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5
Übrige Erträge 6)	7,2	7,6	7,3	8,0	7,5	7,9	7,7
Gesamte Erträge	107,7	108,1	107,8	108,5	108,1	108,5	108,2
Materialaufwand	44,8	45,6	47,2	47,4	47,5	45,2	44,0
Personalaufwand	26,0	24,6	24,0	23,8	23,6	24,4	25,1
Abschreibungen	8,4	8,5	8,1	8,0	7,8	7,4	7,1
Zinsaufwendungen	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	1,9	1,7
Betriebssteuern	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
darunter: Verbrauchsteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Aufwendungen 7)	24,0	23,6	23,9	25,1	25,3	27,0	27,5
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	106,0	104,8	105,6	106,6	106,5	106,2	105,8
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	1,7	3,3	2,2	2,0	1,6	2,3	2,4
Steuern vom Einkommen und Ertrag 8)	0,7	1,4	0,9	0,9	0,5	0,6	0,6
Jahresergebnis	1,0	1,9	1,3	1,1	1,1	1,7	1,7
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)	.	11,7	9,5	10,6	9,1	8,9	9,3
III. Sonstige Verhältniszahlen	% des Umsatzes						
Vorräte	1,4	1,6	1,7	1,7	1,4	1,4	1,4
Kurzfristige Forderungen	19,5	19,1	20,1	19,9	19,1	19,0	18,0
Eigenmittel (berichtigt)	26,5	24,2	22,9	25,7	28,4	29,3	27,4
Langfristig verfügbares Kapital 11)	101,4	101,1	100,7	98,8	102,1	100,8	96,3
Langfristig verfügbares Kapital 11)	87,7	87,4	86,5	83,8	82,8	82,6	78,9
Liquide Mittel 13) und kurzfristige Forderungen	93,7	94,4	92,3	90,1	89,4	92,3	87,5
Liquide Mittel 13), kurzfristige Forderungen und Vorräte	99,0	100,5	98,6	96,4	94,9	97,4	92,7
Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)	.	20,0	16,2	18,7	16,5	16,7	17,5
Jahresergebnis und Zinsaufwendungen	4,5	5,5	4,6	4,3	4,5	5,2	5,1

* Hochrechnungsergebnisse auf Basis teilweise geschätzter Werte nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung, ohne Holdinggesellschaften. — 2 Einschl. Geschäfts- oder Firmenwert. — 3 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 4 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklage-

anteil. — 5 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 6 Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). — 7 Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). — 8 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. —

Unternehmensnahe Dienstleistungen 1)							Position
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							I. Bilanzstrukturzahlen
3,2	4,2	4,3	4,5	3,8	4,5	4,2	Vermögen
24,9	24,3	22,0	21,4	22,4	22,0	20,9	Immaterielle Vermögensgegenstände 2)
14,6	14,3	14,6	13,4	13,3	13,0	12,6	Sachanlagen
9,3	10,0	10,2	10,5	10,3	10,7	11,5	Vorräte
41,4	40,0	40,5	41,4	40,4	41,9	42,5	Kasse und Bankguthaben
39,0	37,6	38,1	39,1	38,0	38,2	38,8	Forderungen
2,5	2,4	2,4	2,3	2,4	3,6	3,8	kurzfristige
1,9	2,0	2,3	2,6	2,7	2,7	2,7	langfristige
3,7	4,3	5,1	5,0	6,0	4,1	4,4	Wertpapiere
							Beteiligungen 3)
9,8	11,1	12,2	13,4	15,6	15,3	16,5	Kapital
70,8	68,9	67,8	66,1	64,7	64,3	62,8	Eigenmittel 4) (berichtigt)
50,3	48,5	49,2	48,6	48,5	48,9	47,6	Verbindlichkeiten
20,5	20,4	18,6	17,5	16,3	15,4	15,2	kurzfristige
18,2	18,4	18,8	19,2	18,2	18,6	19,3	langfristige
5,6	5,9	5,9	5,8	5,8	5,6	6,0	Rückstellungen 4)
161,2	158,6	155,4	159,7	156,9	155,2	155,4	darunter: Pensionsrückstellungen
							Nachrichtlich: Umsatz
% der Gesamtleistung							II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
99,8	99,8	99,2	99,7	99,7	99,8	99,7	Umsatz
0,2	0,2	0,8	0,3	0,3	0,2	0,3	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 5)
100	100	100	100	100	100	100	Gesamtleistung
0,5	0,5	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	Zinserträge
5,1	5,3	5,3	5,4	6,0	6,8	7,2	Übrige Erträge 6)
105,6	105,8	105,7	105,9	106,6	107,3	107,8	Gesamte Erträge
34,5	35,0	34,8	35,8	34,0	35,2	34,4	Materialaufwand
34,4	33,9	33,7	33,6	35,2	34,6	35,1	Personalaufwand
5,0	5,2	4,8	5,2	5,3	5,6	5,0	Abschreibungen
1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	Zinsaufwendungen
0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Betriebssteuern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	darunter: Verbrauchsteuern
21,9	21,6	23,0	23,2	23,6	24,2	24,1	Übrige Aufwendungen 7)
97,6	97,2	97,8	99,3	99,6	101,1	100,0	Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern
% des Umsatzes							III. Sonstige Verhältniszahlen
8,0	8,5	7,9	6,7	7,1	6,2	7,8	Vorräte
1,4	1,5	1,5	1,5	1,4	1,1	1,2	Kurzfristige Forderungen
6,6	7,0	6,4	5,2	5,7	5,2	6,6	Eigenmittel (berichtigt)
.	13,6	12,5	11,3	11,1	11,1	11,4	Langfristig verfügbares Kapital 11)
% des Umsatzes							Langfristig verfügbares Kapital 11)
9,1	9,0	9,4	8,4	8,5	8,4	8,1	Liquide Mittel 13) und kurzfristige Forderungen
24,2	23,7	24,5	24,5	24,2	24,6	24,9	Liquide Mittel 13), kurzfristige Forderungen und Vorräte
% der Sachanlagen 10)							Cash-Flow (Eigenerwirtschaftete Mittel) 9)
34,8	39,1	46,5	51,6	59,4	57,9	65,5	
132,0	135,3	144,6	146,9	147,5	141,3	153,8	
% des Anlagevermögens 12)							
104,9	106,4	108,5	110,5	107,5	105,7	112,1	
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten							
97,4	100,2	100,4	105,1	102,5	102,9	108,8	
126,5	129,6	130,0	132,7	129,9	129,5	135,2	
% der Fremdmittel 14) abzüglich Kasse und Bankguthaben							
.	27,9	25,4	24,1	23,9	23,8	25,0	
% der Bilanzsumme (berichtigt)							
13,3	13,5	12,1	10,5	11,2	10,2	12,3	Jahresergebnis und Zinsaufwendungen

9 Jahresergebnis nach Gewinnsteuern zuzüglich Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen sowie des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. — 10 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 11 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit

Rücklageanteil. — 12 Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 13 Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 14 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

Neue Transparenzregeln für Kreditinstitute

Die ab 2005 geltenden IAS/IFRS-Bilanzierungsvorschriften für kapitalmarkt-orientierte Institute und die für alle Institute in 2007 in Kraft tretende Umsetzung der Baseler Eigenmittelempfehlung (Basel II) dürften für die Öffentlichkeit mehr Transparenz über die Tätigkeit der Kreditinstitute schaffen. Die herkömmlichen Offenlegungspflichten werden vor allem um eine risikobezogene Berichterstattung ergänzt. Kreditinstitute sollen über die reine Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinaus ein Bild über die eigene Risikosituation zeichnen und über ihre Fähigkeiten, diese Risiken zu steuern. Dadurch sollen die Empfänger der Informationen sachgerechte Investitionsentscheidungen treffen können und durch den Markt natürliche Anreize für eine verantwortungsbewusste Geschäftsführung gewährt werden. Ein verbessertes Transparenzniveau sollte dazu führen, dass Marktindikatoren die Unternehmensperspektiven zutreffender abbilden. Die hier vorgestellte Analyse untersucht unterschiedliche Marktindikatoren hinsichtlich ihrer Eignung zur Gewährleistung von Marktdisziplin.

Transparenz, Marktdisziplin und Systemstabilität

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht versteht unter Transparenz die Offenlegung von Informationen, die es den Marktteilneh-

*Rahmen-
bedingung für
Transparenz*

mern ermöglichen, sich ein fundiertes Urteil über die Finanz-, Erfolgs- und Risikolage einer Bank sowie über ihr Risikomanagement und ihre Geschäftsstrategie zu bilden. Transparenz kann jedoch nur erreicht werden, wenn die veröffentlichten Informationen aktuell, aussagekräftig und vollständig sind und auf soliden Mess- und Bewertungsgrundsätzen beruhen, die von den Banken einheitlich angewendet werden.¹⁾

In der Vergangenheit hatte – neben der Bankenaufsicht – vor allem ein engerer Kreis von Unternehmensanalysten einen tieferen Einblick in die Unternehmensverhältnisse der Kreditinstitute. Durch die Regelungen der Säule 3 von Basel II sowie die neuen Rechnungslegungsgrundsätze werden nun die materiellen Voraussetzungen für eine höhere Transparenz unter allen Marktteilnehmern und sonstigen Interessenten geschaffen.

Transparenz und Marktdisziplin

Transparente Unternehmensverhältnisse stellen die Grundvoraussetzung für die Wirksamkeit von Marktdisziplin dar. Marktdisziplin beschreibt einen Wirkungsmechanismus, in dem Marktteilnehmer (Gläubiger, Aktionäre und Einleger) einen Anreiz haben, das Risikoverhalten von Banken zu kontrollieren und durch ihre Anlageentscheidungen gegebenenfalls zu reagieren. Ein solcher Anreiz dürfte für die Marktteilnehmer immer dann bestehen, wenn sie am Geschäftsrisiko der Banken partizipieren und im Insolvenzfall der Bank mit Verlusten rechnen müssen.²⁾ Im Fall der direkten Marktdisziplin haben die Handlungen der Marktteilnehmer einen un-

mittelbaren Einfluss auf die Entscheidungen der Unternehmen, beispielsweise durch die Ausübung vertraglich eingeräumter Rechte (wie das Mitspracherecht bei Hauptversammlungen) oder durch die Konditionengestaltung beim Abschluss von Finanzkontrakten (Risikoaufschläge oder erhöhte Sicherheitsleistung). Bei der indirekten Marktdisziplin hat das Verhalten der Marktteilnehmer Einfluss auf die Entscheidungen Dritter (z. B. Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen), die ihrerseits wiederum durch verstärkte Überwachungsmaßnahmen oder mögliche Rating-Korrekturen das Verhalten der Banken beeinflussen.

Marktteilnehmer und Marktdisziplin

Mit Blick auf die Ausübung von Marktdisziplin sind die verschiedenen Investorengruppen einer Bank unterschiedlich relevant. Dies hängt einerseits mit ihren unterschiedlichen Anreizstrukturen (Renditeerwartungen und Risikotoleranz) zusammen. Andererseits unterscheiden sich die Marktteilnehmer in ihrem Einfluss auf die Geschäftspolitik von Banken.

Aktionäre können als Eigentümer der Bank über die Hauptversammlung einen unmittel-

*Marktdisziplin
durch
Aktionäre*

¹ BCBS, Enhancing Bank Transparency, Basel, September 1998, S. 8.

² Eine weitere, generelle Voraussetzung für die Entfaltung von Marktdisziplin ist, dass es keine oder nur begrenzte Staatsgarantien für den Fall gibt, dass Banken ausfallen. Wenn Marktteilnehmer davon ausgehen, dass große Banken nicht ausfallen können („too-big-to-fail“, siehe Covitz/Hancock/Kwast, Market Discipline in Banking Reconsidered: The Roles of Funding Manager Decisions and Deposit Insurance Reform, Federal Reserve Board FEDS series 2004-53) ist mit Moral Hazard zu rechnen. Konkret bedeutet das, dass Wirtschaftssubjekte es vernachlässigen, Maßnahmen zur Reduzierung des eigenen Risikos zu ergreifen, da sie im Insolvenzfall auf Hilfe Dritter vertrauen.

baren Einfluss auf die Geschäftsleitung ausüben und sind daher grundsätzlich in der Lage, Marktdisziplin direkt durchzusetzen. Hinsichtlich ihrer Reaktion auf ein verändertes Geschäftsrisiko einer Bank unterscheiden sie sich aber von den Gläubigern. Da Aktionäre für risikoreichere Investitionen im Durchschnitt höhere Renditen erwarten können, sind sie weniger empfindlich gegenüber einer höheren Risikopräferenz der Bank als beispielsweise Gläubiger, die im besten Fall mit der Zahlung des vertraglich festgelegten Nominalbetrags samt Fremdkapitalzinsen rechnen können.

Marktdisziplin durch nachrangige Gläubiger

Einen besonderen Anreiz zur Überwachung des Risikoverhaltens einer Bank haben die Gläubiger nachrangiger Verbindlichkeiten³⁾, weil sie im Gegensatz zu den Aktionären nur begrenzt an Gewinnsteigerungen partizipieren, zugleich aber im Unterschied zu anderen Gläubigern voll am Risiko eines Instituts beteiligt sind. Außerdem ist das Volumen dieser Mittel im Verhältnis zu den haftenden Eigenmitteln von Banken relativ hoch.

Marktdisziplin durch andere Banken

Eine wirksame Marktdisziplin kann vor allem vom Interbankenmarkt ausgehen, über den sich Banken kurzfristig refinanzieren. Auf Grund der Tatsache, dass am Interbankenmarkt relativ große Beträge gehandelt werden, haben die dortigen Akteure erhebliche Anreize zur gegenseitigen Disziplinierung. Hinzu kommt, dass Banken naturgemäß sehr gute Voraussetzungen mitbringen, Informationen über ihre gleichgearteten Geschäftspartner zu erfassen und zu bewerten.

Einleger können in der Regel nicht genügend Marktdisziplin ausüben. Zum einen sind sie im Verhältnis zur Größe der Bank meist nur mit kleinen Beträgen engagiert und haben daher nur einen geringen Einfluss auf Banken. Zum anderen kommt es auf Grund der Schutzwirkung der Einlagensicherung nicht zu einer ausreichenden Motivation, die Bonität des Einlageninstituts zu verfolgen.⁴⁾ Lediglich bei extremen Bonitätsverschlechterungen reagieren private Einleger, dann jedoch mit massiven Einlagenabzügen, was zu Liquiditätsschwierigkeiten bei der Bank führen kann. Hinzu kommt, dass es sich bei den meisten Einlegern um Privatpersonen handelt, denen die Erfahrung und Fachkenntnisse fehlen, um eine Bank angemessen zu bewerten. Somit scheiden Einleger als Auslöser für die Marktdisziplin nahezu aus.

Marktdisziplin durch Einleger

Trotz des grundsätzlich geltenden disziplinierenden Einflusses von Marktteilnehmern ist davon auszugehen, dass diese disziplinierende Wirkung in Zeiten drohender Insolvenz nachlässt.⁵⁾ Aktionäre haben wegen ihrer begrenzten Haftung in solchen Situationen möglicherweise ein wirtschaftliches Interesse daran, risikoreiche Strategien der Bank zu dulden oder sogar zu fördern. Nachrangige Gläubiger haben in Krisenzeiten zwar keine

Bankenaufsicht trotz Marktdisziplin

³ Zu den nachrangigen Verbindlichkeiten zählen alle Verbindlichkeiten, die im Insolvenzfall erst nach Befriedigung aller Gläubiger bedient werden.

⁴ Blum (Subordinated Debt Market Discipline and Banks' Risk Taking, *Journal of Banking and Finance*, Vol. 26, No. 7, S. 1427–1441) und Cordella/Yeyati (Public Disclosure and Bank Failures, CEPR Discussion Paper No. 1886, 1998) haben gezeigt, dass sich Banken ohne Einlagensicherung disziplinieren lassen, während Banken mit Einlagensicherung zu risikoreichen Strategien tendieren.

⁵ Board of Governors of the US-Federal Reserve System, Improving public disclosure in banking, *Staff Studies* 173, 2000.

besonderen Anreize für eine Risikoerhöhung, jedoch schwindet bei Ihnen das Interesse an der Begrenzung des Risikos, weil sich ihre Position im Insolvenzfall derjenigen der Eigentümer annähert. Marktdisziplin kann Anreizen zu ineffizient hohen Geschäftsrisiken zwar entgegenwirken, vollständig ausräumen kann sie diese nicht. Transparenz und Marktdisziplin können die Bankenaufsicht deshalb lediglich unterstützen. Sie sind aber kein Ersatz für eine staatliche Aufsicht, die eine besondere Verantwortung für die Stabilität einzelner Institute wie auch für die Stabilität des Finanzsystems insgesamt hat.

*Transparenz
nicht nur
Anforderung,
sondern auch
Anreiz*

Wie stark Disziplinierungsmaßnahmen durch den Markt auf das Verhalten der Bank einwirken, hängt von deren interner Anreizstruktur ab. Die Kreditinstitute werden nur bereit sein, die erhöhten Kosten der erweiterten Transparenzanforderung zu tragen, wenn hierfür wirtschaftliche Anreize wie beispielsweise geringere Eigenkapitalkosten,⁶⁾ niedrigere Refinanzierungskosten und/oder eine verbesserte Wettbewerbsposition bestehen. Insbesondere bonitätsstarke Unternehmen werden daher bestrebt sein, umfassende und vollständige Informationen zeitnah offen zu legen. Trotz der unbestreitbaren Gefahr, dass Marktteilnehmer eine geschwächte Bank härter bestrafen als es ökonomisch gerechtfertigt erscheint, sollten von einer erhöhten Transparenz – insgesamt gesehen – positive Signale ausgehen.

Marktdisziplin und Stabilität des Finanzsystems

Bei höheren Transparenzanforderungen werden Kreditinstitute erstens zusätzliche Anreize erhalten, ihr Risikomanagement sowie ihre internen Kontrollen ständig zu verbessern. Da dies für alle Banken und Sparkassen gleichermaßen gilt, wird die Stabilität des Finanzsystems insgesamt gefördert. Zweitens haben Marktstörungen in der Regel ein geringeres Ausmaß, wenn der Informationsfluss an die Investoren regelmäßig erfolgt. Werden die Marktteilnehmer frühzeitig und kontinuierlich informiert, erfolgen die Anpassungsreaktionen in kleineren Schritten und Überreaktionen können leichter vermieden werden. Transparenzfördernde Informationen nach einheitlichen Maßstäben eröffnen drittens verbesserte Möglichkeiten für vergleichende Analysen im Finanzsystem (z. B. Peer-Group-Analysen sowie Stabilitätsanalysen des Gesamtsystems). Dies trägt dazu bei, die Systemeffekte von Marktstörungen zu begrenzen, weil die Marktteilnehmer in Krisenzeiten besser in der Lage sind, gefährdete Banken von den stabilen zu unterscheiden. Viertens ist es auch von Seiten der Bankenaufsicht wünschenswert, die durch erhöhte Transparenz vorhandenen Marktinformationen subsidiär zu nutzen und damit die Effizienz bankaufsichtlichen Handelns zu erhöhen.

*Transparenz
fördert Finanz-
stabilität*

⁶ Baumann/Nier, Disclosure, Volatility, and Transparency: An Empirical Investigation into the Value of Bank Disclosure, FRBNY Economic Policy Review, September 2004, S. 31 ff.

*Grenzen
positiver
Stabilitäts-
effekte*

Fraglich ist, ob erhöhte Transparenz ausschließlich positiv auf die Finanzmarktstabilität wirkt. Gerade in konjunkturschwachen Zeiten weisen auch an sich solide Institute eine verschlechterte Risikosituation auf. Greift dann die Marktdisziplin über erhöhte Konditionsforderungen oder Einlagenabzüge, kann eine Bank weitere Nachteile erleiden. Entschließt sich die Bank in dieser Situation, ihr Kreditengagement zu begrenzen, kann dies über ein potenziell gleich ausgerichtetes Verhalten weiterer betroffener Banken prozyklische Wirkungen auf die Volkswirtschaft entfalten.

*Wirkungen von
Transparenz:
Empirischer
Befund*

Neuere empirische Untersuchungen deuten darauf hin, dass eine erweiterte Offenlegung die Risikobereitschaft von Banken signifikant senken kann. In einer internationalen Studie basierend auf Unternehmensinformationen großer Privatbanken⁷⁾ wurde zu diesem Zweck der Zusammenhang zwischen dem Grad der Offenlegung von Unternehmensinformationen und der Eigenkapitalquote von Banken untersucht. Dabei konnte erstens festgestellt werden, dass sich Staatsgarantien und eine Einlagensicherung ungünstig auf die Eigenkapitalquote auswirken. Zweitens zeigte sich, dass der Anteil an Finanzprodukten, von denen Marktdisziplin ausgehen kann, positiv mit der Eigenkapitalquote von Banken korreliert ist. Schließlich belegt die Studie, dass eine erweiterte Offenlegung von Informationen über die Risiko-/Ertragslage zu einem deutlichen Anstieg der Eigenkapitalquoten und somit zu einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit führt. Hinsichtlich der Gültigkeit der Studie muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Ergebnisse wegen des star-

ken öffentlichen Sektors im deutschen Kreditgewerbe nicht uneingeschränkt auf Deutschland übertragbar sind.

Traditionelle Ansätze im HGB

Da ausreichende Transparenz zentrale Voraussetzung für das Wirken von Marktdisziplin ist, stellt sich die Frage, wie Transparenzregeln für Kreditinstitute in der Vergangenheit ausgestaltet waren und wie sie sich durch die neuen Bilanzierungsvorschriften ändern.

Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) zur Erstellung von Jahresabschlüssen folgen dem Vorsichtsprinzip und dienen vorrangig der Kapitalerhaltung sowie dem Schutz der Gläubiger eines Unternehmens. Konservative Ansatz- und Bewertungsregeln ermöglichen es ganz allgemein, in bestimmtem Umfang stille Reserven zu legen. Damit wird eine transparente Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens erschwert.

Darüber hinaus ist es Kreditinstituten nach § 340f HGB gestattet, zur Sicherung der besonderen Risiken des Geschäftszweiges weitere stille Reserven bis maximal 4% von bestimmten, zum Niederstwert bilanzierten Forderungen und Wertpapieren (der Liquiditätsreserve) zu bilden. Dies erfolgt „geräuschlos“ durch Unterbewertung der relevanten Aktiva und anschließender Überkreuzkompensation der so erzeugten Abschreibungen mit anderen Erträgen innerhalb der Gewinn- und Ver-

*Eingeschränkte
Informationen
zur Vermögens-,
Finanz- und
Ertragslage ...*

*... insbesondere
auch auf Grund
stiller Reserven
nach § 340f
HGB ...*

⁷ Baumann/Nier, Market discipline and financial stability: some empirical evidence, Bank of England, Financial stability review, Juni 2003, S.140.

Überblick über Transparenzregeln für Kreditinstitute

Bisher	Künftig
Rechnungslegung HGB DRS 5-10	Rechnungslegung HGB DRS 5-10 IAS/IFRS Bankaufsichtlich Basel II / Säule 3 EU-Richtlinien 2000/12/EG und 93/6EWG Solvabilitätsverordnung

Deutsche Bundesbank

lustrechnung (GuV). Die damit verbundene Beeinträchtigung der Transparenz ist gewollt. Bei einem Übergang der Bilanzierung auf IAS/IFRS sind stille Reserven nicht länger zulässig und müssen im IAS-/IFRS-Konzernabschluss aufgelöst werden. Dann machen sie aber auch im Einzelabschluss keinen Sinn mehr.

Für die Bewertung der Vermögenslage eines Kreditinstituts steht die Qualität der Aktiva und damit unter anderem die Bonität der vergebenen Kredite im Mittelpunkt des Interesses. Eventuell vorgenommene Wertberichtigungen wegen erhöhter Ausfallwahrscheinlichkeit sind jedoch nicht aus der Bilanz erkennbar, da sowohl Einzel- als auch Pauschalwertberichtigungen in der Bilanz von den korrespondierenden Aktiva abgesetzt wer-

den, das heißt ein Netto-Ausweis erfolgt. Die einhergehenden Buchungen in der GuV werden zudem in einer Sammelposition ausgewiesen, in der auch Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve und Zuführungen zu Rückstellungen im (nicht bilanzwirksamen) Kreditgeschäft Eingang finden. Für Zwecke der Bankenaufsicht werden daher gesonderte Daten über die Qualität der Kreditforderungen erhoben.

Auf internationaler Ebene, etwa im Rahmen der Konsultationen des IWF, wird auf diese Daten zurückgegriffen. Dabei werden länderübergreifende Vergleiche jedoch dadurch erschwert, dass es bisher für notleidende Kredite weder national noch international eine einheitliche Definition gibt.

Erweiterte Risikoberichterstattung nach DRS 5-10

Bereits im Jahr 2000 veröffentlichte das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) einen branchenspezifischen Standard zur Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten (DRS 5-10) im Konzernabschluss und übernahm damit auf diesem Gebiet eine internationale Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Offenlegungsvorschriften, die die Transparenz auf den Kapitalmärkten erhöhen sollten.

DRS 5-10 sieht eine umfassende Darstellung der eingegangenen Risiken und des Risikomanagements eines Instituts auf Konzernebene vor. Die Risikoberichterstattung hat im Lagebericht und separat von der Prognoseberichterstattung zu erfolgen. Auf branchenspezifische

Ergänzende Regeln für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute

Konzeption

... sowie mangelnder Transparenz im Hinblick auf die Risikovorsorge

Publizitätspflichten aus dem Kapitalmarktrecht

Zum Schutz der Anleger und der Integrität der Finanzmärkte sieht das Kapitalmarktrecht eine Reihe von Veröffentlichungspflichten vor. So soll gewährleistet werden, dass alle Akteure an den Finanzmärkten ihre Anlageentscheidungen auf der gleichen Informationsbasis treffen können. Bei Insiderinformationen hat der Emittent von Finanzinstrumenten nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG), die zum Handel an einem inländischen organisierten Markt zugelassen sind, diese unverzüglich zu veröffentlichen (§ 15 WpHG). Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen oder die mit diesen Personen in einer engen Beziehung stehen, haben zusätzlich eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten mitzuteilen (§ 15a WpHG). Ferner gibt es eine Mitteilungspflicht für den Erwerb beziehungsweise die Veräußerung von Stimmrechten an einer börsennotierten Gesellschaft, die bestimmte Schwellenwerte erreichen (§ 21 WpHG). Für Erwerbs- beziehungsweise Übernahmegebote sieht das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) vor, dass der Bieter seine Entscheidung zur Abgabe eines Angebots zum Erwerb von Wertpapieren einer Zielgesellschaft unverzüglich veröffentlichen muss (§ 10 WpÜG). Anschließend hat der Bieter innerhalb von vier Wochen eine Angebotsunterlage zu erstellen, die insbesondere Angaben zur

Art und Höhe der gebotenen Gegenleistungen und zu den Bedingungen, von denen die Wirksamkeit des Angebots abhängt, enthält (§ 11 WpÜG). Im weiteren Verfahren hat der Bieter regelmäßig über die von ihm im Rahmen des Übernahmegebots erworbenen Wertpapiere zu berichten (§ 23 WpÜG). Wer die Kontrolle über die Zielgesellschaft (30 % der Stimmrechte) erlangt, hat dies unverzüglich anzuzeigen und grundsätzlich ein Übernahmeangebot abzugeben, es sei denn, die Kontrolle wurde durch ein Übernahmeangebot erworben (§ 35 WpÜG). Das Börsengesetz sieht für eine Zulassung eines Wertpapiers zum Börsenhandel vor, dass der Emittent vor Zulassung einen Emissionsprospekt (§ 30 Abs. 3 Nr. 2 BörsenG) und als Emittent von Aktien regelmäßig, mindestens halbjährlich, einen Zwischenbericht (§ 40 Abs. 1 BörsenG) veröffentlicht, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage und des allgemeinen Geschäftsgangs vermittelt. Für Wertpapiere schließlich, die erstmals im Inland öffentlich angeboten werden, aber nicht zum Handel an einer inländischen Börse zugelassen sind, muss der Anbieter grundsätzlich einen Verkaufsprospekt nach dem Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz veröffentlichen. Auf der Internet-Seite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (www.bafin.de) sind die meisten dieser Informationen abrufbar.

sche Risiken ist in besonderem Maße einzugehen. Dabei sind getrennt nach Risikokategorien die bestehenden Managementsysteme und Maßnahmen zur Überwachung und Steuerung darzustellen. Anschließend wird eine Verdichtung der Informationen zu einem Gesamtbild der Risikosituation des Instituts gefordert. Dabei soll auch auf die zur Risikoabdeckung vorgehaltenen Eigenmittel sowie die bilanzielle Risikovorsorge eingegangen werden. Insgesamt wurde durch DRS 5-10 eine signifikante Verbesserung des Transparenzniveaus deutscher Finanzkonzerne erreicht.

Fortbestand unter IAS/IFRS

Im Lichte der im Jahr 2005 anstehenden Umstellung vieler kapitalmarktorientierter Finanzdienstleistungsunternehmen auf eine IAS/IFRS-Rechnungslegung bleibt anzumerken, dass die Vorschriften des DRS 5-10 auch für solche Unternehmen weiter Gültigkeit behalten.

Weitere nationale Offenlegungspflichten ergeben sich insbesondere für börsennotierte Institute aus kapitalmarktrechtlichen Vorschriften. Die Erläuterungen auf Seite 79 gewähren einen Überblick.

Transparenzvorschriften nach IAS/IFRS

Investor-orientierte Darstellung der Vermögens- und Ertragslage

Die International Financial Reporting Standards (IFRS), die gemäß EU-Recht⁸ für Konzernabschlüsse kapitalmarktorientierter Kreditinstitute ab 2005/2007 verbindlich sind, stellen primär auf das Informationsbedürfnis der Jahresabschlussadressaten ab. Im Vergleich zu HGB-Abschlüssen sorgen sie für deutlich mehr Transparenz. Dabei stehen die

Informationsbedürfnisse der Kapitalmarktinvestoren und damit die zeitnahe Berichterstattung über die aktuelle Unternehmenssituation im Vordergrund. Die IFRS gehen von einer vollständigen Erfassung aller – auch derivativer – Vermögensgegenstände und Schulden und einer weitgehenden Bewertung zu Marktpreisen aus.

Für Kreditinstitute sind im IAS/IFRS-System vor allem die Regelungen betreffend Ansatz und Bewertung sowie der Offenlegung von Finanzinstrumenten von Bedeutung. Neben IAS 39 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung) waren das bisher der branchenspezifische Standard IAS 30 zu Angabepflichten von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen sowie IAS 32 (Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung), welcher noch die wesentlichen Offenlegungsanforderungen bei der Bilanzierung von Finanzinstrumenten enthält.

Bedeutende Regelungen für Kreditinstitute

Während die Marktbewertung bei solchen Bilanzpositionen, für die tatsächliche Marktpreise existieren (Mark-to-Market), unter Transparenzgesichtspunkten der Grundprämisse der IFRS, der Fair Presentation, am besten entsprechen soll, stößt die Fair-Value-Bewertung bei solchen Bilanzpositionen, für die keine beobachtbaren Marktpreise verfügbar sind, an ihre Grenzen. Abgeleitete Bewertungen (Mark-to-Model) können dem Transparenzgedanken vor allem dann entgegenste-

Grenzen der Marktbewertung

⁸ Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards, Amtsblatt Nr. L 243 vom 11/09/2002.

hen, wenn die Objektivierbarkeit der Wertansätze nicht mehr gegeben ist.

*Einschränkung
der Vergleich-
barkeit*

Ein weiteres Defizit der IAS/IFRS ergibt sich aus den Einschränkungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit. So wird zum einen die historische Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse als Folge des Systemwechsels in der Rechnungslegung einmalig unterbrochen. Zum anderen dürfte auf Grund der Vielzahl der Bewertungswahlrechte und Ermessensspielräume aber auch die Vergleichbarkeit von IAS/IFRS-Abschlüssen untereinander grundsätzlich nur noch eingeschränkt möglich sein.

*Risikoberichter-
stattung nach
IFRS 7 durch ...*

Die Offenlegungsvorschriften der IAS 30 und IAS 32 werden künftig im Wesentlichen in einem Standard, dem IFRS 7 (Financial Instruments: Disclosure), gebündelt. Dieser neue Standard wendet sich in einem prinzipienbasierten Ansatz an alle Unternehmen. Dadurch verlieren insbesondere die in IAS 30 enthaltenen Vorgaben zur Gliederung der Bilanz und GuV ihre Gültigkeit. Der Standardsetzer beschränkt sich stattdessen auf nur wenige, aus IAS 1 (Darstellung des Abschlusses) resultierende Mindestangaben und überlässt den Unternehmen weitestgehend die Wahl der Darstellung der offen zu legenden Informationen. Nach IFRS 7 kann diese entweder in der Bilanz und GuV oder in den „Notes“ erfolgen.

*... Aufgabe von
Gliederungsvor-
schriften, ...*

*... Offenlegung
von
Zeitwerten, ...*

IFRS 7 soll dem Jahresabschlussadressaten Informationen liefern, die es ihm ermöglichen, sich ein eigenes Bild über die Bedeutung von Finanzinstrumenten für das Unternehmen und die Arten und das Ausmaß der eingegangenen Risiken zu machen. Dazu ist unter an-

derem bei allen Finanzinstrumenten die Angabe von Buchwerten, gruppiert nach den IAS 39 Bewertungskategorien, vorgesehen. Anhand dieser Kategorien sind ebenfalls die Erfolgsbeiträge der Finanzinstrumente transparent zu machen. Ferner sollen zu allen Arten von Finanzinstrumenten Zeitwerte offen gelegt werden, auch wenn die entsprechenden Instrumente in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen sind. Die Offenlegung von Zeitwerten wird daneben in bestimmten Fällen auch für hereingenommene Sicherheiten gefordert. Ergeben sich aus der Bewertung eigener Verbindlichkeiten zum Zeitwert auf Grund gesunkener Bonität des bilanzierenden Unternehmens Zeitwertgewinne, so sind diese separat zu zeigen.

Zur besseren Abschätzung des Kreditrisikos ist neben dem Bruttokreditvolumen nach Kreditart unter anderem eine nähere Analyse überfälliger oder notleidender Kredite und eine Beschreibung der gewählten Besicherung vorgesehen. Die Entwicklung der Risikovorsorge während des Berichtszeitraums ist ebenfalls darzustellen, wobei auch diese nach Kreditarten aufzugliedern ist.

Neben dem Kreditrisiko sieht IFRS 7 auch Angaben zum Marktrisiko und dem Liquiditätsrisiko aus Finanzinstrumenten vor. Das Marktrisiko ist dabei mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen für jede relevante Risikoart (z. B. Aktienkurs-, Währungs-, Zinsänderungsrisiko) zu beschreiben. Dabei kann auch auf einen Value-at-Risk-Ansatz zurückgegriffen werden, wenn dieser im Unternehmen zur internen Risikosteuerung verwendet wird. Das Liquidi-

*... Angaben zu
Kreditrisiken, ...*

*... Angaben zu
Markt- und
Liquiditäts-
risiken ...*

tätsrisiko ist anhand von vertraglichen Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten des Unternehmens zu erläutern.

*... und Angaben
zum Kapital*

Zur Abrundung der Risikoeinschätzung soll im Zusammenhang mit der Einführung von IFRS 7 über eine Änderung im IAS 1 auch die Darstellung des Kapitals und des Kapitalmanagements des berichtenden Unternehmens erreicht werden.

Wertung

Insgesamt gibt es viele Übereinstimmungen und keine Inkonsistenzen zwischen dem neuen Standard des IASB und DRS 5-10 oder auch den nachfolgend beschriebenen Offenlegungsanforderungen nach Säule 3 von Basel II, was die Anwendung des IFRS für viele Unternehmen erleichtern sollte. Ob allerdings die Form der Offenlegung nach IFRS 7 einen großen Transparenzgewinn mit sich bringt, muss mit Blick auf die fehlenden Gliederungsvorschriften und weit reichenden Ausweishrechte der Unternehmen abgewartet werden. Zur Abschätzung der Risiken, die sich für ein Kreditinstitut aus Finanzinstrumenten ergeben, können die Mindestangaben des für Banken und Nichtbanken einheitlich geltenden IFRS 7 systembedingt nicht ausreichen. Der Standard wird jedoch durch weitergehende Anwendungshinweise des IASB ergänzt, die über das geforderte Mindestmaß hinausgehen und die Herstellung von Transparenz begünstigen.

Künftige bankaufsichtliche Transparenzvorgaben

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Juni 2004 die neue Rahmenvereinbarung über die „Internationale Konvergenz der Kapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen“ verabschiedet, mit der die Baseler Eigenmittelvereinbarung von 1988 abgelöst wird. Die nach Säule 3 zur Erhöhung der Marktdisziplin aufgeführten Transparenzanforderungen beinhalten die Offenlegung von Risikoinformationen grundsätzlich in halbjährlichem Turnus. Bestimmte qualitative Angaben, die einen allgemeinen Überblick über Zielsetzung und Verfahren des Risikomanagements, das interne Berichtswesen und die Definitionen geben, können auch jährlich veröffentlicht werden. Einen vierteljährlichen Turnus sieht die Rahmenvereinbarung dagegen für die Offenlegung der Kernkapital- und der Gesamtkapitalquote vor sowie für Informationen über Risikopositionen, die schnellen Veränderungen unterliegen. In bestimmten Ausnahmefällen, in denen sich die geforderten Offenlegungen auf rechtlich geschützte und vertrauliche Informationen beziehen, kann deren Veröffentlichung unterbleiben. Allerdings ist das Institut in diesen Fällen aufgefordert, allgemeinere Angaben über den Anforderungsinhalt sowie eine Begründung für die Nichtoffenlegung dieser spezifischen Angaben zu veröffentlichen.

*Säule 3 von
Basel II: Ziel und
Konzeption der
Säule 3*

Die Offenlegungsanforderungen im Einzelnen lassen sich inhaltlich in drei Bereiche gliedern, wobei nochmals zwischen qualitativen und quantitativen Angaben unterschieden wird. Der erste Bereich regelt die Anwendung der

*Drei Offen-
legungs-
bereiche:*

Anwendungsbereich

neuen Rahmenvereinbarung und enthält in diesem Zusammenhang zunächst die Kernaussage, dass sich die Veröffentlichung grundsätzlich an die höchste Konsolidierungsebene der Bankengruppe richtet. Eine Ausnahme hiervon stellt die Veröffentlichung der Kern- und Gesamtkapitalquoten von bedeutenden Banktochtergesellschaften (einzelnen oder unterkonsolidiert) durch das Mutterinstitut dar. Im Mittelpunkt der weiteren Angaben steht dann ein Überblick über die zu einer Unternehmensgruppe gehörenden Gesellschaften und mittels welcher Methode diese in die Konsolidierung einbezogen werden.

Eigenkapital

Der zweite Bereich umfasst Angaben zur Eigenkapitalstruktur und zur Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung. Den Schwerpunkt bildet hierbei das Kernkapital mit seinen einzelnen Komponenten, neben dem auch die Gesamtsumme des Ergänzungskapitals und der Drittrangmittel, die Abzugspositionen sowie die Gesamtsumme der Eigenmittel anzugeben sind. Gefordert werden darüber hinaus Informationen über die Eigenkapitalanforderungen für die einzelnen Risikobereiche sowie die Kapitalquoten der konsolidierten Bankengruppe.

Risikosituation

Im dritten Bereich müssen die Institute Angaben über eingegangene Risiken und ihre Beurteilung zur Verfügung stellen, und zwar jeweils gesondert für das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko sowie Risiken aus Beteiligungen und Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Im Mittelpunkt der Angaben zum Kreditrisiko stehen zunächst Informationen über die Portfoliostruktur so-

wie die Verteilung der Engagements, ebenso wie Angaben über notleidende und in Verzug geratene Kredite. Ferner werden die Institute aufgefordert, nähere Einzelheiten im Zusammenhang mit der Verwendung von IRB-Ansätzen zur Steuerung des Kreditrisikos (Interne Ratingverfahren) zur Verfügung zu stellen. So sind beispielsweise für jedes Kreditportfolio die mit den ausstehenden Forderungen gewichteten durchschnittlichen Verlustquoten (LGD), Risikogewichte (RW) und die erwarteten Forderungshöhen bei Ausfall (EAD) anhand einer angemessenen Zahl von Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) offen zu legen. Bei Privatkundenkrediten kann stattdessen die Darstellung anhand einer aussagekräftigen Untergliederung des Portfolios nach den erwarteten Verlusten (EL) erfolgen. Zur Beurteilung der Qualität des verwendeten IRB-Ansatzes sollen nach einer Übergangsphase die IRB-Schätzungen den tatsächlichen Resultaten gegenübergestellt werden.

Letztlich sind im Rahmen des Kreditrisikos auch Informationen über Verbriefungen von Aktiva und Kreditrisikominderungstechniken an die Marktteilnehmer zu leiten.

Die neue Rahmenvereinbarung des Baseler Ausschusses wird auf europäischer Ebene im Wege der Neufassung der kodifizierten Bankenrichtlinie (2000/12/EG) und der Kapitaladäquanzrichtlinie (93/6/EWG) umgesetzt, wodurch die bankaufsichtlichen Transparenzregeln für alle Kreditinstitute und Wertpapierfirmen Gültigkeit erlangen. Hierbei entsprechen die europäischen Regelungen der Säule 3 weitestgehend denen von Basel II, wenngleich es dennoch in einzelnen Berei-

*Europäische
Umsetzung
(EU Banken-
richtlinie)*

Neue Transparenzregeln für Kreditinstitute

Zur Veranschaulichung der Offenlegungsanforderungen sollen im Folgenden die wesentlichen Inhalte des DRS 5-10, des IFRS 7 und der Säule 3 mit Schwerpunkt auf dem Kreditrisiko aufgezeigt werden:

DRS 5-10: Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten

- Untergliedert nach den Risikoarten Kredit-, Kontrahenten-, Länder- und Anteilseignerrisiko: Angaben zu Ausfallwahrscheinlichkeiten, erwarteter Risikoexposition und erwarteten Sicherheitenerlösen
- Beschreibung der angewandten Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung des Adressenausfallrisikos
- Beschreibung der Methoden zur Bildung von Risikovorsorge
- Vergleichbare Angaben zu Liquiditätsrisiken, Marktrisiken, operationalen und sonstigen Risiken

IFRS 7 Financial Instruments: Disclosure

- Bei der Zeitwertbewertung von eigenen Verbindlichkeiten Offenlegung der Beträge, die aus Veränderungen der Bonität des Unternehmens resultieren.
- Angabe von Zeitwerten in Besitz genommener Sicherheiten, wenn das Unternehmen auch ohne Zahlungsausfall des Schuldners diese Sicherheiten verkaufen oder weiterverpfänden kann.
- Darstellung der Entwicklung der Risikovorsorge, unterteilt nach Gruppen von Finanzinstrumenten
- Information über das Gesamtkreditvolumen nach Kreditarten, Beschreibung hereingenommener Sicherheiten und Angaben zu der Kreditqualität des Portfolios
- Durchführung einer Analyse überfälliger und notleidender Kredite und Information über deren Besicherung einschließlich der Angabe von Zeitwerten der Sicherheiten, soweit praktikabel
- Darstellung der Verwertung von Sicherheiten mit Ausführungen zu Sicherheitenarten und deren Buchwert
- Weitere Ausführungen und Analysen zu Marktrisiken, Zinsänderungsrisiken und Liquiditätsrisiken
- Quantitative und qualitative Angaben zum Kapitalmanagement des Unternehmens

Säule 3

- Darstellung des Anwendungsbereichs der Offenlegungsbestimmungen

- Informationen zu Eigenkapitalelementen sowie zur Eigenmittelunterlegung der Kreditrisiken, Marktrisiken, operationalen Risiken und der Beteiligungen im Anlagebuch
- Innerhalb des Kreditrisikos: Angabe der Eigenmittelanforderungen für jedes Portfolio im Standardansatz, im einfachen und fortgeschrittenen IRB Ansatz sowie Eigenmittelanforderungen für Verbriefungen
- Beschreibung des Kreditrisikomanagements (Struktur, Ziele, Strategien)
- Separat für jede Kreditart: Angabe des Kreditvolumens, der geographischen Aufgliederung, weitere Branchen- oder Kundengruppenaufgliederung sowie Laufzeitaufgliederung (Restlaufzeiten)
- Nach Branchen oder Kundengruppen: Angabe des Betrages der notleidenden und überfälligen Kredite, Bestand der Einzelwertberichtigungen (EWB) und Pauschalwertberichtigungen (PWB) sowie Zuführungen zu EWB und Direktabschreibungen
- Darstellung der Bestandsentwicklung EWB und PWB in der Berichtsperiode
- Für Portfolios im Standardansatz: Informationen über die Art und Verwendung externer Ratings unter Benennung der beteiligten Ratingagenturen; Angabe des Kreditvolumens nach Kreditrisikominderung und untergliedert nach Risikogewichten
- Bei Verwendung von IRB-Ansätzen: Aufgliederung der einzelnen Kreditportfolios nach Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) sowie Angabe von mit den ausstehenden Forderungen gewichteten durchschnittlichen Ausfallquoten (LGD), Risikogewichten (RW) und erwarteten Forderungshöhen bei Ausfall (EAD)
- Offenlegung der Schätzungen des IRB-Modells gegenüber den eingetretenen Ergebnissen (nach einer zweijährigen Übergangsphase)
- Angaben zu Art und Verwendung hereingenommener Sicherheiten
- Informationen über Verbriefungstransaktionen; Volumina und Funktionen der Bank im Verbriefungsprozess
- Nähere Darstellung des Managements der Markt-, Zinsänderungs- und operationalen Risiken sowie der Beteiligungen im Anlagebuch
- Quantitative Analysen und Angaben zu Markt- und Zinsänderungsrisiken sowie zu Beteiligungen im Anlagebuch

chen geringfügige Abweichungen beispielsweise hinsichtlich der Terminologie und des Offenlegungsintervalls gibt. Während Basel II grundsätzlich einen halbjährlichen Offenlegungsturnus vorsieht, soll die Offenlegung unter EU-Recht jährlich erfolgen.

*Nationale
Umsetzung*

Die Umsetzung in nationales Recht erfolgt über eine Solvabilitätsverordnung und wird begleitet durch ein Fachgremium „Offenlegungsanforderungen“, dessen Kommentare und Anwendungsbeispiele im Internetauftritt der Bundesbank und der BaFin abgefragt werden können. Damit sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für Transparenz geschaffen, so dass in Deutschland künftig aussagekräftigere Unternehmensinformationen für die Finanzmärkte verfügbar sein werden. Damit werden Marktindikatoren als ergänzende Informationsquelle zunehmend wertvoller. Somit ist zu erwarten, dass sich zukünftig eine wirkungsvollere Marktdisziplin entfaltet.

Marktindikatoren als Treiber der Marktdisziplin und der Systemstabilität

*Marktindika-
toren und
Marktdisziplin*

Das verbesserte Transparenzniveau sollte dazu führen, dass Marktindikatoren die Unternehmensperspektiven zutreffender abbilden. Im Folgenden werden ausgewählte Marktindikatoren darauf hin untersucht, ob sie auf Unternehmensnachrichten in einer Weise reagieren, die geeignet ist, die Geschäftsführung in ihrem Verhalten zu disziplinieren. Denn dies würde sicherstellen, dass eine verbesserte Unternehmenstransparenz und die künftig offen zu legenden Risiko-

informationen auch zu einer besseren Disziplinierung führen. Wie bereits diskutiert wurde, haben lediglich Aktionäre, Banken und nachrangige Gläubiger genügend Anreiz und Einfluss, das Verhalten von Banken zu kontrollieren. Aus diesem Grund werden nur Marktindikatoren berücksichtigt, die vom Verhalten dieser Marktakteure beeinflusst werden können.

Der Aktienkurs ist im Rahmen der Marktdisziplin als ein solcher Marktindikator grundsätzlich geeignet. Weil der Aktienmarkt einer der liquidesten Märkte ist, vereint er vorteilhafte Eigenschaften wie die zeitnahe und adäquate Abbildung des Risikos,⁹⁾ eine generelle Verfügbarkeit sowie eine gute Nutzbarkeit. Allerdings ist der Anteil börsennotierter Banken gerade in Deutschland gering, so dass ein solcher Indikator für weite Teile des deutschen Bankensystems nicht nutzbar ist.

Aktien

Neben Aktienkursen können Spreads¹⁰⁾ von Einlagen am Interbankenmarkt als potenziell geeignete Marktindikatoren angesehen werden. Dieser Marktindikator kann in Deutschland als risikosensitiv angesehen werden, da alle Banken unmittelbar oder mittelbar am Interbankenmarkt vertreten sind. Die Preisinformationen am Interbankenmarkt haben jedoch kaum Außenwirkung auf andere Marktteilnehmer. Im Allgemeinen ist zu erwarten, dass die vom Interbankenmarkt ausgehende Disziplinierung auf Grund der hohen Volumi-

*Einlagen am
Interbanken-
markt*

⁹ Allerdings wird die Ableitung von Ausfallwahrscheinlichkeiten aus Aktienkursen durch andere Effekte überlagert. Der Aktienkurs dient deshalb vielfach auch als Input für andere Kennzahlen.

¹⁰ Ein Spread ist die Differenz des Zinssatzes einer risikobehafteten Anlage im Vergleich zu einer risikolosen Anlage gleicher Restlaufzeit.

na der Transaktionen sehr wirksam ist und dass Interbankenmarkt-Spreads als Frühindikatoren für die Bonität von Banken angesehen werden können. Wegen der mangelnden öffentlichen Verfügbarkeit kann dieser Marktindikator jedoch nur von den Banken selbst genutzt werden.

Im Allgemeinen kann davon ausgegangen werden, dass das Risiko einer Bank hinreichend verlässlich in den Emissionspreisen der nachrangigen Verbindlichkeiten und der diesen ähnlich ausgestalteten Genussrechte abgebildet wird.¹¹⁾ Das Handelsvolumen dieser Instrumente nach dem Emissionszeitpunkt ist jedoch begrenzt und verhindert somit, dass die Preise jederzeit die gegenwärtige Risikosituation der Banken abbilden. In Bezug auf seine Verfügbarkeit ist dieser Marktindikator in Deutschland Aktien überlegen, da nach den Jahresabschlüssen 2004 rund 58 % aller deutschen Institute, die zugleich 94 % der Bilanzsumme deutscher Banken auf sich vereinigen,¹²⁾ nachrangige Verbindlichkeiten und vergleichbare Genussrechte begeben haben. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass diese Instrumente bereits bisher im Grundsatz I bankaufsichtlich als Eigenmittel (§ 10 Abs. 5, 5 a) und 7 KWG) anerkannt werden. Die nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechte aller Banken betragen in diesem Jahr 132 Mrd € beziehungsweise circa 1,8 % der Bilanzsumme. Davon sind allerdings 115 Mrd € als bankaufsichtliche Eigenmittel berücksichtigt. Dies entspricht einem Anteil von 30,7 % an den bankaufsichtlichen Eigenmitteln, was die Bedeutung dieser Instrumente als Eigenmittelquelle und deren Eignung als Marktindikator unterstreicht.

Betrachtet man die vier deutschen Großbanken, erreicht das Gesamtvolumen der nachrangigen Verbindlichkeiten¹³⁾ und Genussrechte von 2004 mit 30 Mrd € circa 43 % der gesamten bankaufsichtlichen Eigenmittel dieser Institute. Der durchschnittliche Anteil an den anrechenbaren Eigenmitteln betrug bei den Sparkassen mit 15 Mrd € circa 21 %. Nur für die Genossenschaftsbanken scheinen nachrangige Verbindlichkeiten im weiteren Sinn eine geringere Bedeutung bei der Eigenmittelbeschaffung zu haben. Sie wiesen mit 3,8 Mrd € lediglich einen durchschnittlichen Anteil von 9 % aus.

Aus dem Schaubild auf Seite 87 wird ersichtlich, dass sowohl die jährliche Anzahl als auch das Volumen der Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten¹⁴⁾ im Zeitraum von 1990 bis 2004 tendenziell angestiegen ist.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass nachrangige Verbindlichkeiten im weiteren Sinn als Indikator im Rahmen der Marktdisziplin insbesondere für die deutschen Großbanken

11 Diese Eigenschaft spiegelt sich auch im Gleichlauf der Spreads nachrangiger Verbindlichkeiten mit anderen Marktindikatoren wider. Siehe Hancock/Kwast, Using Subordinated Debt to Monitor Bank Holding Companies: Is it Feasible?, Journal of Financial Services Research, Vol.19, No. 2/3, Dezember 2001.

12 Im europäischen Vergleich lag Deutschland im Zeitraum von 1997 bis 2001 im Bezug auf die Anzahl der Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten im Sinne des § 10 Abs. 5 a) KWG auf Platz 1 (siehe Gropp/Vesala, Markets for Bank Subordinated Debt and Equity in Basel Committee Member Countries, Basel, August 2003, BIS Working Paper No. 12, S. 12).

13 Diese Angabe bezieht sich auf das Gesamtvolumen ungeachtet der Tatsache, dass die langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten ins haftende Eigenkapital gerechnet und die kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten als Drittrangmittel zur Berechnung der Eigenmittel herangezogen werden.

14 Hierzu zählen unter anderem nachrangige Schuldverschreibungen und Genussscheine bzw. -rechte.

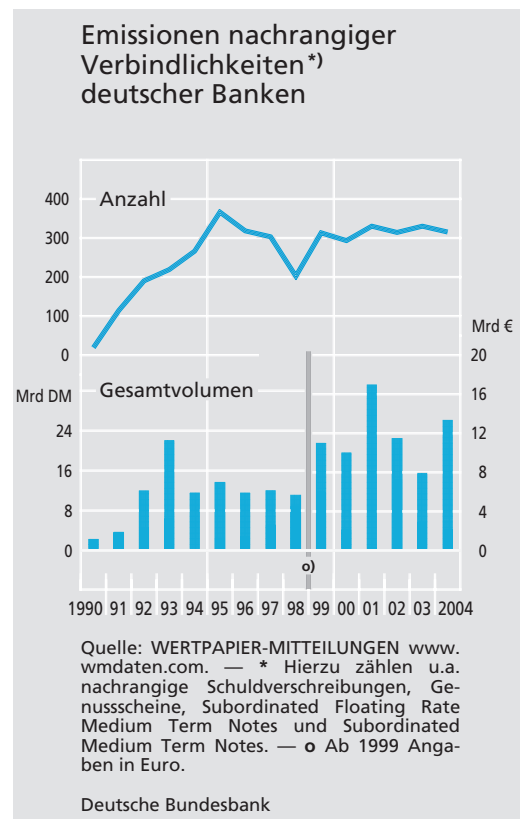
eine wichtige Rolle spielen können. Unter Transparenzgesichtspunkten wäre für diesen Marktindikator möglicherweise eine noch höhere Frequenz an Emissionen wünschenswert, bankaufsichtlich ist allerdings auch die Wahrung einer hohen Qualität der Eigenkapitalstruktur von großer Bedeutung. Des Weiteren könnte durch eine Standardisierung der nachrangigen Instrumente ein wichtiger Beitrag zu einem liquideren Sekundärmarkt geleistet werden. Ein liquiderer Handel würde die von den Inhabern nachrangiger Schuldtitel ausgehende Marktdisziplin verstärken. Gelegentlich wird hierzu vorgeschlagen, dieses Ziel durch eine verbindliche Vorgabe zur regelmäßigen Emission nachrangiger Verbindlichkeiten aller Banken zu erreichen.¹⁵⁾

Credit Default Swaps

Ein weiterer Marktindikator sind die Spreads von Credit Default Swaps (CDS).¹⁶⁾ Die Spreads von Credit Default Swaps für Kredite an eine bestimmte Bank können als Marktmeinung über die Bonität der Banken und somit aus Transparenzgründen als Benchmark für das Risiko einer Bank angesehen werden¹⁷⁾. Sie sind allerdings nur für vier deutsche Großbanken verfügbar. Mit Hilfe von Ratinginformationen ist es jedoch möglich, auf die Risikosituation anderer Banken mit einem vergleichbaren Rating Rückschlüsse zu ziehen. Aus Sicht der Marktdisziplin wäre es wünschenswert, dass der Indikator für deutlich mehr Institute verfügbar wäre. Das Schaubild auf Seite 88 zeigt die Entwicklung der CDS-Spreads von vier deutschen Großbanken von Januar 2003 bis Juni 2005.

Rating und KMV-EDF

Rating-Urteile haben den Vorteil, dass sie auf Unternehmensinformationen beruhen, die

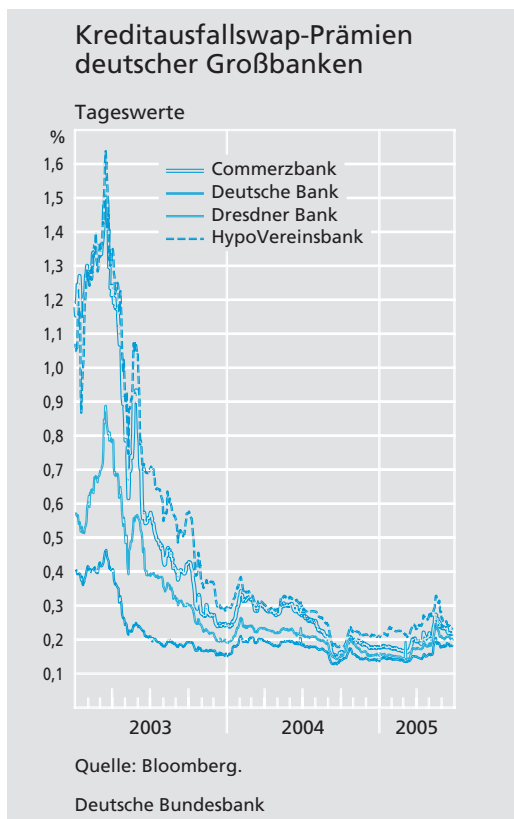


anderen Marktteilnehmern bisher nicht zur Verfügung stehen. Sie basieren nur mittelbar auf quantitativen Marktdaten. Für die Zukunft kann jedoch vermutet werden, dass der Informationsvorsprung von Ratingagenturen wegen der steigenden Transparenzanforderungen tendenziell abnimmt.

15 Evanoff/Wall, Sub-Debt Yield Spreads as Bank Risk Measures, Working Paper 2001-11, Federal Reserve Bank of Atlanta.

16 Ein CDS ist ein Kreditderivat zum Handeln von Ausfallrisiken. In der folgenden Analyse werden CDS mit fünfjähriger Laufzeit verwendet.

17 Die Spreads von Credit Default Swaps stellen Versicherungsprämien für das Ausfallrisiko eines Anleiheemittenten dar. Sie drücken das Ausfallrisiko einer Anleihe im Verhältnis zu einer risikofreien Anlage aus. Der CDS-Spread einer ausfallrisikofreien Anleihe hat den Wert null.



Unter den rein quantitativen Bonitätsindikatoren kann die KMV-EDF¹⁸⁾ als bedeutender Marktindikator angesehen werden.¹⁹⁾ Die KMV-EDF bildet das Risiko von Banken zeitnah und in der Regel angemessen ab.²⁰⁾ Da die KMV-EDF-Methodik auf Aktienkursen und bilanziellen Daten basiert, ist auch bei der KMV-EDF wie bei den anderen Marktindikatoren davon auszugehen, dass bei erhöhter Transparenz ihre Risikosensitivität zunimmt. Nachteilig ist jedoch, dass die Berechnungsvorschrift für die KMV-EDF nicht vollständig offen gelegt ist. Außerdem ist dieser Marktindikator nur für rund 30 börsennotierte deutsche Banken verfügbar. Auch wenn es wünschenswert wäre, dass für alle Institute die KMV-EDF vorliegt, können bereits die verfügbaren Indikatoren hilfreich für die Beurteilung der Stabilität des Bankensystems sein,

da sie immerhin die Bonität der systemrelevanten Institute widerspiegeln.

Fazit

Prinzipiell messen alle Indikatoren das Risiko einer Bank besser, wenn höhere Transparenz vorliegt. Im besten Fall berücksichtigen Indikatoren alle Informationen, die am Markt vorhanden sind. Die Güte der Indikatoren kann somit nur weiter steigen, wenn entweder die jeweiligen Nachteile der Marktindikatoren beseitigt werden und/oder die Verfügbarkeit von aussagekräftigen Informationen steigt. Letzteres ist Ziel der neuen Transparenzregeln.

Ein eindeutiger empirischer Nachweis des positiven Zusammenhangs zwischen erhöhter Transparenz und der Aussagekraft eines Marktindikators kann derzeit noch nicht geführt werden, weil die vorgesehenen Verbesserungen auf dem Gebiet der Informationsgewährung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht umgesetzt sind, auch wenn eine Reihe größerer Kreditinstitute viele der künf-

¹⁸ Die KMV-EDF steht für KMV-Expected Default Frequency und bezeichnet eine Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen. Das Unternehmen KMV, benannt nach seinen Gründern, wurde 1990 gegründet und gehört seit 2003 zur Ratingagentur Moody's.

¹⁹ Anders als bei rein statistischen Modellen (z. B. Logit-Modellen, Diskriminanzanalyse) handelt es sich bei dem „Moody's KMV“-Modell um ein ökonomisches Modell, das auf der Optionspreistheorie basiert. In dem KMV-Modell wird das Eigenkapital als Kaufoption auf den Firmenwert angesehen. Gemäß der Optionspreistheorie lässt sich dann eine Wahrscheinlichkeit für das Ausüben der Option ableiten, aus der die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Unternehmens geschätzt werden kann. Zusätzlich wird bei der KMV-EDF die so gewonnene Ausfallwahrscheinlichkeit mit Hilfe empirischer Daten kalibriert.

²⁰ Durch die Verwendung bilanzieller Daten kann es bei der KMV-Methodik mitunter zu Fehlsignalen kommen.

tig verpflichtenden Angaben bereits freiwillig veröffentlicht.

Unabhängig von der empirischen Nachweisbarkeit ist die Fähigkeit der Marktteilnehmer unbestritten, Risiken von Finanzinstituten ein-

zuschätzen. Die damit gewährleistete grundsätzliche Wirksamkeit von Marktdisziplin wird auch in Deutschland als Ergänzung zur Bankenaufsicht einen Beitrag zur Stabilität der Finanzmärkte leisten können.

Risikoneigung in einem dynamischen Finanzmarktumfeld

Unter dem Aspekt der Finanzstabilität kommt der Risikoneigung von Investoren eine besondere Bedeutung zu. Die Bereitschaft der Marktteilnehmer zur Übernahme von Risiken kann Anhaltspunkte über die Verfassung der Finanzmärkte liefern. Insbesondere vor dem Hintergrund aktuell niedriger Risikoaufschläge stellt sich die Frage nach der Wechselwirkung zwischen der Bereitschaft, Risiken einzugehen und der Finanzmarktentwicklung.

Der vorliegende Aufsatz erläutert zunächst den Einfluss der Risikoneigung auf das Marktgeschehen und arbeitet Gründe für deren im Zeitablauf unterschiedlich starke Schwankungen heraus. Anschließend werden ausgewählte Indikatoren diskutiert, mit deren Hilfe die Risikobereitschaft der Anleger an den internationalen Anleihe- und Aktienmärkten für den Zeitraum von 1995 bis 2005 untersucht wird. Darüber hinaus werden alternative Indikatoren entwickelt, die auf einer expliziten Trennung zwischen dem Vermögenspreisisiko und der Bereitschaft zur Übernahme dieses Risikos basieren.

Es zeigt sich, dass die Risikoneigung häufig zyklischen Schwankungen unterworfen ist. Die Modelle zu deren Messung stellen ein hilfreiches Instrument für die Analyse von Gefahrenpotenzialen an Finanzmärkten dar.

Bedeutung der Risikoneigung unter dem Aspekt der Finanzstabilität

Finanzstabilität ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschafts- und Geldpolitik. Allerdings stellt die frühzeitige Erkennung potenzieller Gefahren und die rechtzeitige Einleitung wirksamer Maßnahmen eine große Herausforderung dar.¹⁾ Die Währungskrisen in Europa 1992/1993 und Mexiko 1994/1995, die Asien-, Russland- und LTCM-Krisen in den Jahren 1997/1998 sowie zuletzt die Argentinien-Krise 2001/2002 lassen den Schluss zu, dass das wirtschaftliche Umfeld regelmäßig Finanzkrisen ausgesetzt ist.²⁾

Bei Finanzkrisen ist von besonderer Bedeutung, dass sie zumeist nicht allein durch fundamentale Faktoren erklärt werden können.³⁾ Es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass zugleich auch die im Zeitablauf schwankende Risikoneigung der Marktteilnehmer entscheidenden Einfluss ausübt. Die Risikoneigung wird als die Bereitschaft von Investoren definiert, Risiken zu übernehmen. Während in der Literatur häufig nicht zwischen den Begriffen Risikoaversion und Risikoneigung differenziert wird, soll dies hier getan werden, und zwar basierend auf ihrer unterschiedlichen Variabilität im Zeitablauf.⁴⁾

Die Risikoneigung wird zu einer Gefahr für die Finanzstabilität, insbesondere wenn die Renditeforderung der Investoren für die Übernahme von Risiko – relativ zu historischen Mittelwerten – unverhältnismäßig hoch oder niedrig erscheint. Allerdings besteht das entscheidende Problem darin, dass ein solches Missverhältnis ex ante systematisch nicht ein-

deutig identifiziert werden kann, da weder das Risiko noch die vorherrschende Risikobereitschaft der Marktteilnehmer direkt beobachtet werden können. Die Angabe eines fairen Bewertungsniveaus für die Bepreisung von Risiken ist damit kaum möglich, wodurch die Diagnose stabilitätsgefährdender Entwicklungen erheblich erschwert wird.

Offenbar schwankt die Risikobereitschaft um ein unbekanntes Gleichgewichtsniveau. Da dieses Niveau nicht eindeutig bestimmt werden kann, behilft man sich mit der Berechnung eines langfristigen Durchschnitts und unterstellt, dass die Risikoneigung zwar kurzfristig deutlich von diesem abweichen kann, jedoch auf lange Sicht eine Tendenz hin zu diesem aufweist. Dieses Phänomen ist auch unter dem Begriff der „Mean Reversion“ bekannt. Abweichungen von diesem Durchschnitt können auch als Gefahrenpotenzial interpretiert werden.

Die Folgen extremer Ausprägungen der Risikoneigung

¹ Vgl. hierzu detailliert: Deutsche Bundesbank, Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems, Monatsbericht, Oktober 2004, S. 5–88.

² Zu diesem Ergebnis kommen in einer vergleichenden Studie M. Bordo und B. Eichengreen (1999), Is our current international economic environment unusually crisis prone?, in: D. Gruen und L. Gower, Capital flows and the international financial system, Reserve Bank of Australia, Sydney.

³ Die Bedeutung nichtfundamentaler Faktoren am Beispiel der Wechselkursentwicklung zeigt etwa P. De Grauwe (2000), Exchange rates in search of fundamentals: The case of the euro-dollar rate, International Finance, S. 329–356.

⁴ Die Risikoaversion wird als relativ zeitinvariabler Grad der Abneigung gegen zukünftige Konsumunsicherheit angesehen. Sie beschreibt weniger die Wahrnehmung von Risiko innerhalb eines bestimmten Finanzmarktumfelds, sondern die grundsätzliche Einstellung gegenüber jeglicher Art von (finanziellem) Risiko. Hingegen kann die Risikoneigung auch kurzfristig starken Schwankungen unterliegen. Vgl. auch: P. Gai und N. Vause (2004), Risk appetite: concept and measurement, Financial Stability Review, Bank of England, London, S. 127–136.

Eine sinkende Risikoneigung führt ceteris paribus zu höheren Finanzierungskosten, da die Renditeforderung der Kapitalgeber trotz gleich bleibenden Risikos steigt. Dies führt beispielsweise dazu, dass in Phasen geringer Risikoneigung die Kapitalaufnahme an Eigen- und Fremdkapitalmärkten erschwert wird. Im Hinblick auf die Finanzstabilität ist entscheidend, dass eine Änderung der Stimmungslage der Marktteilnehmer nicht nur variierende Renditeforderungen bei einzelnen Vermögenstiteln zur Folge hat, sondern Einfluss auf eine Vielzahl von Vermögenstiteln nehmen kann, in aller Regel – wegen des internationalen Portfoliozusammenhangs – häufig auch über nationale Grenzen hinweg.⁵⁾

Zumeist wird jedoch nicht ein unter-, sondern ein überdurchschnittlicher beziehungsweise steigender Grad an Risikobereitschaft als Gefahr für die Finanzstabilität angesehen. In diesem Fall sinkt der Marktpreis des Risikos und die Kapitalgeber fordern eine, relativ zu typischen Referenzsituationen, geringere Risikoprämie. Dies führt zu einer verstärkten Nachfrage nach riskanten Vermögenstiteln und einer zurückgehenden Nachfrage nach relativ sicheren.⁶⁾ Somit können Investitionen rentabel erscheinen, die in Normalsituationen keine effiziente Rendite-Risiko-Kombination darstellen. Eine hohe Risikoneigung kann so zur Durchführung von riskanten oder ertragsarmen Projekten führen, die unter der Bedingung einer dem langfristigen Durchschnitt entsprechenden Risikobereitschaft nicht rentabel wären. Weil der Prozess der „Mean Reversion“ langfristig zu einer sich wieder abschwächenden Risikobereitschaft führt, sind in solchen Situationen Stabilitätsgefahren

nicht auszuschließen. Auf Grund der sich dann verschlechternden Finanzierungsbedingungen werden einige der durchgeführten Projekte als potenziell verlustbringend wahrgenommen, und ein Teil der Kapitalgeber zieht sich zurück. Im Ergebnis kann es dadurch zu einem ineffizienten Projektabbruch kommen. Bestimmend für das Gefährdungspotenzial sind in erster Linie die Stärke der Abnahme der Risikobereitschaft und der Zeitrahmen, in welchem sie sich vollzieht.

Eine Veränderung der Risikoneigung schlägt sich in den Risikoprämien riskanter Vermögenstitel nieder. Betrachtet man die Veränderung des Renditeaufschlags von risikobehafteten Unternehmensanleihen auf risikoarme Staatsanleihen, so zeigen sich deutliche Veränderungen im Zeitablauf (siehe Schaubild auf S. 94).

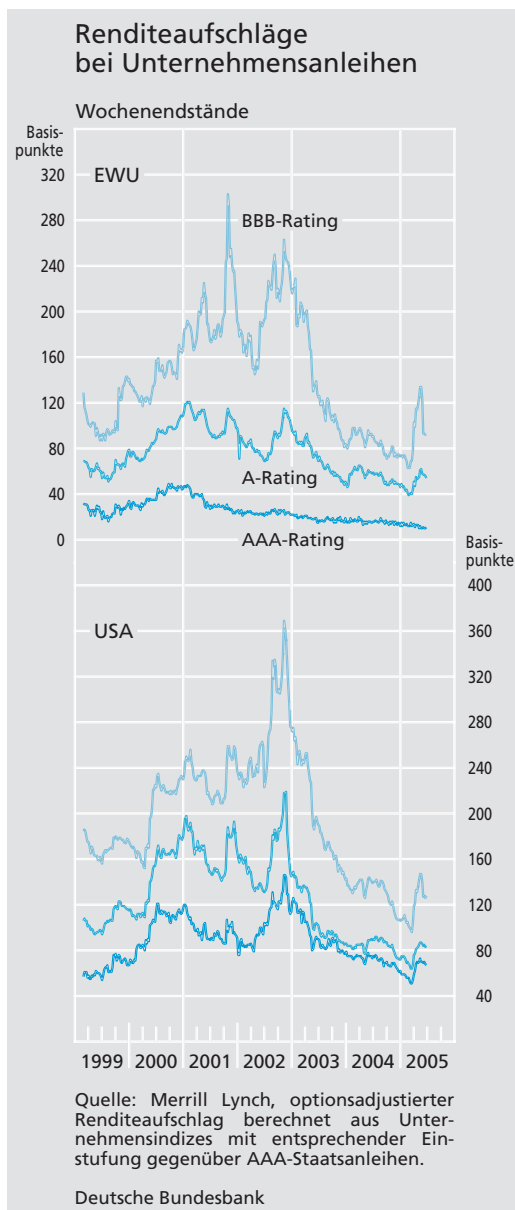
Allerdings kann aus den Schwankungen der Renditeaufschläge, selbst bei einer annahm gemäß konstanten Risikoaversion, nicht ohne weiteres auf eine gleichermaßen variierende Risikoneigung als Ursache geschlossen werden.⁷⁾ Der Grund kann auch in einem sich im

Das Problem der Unterscheidung zwischen Risiko und Risiko- neigung

5 Empirisch zeigen dies N. Tarashev, K. Tsatsaronis und D. Karampatos, Optionen und ihre Aussagekraft über die Risikoneigung der Anleger, BIZ Quartalsbericht, Juni 2003, S. 63–72.

6 Diese Grundaussage ist mit dem Capital-Asset-Pricing-Modell (CAPM) vereinbar, wenn die Annahme der Existenz eines risikolosen Zinses fallengelassen wird, zu dem alle Anleger unbegrenzt Geld aufnehmen oder anlegen können. Vgl. hierzu: M.S. Kumar und A. Persaud (2002), Pure contagion and investors' shifting risk appetite: analytical issues and empirical evidence, International Finance, S. 409–410.

7 Das mit einer Anleihe verbundene Risiko sollte in ihrem Rating zum Ausdruck kommen. Jedoch impliziert ein Verbleib in einer Ratingklasse nicht per se ein unverändertes Risiko. Vgl. hierzu beispielsweise: E.I. Altmann und H.A. Rijken (2005), The impact of the rating agencies' through-the-cycle methodology on rating dynamics, Economic Notes, Vol. 34, Nr. 2, S. 127–154.



Zeitablauf ändernden Kredit- oder Liquiditätsrisiko liegen. Steigt das Risiko von Unternehmensanleihen relativ zu dem von Staatsanleihen an, so wird sich der Zinsaufschlag folglich vergrößern. Der Umstand, dass sich die Risikoaufschläge der verschiedenen Ratingklassen gleichgerichtet bewegen, kann ebenfalls nicht als eindeutiges Indiz für Veränderungen der Risikoneigung interpretiert werden. Gemeinsame Kursbewegungen von unter-

schiedlich riskanten Vermögengiteln können ebenso Folge einer Risikoveränderung sein, von der alle betrachteten Vermögengitel zugleich betroffen sind. Denkbar ist aber auch, dass sie nicht durch eine Verschiebung der absoluten, sondern der relativen Risikoposition gegenüber anderen Vermögengiteln hervorgerufen werden.

Gleichwohl ist meist davon auszugehen, dass eine Veränderung der allgemeinen Risikoneigung der Marktteilnehmer in ähnlich hohem Maße zur Schwankung der Risikoprämie beiträgt wie das mit den betrachteten Anleihen verbundene, tatsächliche Risiko. Die Risikoprämie ist damit durch zwei Faktoren geprägt. Während sie mit der Risikoneigung negativ korreliert ist, weist sie mit dem tatsächlichen Risiko einen positiven Zusammenhang auf. Allein auf Basis von Beobachtungen des Renditeaufschlags allein ist deshalb keine Aussage über die Höhe oder die Veränderung der Risikoneigung möglich.

Die Bestimmungsgründe für die Schwankung der Risikoneigung

Für die teilweise starken und lang anhaltenden Abweichungen der Risikoneigung von ihrem (unbekannten) Gleichgewicht werden verschiedene Ursachen vermutet. Empirische Analysen zeigen, dass die Risikobereitschaft und die wirtschaftliche Entwicklung langfristig positiv korreliert sind.⁸⁾ Anleger sind in boomenden Finanzmärkten eher bereit, höhere Risiken einzugehen, während ange-

⁸ Vgl. hierzu auch: BIZ (2005), 75. Jahresbericht, S. 129.

spannte Marktphasen häufig eine stark abnehmende Risikoneigung hervorrufen.

Menschliche Verhaltensmuster als Ursache für typische Schwankungen der Risikoneigung

Ein Grund für diese Verhaltensweise der Marktteilnehmer wird in der grundsätzlichen Begrenztheit der menschlichen kognitiven Fähigkeiten vermutet, die zu einem eingeschränkt rationalen Verhalten führt.⁹⁾ Nach dem Konzept der eingeschränkten Rationalität weist der Mensch eine nur begrenzte Fähigkeit auf, Informationen vollständig aufzunehmen, in kurzer Zeit zu verarbeiten und ausreichend lange zu speichern. Die kognitiven Beschränkungen zwingen Wirtschaftssubjekte zur Anwendung von vereinfachten Verhaltensregeln, die dem Verhalten des in der Theorie gebräuchlichen Konstrukts des Homo Oeconomicus nicht entsprechen. Die Nutzung simpler Heuristiken führt in manchen Fällen aber zu systematischen Fehlbewertungen und damit zu Abweichungen der Risikoneigung vom Gleichgewichtspfad.

Der Einfluss der Verfügbarkeits- und der Repräsentationsheuristik

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere die so genannte Verfügbarkeitsheuristik sowie die Repräsentationsheuristik.¹⁰⁾ Erstere beschreibt den Umstand, dass die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses umso höher angesetzt wird, je tiefer das Ereignis kognitiv im Bewusstsein verankert ist. Dies führt dazu, dass in boomenden Märkten die Gefahr eines Abschwungs weniger präsent ist, hingegen wird die Wahrscheinlichkeit einer Fortsetzung des Aufschwungs überschätzt. Dies mündet in einen sich selbst verstärkenden Prozess, da der Aufschwung (Abschwung) eine steigende (fallende) Risikoneigung bedingt und vice versa. Die wechselseitige Verstärkung hält so lange an, bis sie

durch ein oder mehrere unerwartete Ereignisse durchbrochen wird, welche die bestehenden Risiken wieder ins Bewusstsein rufen und zu einem Rückgang der Risikobereitschaft führen.

Die Repräsentationsheuristik verschärft diese Prozesse, indem sie die Beurteilung von Wahrscheinlichkeiten davon abhängig macht, wie ähnlich die unterschiedlichen Vermögens-titel in den Augen des Betrachters erscheinen. Auf diese Weise kann eine Vielzahl von Vermögenswerten von einer Veränderung der Risikoneigung betroffen sein, obwohl das unerwartete Ereignis ursprünglich nur für wenige Relevanz besaß.¹¹⁾

Neben der eingeschränkten Rationalität der Marktteilnehmer ist auf nichtindividueller Ebene noch eine weitere Ursache für Verschiebungen der Risikobereitschaft denkbar. Ändert sich die Teilnehmerstruktur am Marktgeschehen, so ändert sich in der Regel auch die Risikobereitschaft im Markt. In Verbindung mit der oben beschriebenen Verfügbar-

9 Das Konzept der eingeschränkten Rationalität (Bounded Rationality) wurde von Herbert Simon eingeführt, um die Idee der Nutzenmaximierung durch eine realistischere Sicht ökonomischen Verhaltens zu ersetzen. Vgl.: H. Simon (1957), *Models of man*, New York.

10 Vgl.: N. Barberis und R. Thaler (2003), *A survey of behavioral finance*, in: G. M. Constantinides, M. Harris und R. Stulz (Hrsg.), *Handbook of the economics of finance*, Amsterdam, S. 1053–1123. De Grauwe fügt mit dem „Framing“ eine weitere Heuristik hinzu, die den hier genannten jedoch sehr ähnlich ist. Vgl.: P. De Grauwe (2000), S. 344–346.

11 So nahm beispielsweise der Einfluss der Risikoneigung auf die Risikoprämie von Staatsanleihen von Transformationsländern infolge des Enron-Skandals zu, obgleich prima facie kein Zusammenhang zwischen den von Enron begebenen Fremdkapitaltiteln und Staatsanleihen erkennbar ist. Vgl. hierzu: A. Garcia-Herrero und Á. Ortiz (2005), *The role of global risk aversion in explaining Latin American sovereign spreads*, Arbeitspapier, Banco de Espana, Madrid.

keitsheuristik kann also auch eine veränderte Zusammensetzung des Investorenkreises der Ausgangspunkt selbstverstärkender Prozesse sein.

Der mit Hilfe des Konzeptes der eingeschränkten Rationalität erklärbarer Wirkungszusammenhang zwischen Risikoneigung und Fundamentalfaktoren lässt den Schluss zu, dass im Vorfeld akzentuierter Richtungswechsel der Risikoneigung ausgeprägte Abweichungen vom langjährigen Mittel zu erwarten sind. Solche Richtungswechsel können eine Gefahr für die Finanzstabilität darstellen, da ihr häufig fundamental nicht gerechtfertigte Kursentwicklungen nachfolgen. Eine extrem hohe Risikoneigung kann so die Voraussetzung für die Entstehung von Finanzkrisen werden. Andererseits sorgen menschliche Verhaltensmuster, welche durch die Verfügbarkeits- und Repräsentationsheuristik geprägt sind, dafür, dass negativen Überraschungen eine sich abschwächende Bereitschaft zur Übernahme von Risiken folgt.

Tatsächlich konnten einige empirische Untersuchungen den Nachweis erbringen, dass Finanzkrisen häufig Phasen extrem hoher Risikobereitschaft vorausgehen.¹²⁾ Gelingt es, verlässliche Indikatoren zur Messung der Risikoneigung zu entwickeln, würden frühzeitig Hinweise auf die Gefahr potenzieller finanzieller Instabilitäten erkennbar, und es könnten notwendige Korrekturen eingeleitet werden.

Indikatoren zur Messung der Risikoneigung

In den neunziger Jahren kam es zu einer Häufung von Finanzkrisen. Die mexikanische Peso-Krise 1994/95, die asiatische Wirtschafts- und Währungskrise 1997 sowie das Schuldenmoratorium Russlands und die Beinahe-Insolvenz des Hedgefonds LTCM im Jahr 1998 sind prominente Beispiele. Aus der Finanzliteratur waren bereits Modelle zur Erklärung von Finanzkrisen bekannt.¹³⁾ Dennoch wurden Ökonomen und Marktteilnehmer von diesen Ereignissen überrascht. Nach diesen Erfahrungen wurden die Bemühungen zur Verbesserung von Vorhersagen von Finanzkrisen intensiviert.¹⁴⁾ Über die Prognose von fundamentalen wirtschaftlichen Entwicklungen hinaus wurden nun auch verstärkt Indikatoren zur Abschätzung der an den Finanzmärkten vorherrschenden Risikoneigung entwickelt. Einige Indikatoren beziehen sich direkt auf Umfragen zu den Einschätzungen von Marktteilnehmern oder dem Anlegervertrauen. Die meisten Indikatoren versuchen jedoch, die Risikoneigung der Anleger aus der

12 Vgl. beispielsweise: A. N. R. Sy (2001), Emerging market bond spreads and sovereign credit ratings: reconciling market views with economic fundamentals, IWF, Arbeitspapier 01/165, S. 9 ff. Vgl. auch: K.A. Froot und P. G. J. O'Connell (2003), The risk tolerance of international investors, National Bureau of Economic Research, Arbeitspapier 10157, Cambridge. Vgl.: M. Dungey, R. Fry, B. González-Hermosillo und V. Martin (2003), Characterizing global investors' risk appetite for emerging market debt during financial crises, IWF, Arbeitspapier 03/251.

13 Vgl. auch: B. Eichengreen (1999), Towards a new international financial architecture: A practical post-Asia agenda, Institute for International Economics, Washington D.C. Dort werden drei Generationen von Modellen zur Dynamik von Währungs- und Finanzkrisen diskutiert.

14 Vgl.: M. Goldstein, G. Kaminsky und C. M. Reinhart (2000), Assessing financial vulnerability: An early warning system for emerging markets, Institute for International Economics, Washington D.C.

Entwicklung von Marktpreisen an den internationalen Finanzmärkten abzuleiten. Der Vorteil von Marktpreisen im Vergleich zu Umfragen besteht insbesondere darin, dass sie kostengünstig abrufbar sind, eine höhere Frequenz aufweisen und aktuelle Entwicklungen sehr zeitnah reflektieren. Zudem sind Marktpreise Ausdruck der tatsächlich bekundeten und in konkrete Entscheidungen umgesetzten Meinungen der Marktteilnehmer. Die Ansätze zur Schätzung der Risikobereitschaft von Anlegern mit Hilfe von Marktpreisen sind vielfältig. Im Folgenden werden beispielhaft einige dieser Indikatoren vorgestellt.¹⁵⁾

*Ein Index der
BIZ basiert auf
Optionspreisen*

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnet einen Indikator aus einem Vergleich zwischen der statistisch prognostizierbaren und der von den Marktteilnehmern erwarteten subjektiven Wahrscheinlichkeit künftiger Renditen.¹⁶⁾ Dieses Konzept findet seine theoretische Fundierung in der modernen Finanzmarkttheorie, die besagt, dass Vermögenspreise die Präferenzen bezüglich künftiger Erträge sowie die Einschätzung über die Wahrscheinlichkeit der Realisation dieser Erträge reflektieren. Eine weitere Annahme bezieht sich auf den künftigen Nutzen von Kapitalerträgen für Anleger, der umso höher ausfällt, je niedriger deren Vermögen ist. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich für niedrige Erträge eine präferenzgewichtete Wahrscheinlichkeit, die über der statistischen liegt. Die statistische Wahrscheinlichkeit der Ertragsentwicklung wird anhand historischer Muster der Kassapreise geschätzt. Die Einschätzungen der Marktteilnehmer werden aus den Preisen von Aktienoptionen abgeleitet. Aus einer Reihe von Optionspreisen mit

unterschiedlichen Ausübungspreisen kann die präferenzgewichtete subjektive Wahrscheinlichkeit der Anleger über künftige Erträge des Basiswertes der Optionskontrakte geschätzt werden. Je höher die von den Anlegern beigemessenen subjektiven Verlustrisiken der Basiswerte über der statistischen Wahrscheinlichkeit kräftiger Verluste liegen, desto niedriger ist die Bereitschaft der Marktteilnehmer zur Übernahme von Risiken.

Ein von der Credit Suisse First Boston (CSFB) im Jahre 2001 entwickelter Indikator greift auf den Zusammenhang zwischen Risikoneigung und der relativen Entwicklung von riskanteren und weniger riskanten Anlagen zurück.¹⁷⁾ Dieser Ansatz beruht auf der Annahme, dass bei einer zunehmenden Risikopräferenz riskantere Anlagen nachgefragt werden und deren Preise relativ zu weniger riskanten Anlagen steigen. Bei einer niedrigeren Risikobereitschaft werden hingegen sichere Anlagen bevorzugt, deren Preise als Folge der höheren Nachfrage steigen. Die methodische Umsetzung dieses Ansatzes erfolgt, indem die Rendite von 64 internationalen Aktien- und Anleiheindizes in Bezug zu deren Risiko gesetzt wird, das anhand der historischen Volatilität approximiert wird. Der Wert des CSFB-Index ist die Steigung der Regressionsgeraden, die den Zusammenhang zwischen der aktuellen Wertentwicklung von

*Der CSFB-Index
stellt auf den
Zusammenhang
zwischen
Ertrag und
Risiko ab*

15 Einen guten Überblick über Indikatoren zur Messung der Risikoneigung geben M. Illing und A. Meyer, A brief survey of risk-appetite indexes, in: Financial System Review, Bank of Canada, Juni 2005, S. 37–43.

16 Vgl.: N. Tarashev, K. Tsatsaronis und D. Karampatos (2003).

17 Vgl.: J. Wilmot, P. Mielczarski und J. Sweeney, Global risk appetite index, in: Credit Suisse First Boston, Global Strategy Research: Market Focus, Februar 2004.

Aktien und Anleihen im Verhältnis zu deren Risiko misst.

Weitere Indikatoren, die auf Marktpreisen basieren

Weitere Beispiele für das breite Spektrum an Risikoindikatoren sind die Indizes von Goldman Sachs und J.P. Morgan. Der von Goldman Sachs berechnete Indikator greift auf ein konsumbasiertes Capital-Asset-Pricing-Modell zur Abschätzung der Risikobereitschaft von Anlegern zurück.¹⁸⁾ Der „Liquidity, Credit and Volatility“-Index (LCVI) von J.P. Morgan setzt sich aus sieben Einzelindikatoren zusammen, die Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und die Volatilität in unterschiedlichen Finanzmärkten abbilden. Der LCVI errechnet sich als einfacher Durchschnitt der normalisierten Einzelindikatoren, wodurch Schwankungen einzelner Indikatoren geglättet werden.¹⁹⁾ Aus einer Aggregation mehrerer Einzelindikatoren lässt sich darüber hinaus auch mittels einer Hauptkomponentenanalyse die Risikoneigung als ein gemeinsamer Faktor der Einzelindikatoren identifizieren. Diese Vorgehensweise wurde beispielsweise von der Bundesbank bereits in einem früheren Beitrag gewählt.²⁰⁾

Wie sind die Indikatoren zu interpretieren?

Anhand der Indikatoren kann die Entwicklung der Risikobereitschaft der Anleger über die Zeit abgeschätzt werden. Je höher der Wert eines Indikators, desto höher fällt die Risikoneigung aus. Die Höhe der Risikoneigung kann jedoch lediglich in Relation zu ihrer historischen Entwicklung interpretiert werden. Inwiefern die Bereitschaft der Marktteilnehmer zum Eingehen von Risiken relativ hoch oder niedrig ist, lässt sich im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt sowie den bisher erreichten Höchst- und Tiefstständen der Indikatoren abschätzen.

Die Entwicklung der Indikatoren deutet darauf hin, dass sich die Bereitschaft zum Eingehen von Risiken rasch ändern kann und in teilweise zyklischen Bewegungen um einen langfristigen Mittelwert schwankt. Auslöser eines abrupten Absinkens der Risikobereitschaft können beispielsweise Finanzkrisen sein, die bestimmte Risiken stärker ins Bewusstsein der Marktteilnehmer rücken und so die Risikowahrnehmung der Anleger signifikant beeinflussen. Als Beispiele hierfür lassen sich die asiatische Finanz- und Wirtschaftskrise im zweiten Halbjahr 1997, die Ereignisse um das Schuldenmoratorium Russlands und die Schieflage des Hedgefonds LTCM im Herbst 1998 oder das Platzen der Technologie- und Internet-Blase im Frühjahr 2000 anführen. Andererseits kann sich eine zuneh-

Auswirkungen von Finanzkrisen

18 Vgl.: Goldman Sachs, Risk aversion, in: The Foreign Exchange Market, Oktober 2003, S. 28–31. Eine Grundannahme dieses Modells ist, dass die Individuen ihren Konsum im Zeitablauf glätten wollen. Deshalb bieten ihnen Kapitalanlagen, die in Zeiten hohen Konsums profitabel sind, einen relativ geringen Grenznutzen. Die relativ hohe Renditedifferenz zwischen Aktien und Anleihen sei deshalb auf die Risikoaversion der Marktteilnehmer zurückzuführen, die stabile Erträge zur Aufrechterhaltung eines möglichst konstanten Konsums anstreben. Die Volatilität dieser Renditedifferenz, die zudem höher ist als die Volatilität von kurzfristigen US-Staatsanleihen und Konsum, wird danach durch eine über die Zeit schwankende Risikoneigung erklärt.

19 Vgl.: L. Kantor und M. Caglayan (2002), Using equities to trade fx: Introducing the LCVI, in: JPMorgan Global Foreign Exchange Research, Investment Strategies, Nr. 7. Liquiditätsrisiken werden durch die Renditedifferenz zwischen so genannten „On-the-run“- und „Off-the-run“-US-Staatsanleihen approximiert. Unter „On-the-run“-Treasuries versteht man die zuletzt emittierten US-Staatsanleihen, die in der Regel am stärksten gehandelt werden und deshalb eine höhere Liquidität aufweisen als ältere „Off-the-run“-Treasuries. Darüber hinaus werden US-Swaps spreads herangezogen, da diese sich in der Regel in angespannten Marktphasen ausweiten. Zur Abschätzung der Kreditrisiken werden die Renditedifferenzen von US-Unternehmensanleihen und Staatsanleihen von Schwellenländern zu US-Staatsanleihen verwendet. Die Volatilität wird anhand impliziter Volatilitäten an den Devisenmärkten sowie am US-Aktienmarkt berücksichtigt.

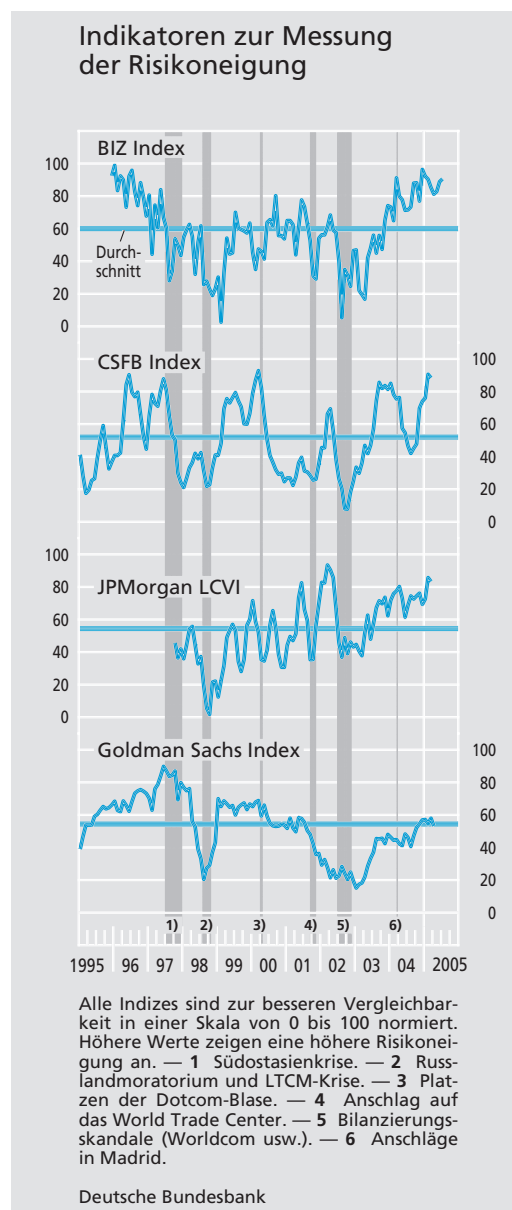
20 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Anhang zum Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems, Monatsbericht, Oktober 2004, S. 73 ff.

mende Risikoneigung auch über einen längeren Zeitraum aufbauen, wie dies im Jahre 2003 nach dem Ende der Aktienbaisse zu beobachten war.

Der Vergleich zwischen den Indikatoren zeigt, dass diese in den vergangenen zehn Jahren einerseits Phasen mit einer gleichgerichteten Entwicklung aufweisen. Andererseits dürften die unterschiedlichen Entwicklungen in erster Linie auf die verschiedenen Ansätze zur Messung der Risikoneigung zurückzuführen sein. So sind die Indikatoren von BIZ und Goldman Sachs modelltheoretisch abgeleitet, während der LCVI auf einer einfachen Aggregation von beobachtbaren Einzelindikatoren beruht. Darüber hinaus könnte auch die unterschiedliche Abdeckung der Finanzmärkte eine Rolle spielen. Während der Indikator der BIZ ausschließlich auf Aktienmärkte rekurriert, basieren die CSFB- und Goldman-Sachs-Indikatoren auf Anleihe- und Aktienmärkten. Der LCVI umfasst darüber hinaus auch noch die Devisenmärkte. Letzteres Argument wird jedoch dadurch relativiert, dass integrierte Finanzmärkte von Anlegern mit ähnlichen Wahrnehmungen beeinflusst werden und eine veränderte Risikobereitschaft von Anlegern mit diversifizierten Portfolios sich über die Finanzmärkte hinweg auswirken dürfte.

*Aussagekraft
der Indikatoren*

Bei der Interpretation der auf Marktpreisen basierenden Indikatoren ist zu berücksichtigen, dass diese ausschließlich von den jeweils am Markt handelnden Akteuren beeinflusst werden. Ein über die Zeit unterschiedlich starkes Handeln bestimmter Gruppen könnte demnach auch eine zeitliche Variation der Indikatoren bewirken. So könnte etwa ein ver-



stärktes – oft nur vorübergehendes – Engagement von Hedgefonds, die bei ihrer Anlageentscheidung in der Regel bereit sind, höhere Risiken einzugehen als beispielsweise Pensionsfonds oder Versicherungen, auch die gemessene Risikoneigung erhöhen. Darüber hinaus sind auch nichtlineare Zusammenhänge zwischen der Entwicklung von Marktpreisen und der Risikoneigung vorstellbar. Die Indikatoren sind deshalb weniger als ein quantitativ

exaktes Maß der Risikoneigung anzusehen, sondern stellen vielmehr eine qualitative Abschätzung derselben dar. Zudem hängt die Identifizierung der Risikobereitschaft davon ab, inwieweit eine getrennte Zuordnung der Auswirkungen von Risikoneigung und Risiko auf die Vermögenspreise möglich ist. Das Risiko ist hierbei als die Gefahr einer negativen Abweichung von den erwarteten Erträgen zu verstehen.

Neue Indikatoren zur Messung der Risikoneigung

Alternative Indikatoren zur Messung der Risikoneigung

Im Folgenden werden Indikatoren vorgestellt, die explizit zwischen dem Einfluss von Risiko und Risikoneigung auf die Entwicklung von Vermögenspreisen trennen. Diese neuen Indikatoren bauen auf der Vorgehensweise des CSFB-Index auf, bei dem die Risikoneigung anhand der relativen Entwicklung von Aktien und Anleihen mit unterschiedlichen Risiken abgeleitet wird. Dabei wird die aktuelle Wertentwicklung der Aktien und Anleihen in Bezug zu ihrer Volatilität gesetzt, die das zu Grunde liegende Anlagerisiko abbildet. Darüber hinaus wird bei den neuen Indikatoren auch der Einfluss einer Veränderung der Kreditrisiken bei Anleihen anhand von Kreditratings abgeschätzt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass Ratings häufig erst mit einer zeitlichen Verzögerung auf veränderte Kreditrisiken reagieren. Auch in den Jahren vor der Asienkrise verzeichneten die Ratings asiatischer Schwellenländer eine stabile und teilweise sogar leicht positive Entwicklung und wurden erst Ende 1997 an das verschlechterte wirtschaftliche Umfeld angepasst. Neu-

ere Studien haben auch gezeigt, dass Marktpreise wesentlich schneller auf neue Informationen bezüglich der Kreditrisiken bei Anleihen reagieren und Herauf- oder Herabstufungen von Ratings sich bereits mehrere Wochen vorher in den Risikoprämien von Anleihen widerspiegeln.²¹⁾

Obwohl die Ratings von Agenturen in aller Regel nur verzögert Verschlechterungen in der Kreditwürdigkeit indizieren – die Agenturen verweisen vor allem darauf, dass sie nur nachhaltige und keine bloß vorübergehenden Verluste an Zahlungsfähigkeit, beispielsweise über einen Konjunkturzyklus hinweg, abbilden wollen –, dokumentieren ihre zumeist nachträglichen Aktionen einen sich im Markt bereits zuvor etablierenden Konsensus in der Einschätzung. Sie haben mithin keinen prognostischen, sondern einen eher bestätigenden Charakter. Das liefert den Grund, weshalb wir sie in unsere Berechnungen um bis zu zwei Monate vorgezogen einbeziehen.

Mit diesem Ansatz werden zwei neue Indikatoren berechnet, von denen der erste (Index 1) auf 33 Indizes von Unternehmensanleihen und Staatsanleihen weltweit basiert und der zweite Indikator (Index 2) zusätzlich noch zehn internationale Aktienindizes umfasst. Näherten sich die neuen Indikatoren einem Wert, der zwei Standardabweichungen über oder unter dem Mittelwert lag, dann war häufig eine Trendumkehr zu beobachten. Ein Erreichen oder Überschreiten dieser Schwel-

Entwicklung der alternativen Indikatoren

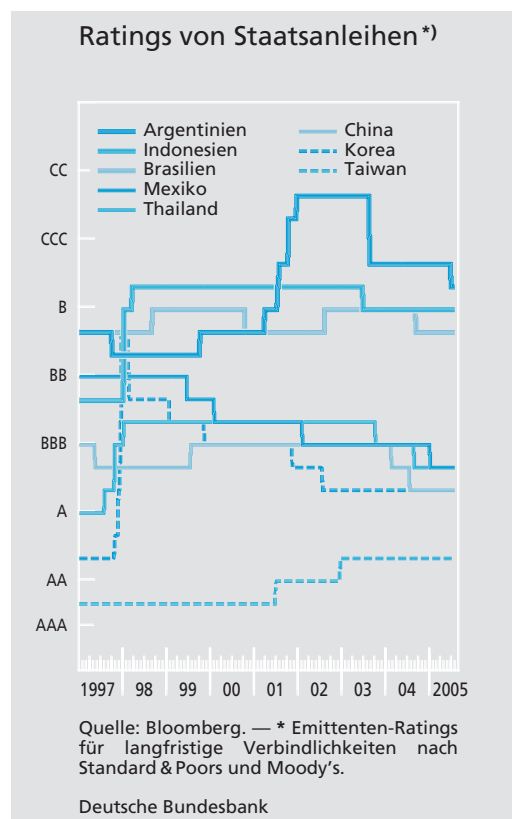
²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Credit Default Swaps – Funktionen, Bedeutung und Informationsgehalt, Monatsbericht, Dezember 2004, S. 51 ff.

lenwerte deutet auf eine im historischen Vergleich extreme Risikoneigung hin.

Der auch die Aktienmärkte umfassende Index 2 erreicht zu Beginn der Asienkrise im Juli 1997 sowie auf dem Höhepunkt der Aktienhausse im Februar/März 2000 sehr hohe Werte. Der erste Indikator deutet hingegen darauf hin, dass sich die Risikoneigung an den Anleihemärkten in diesen Monaten in etwa auf Höhe ihres langfristigen Durchschnitts bewegte.²²⁾ Infolge der Asienkrise und dem Platzen der Technologie- und Internetblase verzeichnen beide Indikatoren einen deutlichen Rückgang, wenngleich die Risikobereitschaft an den Aktienmärkten ausgehend von den erreichten hohen Niveaus stärker gefallen ist als an den Rentenmärkten.

Im Herbst 1998 verstärkte die drohende Insolvenz des Hedgefonds LTCM zunächst kurzzeitig den Rückgang der durch das Schuldenmoratorium Russlands bereits abnehmenden Risikoneigung der Marktteilnehmer. Die Anstrengungen der US-Notenbank Fed zur Eindämmung der Krise, die in einem Rettungsversuch unter Vermittlung der Fed und mehreren Zinssenkungen ihren Niederschlag fanden, verhalfen den Marktteilnehmern zu neuer Zuversicht. In einem von sich aufhellenden Marktstimmung und steigenden Kursen geprägten Umfeld nahm auch die Risikobereitschaft der Anleger wieder rasch zu.²³⁾

Nachdem die Risikoneigung in den beiden auf das Platzen der Technologieblase folgenden Jahren wieder etwas zugenommen hatte, ging zur Jahresmitte 2002 ein Rückgang des zweiten Indikators mit einer infolge des Kon-



kurses von Worldcom angespannten Lage an den Finanzmärkten einher. Die BIZ- und CSFB-Indikatoren deuten zu dieser Zeit ebenfalls auf eine stark fallende Risikoneigung hin. Der sich ausschließlich auf die Anleihemärkte beziehende Index 1 entwickelt sich zu dieser Zeit hingegen relativ stabil und verzeichnet bereits im Herbst 2002 einen nachhaltigen Anstieg, der im Frühjahr 2003 zu einem Höchststand innerhalb des Beobachtungszeitraums führt. Diese Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass bereits Ende 2002 weltweit ein Trend zu fallenden

²² Dass die Bereitschaft zum Eingehen von Risiken Anfang des Jahres 2000 an den Aktienmärkten höher war als an den Rentenmärkten ist insbesondere auf die vorherrschende Euphorie an den Aktienmärkten, die auf eine Fortsetzung des Aufwärtstrends setzte, zurückzuführen.

²³ Zu diesem Ergebnis kommen auch M.S. Kumar und A. Persaud (2002).

Neue Indikatoren zur Messung der Risikoneigung

Die neuen Indikatoren zur Abschätzung der Risikoneigung basieren auf Staatsanleihen, Unternehmensanleihen- sowie Aktienindizes weltweit. Der Ansatz beruht auf der Annahme, dass Höhe und Entwicklung der Risikoprämien im Wesentlichen durch das zu Grunde liegende Risiko sowie die Risikoneigung der Anleger determiniert werden. Nimmt deren Risikobereitschaft zu, dann verschiebt sich die Nachfrage ceteris paribus zu Gunsten riskanterer Vermögenswerte und deren Kurs steigt relativ zu weniger riskanten Titeln. Umgekehrt steigt bei abnehmender Risikobereitschaft die Nachfrage nach sicheren Vermögenswerten und bewirkt einen Kursanstieg relativ zu riskanteren Anlagen.

Zur Umsetzung dieses Ansatzes wird die aktuelle Wertentwicklung von Aktien und Anleihen auf deren Risiko regressiert, das anhand der annualisierten Volatilität der vergangenen zwölf Monate gemessen wird. Darüber hinaus werden die Auswirkungen einer Bonitätsänderung des Emittenten auf die Anleihekurse separat berücksichtigt, indem Informationen zu Ratingherauf- und herabstufungen in die Schätzungen einfließen.

Es werden zwei Indikatoren geschätzt, von denen der erste auf 16 Staatsanleihen und 17 Unternehmensanleiheindizes basiert und der zweite darüber hinaus noch zehn internationale Aktienindizes umfasst. Für die Beobachtungsperiode von Januar 1995 bis Mitte August 2005

werden die beiden Indikatoren für jeden Tag anhand folgender Regression geschätzt:

$$\ddot{U}R_i = \beta_0 + \beta_1 \text{Volatilität}_i + \beta_2 \Delta \text{Rating}_i + \epsilon_i$$

wobei $\ddot{U}R_i$ die aktuelle sechsmonatige Ertragsdifferenz zwischen der Anleihe beziehungsweise Aktie i und kurzfristigen US-Staatspapieren bezeichnet. Die Variable „Volatilität“ steht für die historische Volatilität der Überrenditen der vergangenen 360 Tage. „ Δ Rating“ beinhaltet die numerisch skalierte Veränderung des Emittentenratings im Zeitraum von 60 Tagen vor bis 30 Tage nach einer Ratingänderung. Zu diesem Zweck wurden die Ratings zunächst numerisch aufsteigend geordnet (von 1 für AAA bis 21 für C). Falls in den nächsten 60 Tagen eine Ratingheraufstufung (-herabstufung) stattfindet beziehungsweise in den vergangenen 30 Tagen stattfand, ist „ Δ Rating“ negativ (positiv) und ansonsten gleich 0. Die Konstante β_0 in der Regression bildet einen marktübergreifenden Trend in den Anleihekursen an diesem Tag ab. Die Indikatoren zur Messung der Risikoneigung ergeben sich aus dem Koeffizienten β_1 , der den Zusammenhang zwischen der Wertentwicklung (Überrendite) und der Volatilität misst. Ein positiver (negativer) Koeffizient deutet auf eine relativ hohe (niedrige) Risikoneigung hin. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den bisher vorgestellten Indikatoren wurde β_1 im Schaubild auf Seite 103 in einer Skala von 0 bis 100 normiert.

Renditen und Anleihespreads einsetzte. Ab Ende 2002 steigen auch die anderen in diesem Beitrag vorgestellten Indikatoren wieder deutlich an. Diese Entwicklung spiegelt insbesondere die weltweite Erholung an den Aktienmärkten wider, die jedoch nur teilweise auf eine zunehmende Risikobereitschaft der Anleger zurückzuführen sein dürfte. Vielmehr war der Aufschwung an den Aktien- und Anleihemärkten auch von der Erwartung steigender Unternehmensgewinne getragen.

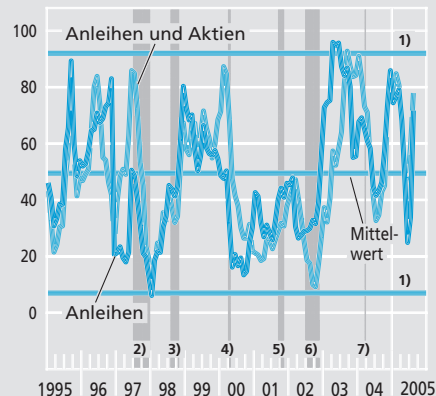
Die Anschläge von Madrid am 11. März 2004 und die finanziell angespannte Lage bei einzelnen Firmen der US-amerikanischen Automobilindustrie im Frühjahr 2005 konnten die Anleger nur kurzzeitig verunsichern. Aktuell deuten die beiden neuen Indikatoren bis Anfang August 2005 auf eine zunehmende Risikoneigung hin.

Wechselwirkung zwischen Risikoneigung und Finanzmarktentwicklung

Interdependenzen zwischen Risikoneigung, Renditen...

Die Finanzmärkte in den USA und Europa waren in den vergangenen zwei Jahren von sinkenden Zinsen sowie stark rückläufigen Risikoprämien bei Anleihen und Aktien geprägt, die sich in steigenden Anleihe- und Aktienkursen widerspiegelt haben. Neben einer verbesserten Ertragslage der Unternehmen und rückläufiger Ausfallraten dürfte für den Rückgang der Risikoaufschläge auch die Suche der Investoren nach höher rentierlichen Anlagen angesichts eines historisch niedrigen Zinsniveaus beigetragen haben. Die hohe Nachfrage nach risikoarmen Staatsanleihen dürfte demgegenüber weniger als eine

Alternative Indikatoren zur Messung der Risikoneigung



Quelle: Thomson Financial und eigene Berechnungen. Indizes sind zur besseren Vergleichbarkeit in einer Skala von 0 bis 100 normiert. Höhere Werte zeigen eine höhere Risikoneigung an. — 1 Intervallgrenzen \pm zwei Standardabweichungen vom Mittelwert. — 2 Südostasienkrise. — 3 Russlandmoratorium und LTCM-Krise. — 4 Platzen der Dotcom-Blase. — 5 Anschlag auf das World Trade Center. — 6 Bilanzierungsskandale (Worldcom usw.). — 7 Anschläge in Madrid.

Deutsche Bundesbank

„Flucht in Sicherheit“ zu werten sein, sondern scheint vielmehr auf andere Faktoren – wie die starke Nachfrage vor dem Hintergrund hoher Zahlungsbilanzüberschüsse in Asien oder einer expansiven Geldpolitik bei gleichzeitig niedrigen Inflationsraten – zurückzuführen sein. Auch die gestiegene Nachfrage von Versicherungen und Pensionsfonds nach Schuldverschreibungen mit längerer Laufzeit dürfte hier eine Rolle spielen.

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Kursentwicklung und Volatilität an Aktienmärkten hat in der Finanzliteratur eine lange Tradition. Die negative Korrelation zwischen Aktienkursen und deren Volatilität wird häufig damit erklärt, dass mit fallenden Aktienkursen die Eigenkapitalquote sinkt und sich somit das Risiko und die Volatilität der Aktie

... und Volatilität

Korrelationen (1995 bis 2005) *)

Index	BIZ	CSFB	LCVI	GS	Index 1	Index 2	S&P 500	VIX
BIZ	1,00	0,39	0,66	0,27	-0,02	0,24	0,41	-0,77
CSFB	0,39	1,00	0,46	0,31	0,49	0,92	0,46	-0,58
LCVI	0,66	0,46	1,00	-0,07	0,13	0,30	0,16	-0,72
GS	0,27	0,31	-0,07	1,00	-0,21	0,21	0,52	-0,23
Index 1 ¹⁾	-0,02	0,49	0,13	-0,21	1,00	0,71	-0,09	-0,25
Index 2 ²⁾	0,24	0,92	0,30	0,21	0,71	1,00	0,34	-0,48
S&P 500	0,41	0,46	0,16	0,52	-0,09	0,34	1,00	-0,37
VIX ³⁾	-0,77	-0,58	-0,72	-0,23	-0,25	-0,48	-0,37	1,00

* Korrelationen auf Basis monatlicher Daten. — 1 Der neue Index 1 bezieht sich auf die Risikoneigung an den internationalen Anleihemärkten. — 2 Der neue Index 2 deckt über die Anleihemärkte hinaus auch die Aktien-

märkte ab. — 3 Der „Chicago Board of Options Market Volatility“-Index (VIX) bildet aus Optionspreisen die implizite Volatilität des S&P 500 ab.

Deutsche Bundesbank

erhöht.²⁴⁾ Die für den Zeitraum von 1995 bis 2005 berechneten Korrelationen zwischen den verschiedenen Risikoindikatoren und der Entwicklung der Aktienkurse und Volatilitäten an den US-amerikanischen Börsen veranschaulichen, dass sich auch der Grad der Risikobereitschaft der Investoren mit der Dynamik der Finanzmärkte ändert. Während die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Indikatoren unterschiedlich stark ausgeprägt sind, weisen alle Indikatoren eine negative Korrelation mit dem Volatilitätsindex VIX und – mit Ausnahme des Index 1, der sich nur auf die Anleihemärkte bezieht – eine positive Korrelation mit dem S&P 500 aus.

Interpretation einer variierenden Risikobereitschaft an Bedeutung. Die vorgestellten Indikatoren deuten darauf hin, dass sich ein selbstverstärkender Effekt von fallenden Kursen riskanter Vermögenswerte und sinkender Risikoneigung einstellen kann. Eine solche Spirale kann durch ein krisenhaftes Ereignis ausgelöst werden. Eine Trendumkehr der Risikobereitschaft war häufig dann zu beobachten, wenn diese im historischen Vergleich besonders hohe oder besonders niedrige Werte erreicht hatte. Diese Erkenntnis mag bei einer Abschätzung der künftigen Entwicklung der Risikoneigung hilfreich sein.

²⁴ Vgl.: F. Black (1976), Studies of stock price volatility changes, Proceedings of the 1976 Meetings of the American Statistical Association, Business and Economical Statistics Section, S. 177–181.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarksätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
---	-----

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der deutschen Rentenversicherung	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang in der Industrie	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*
6. Arbeitsmarkt	64*

7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2004 Febr.	10,7	6,8	6,2	6,3	5,7	5,7	6,2	2,03	2,07	4,2	
März	11,3	6,7	6,2	5,9	5,9	5,8	7,0	2,01	2,03	4,0	
April	10,9	6,2	5,4	5,5	5,9	5,9	7,5	2,08	2,05	4,2	
Mai	9,4	5,5	4,9	5,2	6,0	6,0	7,6	2,02	2,09	4,4	
Juni	9,5	5,6	5,3	5,2	6,4	6,2	7,6	2,03	2,11	4,4	
Juli	10,0	5,9	5,5	5,5	6,3	6,3	7,5	2,07	2,12	4,3	
Aug.	9,2	5,7	5,6	5,7	6,1	6,0	7,5	2,04	2,11	4,1	
Sept.	9,7	6,2	6,0	5,8	6,1	6,3	7,9	2,05	2,12	4,1	
Okt.	8,9	6,3	5,8	6,0	6,1	6,6	7,8	2,11	2,15	4,0	
Nov.	9,7	6,6	6,1	6,2	6,0	6,8	7,8	2,09	2,17	3,9	
Dez.	9,0	6,7	6,6	6,5	6,1	7,1	8,3	2,05	2,17	3,7	
2005 Jan.	9,6	7,1	6,8	6,7	6,5	7,3	8,0	2,08	2,15	3,6	
Febr.	10,2	7,3	6,6	6,6	6,6	7,4	8,7	2,06	2,14	3,6	
März	9,3	7,1	6,5	6,6	6,3	7,4	8,7	2,06	2,14	3,7	
April	9,2	7,4	6,8	6,9	6,7	7,7	8,4	2,08	2,14	3,5	
Mai	10,1	7,6	7,3	7,2	6,5	7,8	8,4	2,07	2,13	3,4	
Juni	10,9	8,1	7,6	7,6	6,6	8,1	9,7	2,06	2,11	3,2	
Juli	11,1	8,3	7,9	7,9	6,8	8,3	9,3	2,07	2,12	3,3	
Aug.	11,5	8,5	8,1	...	6,9	8,5	9,2	2,06	2,13	3,3	
Sept.	2,09	2,14	3,1	

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven	nominal		real 4)	
	Mio €								Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2004 Febr.	+ 6 037	+ 9 504	+ 22 375	+ 8 896	+ 17 095	- 12 212	+ 8 596	1,2646	105,3	107,3	
März	+ 7 949	+ 13 437	- 3 488	- 22 382	+ 1 253	+ 13 895	+ 3 746	1,2262	103,4	105,4	
April	- 1 790	+ 9 702	- 15 587	- 2 003	- 8 496	- 2 441	- 2 647	1,1985	101,6	103,6	
Mai	+ 506	+ 10 198	+ 15 739	+ 41	+ 811	+ 14 204	+ 684	1,2007	102,4	104,4	
Juni	+ 4 658	+ 11 479	+ 11 118	- 10 140	+ 33 431	- 11 349	- 824	1,2138	102,3	104,2	
Juli	+ 8 270	+ 13 520	- 17 621	- 7 245	- 40 038	+ 29 427	+ 236	1,2266	102,8	104,8	
Aug.	+ 3 284	+ 5 162	+ 6 300	+ 5 067	- 1 612	- 909	+ 3 754	1,2176	102,7	104,8	
Sept.	- 143	+ 4 867	+ 14 436	+ 3 318	+ 47 797	- 36 168	- 512	1,2218	103,0	105,1	
Okt.	+ 3 413	+ 8 441	- 30 391	- 13 434	- 5 512	- 12 373	+ 928	1,2490	104,2	106,3	
Nov.	+ 4 724	+ 4 469	+ 28 373	- 5 801	- 8 604	+ 42 832	- 54	1,2991	105,6	107,6	
Dez.	+ 7 646	+ 7 161	- 23 370	- 24 880	+ 36 623	- 36 603	+ 1 489	1,3408	107,1	109,3	
2005 Jan.	- 6 556	+ 752	+ 24 433	- 9 257	- 19 187	+ 54 454	- 1 577	1,3119	105,8	108,0	
Febr.	+ 4 428	+ 5 895	+ 28 581	+ 230	+ 22 038	+ 1 401	+ 4 912	1,3014	105,1	107,2	
März	+ 2 893	+ 7 895	- 18 601	- 15 111	- 7 656	+ 2 654	+ 1 512	1,3201	106,0	108,2	
April	- 10 078	+ 4 249	- 17 813	- 4 846	- 11 603	- 601	- 762	1,2938	105,1	107,2	
Mai	- 2 989	+ 6 892	+ 36 267	+ 3 281	+ 23 065	+ 7 307	+ 2 613	1,2694	104,0	106,2	
Juni	- 493	+ 8 623	+ 16 456	- 9 893	+ 107 640	- 82 150	+ 859	1,2165	101,2	103,5	
Juli	+ 178	+ 9 134	- 2 857	- 80 128	+ 74 158	+ 770	+ 2 343	1,2037	101,7	103,8	
Aug.	1,2292	102,3	104,5	
Sept.	1,2256	101,8	104,0	

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. X.12 und 13, S. 74*/ 75* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-23-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2004 Jan.	45,1	31,2	5,5	13,9	17,2	20,7	109,6	89,0	18,9	1,6	- 1,1	16,5	1,8
Febr.	46,2	33,3	7,0	12,9	21,2	9,0	24,6	15,7	16,0	7,6	- 0,3	9,3	0,7
März	77,6	46,7	16,4	30,9	14,2	6,7	76,8	70,1	45,9	7,1	- 0,2	31,0	7,9
April	89,9	85,8	26,8	4,1	11,0	7,1	70,0	62,9	28,3	10,3	- 1,1	16,4	2,7
Mai	72,1	47,4	3,9	24,6	30,5	- 21,2	- 11,3	10,0	23,8	5,6	- 0,9	16,3	2,8
Juni	60,3	46,6	- 8,1	13,8	8,5	14,3	- 26,3	- 40,5	22,0	9,9	- 0,4	8,0	4,4
Juli	28,1	26,4	- 9,0	1,8	- 4,6	- 0,6	- 6,3	- 5,7	28,1	6,8	0,1	14,9	6,4
Aug.	- 18,9	- 13,8	- 10,2	- 5,0	- 0,1	30,3	45,7	15,4	18,7	6,7	- 0,0	9,2	2,8
Sept.	53,6	57,5	- 2,8	- 4,0	2,9	34,9	22,6	- 12,3	45,2	3,5	- 0,3	31,8	10,2
Okt.	56,5	57,3	5,8	- 0,8	- 1,1	20,5	30,9	10,4	25,2	7,3	0,9	15,3	1,8
Nov.	89,3	86,4	17,6	3,0	6,9	10,3	106,0	95,6	29,1	15,4	0,8	7,2	5,8
Dez.	27,5	70,4	15,6	- 42,9	- 48,4	26,4	- 7,3	- 33,7	40,9	26,1	1,2	9,1	4,6
2005 Jan.	96,6	54,7	15,3	41,9	38,2	- 17,4	82,3	99,7	11,9	1,9	- 0,3	10,7	- 0,4
Febr.	60,3	37,1	10,2	23,2	32,5	13,6	66,0	52,4	46,3	7,5	0,5	32,6	5,7
März	48,2	53,7	6,6	- 5,6	- 4,5	- 22,7	37,1	59,8	46,7	15,3	- 0,1	23,7	7,8
April	135,2	118,7	67,9	16,5	11,9	2,1	109,5	107,4	17,2	5,4	- 0,5	15,2	- 2,9
Mai	53,5	59,8	0,6	- 6,3	- 3,9	- 39,4	- 6,6	32,8	26,0	0,2	- 0,4	21,5	4,7
Juni	77,0	71,9	- 18,1	5,1	6,5	97,1	17,4	- 79,8	83,1	18,8	- 0,7	32,6	32,2
Juli	48,2	48,2	- 12,3	- 0,1	- 0,6	6,5	50,5	44,0	11,4	6,6	- 1,0	4,7	1,1
Aug.	- 1,4	3,7	- 3,0	- 5,1	- 6,3	- 4,7	- 8,0	- 3,3	19,1	1,5	- 1,0	12,9	5,8

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2004 Jan.	- 0,6	- 6,8	1,4	6,2	6,1	20,2	32,1	11,9	2,6	- 0,2	- 1,1	6,5	- 2,7
Febr.	16,6	2,9	- 3,6	13,7	22,4	- 23,5	- 2,7	20,8	- 5,8	0,6	- 0,4	0,5	- 6,5
März	28,7	10,4	9,6	18,3	5,8	- 2,0	10,3	12,3	9,4	0,0	- 0,2	9,4	0,2
April	10,8	16,4	13,3	- 5,6	1,1	15,0	22,0	7,0	13,0	4,5	- 1,2	6,2	3,4
Mai	- 10,4	- 10,6	- 8,3	0,1	6,0	11,1	- 4,9	- 16,0	5,0	4,3	- 0,9	4,9	- 3,3
Juni	- 9,2	- 12,4	- 12,7	3,2	8,5	21,2	- 8,5	- 29,7	7,9	4,0	- 0,3	- 1,8	6,0
Juli	6,4	- 4,1	- 1,5	10,5	1,5	- 3,3	- 9,4	- 6,1	8,0	1,7	0,1	2,3	3,9
Aug.	- 7,4	- 8,1	- 5,4	0,8	5,4	12,1	12,3	0,2	2,8	1,9	- 0,0	5,2	- 4,3
Sept.	5,3	10,7	0,6	- 5,3	- 0,8	11,1	35,0	23,9	9,9	1,1	- 0,3	9,9	- 0,7
Okt.	11,7	- 0,6	1,5	12,3	7,3	18,7	8,1	- 10,6	3,9	2,7	0,6	- 0,5	1,1
Nov.	6,1	11,8	1,1	- 5,7	- 1,8	3,3	41,4	38,1	0,5	2,6	0,8	- 0,9	- 2,0
Dez.	- 14,0	- 1,8	9,9	- 12,2	- 8,2	10,3	- 25,6	- 36,0	2,1	3,7	1,1	- 5,2	2,5
2005 Jan.	20,9	6,3	6,3	14,6	10,2	- 4,8	26,3	31,1	2,3	0,6	- 0,3	0,7	1,3
Febr.	- 2,2	0,6	- 5,1	- 2,8	1,6	1,7	14,0	12,3	4,9	4,1	0,5	4,8	- 4,5
März	8,5	- 1,1	6,2	9,6	9,8	- 10,4	4,0	14,3	10,6	2,6	- 0,0	7,8	0,3
April	63,2	50,8	45,3	12,4	7,5	15,6	56,3	40,7	11,8	- 2,8	- 0,5	10,8	4,2
Mai	- 21,7	- 15,0	- 17,7	- 6,6	- 5,7	- 22,7	- 25,5	- 2,9	- 1,8	- 4,0	- 0,5	2,0	0,7
Juni	- 27,7	- 9,3	- 16,0	- 18,4	- 12,8	49,9	- 6,3	- 56,2	9,1	- 0,4	- 0,6	4,9	5,3
Juli	3,9	2,9	4,5	1,0	- 3,0	3,6	14,3	10,6	6,8	1,8	- 0,7	2,8	2,9
Aug.	2,8	2,7	2,3	0,2	3,4	- 2,5	- 9,2	- 6,6	- 0,1	0,2	- 1,0	- 1,0	1,8

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beihet zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
18,3	35,7	-	7,2	28,3	24,7	8,8	15,9	21,1	17,5	6,9	9,6	4,7	2004 Jan.	
18,9	6,4	-	26,6	2,5	1,7	4,4	2,7	5,9	6,7	14,3	7,5	2,3	Febr.	
-	9,2	-	27,3	33,7	40,7	6,1	34,6	12,3	5,2	9,1	5,3	-	März	
-	4,7	-	20,8	52,6	24,4	9,8	14,6	0,6	8,3	5,8	8,0	5,4	April	
15,5	16,4	-	27,7	35,8	18,7	7,3	11,5	11,0	6,0	3,6	2,1	2,4	Mai	
28,7	3,0	-	26,9	30,3	44,2	6,4	37,8	26,1	12,2	4,3	3,7	4,7	Juni	
-	22,2	-	5,8	27,5	19,7	1,4	13,3	11,9	10,6	6,0	3,9	2,2	Juli	
-	8,5	-	16,3	16,1	29,7	38,7	2,8	35,9	3,4	1,3	11,0	1,3	Aug.	
11,1	1,6	-	34,2	56,6	63,1	4,6	58,5	8,6	2,2	8,3	13,3	0,9	Sept.	
-	6,7	-	3,7	61,5	42,0	10,1	6,4	3,8	27,7	13,9	7,4	1,7	Okt.	
-	14,6	-	45,9	39,0	43,8	50,5	4,3	46,2	13,5	5,7	3,2	4,2	Nov.	
-	20,4	-	71,0	104,7	109,4	38,7	19,7	19,1	39,1	31,6	8,0	1,6	Dez.	
18,2	41,0	-	8,4	0,3	14,6	8,5	23,2	27,8	12,8	0,2	12,4	3,5	2005 Jan.	
29,5	12,2	-	10,3	4,9	5,0	3,7	1,3	5,3	5,2	1,7	1,9	8,9	Febr.	
-	22,7	-	26,1	27,8	35,0	26,9	8,2	18,7	4,1	4,0	0,7	6,5	März	
-	6,5	-	43,6	83,5	55,9	31,9	9,3	22,6	16,7	0,7	13,7	14,7	April	
-	7,4	-	53,1	47,7	35,2	31,2	4,8	26,5	1,9	12,8	7,3	7,6	Mai	
37,3	7,4	-	60,8	69,8	77,1	10,7	66,4	11,0	3,7	0,5	14,7	6,2	Juni	
1,2	6,5	-	49,2	35,4	15,2	9,9	5,4	14,6	5,6	0,0	13,1	0,6	Juli	
-	44,4	-	23,1	36,4	52,5	5,5	46,9	11,9	4,1	10,3	3,2	0,2	Aug.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				insgesamt	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)				
0,0	19,7	3,5	5,0	2,7	8,3	14,1	1,3	2,5	0,5	0,3	0,3	0,3	2004 Jan.	
1,3	1,8	1,1	0,9	0,6	5,7	5,2	1,2	0,9	0,2	0,3	0,3	0,3	Febr.	
0,6	12,2	1,2	2,3	4,4	1,2	0,1	0,1	0,8	0,1	0,5	0,5	0,5	März	
-	0,6	13,0	1,9	2,7	0,4	5,8	5,0	0,9	1,0	0,1	0,3	0,3	April	
1,0	10,7	1,0	2,3	5,3	2,7	8,7	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	Mai	
2,4	10,3	0,6	2,3	8,6	3,3	9,8	0,3	0,8	0,1	0,8	0,1	0,8	Juni	
-	1,0	0,1	1,7	3,6	3,8	8,5	3,9	0,5	0,6	3,9	3,9	4,2	Juli	
2,4	2,9	3,0	0,8	2,5	1,7	0,7	0,7	2,5	0,7	2,5	1,3	0,7	Aug.	
-	3,9	1,5	2,3	9,0	14,6	5,1	0,1	3,9	0,1	3,9	2,3	2,1	Sept.	
-	2,6	29,4	1,4	1,0	0,3	3,5	2,3	3,1	1,3	1,3	1,3	1,4	Okt.	
-	1,9	7,6	0,8	2,1	18,4	29,2	9,5	0,1	0,8	1,9	1,9	0,2	Nov.	
0,1	4,0	0,3	4,8	10,0	29,5	23,5	9,2	7,2	3,9	3,9	3,9	2,2	Dez.	
1,4	4,7	1,1	2,0	17,1	23,2	15,8	0,9	10,3	0,2	0,2	0,2	1,1	2005 Jan.	
-	0,8	5,6	1,3	1,0	1,0	5,2	5,6	0,3	2,2	0,3	0,3	1,4	Febr.	
-	3,3	1,7	2,1	7,4	0,4	5,5	1,0	1,0	1,6	1,6	1,6	3,9	März	
0,8	54,2	0,9	2,3	12,0	2,4	6,9	0,1	0,3	0,4	0,3	0,4	1,8	April	
1,3	50,1	2,4	1,0	9,0	9,0	3,0	0,4	0,3	0,5	0,3	0,5	1,9	Mai	
0,8	6,6	0,7	3,4	5,7	10,0	5,8	1,2	0,1	0,2	0,1	0,2	2,5	Juni	
0,4	1,0	0,6	2,2	0,6	0,6	1,1	0,1	1,5	1,4	1,4	1,4	2,0	Juli	
0,4	7,9	1,6	1,2	8,7	1,7	1,1	0,5	3,9	0,2	3,9	0,2	2,4	Aug.	

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen

M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
361,5	6 093,3	5 739,0	5 770,2	2 090,1	944,5	72,1	1 194,4	1 376,3	92,8	2003 Juli	
362,7	6 089,2	5 741,0	5 779,2	2 078,5	951,1	72,2	1 203,8	1 382,4	91,2	Aug.	
364,8	6 118,0	5 754,9	5 789,2	2 117,6	922,4	73,0	1 203,3	1 382,3	90,6	Sept.	
371,2	6 118,4	5 769,3	5 806,7	2 112,8	934,7	73,9	1 208,4	1 386,3	90,6	Okt.	
379,1	6 179,9	5 818,3	5 851,8	2 151,0	927,4	75,5	1 215,5	1 391,5	90,8	Nov.	
397,9	6 239,4	5 912,6	5 934,1	2 188,8	921,8	74,9	1 232,2	1 424,6	91,8	Dez.	
389,1	6 244,5	5 889,6	5 923,5	2 177,7	904,4	75,1	1 235,3	1 440,2	90,8	2004 Jan.	
393,5	6 263,6	5 891,4	5 924,9	2 171,7	899,4	74,6	1 242,6	1 446,1	90,5	Febr.	
399,6	6 290,5	5 920,7	5 966,5	2 210,4	892,2	73,1	1 250,4	1 450,2	90,3	März	
409,4	6 322,1	5 947,9	5 997,9	2 225,0	894,2	71,7	1 261,1	1 456,8	89,2	April	
416,6	6 366,8	5 980,0	6 023,2	2 235,3	900,5	71,2	1 266,1	1 461,7	88,3	Mai	
423,0	6 433,1	6 021,8	6 060,1	2 275,7	875,9	71,3	1 276,3	1 472,9	88,0	Juni	
436,2	6 417,4	6 028,2	6 069,2	2 260,8	887,0	70,7	1 283,1	1 479,4	88,0	Juli	
433,4	6 384,5	6 000,9	6 045,8	2 223,8	892,2	69,3	1 289,6	1 482,9	88,0	Aug.	
438,0	6 444,1	6 051,3	6 088,9	2 275,5	881,2	67,8	1 293,0	1 483,7	87,7	Sept.	
444,4	6 476,5	6 087,4	6 126,5	2 275,2	906,3	69,7	1 300,1	1 486,6	88,6	Okt.	
448,7	6 504,0	6 128,7	6 165,8	2 305,9	893,7	69,4	1 315,4	1 492,0	89,4	Nov.	
468,4	6 589,6	6 245,0	6 274,3	2 321,0	925,0	71,6	1 344,8	1 521,5	90,5	Dez.	
459,9	6 624,1	6 248,9	6 284,3	2 340,9	901,5	71,4	1 347,7	1 532,6	90,2	2005 Jan.	
463,6	6 661,4	6 255,0	6 292,4	2 340,9	900,0	70,9	1 354,9	1 534,9	90,8	Febr.	
471,8	6 684,8	6 295,3	6 344,2	2 367,7	905,4	70,7	1 370,4	1 538,7	91,2	März	
481,1	6 730,1	6 346,8	6 396,1	2 391,1	922,5	71,6	1 375,9	1 544,3	90,7	April	
485,8	6 759,5	6 372,4	6 427,8	2 418,3	920,4	72,2	1 377,1	1 549,5	90,3	Mai	
496,6	6 912,2	6 487,7	6 538,3	2 644,1	906,1	78,1	1 429,5	1 390,1	90,5	Juni	
506,4	6 936,5	6 503,9	6 570,2	2 652,8	922,7	77,7	1 433,4	1 394,2	89,5	Juli	
500,9	6 860,4	6 466,5	6 536,0	2 604,3	934,5	77,5	1 435,0	1 396,2	88,4	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
99,4	2 183,0	2 107,8	2 071,3	591,1	225,3	17,3	658,5	488,3	90,8	2003 Juli	
99,3	2 193,4	2 117,6	2 082,5	593,2	228,9	17,5	662,7	491,0	89,3	Aug.	
100,2	2 188,3	2 112,7	2 079,6	603,5	217,2	17,5	661,0	491,8	88,5	Sept.	
101,5	2 188,7	2 113,6	2 083,5	606,9	216,1	17,8	661,3	492,8	88,6	Okt.	
103,9	2 211,8	2 137,8	2 105,1	628,8	214,6	18,3	661,2	493,4	88,9	Nov.	
108,5	2 215,1	2 143,0	2 105,2	616,1	216,3	18,5	662,1	502,3	89,9	Dez.	
103,5	2 209,9	2 137,7	2 102,7	626,1	202,7	18,5	662,9	503,6	88,8	2004 Jan.	
104,4	2 213,0	2 140,9	2 103,8	630,1	198,8	18,3	663,3	504,7	88,5	Febr.	
106,7	2 215,1	2 142,0	2 106,6	631,3	200,7	18,0	663,6	504,8	88,2	März	
109,3	2 219,4	2 145,3	2 112,5	637,8	196,2	17,5	668,3	505,6	87,1	April	
111,6	2 229,8	2 154,8	2 118,4	634,1	202,7	16,9	672,6	505,8	86,2	Mai	
113,8	2 229,2	2 151,6	2 114,1	636,3	193,0	16,6	676,9	505,5	85,8	Juni	
117,4	2 226,0	2 149,7	2 113,7	629,2	197,9	16,2	678,5	506,0	85,9	Juli	
116,7	2 232,2	2 153,1	2 119,1	630,6	199,7	16,0	680,3	506,6	85,8	Aug.	
118,0	2 238,1	2 162,0	2 126,3	644,8	191,9	15,9	681,5	506,7	85,5	Sept.	
119,0	2 237,6	2 164,0	2 132,6	642,0	197,5	16,0	684,1	507,0	86,1	Okt.	
121,1	2 258,0	2 187,6	2 153,3	668,5	188,1	15,7	687,1	507,0	86,9	Nov.	
125,9	2 264,6	2 193,8	2 158,6	639,4	208,7	15,7	690,9	516,0	88,0	Dez.	
123,9	2 275,5	2 203,9	2 167,3	661,1	193,9	15,7	691,8	517,0	87,8	2005 Jan.	
124,9	2 278,8	2 208,6	2 170,9	664,8	189,0	15,7	695,8	517,3	88,3	Febr.	
127,4	2 272,0	2 204,8	2 169,7	666,7	183,6	15,5	698,0	517,2	88,7	März	
129,7	2 279,1	2 210,9	2 177,8	669,1	192,2	15,7	695,3	517,3	88,2	April	
130,7	2 285,8	2 217,2	2 182,7	677,7	193,6	15,7	691,4	516,7	87,7	Mai	
134,1	2 288,9	2 220,6	2 182,8	686,7	186,4	16,1	691,0	515,4	87,1	Juni	
136,3	2 289,1	2 221,5	2 185,0	688,3	189,1	16,0	690,0	515,3	86,4	Juli	
135,2	2 290,5	2 224,1	2 185,3	689,5	189,8	15,7	690,5	514,4	85,4	Aug.	

der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlich-

keit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwa- rung an Ansässige im Euro-Wa- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2005 Jan. 28.	894,8	125,6	154,4	23,7	130,7	17,6	6,7	6,7	-
Febr. 4.	899,5	125,5	155,2	23,6	131,6	17,1	6,5	6,5	-
11.	897,1	125,4	151,3	23,7	127,7	18,8	7,7	7,7	-
18.	900,3	125,3	152,6	23,7	128,9	16,8	8,2	8,2	-
25.	913,8	125,2	151,1	23,4	127,7	17,2	8,3	8,3	-
März 4.	906,9	125,2	151,8	23,1	128,6	18,2	7,9	7,9	-
11.	905,4	125,1	151,9	22,9	129,0	18,3	7,6	7,6	-
18.	912,7	125,0	151,8	22,4	129,4	19,3	8,1	8,1	-
24.	926,4	124,9	150,1	22,4	127,7	18,8	8,9	8,9	-
April 1.	3) 927,2	3) 128,1	3) 155,9	3) 22,9	3) 133,0	3) 19,1	9,3	9,3	-
8.	927,2	128,0	156,5	22,8	133,7	19,6	8,7	8,7	-
15.	922,2	128,0	154,9	22,7	132,2	20,0	8,7	8,7	-
22.	934,5	128,0	154,6	22,6	132,0	20,5	9,1	9,1	-
29.	934,5	127,4	155,9	22,5	133,4	20,5	9,7	9,7	-
Mai 6.	927,1	127,4	155,1	22,2	132,8	21,3	8,9	8,9	-
13.	922,9	127,4	155,7	22,4	133,3	20,3	8,9	8,9	-
20.	929,8	127,3	156,2	22,3	133,9	20,1	8,8	8,8	-
27.	927,8	127,3	155,1	22,3	132,8	20,2	9,0	9,0	-
2005 Juni 3.	940,2	127,1	155,6	22,3	133,3	20,1	9,4	9,4	-
10.	938,0	127,0	155,2	22,2	133,0	20,4	9,0	9,0	-
17.	940,8	126,8	152,4	21,3	131,0	20,9	9,3	9,3	-
24.	967,9	126,7	153,0	21,3	131,6	20,3	9,0	9,0	-
Juli 1.	3) 988,4	3) 138,5	3) 162,6	3) 22,2	3) 140,4	3) 21,0	9,2	9,2	-
8.	988,7	138,4	162,5	22,2	140,3	20,9	8,8	8,8	-
15.	979,5	138,3	161,6	22,0	139,6	21,6	9,6	9,6	-
22.	989,7	138,1	161,0	20,5	140,5	21,2	10,4	10,4	-
29.	996,8	138,1	159,6	20,5	139,1	21,5	9,6	9,6	-
Aug. 5.	994,9	138,0	160,4	20,2	140,2	21,5	9,5	9,5	-
12.	987,8	137,9	159,3	20,2	139,1	21,6	9,5	9,5	-
19.	984,1	137,8	159,9	20,2	139,7	21,6	9,6	9,6	-
26.	992,3	137,8	159,5	20,1	139,4	21,6	9,5	9,5	-
Sept. 2.	977,0	137,8	159,7	19,9	139,8	22,0	9,4	9,4	-
9.	979,0	137,8	158,1	19,8	138,2	21,9	9,0	9,0	-
16.	964,2	137,8	159,4	19,8	139,6	21,0	9,2	9,2	-
23.	974,2	137,8	160,7	19,6	141,1	21,2	9,1	9,1	-
30.	3) 996,0	3) 149,9	3) 160,0	3) 19,4	3) 140,6	22,0	9,0	9,0	-
Deutsche Bundesbank									
2003 Nov.	254,4	36,5	44,5	8,5	36,0	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 267,7	36,5	3) 40,1	7,6	3) 32,5	-	0,3	0,3	-
2004 Jan.	258,1	36,5	40,4	7,6	32,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	258,2	36,5	40,4	7,6	32,7	-	0,3	0,3	-
März	3) 256,2	3) 38,3	3) 41,5	7,6	3) 33,8	-	0,3	0,3	-
April	268,0	38,3	42,1	7,9	34,2	-	0,3	0,3	-
Mai	276,6	38,3	41,5	7,8	33,7	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 290,3	3) 35,8	3) 41,2	7,4	3) 33,8	-	0,3	0,3	-
Juli	295,9	35,8	40,4	7,4	33,0	-	0,3	0,3	-
Aug.	284,2	35,8	39,8	7,4	32,4	-	0,3	0,3	-
Sept.	283,6	3) 36,7	3) 39,1	7,0	32,1	-	0,3	0,3	-
Okt.	293,7	36,7	38,2	7,0	31,3	-	0,3	0,3	-
Nov.	298,6	36,7	38,4	6,9	31,5	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 293,5	3) 35,5	3) 35,8	6,5	3) 29,3	-	0,3	0,3	-
2005 Jan.	287,9	35,5	36,2	6,5	29,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	300,1	35,5	35,7	6,4	29,3	-	0,3	0,3	-
März	3) 294,6	3) 36,4	3) 37,4	6,1	3) 31,3	-	0,3	0,3	-
April	299,0	36,4	37,0	6,1	30,9	-	0,3	0,3	-
Mai	304,6	36,4	37,2	6,2	31,0	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 310,7	3) 39,8	3) 38,9	5,8	3) 33,1	-	0,3	0,3	-
Juli	317,5	39,8	38,6	5,0	33,5	-	0,3	0,3	-
Aug.	315,3	39,8	37,6	5,0	32,6	-	0,3	0,3	-
Sept.	3) 325,0	3) 43,3	3) 39,5	5,0	3) 34,5	-	0,3	0,3	-

*) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Euro-
päischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispo-
sitionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzierungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich					
Eurosystem 2)											
353,0	273,0	80,0	-	-	0,0	0,0	3,6	72,6	41,3	120,0	2005 Jan. 28.
357,5	277,5	80,0	-	-	-	0,0	3,4	72,8	41,3	120,1	Febr. 4.
355,5	275,5	80,0	-	-	-	0,0	3,1	73,5	41,3	120,6	11.
356,7	276,5	80,0	-	-	0,2	0,0	3,5	74,8	41,3	121,2	18.
369,5	284,5	85,0	-	-	0,0	0,0	3,3	75,4	41,3	122,6	25.
360,0	275,0	85,0	-	-	0,0	0,0	3,2	76,4	41,3	123,0	März 4.
357,5	272,5	85,0	-	-	-	0,0	3,2	77,7	41,3	122,9	11.
361,5	276,5	85,0	-	-	0,0	0,0	3,5	78,8	41,3	123,4	18.
376,1	291,0	85,0	-	-	0,1	0,0	2,9	79,7	41,3	123,7	24.
366,8	276,0	90,0	-	-	0,7	0,0	2,7	79,7	41,2	124,4	April 1.
365,0	275,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,0	80,7	41,2	124,5	8.
360,5	270,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,1	80,7	41,2	125,2	15.
372,0	282,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,0	80,1	41,2	126,0	22.
370,5	280,5	90,0	-	-	0,0	0,0	2,9	79,8	41,2	126,5	29.
363,2	273,0	90,0	-	-	0,2	0,0	3,0	80,1	41,2	126,9	Mai 6.
357,5	267,5	90,0	-	-	0,0	0,0	2,8	81,1	41,2	128,1	13.
362,5	272,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,0	82,4	41,2	128,3	20.
361,2	271,0	90,0	-	-	0,2	0,0	2,8	82,9	41,2	128,1	27.
372,0	281,5	90,0	-	-	0,5	0,0	2,5	83,2	41,2	129,0	2005 Juni 3.
369,0	279,0	90,0	-	-	0,0	0,0	2,5	84,0	41,2	129,7	10.
373,6	283,5	90,0	-	-	0,1	0,0	2,9	83,4	41,2	130,3	17.
400,1	310,0	90,0	-	-	0,0	0,1	3,1	84,2	41,2	130,3	24.
398,2	308,0	90,0	-	-	0,2	0,0	3,2	85,7	40,7	129,3	Juli 1.
397,5	307,5	90,0	-	-	0,0	0,0	2,9	87,4	40,7	129,6	8.
388,5	298,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,2	85,6	40,7	130,5	15.
398,5	308,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,4	85,9	40,7	130,4	22.
407,0	317,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,3	85,7	40,8	131,3	29.
404,0	314,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,1	85,9	40,8	131,6	Aug. 5.
398,0	308,0	90,0	-	-	0,0	0,0	2,8	86,5	40,8	131,5	12.
393,0	303,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,3	86,3	40,8	131,8	19.
400,0	310,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,2	87,6	40,8	132,2	26.
383,0	293,0	90,0	-	-	0,0	0,0	3,3	88,7	40,8	132,4	Sept. 2.
384,5	294,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,4	89,9	40,8	133,6	9.
369,5	279,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,6	89,6	40,8	133,5	16.
377,6	287,5	90,0	-	-	0,0	0,0	3,6	90,1	40,8	133,5	23.
384,0	293,5	90,0	-	-	0,5	0,0	3,4	90,9	40,7	136,2	30.
Deutsche Bundesbank											
145,4	115,0	30,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	23,3	2003 Nov.
162,3	129,9	32,3	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,0	Dez.
157,4	117,4	40,0	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,0	2004 Jan.
157,6	109,9	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	18,9	Febr.
141,7	94,1	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	30,1	März
153,7	104,3	49,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	29,1	April
173,2	123,7	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,9	Mai
189,4	139,9	49,5	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,1	Juni
196,0	145,1	50,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,1	Juli
184,8	135,3	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,1	Aug.
173,6	127,4	45,6	-	-	0,6	-	0,0	-	4,4	29,5	Sept.
195,1	148,1	46,9	-	-	-	-	0,0	-	4,4	19,0	Okt.
199,8	153,5	46,0	-	-	0,3	-	0,0	-	4,4	19,0	Nov.
190,4	143,0	47,3	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	26,9	Dez.
185,1	134,3	50,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	26,3	2005 Jan.
205,2	151,7	53,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,9	Febr.
184,4	129,9	52,1	-	-	2,4	-	0,0	-	4,4	31,7	März
201,7	148,2	53,5	-	-	-	-	0,0	-	4,4	19,1	April
190,8	139,3	51,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	35,6	Mai
208,1	151,2	55,6	-	-	1,3	-	0,0	-	4,4	19,2	Juni
215,3	163,4	51,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,1	Juli
194,5	142,6	51,9	-	-	0,0	-	0,1	-	4,4	38,6	Aug.
211,2	156,0	54,8	-	-	0,4	-	0,1	-	4,4	26,1	Sept.

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)		
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II								
Eurosystem 4)												
8,3	0,2	11,3	11,3	—	5,6	50,9	—	64,8	57,8	2005 Jan. 28.		
8,0	0,3	11,6	11,6	—	5,6	50,7	—	64,8	57,8	Febr. 4.		
8,2	0,3	9,3	9,3	—	5,6	50,8	—	64,8	57,8	11.		
8,2	0,3	8,4	8,4	—	5,6	51,1	—	64,8	58,6	18.		
8,5	0,3	7,5	7,5	—	5,6	51,6	—	64,8	58,3	25.		
8,3	0,3	9,4	9,4	—	5,6	51,6	—	64,8	58,3	März 4.		
8,2	0,4	9,8	9,8	—	5,6	51,3	—	64,8	58,4	11.		
8,4	0,4	11,2	11,2	—	5,6	51,6	—	64,8	58,1	18.		
9,0	0,4	9,2	9,2	—	5,6	51,5	—	64,8	58,1	24.		
8,9	0,2	9,8	9,8	—	5,7	54,0	—	72,0	58,2	April 1.		
8,9	0,2	10,9	10,9	—	5,7	53,7	—	72,0	58,2	8.		
8,9	0,3	9,6	9,6	—	5,7	54,0	—	72,0	58,2	15.		
8,9	0,3	10,0	10,0	—	5,7	54,0	—	72,0	58,2	22.		
9,2	0,4	10,9	10,9	—	5,7	54,2	—	72,0	58,2	29.		
9,4	0,4	10,9	10,9	—	5,7	54,7	—	72,0	58,2	Mai 6.		
9,3	0,3	10,4	10,4	—	5,7	54,3	—	72,0	58,2	13.		
9,5	0,3	10,7	10,7	—	5,7	55,1	—	72,0	58,2	20.		
10,4	0,2	9,8	9,8	—	5,7	54,0	—	72,0	58,3	27.		
10,2	0,2	10,3	10,3	—	5,7	54,2	—	72,0	58,3	2005 Juni 3.		
9,8	0,2	10,4	10,4	—	5,7	54,7	—	72,0	58,3	10.		
10,1	0,3	8,8	8,8	—	5,7	55,5	—	72,0	58,3	17.		
9,9	0,4	8,5	8,5	—	5,7	55,1	—	72,0	58,3	24.		
9,7	0,3	5)	5)	9,1	5,9	56,9	—	92,3	58,3	Juli 1.		
9,9	0,3	8,9	8,9	—	5,9	56,6	—	92,3	58,3	8.		
10,0	0,4	8,7	8,7	—	5,9	57,0	—	92,3	58,3	15.		
10,0	0,2	9,0	9,0	—	5,9	57,4	—	92,3	58,3	22.		
10,1	0,2	8,0	8,0	—	5,9	57,9	—	92,3	58,3	29.		
10,2	0,3	8,9	8,9	—	5,9	57,8	—	92,3	58,3	Aug. 5.		
10,2	0,3	7,7	7,7	—	5,9	57,3	—	92,3	58,3	12.		
10,3	0,4	8,1	8,1	—	5,9	58,3	—	92,3	58,3	19.		
10,3	0,2	8,0	8,0	—	5,9	58,7	—	92,3	58,3	26.		
11,3	0,5	8,4	8,4	—	5,9	59,0	—	92,3	58,4	Sept. 2.		
10,7	0,2	7,2	7,2	—	5,9	59,2	—	92,3	58,4	9.		
10,6	0,3	7,7	7,7	—	5,9	60,1	—	92,3	58,4	16.		
10,3	0,3	9,5	9,5	—	5,9	60,0	—	92,3	58,4	23.		
11,1	0,2	10,4	10,4	—	5,9	62,3	—	103,7	58,4	30.		
Deutsche Bundesbank												
7,4	0,0	3,2	3,2	—	1,5	12,9	44,4	30,2	5,0	2003 Nov.		
7,7	0,0	2,8	2,8	—	1,4	5)	10,5	44,6	5,0	Dez.		
7,3	0,0	3,1	3,1	—	1,4	11,4	48,1	29,1	5,0	2004 Jan.		
7,0	0,0	3,0	3,0	—	1,4	12,7	49,2	29,1	5,0	Febr.		
6,5	0,0	3,1	3,1	—	1,5	10,8	50,4	5)	32,2	5,0	März	
6,2	0,0	3,4	3,4	—	1,5	10,9	52,3	32,2	5,0	April		
5,8	0,0	2,7	2,7	—	1,5	11,5	53,3	32,2	5,0	Mai		
5,6	0,0	3,4	3,4	—	1,5	32,2	53,9	5)	29,3	5,0	Juni	
5,9	0,0	2,6	2,6	—	1,5	30,3	55,6	29,3	5,0	Juli		
5,8	0,0	2,0	2,0	—	1,5	15,2	58,6	29,3	5,0	Aug.		
5,6	0,0	2,0	2,0	—	1,4	12,0	60,9	29,6	5,0	Sept.		
5,9	0,0	1,3	1,3	—	1,4	24,1	62,3	29,6	5,0	Okt.		
5,6	0,0	1,5	1,5	—	1,4	13,9	63,1	29,6	5,0	Nov.		
5,9	0,0	2,0	2,0	—	1,4	5)	9,7	63,4	5)	27,8	5,0	Dez.
3,5	0,0	2,7	2,7	—	1,4	9,5	64,5	27,8	5,0	2005 Jan.		
3,4	0,0	2,1	2,1	—	1,4	21,0	65,8	27,8	5,0	Febr.		
3,2	0,0	3,1	3,1	—	1,4	9,4	67,9	5)	30,1	5,0	März	
3,4	0,0	2,7	2,7	—	1,4	9,5	68,8	30,1	5,0	April		
3,5	0,0	2,6	2,6	—	1,4	9,6	71,3	30,1	5,0	Mai		
3,3	0,0	2,5	2,5	—	1,5	13,0	72,0	5)	35,9	5,0	Juni	
3,5	0,0	3,0	3,0	—	1,5	10,8	72,6	35,9	5,0	Juli		
3,4	0,0	2,1	2,1	—	1,5	10,5	74,1	35,9	5,0	Aug.		
3,5	0,0	4,1	4,1	—	1,5	11,0	76,4	5)	39,2	5,0	Sept.	

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugewiesenen Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2005 März	2 141	6 767,3	52,9	2 653,6	1 899,4	741,1	3 663,2	460,3	2 546,0	3,1	646,3	137,2	260,5
April	2 140	6 952,1	53,1	2 740,8	1 977,2	748,8	3 749,8	492,7	2 550,2	3,0	694,5	142,8	265,6
Mai	2 136	6 935,7	55,2	2 746,7	1 977,1	756,0	3 720,3	480,8	2 555,1	2,9	674,0	142,4	271,1
Juni	2 129	6 892,6	50,5	2 756,9	1 974,7	767,6	3 678,9	462,6	2 558,7	2,8	648,4	142,6	263,7
Juli	2 118	6 910,8	55,7	2 759,6	1 979,9	764,4	3 687,8	463,4	2 566,1	3,0	649,8	143,7	264,0
Aug.	2 110	6 890,4	53,3	2 735,2	1 956,1	762,2	3 693,0	457,6	2 568,1	2,9	657,5	143,5	265,5
Kreditbanken ⁵⁾													
2005 Juli	250	1 958,0	18,5	773,7	634,8	136,2	987,1	261,8	550,5	1,6	169,8	76,1	102,6
Aug.	249	1 931,7	17,2	760,3	622,8	134,4	976,8	256,4	546,0	1,5	168,2	76,3	101,1
Großbanken ⁶⁾													
2005 Juli	5	1 245,7	10,8	487,8	411,9	73,5	606,4	173,9	307,5	1,2	121,5	63,5	77,3
Aug.	5	1 246,9	9,3	490,0	415,7	71,5	609,2	175,2	306,7	1,2	122,6	63,8	74,6
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2005 Juli	162	604,6	7,0	224,0	164,5	59,3	338,9	67,6	223,7	0,4	46,1	12,6	22,1
Aug.	161	583,7	7,3	216,5	157,4	58,8	324,1	60,9	218,6	0,3	43,1	12,4	23,4
Zweigstellen ausländischer Banken													
2005 Juli	83	107,6	0,7	61,8	58,4	3,4	41,8	20,3	19,3	0,0	2,2	0,1	3,2
Aug.	83	101,0	0,7	53,7	49,7	4,0	43,5	20,3	20,6	0,0	2,5	0,1	3,1
Landesbanken													
2005 Juli	12	1 357,4	4,4	763,5	587,6	166,9	520,1	64,5	364,2	0,3	89,9	27,9	41,4
Aug.	12	1 371,4	3,4	766,6	590,2	166,6	531,4	66,0	371,0	0,3	92,7	27,4	42,7
Sparkassen													
2005 Juli	466	997,1	18,3	235,4	79,8	155,0	707,2	66,7	540,9	0,7	99,0	15,6	20,5
Aug.	463	995,5	18,0	232,7	77,0	155,0	708,5	65,3	542,4	0,7	100,1	15,7	20,6
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2005 Juli	2	229,0	1,1	158,1	109,0	48,0	50,9	11,8	20,5	0,0	18,4	11,7	7,3
Aug.	2	225,7	1,1	155,0	105,0	48,6	50,4	11,4	19,2	0,0	19,6	11,7	7,5
Kreditgenossenschaften													
2005 Juli	1 321	577,8	12,1	149,7	61,9	85,9	393,0	39,1	309,9	0,4	43,2	6,1	16,9
Aug.	1 317	578,2	12,0	148,8	60,7	86,4	394,3	38,5	311,2	0,3	44,0	6,1	16,9
Realkreditinstitute													
2005 Juli	25	893,1	0,9	247,5	150,1	97,4	626,6	10,9	473,4	-	142,3	0,8	17,3
Aug.	25	888,5	1,0	240,7	143,4	97,3	628,3	11,6	472,0	-	144,7	0,8	17,7
Bausparkassen													
2005 Juli	26	189,2	0,0	47,5	33,8	13,6	122,8	1,4	103,3	.	18,1	0,4	18,5
Aug.	26	189,3	0,0	47,6	34,1	13,4	122,7	1,4	103,1	.	18,2	0,4	18,5
Banken mit Sonderaufgaben													
2005 Juli	16	709,2	0,3	384,3	322,8	61,4	280,0	7,2	203,5	-	69,0	5,1	39,5
Aug.	16	710,1	0,6	383,5	322,9	60,5	280,5	6,9	203,2	-	70,1	5,1	40,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2005 Juli	125	464,9	3,7	208,6	157,8	50,6	239,0	43,2	141,4	0,2	54,2	0,9	12,8
Aug.	125	446,2	4,0	188,4	137,0	51,3	241,2	42,6	144,0	0,2	54,4	0,9	11,8
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2005 Juli	42	357,3	2,9	146,7	99,4	47,3	197,2	22,9	122,2	0,2	52,0	0,8	9,6
Aug.	42	345,2	3,4	134,6	87,4	47,2	197,7	22,3	123,4	0,2	51,8	0,8	8,7

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)									
Alle Bankengruppen														
1 912,7	280,8	1 631,8	2 551,9	741,1	323,5	769,7	110,5	614,6	524,1	102,9	1 631,0	286,4	385,4	2005 März
2 035,5	317,8	1 717,6	2 583,3	749,4	352,2	764,8	132,3	614,2	524,1	102,7	1 653,6	291,4	388,2	April
2 007,7	319,3	1 688,3	2 587,8	754,4	354,7	763,2	121,0	613,3	523,7	102,3	1 662,5	292,8	384,9	Mai
1 962,1	299,6	1 662,4	2 569,0	759,7	329,4	766,3	104,0	611,4	522,5	102,3	1 684,4	294,2	382,9	Juni
1 967,2	263,8	1 703,3	2 575,2	760,5	335,9	766,6	106,7	610,5	522,4	101,6	1 687,4	296,7	384,4	Juli
1 945,1	271,8	1 673,3	2 574,0	759,7	339,1	765,4	107,7	608,9	521,8	100,7	1 684,7	296,9	389,6	Aug.
Kreditbanken 5)														
746,2	144,4	601,7	769,6	359,8	168,1	125,5	86,3	107,4	98,2	8,7	213,0	91,8	137,4	2005 Juli
732,1	146,5	585,5	759,4	355,0	169,7	120,6	85,5	105,3	96,6	8,7	210,3	91,9	138,1	Aug.
Großbanken 6)														
481,9	106,5	375,4	459,4	181,2	121,8	84,7	80,8	71,3	69,3	0,4	161,3	50,7	92,5	2005 Juli
481,7	107,3	374,3	460,7	179,5	125,6	84,1	80,8	71,2	69,2	0,4	160,5	50,8	93,3	Aug.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
184,7	22,8	161,8	288,7	165,5	39,7	39,1	5,5	36,1	28,8	8,3	51,7	38,3	41,2	2005 Juli
176,7	25,6	151,1	277,9	163,4	37,2	34,8	4,7	34,1	27,4	8,3	49,8	38,2	41,1	Aug.
Zweigstellen ausländischer Banken														
79,6	15,1	64,5	21,5	13,1	6,5	1,7	-	0,0	0,0	0,1	0,0	2,9	3,7	2005 Juli
73,7	13,6	60,1	20,7	12,1	6,9	1,7	-	0,0	0,0	0,1	0,0	2,9	3,7	Aug.
Landesbanken														
438,9	62,1	376,9	318,7	50,7	39,5	212,8	10,6	15,1	14,3	0,6	484,3	57,6	57,8	2005 Juli
444,9	67,2	377,7	329,5	53,2	43,4	215,5	13,1	16,7	15,8	0,6	480,8	58,4	57,9	Aug.
Sparkassen														
219,0	4,0	215,0	638,3	205,6	47,0	12,0	-	305,6	253,1	68,1	43,0	49,5	47,3	2005 Juli
217,1	3,8	213,3	638,5	206,8	47,0	12,1	-	305,0	252,8	67,5	42,8	49,6	47,6	Aug.
Genossenschaftliche Zentralbanken														
134,6	36,0	98,6	40,8	8,8	13,8	17,0	9,8	-	-	1,1	32,7	10,2	10,8	2005 Juli
133,4	37,2	96,2	37,5	7,7	11,6	17,1	9,1	-	-	1,1	33,4	10,2	11,1	Aug.
Kreditgenossenschaften														
76,6	2,5	74,1	412,9	132,1	50,9	25,3	-	182,1	156,4	22,4	31,0	32,3	25,0	2005 Juli
76,8	2,0	74,9	413,0	133,0	51,0	25,2	-	181,5	156,2	22,2	30,9	32,4	25,1	Aug.
Realkreditinstitute														
171,0	5,3	165,7	154,2	1,2	5,4	147,5	-	-	-	0,2	523,4	22,0	22,5	2005 Juli
162,1	6,5	155,6	155,5	1,1	5,6	148,6	-	-	-	0,1	525,0	22,0	23,8	Aug.
Bausparkassen														
28,2	1,6	26,7	120,5	0,3	0,9	118,7	-	0,4	0,4	0,3	6,3	7,4	26,8	2005 Juli
28,0	1,4	26,6	120,8	0,3	0,9	119,0	-	0,4	0,4	0,3	6,2	7,4	26,8	Aug.
Banken mit Sonderaufgaben														
152,5	8,0	144,6	120,2	2,0	10,3	107,7	-	-	-	0,2	353,8	25,7	56,9	2005 Juli
150,7	7,2	143,5	119,8	2,5	9,8	107,3	-	-	-	0,2	355,3	25,1	59,2	Aug.
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)														
165,3	26,7	138,5	161,8	102,5	19,1	29,9	0,1	6,9	6,7	3,5	101,3	14,7	21,8	2005 Juli
146,7	26,1	120,6	161,5	101,8	19,1	30,3	0,1	6,9	6,7	3,5	101,0	15,4	21,7	Aug.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)														
85,7	11,6	74,0	140,3	89,4	12,6	28,1	0,1	6,9	6,7	3,4	101,3	11,9	18,1	2005 Juli
73,0	12,5	60,5	140,8	89,7	12,2	28,6	0,1	6,9	6,7	3,4	101,0	12,5	17,9	Aug.

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und Deutsche Postbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen

enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:				Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen				Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbständige 4)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					zusammen	Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
729,2	165,0	50,2	207,2	451,8	72,4	949,5	725,1	224,3	114,3	23,0	14,4	3,5	2002		
711,9	160,7	44,0	207,2	437,0	67,7	975,6	744,7	230,9	118,6	21,6	13,7	3,5	2003		
703,2	165,6	45,3	200,7	428,4	66,2	981,2	749,2	232,0	120,9	20,1	13,3	3,3	2004 Juni		
700,4	166,5	43,9	203,0	426,8	64,6	989,9	757,8	232,1	122,5	20,4	13,4	3,2	2004 Sept.		
695,5	163,7	42,5	204,2	419,0	61,7	999,4	762,4	237,0	129,2	19,9	13,2	3,2	2004 Dez.		
690,5	161,6	42,3	201,1	413,7	61,5	994,2	761,7	232,5	129,2	18,7	13,1	3,0	2005 März		
690,1	161,2	41,6	201,5	412,7	60,9	999,3	765,3	234,0	131,7	18,9	13,0	3,1	2005 Juni		
													Kurzfristige Kredite		
123,3	19,8	19,1	34,7	53,8	14,8	48,5	5,2	43,3	2,4	23,0	1,7	0,0	2002		
109,1	17,9	14,6	31,2	49,4	12,9	45,9	5,1	40,8	2,4	21,6	1,2	0,0	2003		
99,9	17,2	14,9	27,4	46,5	12,7	43,5	5,0	38,5	2,3	20,1	1,1	0,0	2004 Juni		
96,2	16,8	12,3	27,5	45,8	12,4	43,7	5,0	38,7	2,3	20,4	1,4	0,0	2004 Sept.		
95,0	15,8	11,5	27,6	44,4	11,4	43,0	4,9	38,0	2,3	19,9	1,1	0,0	2004 Dez.		
93,3	15,2	10,9	26,1	43,3	12,0	41,0	4,6	36,4	2,4	18,7	1,1	0,0	2005 März		
93,4	15,3	10,7	25,9	42,3	11,4	41,2	4,7	36,5	2,3	18,9	1,0	0,0	2005 Juni		
													Mittelfristige Kredite		
63,2	6,2	7,2	16,7	31,2	4,8	71,1	24,7	46,4	35,3	-	0,5	0,1	2002		
62,7	5,7	5,6	18,0	30,4	4,5	73,2	26,2	47,0	37,1	-	0,6	0,1	2003		
63,7	6,8	6,4	17,5	30,0	4,1	73,7	26,5	47,2	38,1	-	0,5	0,1	2004 Juni		
63,9	6,7	6,7	17,7	30,0	4,0	74,5	26,9	47,6	38,3	-	0,5	0,1	2004 Sept.		
62,3	6,5	6,5	17,2	29,6	3,9	73,8	26,9	46,9	37,7	-	0,5	0,1	2004 Dez.		
62,1	6,3	6,8	16,4	29,2	3,8	72,8	26,6	46,2	37,4	-	0,5	0,1	2005 März		
61,2	6,1	6,2	16,1	30,5	3,8	72,0	25,0	46,9	38,6	-	0,5	0,1	2005 Juni		
													Langfristige Kredite		
542,8	139,0	24,0	155,8	366,8	52,8	829,8	695,3	134,6	76,6	-	12,1	3,4	2002		
540,0	137,1	23,8	158,0	357,2	50,4	856,5	713,4	143,1	79,1	-	11,9	3,4	2003		
539,6	141,5	24,0	155,8	352,0	49,3	864,1	717,8	146,3	80,6	-	11,7	3,2	2004 Juni		
540,3	143,0	24,9	157,8	351,1	48,2	871,7	725,8	145,8	82,0	-	11,5	3,1	2004 Sept.		
538,2	141,5	24,5	159,5	345,0	46,4	882,6	730,6	152,0	89,2	-	11,5	3,1	2004 Dez.		
535,2	140,0	24,6	158,6	341,3	45,7	880,4	730,5	149,8	89,4	-	11,5	3,0	2005 März		
535,5	139,8	24,6	159,6	340,0	45,6	886,1	735,6	150,5	90,8	-	11,5	3,0	2005 Juni		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
+ 0,5	+ 2,4	+ 1,9	- 1,6	- 0,9	- 0,3	+ 7,4	+ 5,8	+ 1,6	+ 2,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	2004 2.Vj.		
- 2,8	+ 1,8	- 1,4	+ 1,2	- 1,8	- 1,6	+ 8,7	+ 8,5	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	2004 3.Vj.		
- 2,4	+ 2,2	- 1,3	+ 1,8	- 4,8	- 1,6	+ 3,1	+ 4,9	- 1,9	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	2004 4.Vj.		
- 4,2	- 2,2	- 0,7	- 1,5	- 5,3	- 0,2	- 5,2	- 0,6	- 4,6	- 0,4	- 1,2	- 0,1	- 0,1	2005 1.Vj.		
- 0,4	- 0,5	- 0,8	+ 0,3	- 2,5	- 0,5	+ 5,3	+ 3,6	+ 1,7	+ 2,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	2005 2.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 2,7	+ 0,1	+ 0,7	- 2,0	- 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,0	2004 2.Vj.		
- 3,7	- 0,5	- 2,6	+ 0,1	- 0,7	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	2004 3.Vj.		
- 1,2	- 1,0	- 0,8	+ 0,1	- 1,4	- 1,0	- 0,7	- 0,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	-	2004 4.Vj.		
- 1,7	- 0,6	- 0,6	- 1,5	- 1,1	+ 0,6	- 2,0	- 0,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2005 1.Vj.		
+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	- 1,0	- 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	2005 2.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
+ 2,2	+ 1,3	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2004 2.Vj.		
+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	-	- 0,0	- 0,0	2004 3.Vj.		
- 1,1	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,7	- 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2004 4.Vj.		
+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	- 1,0	- 0,3	- 0,7	- 0,4	-	- 0,0	- 0,0	2005 1.Vj.		
- 0,8	- 0,2	- 0,6	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,7	- 0,0	+ 0,7	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2005 2.Vj.		
													Langfristige Kredite		
+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,0	+ 6,1	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,3	-	- 0,1	+ 0,0	2004 2.Vj.		
+ 0,7	+ 2,3	+ 0,9	+ 0,9	- 0,8	- 1,1	+ 7,8	+ 8,1	- 0,3	+ 1,5	-	- 0,2	- 0,1	2004 3.Vj.		
- 0,2	- 0,9	- 0,3	+ 1,9	- 2,8	- 0,5	+ 4,6	+ 5,1	- 0,5	+ 0,2	-	+ 0,0	- 0,1	2004 4.Vj.		
- 2,7	- 1,5	- 0,0	- 0,2	- 3,8	- 0,7	- 2,2	+ 0,1	- 2,3	- 0,1	-	- 0,1	- 0,1	2005 1.Vj.		
+ 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 1,5	- 0,0	+ 4,4	+ 3,5	+ 0,8	+ 1,4	-	+ 0,0	+ 0,1	2005 2.Vj.		

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zugl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)			Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)			Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Inländische Nichtbanken insgesamt												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2002	2 085,9	575,6	830,6	258,3	572,3	8,8	563,5	575,3	104,4	42,1	27,9	1,5
2003	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3
2004	2 200,0	646,9	851,2	235,0	616,2	8,0	608,2	603,5	98,4	43,7	32,2	10,1
2004 Sept.	2 169,7	649,5	830,4	222,1	608,3	8,0	600,3	591,2	98,6	38,5	32,0	10,2
Okt.	2 172,9	647,2	834,6	223,8	610,8	8,1	602,6	592,3	98,8	41,8	32,1	12,3
Nov.	2 195,4	673,0	830,7	216,9	613,8	8,1	605,6	593,1	98,7	42,1	32,1	14,0
Dez.	2 200,0	646,9	851,2	235,0	616,2	8,0	608,2	603,5	98,4	43,7	32,2	10,1
2005 Jan.	2 209,2	665,9	841,3	223,1	618,1	8,1	610,1	604,1	97,8	43,7	32,1	12,2
Febr.	2 216,1	670,9	843,1	220,4	622,7	8,1	614,6	605,0	97,2	43,7	32,1	14,4
März	2 218,8	673,0	845,1	219,3	625,8	7,5	618,3	605,2	95,5	43,4	31,5	18,7
April	2 226,4	675,9	850,4	222,4	628,0	7,5	620,5	604,9	95,2	43,3	31,5	16,7
Mai	2 232,9	683,9	850,1	225,3	624,8	7,5	617,3	604,1	94,8	43,0	31,8	16,7
Juni	2 238,9	692,5	849,3	223,9	625,4	7,6	617,7	602,7	94,5	43,5	32,2	19,5
Juli	2 245,4	695,2	854,4	227,3	627,1	7,7	619,5	601,9	93,8	43,4	32,4	18,1
Aug.	2 250,3	698,1	858,8	230,7	628,1	7,6	620,5	600,4	93,0	43,5	32,2	21,7
Veränderungen *)												
2003	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	- 20,3	+ 15,6	- 0,5	+ 16,1	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	+ 2,0	+ 7,8
2004	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	- 3,7	+ 29,7	- 0,3	+ 29,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9
2004 Sept.	+ 8,3	+ 10,4	- 1,8	- 2,5	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 2,1
Okt.	+ 3,2	- 2,3	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,0
Nov.	+ 22,5	+ 26,4	- 4,5	- 6,9	+ 2,4	+ 0,0	+ 2,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,7
Dez.	+ 5,6	- 26,0	+ 21,5	+ 18,1	+ 3,4	- 0,1	+ 3,5	+ 10,4	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	- 3,8
2005 Jan.	+ 9,2	+ 19,0	- 9,9	- 11,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,9	+ 0,7	- 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 2,1
Febr.	+ 7,0	+ 5,0	+ 1,8	- 2,7	+ 4,5	+ 0,0	+ 4,5	+ 0,8	- 0,6	- 0,0	+ 0,0	+ 2,2
März	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,0	- 0,8	+ 2,8	- 0,3	+ 3,1	- 1,0	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 4,3
April	+ 7,6	+ 2,9	+ 5,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 2,0
Mai	+ 6,5	+ 8,0	- 0,3	+ 2,9	- 3,2	- 0,0	- 3,2	- 0,8	- 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0
Juni	+ 6,1	+ 8,6	- 0,8	- 1,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	- 1,4	- 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,8
Juli	+ 6,4	+ 2,7	+ 5,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 0,0	+ 1,7	- 0,8	- 0,7	- 0,1	+ 0,2	- 1,4
Aug.	+ 4,5	+ 2,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 1,0	- 0,0	+ 1,1	- 1,5	- 0,8	+ 0,0	- 0,2	+ 3,6
Inländische öffentliche Haushalte												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2002	113,9	16,6	93,3	30,9	62,4	0,9	61,5	2,1	1,9	36,3	1,2	-
2003	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-
2004	103,6	16,8	82,5	30,5	52,0	0,9	51,1	2,7	1,5	34,6	1,1	-
2004 Sept.	109,5	19,6	85,8	32,5	53,4	0,9	52,5	2,5	1,6	33,0	1,1	-
Okt.	101,9	15,4	82,4	28,7	53,7	1,0	52,7	2,6	1,5	32,9	1,0	-
Nov.	102,1	17,0	81,0	27,4	53,6	1,0	52,6	2,6	1,6	33,1	1,1	-
Dez.	103,6	16,8	82,5	30,5	52,0	0,9	51,1	2,7	1,5	34,6	1,1	-
2005 Jan.	104,7	18,7	81,9	30,0	51,9	0,9	51,0	2,6	1,5	34,5	1,1	-
Febr.	105,0	19,7	81,2	29,4	51,8	0,9	50,8	2,5	1,5	34,5	1,1	-
März	101,7	18,2	79,5	29,4	50,2	0,5	49,6	2,4	1,5	34,2	1,1	-
April	98,8	18,0	76,9	27,1	49,8	0,5	49,2	2,4	1,5	34,1	1,1	-
Mai	101,7	19,0	78,5	28,8	49,7	0,5	49,1	2,6	1,6	33,8	1,1	-
Juni	104,5	20,7	79,6	30,4	49,2	0,5	48,6	2,7	1,6	34,0	1,1	-
Juli	103,7	19,0	80,4	31,6	48,8	0,5	48,3	2,8	1,6	33,7	1,1	-
Aug.	104,0	20,1	79,3	31,2	48,1	0,5	47,6	3,0	1,6	33,8	1,0	-
Veränderungen *)												
2003	- 4,8	+ 1,2	- 5,7	- 1,6	- 4,1	- 0,4	- 3,7	- 0,1	- 0,2	- 1,6	- 0,1	-
2004	- 1,9	- 1,0	- 1,5	+ 1,4	- 2,8	+ 0,4	- 3,2	+ 0,7	- 0,1	- 2,2	- 0,1	-
2004 Sept.	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,3	- 1,0	+ 0,0	- 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-
Okt.	- 7,6	- 4,2	- 3,4	- 3,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	-
Nov.	+ 0,1	+ 1,6	- 1,4	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	-
Dez.	+ 2,9	- 0,1	+ 2,9	+ 3,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	-
2005 Jan.	+ 1,1	+ 1,9	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-
Febr.	+ 0,3	+ 1,0	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	-
März	- 3,3	- 1,5	- 1,7	- 0,1	- 1,6	- 0,4	- 1,2	- 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,0	-
April	- 2,9	- 0,3	- 2,6	- 2,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	-
Mai	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	-
Juni	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,6	- 0,5	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,0	-
Juli	- 0,8	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,2	- 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	-
Aug.	- 0,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 0,7	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	-

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2002	1 972,0	559,0	737,3	227,5	509,8	7,9	502,0	573,2	102,5	5,8	26,6	1,5		
2003	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2004	2 096,4	630,1	768,7	204,5	564,2	7,1	557,1	600,8	96,9	9,0	31,1	10,1		
2004 Sept.	2 060,2	629,9	744,6	189,6	555,0	7,1	547,9	588,7	97,0	5,5	30,9	10,2		
Okt.	2 070,9	631,8	752,2	195,1	557,1	7,2	550,0	589,6	97,3	8,9	31,0	12,3		
Nov.	2 093,4	656,0	749,7	189,5	560,2	7,1	553,1	590,5	97,1	9,0	31,1	14,0		
Dez.	2 096,4	630,1	768,7	204,5	564,2	7,1	557,1	600,8	96,9	9,0	31,1	10,1		
2005 Jan.	2 104,5	647,2	759,4	193,1	566,2	7,1	559,1	601,6	96,3	9,2	31,0	12,2		
Febr.	2 111,2	651,2	761,9	191,0	570,9	7,2	563,7	602,4	95,7	9,3	31,0	14,4		
März	2 117,1	654,8	765,6	190,0	575,6	6,9	568,7	602,8	94,0	9,2	30,4	18,7		
April	2 127,6	658,0	773,5	195,3	578,2	7,0	571,2	602,4	93,7	9,2	30,4	16,7		
Mai	2 131,2	664,9	771,6	196,5	575,1	7,0	568,1	601,5	93,2	9,2	30,7	16,7		
Juni	2 134,5	671,8	769,7	193,5	576,2	7,1	569,1	600,0	92,9	9,5	31,1	19,5		
Juli	2 141,6	676,2	774,0	195,7	578,3	7,2	571,2	599,1	92,2	9,7	31,3	18,1		
Aug.	2 146,3	678,0	779,5	199,5	580,0	7,1	572,9	597,4	91,4	9,7	31,2	21,7		
Veränderungen *)														
2003	+ 58,7	+ 47,2	+ 1,0	- 18,7	+ 19,7	- 0,1	+ 19,8	+ 15,1	- 4,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,8		
2004	+ 63,9	+ 25,3	+ 27,4	- 5,1	+ 32,5	- 0,7	+ 33,1	+ 12,5	- 1,3	+ 3,4	+ 1,8	+ 0,9		
2004 Sept.	+ 7,1	+ 9,6	- 2,1	- 3,7	+ 1,6	-	+ 1,6	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1		
Okt.	+ 10,8	+ 1,9	+ 7,6	+ 5,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 1,0	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,0		
Nov.	+ 22,4	+ 24,8	- 3,1	- 5,6	+ 2,5	- 0,0	+ 2,5	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7		
Dez.	+ 2,7	- 25,9	+ 18,6	+ 15,0	+ 3,6	- 0,0	+ 3,6	+ 10,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 3,8		
2005 Jan.	+ 8,0	+ 17,1	- 9,3	- 11,4	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	+ 0,8	- 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 2,1		
Febr.	+ 6,7	+ 3,9	+ 2,5	- 2,2	+ 4,7	+ 0,0	+ 4,6	+ 0,9	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,2		
März	+ 6,3	+ 4,1	+ 3,7	- 0,7	+ 4,4	+ 0,1	+ 4,3	- 0,9	- 0,5	- 0,0	- 0,3	+ 4,3		
April	+ 10,5	+ 3,2	+ 7,9	+ 5,3	+ 2,6	+ 0,1	+ 2,5	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 2,0		
Mai	+ 3,6	+ 6,9	- 1,9	+ 1,2	- 3,2	- 0,0	- 3,1	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0		
Juni	+ 3,3	+ 7,0	- 1,9	- 3,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	- 1,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,8		
Juli	+ 7,2	+ 4,4	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,0	- 0,9	- 0,7	+ 0,2	+ 0,2	- 1,4		
Aug.	+ 4,6	+ 1,7	+ 5,5	+ 3,8	+ 1,7	- 0,0	+ 1,8	- 1,8	- 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 3,6		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2002	700,4	194,6	479,4	99,2	380,2	1,5	378,7	4,4	22,0	5,6	15,8	1,5		
2003	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2004	762,3	202,0	533,4	110,2	423,1	1,7	421,5	5,1	21,8	8,7	18,3	10,1		
2004 Sept.	753,0	212,1	513,9	95,7	418,2	1,9	416,4	5,2	21,8	5,3	18,1	10,2		
Okt.	759,4	210,3	522,0	101,9	420,1	1,8	418,3	5,2	21,9	8,6	18,2	12,3		
Nov.	769,4	221,5	520,9	97,3	423,6	1,7	421,9	5,1	21,9	8,7	18,3	14,0		
Dez.	762,3	202,0	533,4	110,2	423,1	1,7	421,5	5,1	21,8	8,7	18,3	10,1		
2005 Jan.	771,2	218,2	525,9	101,4	424,5	1,8	422,8	5,2	21,9	8,8	18,3	12,2		
Febr.	772,7	217,3	528,5	99,6	428,9	1,9	427,0	5,2	21,8	8,8	18,3	14,4		
März	778,8	218,4	533,3	100,2	433,2	1,9	431,2	5,3	21,8	8,8	18,9	18,7		
April	787,2	218,7	541,4	106,0	435,5	2,0	433,4	5,4	21,7	8,8	18,9	16,7		
Mai	791,5	222,4	541,8	107,3	434,5	2,0	432,5	5,4	21,9	8,8	19,2	16,7		
Juni	792,6	224,5	541,0	105,6	435,4	2,0	433,3	5,2	22,0	9,0	19,6	19,5		
Juli	799,3	226,0	545,9	108,3	437,5	2,1	435,4	5,5	22,0	9,3	19,8	18,1		
Aug.	807,6	229,5	551,0	112,1	439,0	2,0	436,9	5,3	21,8	9,2	19,8	21,7		
Veränderungen *)														
2003	+ 29,6	+ 11,2	+ 17,9	+ 2,9	+ 15,0	+ 0,1	+ 14,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 7,8		
2004	+ 31,1	- 2,3	+ 33,0	+ 7,3	+ 25,7	+ 0,0	+ 25,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9		
2004 Sept.	+ 6,6	+ 8,3	- 1,8	- 3,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1		
Okt.	+ 6,2	- 1,8	+ 7,9	+ 6,2	+ 1,6	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,0		
Nov.	+ 10,0	+ 11,7	- 1,7	- 4,6	+ 2,9	- 0,1	+ 3,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7		
Dez.	- 7,4	- 19,4	+ 12,1	+ 12,9	- 0,8	- 0,0	- 0,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 3,8		
2005 Jan.	+ 9,0	+ 16,2	- 7,4	- 8,8	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 2,1		
Febr.	+ 1,5	- 1,0	+ 2,5	- 1,8	+ 4,3	+ 0,1	+ 4,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 2,2		
März	+ 5,3	+ 1,1	+ 4,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 0,1	+ 3,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 4,3		
April	+ 8,4	+ 0,3	+ 8,1	+ 5,8	+ 2,3	+ 0,1	+ 2,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 2,0		
Mai	+ 4,4	+ 3,8	+ 0,3	+ 1,3	- 1,0	- 0,0	- 0,9	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0		
Juni	+ 1,1	+ 2,1	- 0,8	- 1,7	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,8		
Juli	+ 6,6	+ 1,5	+ 4,9	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 1,4		
Aug.	+ 8,2	+ 3,4	+ 5,2	+ 3,7	+ 1,4	- 0,0	+ 1,5	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 3,6		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck					
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2002	1 271,6	364,5	352,8	61,3	241,4	50,0	11,7	257,9	238,3	35,2	180,5	22,6	
2003	1 301,4	400,4	388,1	66,9	265,1	56,1	12,3	241,0	222,1	29,2	174,5	18,4	
2004	1 334,2	428,1	414,8	71,7	283,5	59,6	13,2	235,3	216,9	25,7	175,1	16,2	
2005 März	1 338,3	436,4	421,6	71,8	289,9	59,8	14,8	232,3	215,3	25,1	174,8	15,4	
April	1 340,4	439,3	425,3	73,9	291,8	59,6	14,0	232,1	215,0	24,7	174,9	15,4	
Mai	1 339,6	442,4	427,7	74,5	293,3	59,9	14,7	229,8	212,6	23,8	174,4	14,4	
Juni	1 341,8	447,4	432,0	75,1	296,3	60,7	15,3	228,7	211,7	23,2	174,2	14,3	
Juli	1 342,4	450,2	435,7	76,2	298,1	61,4	14,5	228,2	211,2	23,2	173,8	14,2	
Aug.	1 338,7	448,5	433,7	76,9	295,5	61,3	14,8	228,5	211,0	23,2	173,7	14,1	
Veränderungen *)													
2003	+ 29,2	+ 36,0	+ 35,3	+ 5,6	+ 23,7	+ 6,0	+ 0,6	- 16,9	- 16,2	- 6,0	- 6,0	- 4,2	
2004	+ 32,8	+ 27,6	+ 26,7	+ 4,8	+ 19,2	+ 2,7	+ 0,9	- 5,6	- 5,1	- 3,5	+ 0,6	- 2,2	
2005 März	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,5	- 1,5	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,2	+ 0,4	- 0,2	
April	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,1	+ 0,9	+ 0,7	- 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	
Mai	- 0,8	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,7	- 2,3	- 2,4	- 1,0	- 0,4	- 1,0	
Juni	+ 2,2	+ 4,9	+ 4,3	+ 0,6	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,1	
Juli	+ 0,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,7	- 0,8	- 0,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	- 0,1	
Aug.	- 3,6	- 1,8	- 2,1	+ 0,7	- 2,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)					Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2002	113,9	45,6	0,9	3,6	41,1	0,0	13,5	18,9	2,5	1,4	14,9	0,1	22,6
2003	108,1	44,2	2,0	5,2	36,9	0,0	12,6	18,5	3,1	1,3	14,1	0,1	21,9
2004	103,6	41,4	0,8	5,8	34,8	0,0	12,9	15,1	2,7	2,2	10,2	0,1	21,5
2005 März	101,7	40,5	0,8	6,8	33,0	0,0	12,8	18,5	4,4	4,0	10,1	0,1	21,1
April	98,8	39,4	0,5	6,4	32,6	0,0	12,8	17,8	4,2	3,5	10,0	0,1	21,0
Mai	101,7	39,2	0,6	6,1	32,4	0,0	12,7	16,3	3,4	2,8	10,1	0,1	20,7
Juni	104,5	39,7	1,1	6,6	31,9	0,0	12,8	19,8	4,8	4,9	10,0	0,1	21,0
Juli	103,7	41,4	0,6	9,3	31,5	0,0	12,9	19,1	4,6	4,4	10,0	0,1	20,5
Aug.	104,0	40,5	1,1	8,2	31,2	0,0	12,9	17,9	3,8	4,1	9,9	0,2	20,5
Veränderungen *)													
2003	- 4,8	- 1,4	+ 1,1	+ 1,7	- 4,2	- 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,7
2004	- 1,9	- 2,8	- 1,2	+ 0,6	- 2,1	+ 0,0	+ 0,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,9	- 1,6	- 0,0	- 2,4
2005 März	- 3,3	- 1,0	+ 0,2	+ 0,4	- 1,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,2
April	- 2,9	- 1,1	- 0,3	- 0,4	- 0,4	-	- 0,0	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,0	-	- 0,1
Mai	+ 2,9	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	-	- 0,0	- 1,4	- 0,8	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3
Juni	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	- 0,5	-	+ 0,0	+ 3,4	+ 1,4	+ 2,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2
Juli	- 0,8	+ 1,7	- 0,6	+ 2,6	- 0,3	-	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,4
Aug.	- 0,0	- 1,2	+ 0,2	- 1,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 1,1	- 0,8	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
19,6	128,3	129,6	6,3	123,3	568,8	559,9	8,9	80,4	0,2	10,8	-	2002	
18,9	106,7	134,3	6,1	128,2	583,5	574,3	9,2	76,5	0,2	12,0	-	2003	
18,4	94,3	141,0	5,5	135,6	595,7	586,3	9,5	75,1	0,3	12,8	-	2004	
17,0	89,8	142,5	5,0	137,5	597,5	587,7	9,8	72,2	0,4	11,5	-	2005 März	
17,1	89,3	142,8	4,9	137,8	597,1	587,3	9,8	72,0	0,4	11,5	-	April	
17,2	89,2	140,6	5,0	135,6	596,1	586,2	9,9	71,3	0,4	11,5	-	Mai	
17,0	87,9	140,9	5,1	135,8	594,8	584,9	9,9	71,0	0,4	11,5	-	Juni	
17,0	87,4	140,8	5,1	135,7	593,7	583,8	9,9	70,3	0,4	11,5	-	Juli	
17,5	87,4	141,1	5,1	136,0	592,1	582,0	10,1	69,7	0,5	11,4	-	Aug.	
Veränderungen *)													
- 0,7	- 21,6	+ 4,7	- 0,2	+ 4,9	+ 14,7	+ 14,4	+ 0,3	- 4,6	+ 0,0	+ 0,6	-	2003	
- 0,5	- 12,3	+ 6,7	- 0,7	+ 7,4	+ 12,2	+ 12,0	+ 0,2	- 1,4	+ 0,1	+ 0,8	-	2004	
- 0,4	- 1,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	- 1,0	- 1,1	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	-	2005 März	
+ 0,1	- 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 0,2	-	+ 0,0	-	April	
+ 0,1	- 0,1	- 2,2	+ 0,0	- 2,2	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	-	Mai	
- 0,2	- 1,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 1,2	- 1,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	-	Juni	
- 0,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	-	Juli	
+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 1,6	- 1,8	+ 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 0,0	-	Aug.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
27,6	10,5	12,2	2,0	3,0	0,2	21,7	2,7	13,7	4,5	0,9	0,1	2002
24,8	9,9	10,1	1,9	2,8	0,2	20,6	2,8	12,5	4,5	0,8	0,0	2003
25,7	10,5	9,6	2,3	3,3	0,3	21,4	2,9	12,9	4,8	0,8	0,0	2004
24,4	9,5	9,3	2,4	3,2	0,3	18,3	3,5	9,3	4,8	0,7	0,0	2005 März
24,3	9,8	8,8	2,4	3,2	0,3	17,3	3,4	8,5	4,8	0,7	0,0	April
26,5	11,1	9,7	2,4	3,3	0,3	19,6	3,9	10,2	4,8	0,8	0,0	Mai
25,3	10,6	9,0	2,4	3,3	0,3	19,7	4,1	9,9	4,9	0,8	0,0	Juni
25,0	10,4	8,9	2,4	3,4	0,3	18,2	3,5	9,0	4,9	0,9	0,0	Juli
27,4	11,5	10,0	2,4	3,5	0,3	18,2	3,7	8,9	4,6	0,9	0,0	Aug.
Veränderungen *)												
- 2,8	- 0,5	- 2,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	2003
+ 0,8	+ 0,5	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	- 0,0	2004
- 0,6	- 0,8	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,7	- 0,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	2005 März
- 0,2	+ 0,3	- 0,5	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	-	April
+ 2,3	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,1	-	Mai
- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,0	-	Juni
- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	-	- 1,5	- 0,7	- 0,9	+ 0,0	+ 0,1	-	Juli
+ 2,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	-	Aug.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			darunter Sonder- spar- formen 2)	darunter Sonder- spar- formen 2)									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2002	586,2	575,3	472,8	343,5	102,4	88,5	10,9	8,1	17,6	111,3	104,4	86,3	6,9
2003	600,4	590,3	500,8	377,1	89,5	76,4	10,1	7,9	16,0	107,2	100,3	83,9	7,0
2004	613,0	603,5	515,5	397,9	88,0	76,7	9,6	7,7	14,2	105,8	98,4	85,2	7,4
2005 April	614,2	604,9	516,7	402,2	88,2	77,8	9,3	7,5	0,3	102,7	95,2	82,0	7,5
Mai	613,3	604,1	516,4	402,2	87,7	77,3	9,2	7,4	0,3	102,3	94,8	81,7	7,5
Juni	611,4	602,7	515,6	401,7	87,1	76,6	8,7	6,9	0,3	102,3	94,5	81,3	7,8
Juli	610,5	601,9	515,5	402,2	86,4	76,1	8,6	6,9	0,4	101,6	93,8	80,6	7,8
Aug.	608,9	600,4	515,0	401,9	85,4	75,1	8,5	6,8	0,3	100,7	93,0	79,9	7,7
Veränderungen *)													
2003	+ 14,2	+ 15,1	+ 28,0	+ 23,8	- 12,9	- 12,1	- 0,8	- 0,2	.	- 4,6	- 4,8	- 3,0	+ 0,1
2004	+ 12,6	+ 13,1	+ 14,7	+ 20,1	- 1,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	.	- 1,0	- 1,5	+ 1,3	+ 0,4
2005 April	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	+ 0,9	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,1	.	- 0,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1
Mai	- 0,9	- 0,8	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,1	.	- 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0
Juni	- 1,9	- 1,4	- 0,8	- 0,4	- 0,6	- 0,7	- 0,5	- 0,4	.	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,3
Juli	- 0,9	- 0,8	- 0,1	+ 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,1	- 0,1	.	- 0,6	- 0,7	- 0,7	+ 0,1
Aug.	- 1,6	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 1,0	- 1,0	- 0,1	- 0,1	.	- 0,9	- 0,8	- 0,8	- 0,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)			Nachrangig begebene		
	darunter:							ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen		
	ins- gesamt 1)	variabel verzins- liche Anlei- hen 2)	Null- Kupon- Anlei- hen 2) 3)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 4) 5)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:			bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)			über 2 Jahre 1)	
						bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2002	1 462,9	339,2	16,1	159,5	34,7	62,3	120,1	1 280,5	9,9	7,8	0,7	1,3	42,4	2,3
2003	1 490,1	353,4	20,8	177,5	39,0	70,1	105,2	1 314,8	2,4	0,6	0,5	1,2	40,2	3,2
2004	1 550,0	382,6	22,9	214,6	36,5	62,1	94,2	1 393,7	2,4	0,5	0,5	1,5	43,3	3,7
2005 April	1 608,5	402,3	24,5	251,5	44,0	70,7	95,0	1 442,8	2,3	0,4	0,4	1,4	45,1	2,5
Mai	1 617,2	403,9	24,3	258,7	42,3	69,5	95,5	1 452,3	2,5	0,6	0,4	1,5	45,3	2,5
Juni	1 638,3	410,8	24,8	261,8	42,4	71,1	95,3	1 471,9	2,3	0,4	0,5	1,5	46,1	2,5
Juli	1 641,5	414,3	25,2	263,3	38,5	69,5	94,5	1 477,4	2,0	0,4	0,5	1,1	45,9	2,5
Aug.	1 639,4	410,2	26,5	267,2	38,4	71,9	91,7	1 475,8	1,9	0,3	0,5	1,1	45,3	2,5
Veränderungen *)														
2003	+ 19,6	+ 7,0	+ 4,7	+ 13,2	+ 3,2	+ 0,1	- 14,9	+ 34,4	+ 2,6	+ 2,9	- 0,2	- 0,1	- 1,5	+ 0,3
2004	+ 57,4	+ 27,9	+ 1,8	+ 34,7	- 7,9	- 8,0	- 11,0	+ 76,4	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 0,5
2005 April	+ 21,2	+ 11,4	- 0,1	+ 10,1	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,0	+ 16,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 1,5	-
Mai	+ 9,0	+ 1,9	- 0,2	+ 7,1	- 1,6	- 1,2	+ 0,5	+ 9,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Juni	+ 21,1	+ 6,9	+ 0,5	+ 3,1	+ 0,1	+ 1,6	- 0,1	+ 19,6	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,0
Juli	+ 0,2	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	- 3,8	- 1,6	- 0,8	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,0
Aug.	- 2,1	- 5,0	+ 1,3	+ 3,9	- 0,1	+ 2,4	- 2,8	- 1,6	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,7	- 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Abgänge im Juni 2002 durch Übergang auf Nettoausweis des Umlaufs (d. h. Abzug der eigenen Schuldverschreibungen). Der statistische

Bruch ist in den Veränderungen ausgeschaltet. — 2 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 3 Emissionswert bei Auflegung. — 4 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 5 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zierungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2004	27	183,9	32,9	0,1	11,6	34,5	63,8	9,3	14,2	0,4	27,5	113,2	4,6	6,8	7,4	96,4
2005 Juni	27	189,3	34,0	0,1	13,7	32,5	63,0	9,4	17,8	0,4	27,8	115,9	4,8	6,4	7,5	7,8
Juli	26	189,2	33,8	0,1	13,7	32,2	63,0	9,5	18,1	0,4	27,8	115,7	4,8	6,3	7,4	7,4
Aug.	26	189,3	34,1	0,0	13,5	31,7	63,4	9,5	18,2	0,4	27,6	116,0	4,8	6,2	7,4	7,8
Private Bausparkassen																
2005 Juni	16	138,5	26,4	0,0	6,4	20,5	45,3	8,6	13,0	0,3	20,4	78,4	4,6	6,4	4,8	4,9
Juli	15	138,2	26,0	0,0	6,4	20,4	45,4	8,6	13,3	0,3	20,4	78,3	4,5	6,3	4,8	4,6
Aug.	15	138,5	26,3	0,0	6,3	20,0	45,8	8,7	13,3	0,3	20,5	78,5	4,6	6,2	4,8	4,9
Öffentliche Bausparkassen																
2005 Juni	11	50,8	7,6	0,0	7,3	11,9	17,7	0,8	4,8	0,1	7,4	37,4	0,2	-	2,7	2,9
Juli	11	51,0	7,8	0,0	7,3	11,9	17,6	0,9	4,9	0,1	7,4	37,4	0,2	-	2,7	2,8
Aug.	11	50,8	7,8	0,0	7,2	11,7	17,5	0,9	4,9	0,1	7,2	37,5	0,2	-	2,7	2,8

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungs- bau- prä- mien 12)	
	eingezahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zuteil- un- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zierungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zuteil- ungen	ins- gesamt	dar- unter Til- gungen im Quartal	ins- gesamt			
							Bauspareinlagen							Bauspardarlehen 9)		
							zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten						zu- sammen		darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten
Alle Bausparkassen																
2004	26,0	3,1	5,4	42,0	28,3	40,3	17,1	4,2	7,8	3,5	15,4	10,4	7,7	13,3	11,0	0,6
2005 Juni	2,1	0,1	0,5	3,7	2,4	3,3	1,4	0,3	0,6	0,3	1,3	10,9	7,8	1,2	2,8	0,0
Juli	2,0	0,1	0,5	4,0	2,8	3,6	1,7	0,5	0,7	0,4	1,2	10,9	7,8	1,1		0,0
Aug.	2,0	0,1	0,5	3,2	2,0	2,9	1,3	0,3	0,4	0,2	1,2	10,9	7,8	1,2		0,0
Private Bausparkassen																
2005 Juni	1,3	0,0	0,3	2,4	1,4	2,3	0,9	0,2	0,3	0,2	1,0	6,5	3,8	0,8	1,8	0,0
Juli	1,3	0,1	0,3	2,7	1,7	2,6	1,1	0,4	0,4	0,3	1,0	6,5	3,8	0,8		0,0
Aug.	1,3	0,1	0,3	2,1	1,1	2,0	0,8	0,2	0,3	0,1	1,0	6,5	3,7	0,7		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2005 Juni	0,7	0,0	0,2	1,2	1,0	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,4	4,1	0,4	0,9	0,0
Juli	0,7	0,0	0,2	1,3	1,0	1,0	0,5	0,2	0,3	0,1	0,2	4,4	4,1	0,4		0,0
Aug.	0,7	0,0	0,2	1,1	0,8	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,5	4,0	0,4		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Sonstige Aktivpositionen
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. Tochter	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslandsstöchter	Bilanzsumme	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite							
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		an deutsche Nichtbanken		an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)				
									insgesamt	zusammen			darunter Unternehmen und Privatpersonen			
Auslandsfilialen																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2002	60	205	1 407,4	679,9	572,3	198,3	374,0	107,6	668,5	484,0	18,8	15,0	465,1	184,6	59,0	
2003	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5	
2004	52	203	1 452,7	681,0	595,7	170,2	425,6	85,2	671,0	477,3	17,1	15,8	460,2	193,7	100,7	
2004 Okt.	53	206	1 454,2	667,4	577,6	171,6	405,9	89,9	693,2	492,1	16,5	15,1	475,6	201,1	93,6	
Nov.	53	205	1 483,9	691,7	602,1	176,7	425,4	89,6	692,1	492,1	16,9	15,6	475,1	200,1	100,1	
Dez.	52	203	1 452,7	681,0	595,7	170,2	425,6	85,2	671,0	477,3	17,1	15,8	460,2	193,7	100,7	
2005 Jan.	52	203	1 499,6	692,2	607,9	174,9	433,0	84,3	698,6	501,7	18,9	17,5	482,8	196,9	108,9	
Febr.	52	203	1 512,5	690,2	609,9	171,0	438,9	80,3	713,4	510,9	18,9	17,6	492,0	202,5	108,8	
März	52	202	1 522,7	701,4	623,9	181,3	442,6	77,5	709,6	503,3	18,4	17,3	485,0	206,2	111,7	
April	52	202	1 568,7	709,0	633,2	191,0	442,1	75,8	744,9	532,5	20,1	18,8	512,4	212,5	114,8	
Mai	54	204	1 613,0	722,6	646,7	194,8	452,0	75,9	772,9	556,7	21,4	20,0	535,3	216,3	117,4	
Juni	54	205	1 658,5	762,2	686,0	194,7	491,3	76,3	779,0	556,1	21,6	20,4	534,4	223,0	117,2	
Juli	54	207	1 626,1	726,3	653,1	176,3	476,8	73,2	779,8	562,8	21,5	20,4	541,3	217,0	120,0	
Veränderungen *)																
2003	- 5	- 3	- 6,8	- 45,3	- 17,4	- 12,7	- 4,7	- 27,9	+ 22,5	- 2,5	+ 0,2	+ 1,7	- 2,7	+ 24,9	+ 15,9	
2004	- 3	+ 1	+207,5	+100,7	+ 90,1	- 15,4	+105,5	+ 10,6	+ 64,2	+ 57,8	- 1,9	- 1,0	+ 59,7	+ 6,4	+ 42,7	
2004 Okt.	-	+ 1	+ 16,5	- 11,0	- 15,0	- 8,1	- 6,9	+ 4,0	+ 20,7	+ 14,0	- 1,2	- 1,2	+ 15,2	+ 6,7	+ 6,8	
Nov.	-	- 1	+ 53,8	+ 33,4	+ 32,9	+ 5,1	+ 27,8	+ 0,5	+ 13,1	+ 10,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 9,6	+ 3,0	+ 7,3	
Dez.	- 1	- 2	- 13,4	- 3,6	+ 0,2	- 6,5	+ 6,7	- 3,8	- 11,1	- 7,6	+ 0,1	+ 0,2	- 7,7	- 3,6	+ 1,3	
2005 Jan.	-	-	+ 16,2	- 0,9	+ 0,9	+ 4,7	- 3,8	- 1,8	+ 10,5	+ 12,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 10,4	- 1,7	+ 6,7	
Febr.	-	-	+ 23,7	+ 2,2	+ 5,9	- 3,9	+ 9,8	- 3,7	+ 21,2	+ 13,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 13,6	+ 7,5	+ 0,4	
März	-	- 1	- 3,0	+ 6,1	+ 9,3	+ 10,3	- 1,0	- 3,2	- 11,4	- 13,2	- 0,6	- 0,3	- 12,6	+ 1,7	+ 2,3	
April	-	-	+ 42,1	+ 6,2	+ 8,0	+ 9,7	- 1,8	- 1,8	+ 33,1	+ 27,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 25,7	+ 5,7	+ 2,8	
Mai	+ 2	+ 2	+ 7,3	+ 1,3	+ 2,0	+ 3,7	- 1,8	- 0,6	+ 8,7	+ 10,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 8,8	- 1,5	- 2,7	
Juni	-	+ 1	+ 32,3	+ 34,7	+ 34,7	- 0,1	+ 34,7	+ 0,0	- 1,5	- 6,3	+ 0,2	+ 0,4	- 6,5	+ 4,7	- 0,9	
Juli	-	+ 2	- 27,2	- 34,1	- 31,2	- 18,4	- 12,8	- 2,9	+ 3,6	+ 9,0	- 0,2	- 0,0	+ 9,2	- 5,4	+ 3,3	
Auslandstöchter																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2002	47	200	704,2	333,7	265,5	125,7	139,8	68,2	300,1	239,1	46,7	42,9	192,4	61,0	70,4	
2003	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6	
2004	45	170	647,7	304,4	236,1	117,1	119,0	68,3	282,1	211,9	38,6	35,0	173,3	70,2	61,2	
2004 Okt.	45	170	636,6	294,8	228,1	116,1	112,0	66,7	280,4	210,4	36,5	34,9	173,9	70,0	61,4	
Nov.	45	170	644,4	297,7	230,2	114,9	115,3	67,5	284,4	212,6	37,8	35,0	174,8	71,8	62,3	
Dez.	45	170	647,7	304,4	236,1	117,1	119,0	68,3	282,1	211,9	38,6	35,0	173,3	70,2	61,2	
2005 Jan.	45	170	648,0	299,9	229,9	110,3	119,6	70,0	284,9	211,1	37,4	34,7	173,7	73,9	63,2	
Febr.	45	171	658,3	305,7	233,5	112,6	120,9	72,1	285,2	207,3	37,0	35,2	170,3	78,0	67,4	
März	45	174	667,6	312,1	238,8	113,7	125,1	73,3	288,4	207,0	37,3	35,5	169,7	81,4	67,1	
April	44	172	664,9	306,6	234,1	112,5	121,6	72,6	289,6	206,7	37,5	35,8	169,2	82,9	68,7	
Mai	44	168	679,1	305,3	233,2	118,4	114,8	72,2	302,0	213,3	38,1	35,5	175,2	88,7	71,8	
Juni	44	165	700,5	321,3	247,9	126,2	121,7	73,3	310,1	215,2	37,2	35,1	178,0	94,9	69,2	
Juli	44	165	689,8	314,1	241,4	125,4	116,0	72,7	308,3	212,5	37,4	35,4	175,0	95,9	67,4	
Veränderungen *)																
2003	- 1	- 21	- 32,8	- 14,0	- 10,7	+ 1,6	- 12,3	- 3,3	- 11,9	- 14,2	- 5,2	- 5,0	- 9,0	+ 2,3	- 6,9	
2004	- 1	- 9	+ 9,3	+ 0,8	- 8,1	- 10,2	+ 2,0	+ 9,0	+ 8,3	+ 1,3	- 2,9	- 2,8	+ 4,2	+ 7,0	+ 0,1	
2004 Okt.	-	- 1	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,7	- 1,4	- 0,6	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,2	
Nov.	-	-	+ 11,9	+ 5,1	+ 3,5	- 1,2	+ 4,7	+ 1,6	+ 5,7	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,1	
Dez.	-	-	+ 6,8	+ 8,5	+ 7,1	+ 2,2	+ 4,9	+ 1,4	- 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 1,5	- 1,0	
2005 Jan.	-	-	- 4,8	- 7,4	- 8,1	- 6,8	- 1,3	+ 0,7	+ 0,9	- 2,7	- 1,2	- 0,4	- 1,6	+ 3,6	+ 1,7	
Febr.	-	+ 1	+ 12,1	+ 6,8	+ 4,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,5	+ 0,9	- 3,2	- 0,4	+ 0,5	- 2,8	+ 4,1	+ 4,4	
März	-	+ 3	+ 6,9	+ 5,1	+ 4,4	+ 1,1	+ 3,4	+ 0,6	+ 2,4	- 1,0	+ 0,4	+ 0,3	- 1,4	+ 3,4	- 0,5	
April	- 1	- 2	- 3,3	- 5,9	- 5,0	- 1,2	- 3,8	- 0,8	+ 1,0	- 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,8	+ 1,5	+ 1,6	
Mai	-	- 4	+ 8,5	- 4,6	- 2,9	+ 5,9	- 8,9	- 1,7	+ 10,4	+ 4,6	+ 0,5	- 0,3	+ 4,1	+ 5,8	+ 2,7	
Juni	-	- 3	+ 19,4	+ 14,7	+ 14,1	+ 7,8	+ 6,3	+ 0,6	+ 7,4	+ 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,1	+ 6,2	- 2,7	
Juli	-	-	- 9,9	- 6,7	- 6,2	- 0,8	- 5,4	- 0,4	- 1,5	- 2,5	+ 0,3	+ 0,3	- 2,8	+ 1,0	- 1,7	

* Ab März 2000 einschl. Auslandsfilialen der Bausparkassen. „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises

werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite													Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken						
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)											
					zu-sammen	kurzfristig		mittel- und langfristig								
						darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen			
1 116,0	758,5	250,1	508,4	357,5	62,6	58,4	55,0	4,2	3,8	294,9	212,1	25,9	53,6	2002		
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	2003		
1 226,9	798,4	295,2	503,2	428,4	61,8	55,7	52,4	6,1	5,8	366,6	139,9	21,7	64,3	2004		
1 217,4	797,9	280,9	516,9	419,6	71,8	64,9	62,1	6,9	6,6	347,8	144,6	27,2	65,0	2004 Okt.		
1 251,2	804,4	280,2	524,3	446,8	64,4	58,2	55,2	6,2	5,9	382,3	139,4	27,2	66,2	Nov.		
1 226,9	798,4	295,2	503,2	428,4	61,8	55,7	52,4	6,1	5,8	366,6	139,9	21,7	64,3	Dez.		
1 266,5	814,2	293,4	520,8	452,3	70,0	63,8	60,6	6,3	5,9	382,3	143,6	21,8	67,7	2005 Jan.		
1 288,0	815,9	294,8	521,1	472,2	70,6	64,5	61,3	6,2	5,9	401,5	136,5	22,9	65,1	Febr.		
1 300,8	828,8	311,2	517,6	472,0	71,8	66,2	63,0	5,6	5,3	400,2	135,3	22,2	64,4	März		
1 339,7	848,9	331,7	517,2	490,8	69,8	64,2	60,9	5,6	5,3	421,0	137,9	22,3	68,8	April		
1 375,9	866,6	333,4	533,1	509,3	69,3	63,7	60,1	5,6	5,3	440,0	145,8	22,5	68,8	Mai		
1 416,1	914,2	359,0	555,1	502,0	68,9	63,5	60,2	5,4	5,1	433,0	150,0	22,8	69,6	Juni		
1 379,8	900,1	350,5	549,6	479,7	69,1	63,9	60,9	5,2	4,9	410,6	148,8	22,8	74,8	Juli		
Veränderungen *)													Auslandstöchter			
+ 34,4	+ 12,6	+ 17,0	- 4,4	+ 21,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 18,1	- 72,6	+ 4,6	+ 26,8	2003		
+ 186,4	+ 93,2	+ 28,1	+ 65,1	+ 93,3	- 4,4	- 4,8	- 4,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 97,7	+ 0,4	- 8,7	+ 29,4	2004		
+ 17,0	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 15,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	- 0,2	- 0,2	+ 12,2	- 3,0	+ 0,1	+ 2,4	2004 Okt.		
+ 53,0	+ 18,4	- 0,8	+ 19,2	+ 34,6	- 7,4	- 6,7	- 7,0	- 0,7	- 0,7	+ 42,0	- 5,3	- 0,0	+ 6,1	Nov.		
- 10,1	+ 2,6	+ 15,0	- 12,4	- 12,7	- 2,6	- 2,5	- 2,8	- 0,1	- 0,1	- 10,1	+ 0,5	- 5,4	+ 1,6	Dez.		
+ 15,8	+ 1,5	- 1,8	+ 3,3	+ 14,3	+ 8,2	+ 8,1	+ 8,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,0	+ 3,7	+ 0,1	- 3,4	2005 Jan.		
+ 29,7	+ 6,7	+ 1,4	+ 5,3	+ 23,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	- 0,1	+ 22,4	- 7,1	+ 1,0	+ 0,0	Febr.		
+ 1,9	+ 6,5	+ 16,4	- 9,9	- 4,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,7	- 0,5	- 0,5	- 5,8	- 1,3	- 0,6	- 3,0	März		
+ 35,9	+ 18,7	+ 20,5	- 1,8	+ 17,3	- 2,0	- 1,9	- 2,1	- 0,1	- 0,0	+ 19,2	+ 2,6	+ 0,0	+ 3,6	April		
+ 10,4	+ 3,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 7,4	- 0,6	- 0,5	- 0,8	- 0,0	- 0,0	+ 7,9	+ 8,0	+ 0,2	- 11,3	Mai		
+ 29,7	+ 41,7	+ 25,6	+ 16,1	- 12,0	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 11,7	+ 4,1	+ 0,3	- 1,8	Juni		
- 32,4	- 12,1	- 8,5	- 3,6	- 20,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,2	- 20,4	- 1,2	- 0,0	+ 6,4	Juli		
503,5	307,7	99,5	208,2	195,7	27,0	22,5	21,1	4,5	4,5	168,7	78,4	43,0	79,3	2002		
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	2003		
462,3	277,5	83,4	194,1	184,9	31,8	27,3	26,5	4,5	4,3	153,1	73,5	39,1	72,7	2004		
455,8	276,8	82,8	194,1	179,0	26,6	22,2	21,3	4,4	4,4	152,3	71,2	39,5	70,1	2004 Okt.		
458,7	279,8	83,1	196,7	179,8	26,3	21,9	21,0	4,4	4,3	152,6	72,5	39,0	74,2	Nov.		
462,3	277,5	83,4	194,1	184,9	31,8	27,3	26,5	4,5	4,3	153,1	73,5	39,1	72,7	Dez.		
460,0	272,0	74,9	197,1	188,0	28,9	24,4	23,0	4,6	4,4	159,0	73,8	39,5	74,7	2005 Jan.		
470,1	283,8	79,7	204,1	186,3	28,7	24,1	22,5	4,6	4,4	157,6	73,7	40,3	74,2	Febr.		
477,1	289,7	79,8	209,9	187,4	29,5	24,8	23,4	4,7	4,5	157,9	74,8	40,7	74,9	März		
479,4	292,8	80,7	212,1	186,6	28,7	23,0	21,0	5,6	5,5	157,9	72,2	40,7	72,6	April		
489,8	298,0	89,1	209,0	191,8	28,3	22,6	20,7	5,6	5,5	163,5	74,3	40,8	74,2	Mai		
508,5	308,6	91,5	217,1	199,9	28,5	22,7	20,9	5,7	5,6	171,5	75,7	41,4	74,9	Juni		
501,2	305,7	92,1	213,6	195,6	27,3	21,5	19,9	5,8	5,7	168,2	75,4	41,4	71,8	Juli		
Veränderungen *)																
- 13,8	- 10,3	+ 0,3	- 10,6	- 3,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,9	- 0,5	- 0,5	- 6,3	- 10,3	- 1,6	- 7,2	2003		
+ 1,4	- 0,7	- 16,4	+ 15,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 5,4	- 2,2	+ 4,7	2004		
+ 3,9	- 1,5	- 1,3	- 0,2	+ 5,3	- 1,3	- 1,4	- 2,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,7	- 0,4	+ 0,2	+ 1,2	2004 Okt.		
+ 6,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 4,9	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 1,6	+ 1,3	- 0,5	+ 4,6	Nov.		
+ 6,6	- 0,4	+ 0,3	- 0,7	+ 7,0	+ 5,5	+ 5,4	+ 5,5	+ 0,1	- 0,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,1	- 1,1	Dez.		
- 6,7	- 8,1	- 8,4	+ 0,3	+ 1,4	- 2,9	- 3,0	- 3,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,4	2005 Jan.		
+ 11,6	+ 12,8	+ 4,8	+ 8,0	- 1,1	- 0,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,9	- 0,3	Febr.		
+ 5,0	+ 4,6	+ 0,1	+ 4,6	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	März		
+ 1,9	+ 2,9	+ 0,9	+ 2,0	- 1,0	- 0,9	- 1,8	- 2,3	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	- 2,6	- 0,0	- 2,6	April		
+ 5,3	+ 1,9	+ 8,4	- 6,5	+ 3,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 3,8	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,1	Mai		
+ 16,8	+ 9,4	+ 2,4	+ 7,0	+ 7,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 7,2	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,6	Juni		
- 6,7	- 2,6	+ 0,6	- 3,2	- 4,1	- 1,1	- 1,2	- 1,0	+ 0,1	+ 0,1	- 3,0	- 0,3	- 0,0	- 2,9	Juli		

angemerkt. —1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsen-

fähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2005 Febr.	7 051,8	141,0	0,5	140,5	141,3	0,8	0,0
März	7 157,8	143,2	0,5	142,6	143,3	0,6	0,0
April	7 180,2	143,6	0,5	143,1	144,0	0,9	0,0
Mai	7 255,5	145,1	0,5	144,6	145,5	0,9	0,0
Juni	7 385,1	147,7	0,5	147,2	147,9	0,7	0,0
Juli	7 483,7	149,7	0,5	149,2	149,8	0,6	0,0
Aug.	7 509,3	150,2	0,5	149,7	150,2	0,6	0,0
Sept. p) 8)	7 560,8	151,2	0,5	150,7	151,4	0,7	...
Okt. p)	149,5
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2005 Febr.	1 870 260	37 405	209	37 196	37 467	271	0
März	1 896 128	37 923	209	37 713	37 981	268	6
April	1 894 850	37 897	209	37 688	38 059	371	0
Mai	1 914 823	38 296	209	38 088	38 463	375	2
Juni	1 938 803	38 776	209	38 567	38 897	330	2
Juli	1 969 869	39 397	208	39 190	39 418	228	3
Aug.	1 951 162	39 023	205	38 818	39 047	229	2
Sept. p)	1 945 542	38 911	205	38 706	39 015	309	0
Okt. p)	1 939 827	38 797	204	38 593

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Euro-

päischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50	2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
4. Jan.	2,75	3,00	3,25				
22. Jan.	2,00	3,00	4,50	2003 7. März	1,50	2,50	3,50
9. April	1,50	2,50	3,50	6. Juni	1,00	2,00	3,00
5. Nov.	2,00	3,00	4,00				
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25				
17. März	2,50	3,50	4,50				
28. April	2,75	3,75	4,75				
9. Juni	3,25	4,25	5,25				
1. Sept.	3,50	4,50	5,50				
6. Okt.	3,75	4,75	5,75				
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50				
31. Aug.	3,25	4,25	5,25				
18. Sept.	2,75	3,75	4,75				
9. Nov.	2,25	3,25	4,25				

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DUG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26		
2001 1. Sept.	3,62	2004 1. Jan.	1,14
		1. Juli	1,13
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71	2005 1. Jan.	1,21
		1. Juli	1,17

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DUG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
	Mio €		% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2005 7. Sept.	447 874	294 500	—	2,00	2,05	2,06	7
14. Sept.	435 111	279 500	—	2,00	2,06	2,06	7
21. Sept.	396 280	287 500	—	2,00	2,06	2,06	7
28. Sept.	364 417	293 500	—	2,00	2,06	2,07	7
5. Okt.	382 662	288 000	—	2,00	2,06	2,07	7
12. Okt.	380 299	281 000	—	2,00	2,07	2,07	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2005 30. Juni	47 181	30 000	—	—	2,06	2,07	91
28. Juli	46 758	30 000	—	—	2,07	2,08	92
1. Sept.	62 563	30 000	—	—	2,08	2,09	91
29. Sept.	52 795	30 000	—	—	2,09	2,10	84

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EONIA 2)	EURIBOR 3)					
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Neun-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
	Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchst-sätze	Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchst-sätze		Monatsdurchschnitte					
2005 März	2,06	1,97 – 2,15	2,12	2,10 – 2,14	2,06	2,09	2,10	2,14	2,19	2,26	2,33
April	2,08	2,05 – 2,45	2,12	2,09 – 2,14	2,08	2,09	2,10	2,14	2,17	2,21	2,27
Mai	2,07	1,98 – 2,12	2,11	2,09 – 2,12	2,07	2,10	2,10	2,13	2,14	2,16	2,19
Juni	2,07	1,70 – 2,20	2,09	2,06 – 2,12	2,06	2,10	2,10	2,11	2,11	2,10	2,10
Juli	2,07	1,92 – 2,12	2,10	2,07 – 2,12	2,07	2,10	2,11	2,12	2,13	2,15	2,17
Aug.	2,08	1,40 – 2,10	2,11	2,09 – 2,13	2,06	2,10	2,11	2,13	2,16	2,19	2,22
Sept.	2,09	2,07 – 2,25	2,12	2,09 – 2,17	2,09	2,11	2,12	2,14	2,17	2,19	2,22

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände o)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		
					Wohnungsbaukredite			Konsumentenkredite und sonstige Kredite					
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Laufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2004 Dez.	1,92	3,24	2,16	3,77	4,78	4,50	4,83	7,94	7,01	5,80	4,34	3,97	4,44
2005 Jan.	1,91	3,23	2,12	3,73	4,78	4,45	4,79	8,07	6,97	5,77	4,41	3,90	4,41
Febr.	1,92	3,26	2,11	3,70	4,74	4,45	4,76	8,06	7,03	5,76	4,39	3,92	4,46
März	1,92	3,22	2,09	3,70	4,75	4,41	4,78	8,07	6,97	5,77	4,38	3,91	4,40
April	1,93	3,22	2,10	3,57	4,69	4,38	4,74	8,02	6,94	5,76	4,34	3,86	4,37
Mai	1,92	3,19	2,10	3,50	4,63	4,36	4,71	8,00	6,87	5,74	4,33	3,85	4,35
Juni	1,92	3,22	2,11	3,55	4,63	4,33	4,67	7,92	6,93	5,72	4,32	3,85	4,35
Juli	1,91	3,18	2,11	3,49	4,58	4,29	4,63	7,89	6,86	5,70	4,30	3,82	4,29
Aug.	1,92	3,18	2,10	3,51	4,55	4,24	4,60	7,96	6,86	5,73	4,25	3,80	4,28

b) Neugeschäft +)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2004 Dez.	0,73	1,95	2,19	2,32	2,00	2,52	0,90	2,08	2,70	3,51		
2005 Jan.	0,74	1,95	2,29	2,54	1,98	2,49	0,93	2,04	2,25	3,26		
Febr.	0,74	1,95	2,19	2,33	1,97	2,49	0,93	2,04	2,25	3,47		
März	0,74	1,93	2,16	2,40	1,96	2,47	0,94	2,00	2,35	3,15		
April	0,74	2,01	2,09	2,32	1,95	2,45	0,95	2,01	2,23	2,92		
Mai	0,75	1,94	2,01	2,20	1,97	2,43	0,95	2,01	2,12	3,31		
Juni	0,69	1,95	2,21	2,20	2,17	2,38	0,91	2,01	2,05	3,57		
Juli	0,68	1,94	2,01	2,19	2,15	2,34	0,94	2,02	2,21	3,11		
Aug.	0,69	1,95	2,07	2,32	2,03	2,31	0,96	2,03	2,22	2,90		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite 2)	Konsumentenkredite				Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite			
		insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2004 Dez.	9,53	7,59	6,73	6,60	7,67	4,07	3,43	3,95	4,49	4,41	3,82	4,59	4,65
2005 Jan.	9,60	8,01	6,97	6,83	8,33	4,07	3,44	3,97	4,43	4,45	3,96	4,64	4,62
Febr.	9,65	7,77	6,20	6,83	8,18	3,98	3,40	3,94	4,39	4,33	4,00	4,73	4,49
März	9,60	7,83	6,62	6,72	8,12	3,97	3,40	3,89	4,35	4,27	3,84	4,60	4,57
April	9,62	7,81	6,60	6,64	8,19	3,95	3,40	3,89	4,36	4,28	3,97	4,71	4,62
Mai	9,64	7,82	6,96	6,56	8,00	3,93	3,38	3,85	4,28	4,20	3,86	4,68	4,61
Juni	9,61	7,72	6,62	6,49	7,90	3,89	3,32	3,76	4,13	4,09	3,84	4,60	4,50
Juli	9,52	7,80	6,67	6,61	7,96	3,87	3,33	3,70	4,06	4,05	3,89	4,54	4,29
Aug.	9,58	7,99	6,99	6,70	8,10	3,91	3,33	3,73	4,04	4,03	3,80	4,59	4,44

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften							
	Überziehungs- kredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2004 Dez.	5,26	3,97	4,67	4,46	3,05	3,55	4,10	
2005 Jan.	5,38	3,97	4,69	4,47	3,02	3,30	4,10	
Febr.	5,30	3,91	4,76	4,36	3,02	3,34	3,81	
März	5,28	3,89	4,51	4,32	3,02	3,48	4,11	
April	5,22	3,88	4,51	4,34	3,00	3,54	3,99	
Mai	5,14	3,91	4,45	4,24	2,99	3,61	3,80	
Juni	5,12	3,87	4,45	4,14	2,92	3,44	3,88	
Juli	5,12	3,86	4,40	4,11	2,96	3,56	3,77	
Aug.	5,04	3,91	4,45	4,13	2,87	3,53	3,80	

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die even-

tuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2004 Aug.	1,91	112 858	3,03	194 631	2,00	70 573	4,82	29 760
Sept.	1,90	111 909	2,97	194 950	2,00	69 114	4,81	29 936
Okt.	1,91	111 286	2,96	195 397	2,01	72 291	4,74	28 853
Nov.	1,90	110 334	2,95	194 704	2,01	69 413	4,71	29 239
Dez.	1,94	112 266	2,92	199 018	2,07	73 428	4,62	29 684
2005 Jan.	1,94	109 623	2,91	198 936	2,05	71 982	4,61	28 809
Febr.	1,92	109 099	2,89	198 918	2,01	70 218	4,56	28 550
März	1,98	107 152	2,88	198 059	2,03	69 433	4,57	28 190
April	1,98	106 627	2,87	198 127	2,03	71 680	4,42	23 890
Mai	1,99	106 379	2,83	195 384	2,03	71 741	4,42	23 881
Juni	1,98	105 056	2,83	195 073	2,03	69 719	4,33	24 559
Juli	1,98	104 577	2,82	194 330	2,03	72 105	4,23	25 296
Aug.	1,97	104 573	2,80	194 000	2,04	74 925	4,20	24 961

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Laufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2004 Aug.	5,24	7 478	4,75	33 203	5,68	890 887	8,77	80 999	6,07	71 478	6,20	331 010
Sept.	5,27	7 597	4,72	33 360	5,67	894 787	8,83	83 016	6,04	70 960	6,20	329 461
Okt.	5,14	7 649	4,67	33 775	5,66	895 414	8,79	80 415	5,95	71 660	6,18	330 628
Nov.	5,12	7 586	4,65	33 278	5,65	896 510	8,72	77 971	5,94	70 561	6,17	328 982
Dez.	5,25	7 637	4,63	33 190	5,63	897 826	8,72	80 598	5,91	70 109	6,23	331 682
2005 Jan.	5,20	7 201	4,60	32 930	5,61	896 162	8,72	79 153	5,88	69 565	6,21	330 629
Febr.	5,14	7 107	4,58	32 852	5,60	895 869	8,77	77 215	5,91	69 138	6,20	329 691
März	5,14	7 152	4,56	33 789	5,59	894 877	8,80	77 975	5,89	69 157	6,20	327 558
April	5,07	7 116	4,58	31 177	5,56	897 746	8,70	76 047	5,86	70 598	6,19	329 222
Mai	4,99	6 983	4,56	30 996	5,54	898 416	8,76	75 999	5,83	71 128	6,19	328 707
Juni	4,99	7 118	4,53	30 947	5,52	899 575	8,77	77 156	5,83	71 357	6,18	328 311
Juli	4,93	7 032	4,49	30 817	5,49	902 650	8,70	75 090	5,79	71 644	6,16	328 183
Aug.	4,95	6 790	4,46	30 944	5,47	904 547	8,73	74 731	5,76	71 856	6,15	328 917

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Laufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2004 Aug.	4,68	170 136	4,21	421	5,19	487 903
Sept.	4,75	171 070	4,25	425	5,25	485 483
Okt.	4,68	169 423	4,18	418	5,23	485 720
Nov.	4,61	174 233	4,14	414	5,20	486 256
Dez.	4,64	166 976	4,15	415	5,19	483 878
2005 Jan.	4,65	163 146	4,12	412	5,15	483 211
Febr.	4,69	164 658	4,09	409	5,14	483 024
März	4,66	164 367	4,06	406	5,12	480 353
April	4,59	163 098	4,04	404	5,09	481 216
Mai	4,61	162 342	4,06	406	5,07	481 891
Juni	4,63	164 192	4,02	402	5,05	478 638
Juli	4,56	160 600	3,99	399	5,01	481 158
Aug.	4,55	156 384	3,96	396	5,00	479 790

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstitutionen (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur neuen Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeit-

punktbezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2004 Aug.	1,16	416 996	1,96	24 546	2,50	701	3,12	2 459	2,11	506 415	2,56	85 491
Sept.	1,17	418 189	1,89	23 981	2,50	913	2,78	2 724	2,13	506 492	2,55	85 177
Okt.	1,17	421 839	1,92	22 905	2,67	960	3,03	2 649	2,13	506 856	2,54	85 738
Nov.	1,15	434 898	1,92	23 384	2,41	856	3,04	2 839	2,16	506 807	2,54	86 549
Dez.	1,17	428 606	1,90	25 470	2,39	929	2,59	2 791	2,13	515 840	2,55	87 804
2005 Jan.	1,19	429 342	1,93	26 734	2,72	1 647	2,89	4 284	2,09	516 803	2,51	87 540
Febr.	1,20	434 050	1,93	22 719	2,52	1 089	2,69	1 796	2,11	517 068	2,51	88 103
März	1,21	436 542	1,91	24 402	2,53	958	2,76	4 236	2,06	516 937	2,49	88 481
April	1,21	439 717	1,88	21 835	2,31	743	2,61	4 268	2,05	517 005	2,47	88 013
Mai	1,23	442 889	1,89	22 796	2,20	1 067	2,49	1 225	2,12	516 455	2,45	87 517
Juni	1,22	448 210	1,89	25 674	2,72	994	2,25	1 031	2,10	515 200	2,40	86 665
Juli	1,17	450 961	1,88	22 781	2,22	1 060	2,35	2 043	2,08	515 042	2,36	85 918
Aug.	1,18	449 145	1,88	24 877	2,37	1 061	2,18	1 477	1,98	514 260	2,33	84 891

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2004 Aug.	1,08	135 739	1,94	30 356	2,56	102	4,29	1 823
Sept.	1,11	138 157	1,95	30 538	2,51	274	3,94	2 033
Okt.	1,13	137 992	1,97	29 266	2,56	258	4,13	1 151
Nov.	1,13	142 752	1,95	29 259	2,24	176	4,04	2 678
Dez.	1,14	144 569	2,02	51 843	2,39	211	3,81	2 215
2005 Jan.	1,19	140 648	2,03	39 113	2,50	181	3,50	1 526
Febr.	1,20	140 178	1,97	33 053	2,24	134	3,93	1 055
März	1,22	140 864	1,96	36 334	2,57	236	3,58	996
April	1,24	144 016	1,97	35 595	2,35	314	3,56	907
Mai	1,24	144 622	1,98	35 025	2,27	194	3,87	636
Juni	1,24	148 194	1,97	48 861	2,08	235	4,10	1 211
Juli	1,25	149 050	1,98	36 761	2,20	128	3,38	1 113
Aug.	1,27	151 278	1,99	41 341	2,35	98	3,58	596

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)								Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)					
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
		effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
2004 Aug.	8,13	5,42	1 090	6,44	5 187	9,16	3 038	3,52	8 837	5,07	1 379	5,17	1 365
Sept.	8,03	5,09	1 365	6,41	4 878	9,19	3 058	3,42	9 097	4,88	1 474	5,07	2 577
Okt.	7,95	4,77	1 210	6,30	4 579	9,17	2 927	3,74	7 395	4,80	1 590	4,90	1 415
Nov.	7,70	4,86	1 251	6,20	4 159	8,88	3 133	3,46	8 436	4,84	1 164	4,75	1 989
Dez.	7,18	4,90	1 550	5,95	4 551	8,04	2 846	3,44	10 026	4,54	2 853	4,68	2 967
2005 Jan.	7,94	4,98	1 347	6,38	4 289	9,05	2 847	3,68	9 059	4,64	1 578	4,67	2 251
Febr.	7,92	4,85	1 531	6,35	3 720	8,98	2 743	3,66	4 633	4,68	1 182	4,38	1 653
März	7,82	4,73	1 648	6,26	4 173	8,90	3 353	3,71	7 213	4,72	1 700	4,58	2 224
April	7,84	4,90	1 405	6,15	4 809	8,94	3 627	3,70	7 385	4,79	1 415	4,61	2 157
Mai	7,87	5,47	1 324	6,04	3 972	8,93	3 085	3,61	8 078	4,75	1 488	4,58	1 620
Juni	7,86	5,35	1 515	6,09	4 707	8,73	3 779	3,65	8 095	4,69	2 177	4,60	2 597
Juli	7,94	5,37	1 180	6,19	4 978	8,74	3 699	3,65	8 413	4,62	1 941	4,44	2 397
Aug.	7,98	5,55	1 090	6,23	4 074	8,70	3 488	3,63	8 487	4,65	1 563	4,54	2 487

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PANGV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte												
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)												
Überziehungskredite 11)		insgesamt			variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2004 Aug.	10,33	53 601	4,88	4,37	2 071	4,59	2 291	5,04	3 844	4,99	2 648	
Sept.	10,33	55 219	4,87	4,44	2 058	4,53	2 371	4,96	4 139	4,97	2 551	
Okt.	10,26	53 107	4,78	4,30	3 091	4,48	2 343	4,89	4 077	4,88	2 730	
Nov.	10,22	50 788	4,72	4,45	1 887	4,40	2 131	4,78	3 961	4,76	3 164	
Dez.	10,30	52 435	4,61	4,37	2 292	4,29	2 682	4,63	5 217	4,67	3 598	
2005 Jan.	10,32	50 978	4,55	4,37	2 467	4,20	2 321	4,56	4 631	4,62	3 507	
Febr.	10,30	50 158	4,49	4,35	1 668	4,20	1 962	4,51	3 504	4,48	2 816	
März	10,36	50 933	4,49	4,34	2 078	4,13	2 210	4,47	4 901	4,52	3 655	
April	10,37	48 690	4,50	4,28	2 786	4,13	2 376	4,50	5 023	4,58	3 484	
Mai	10,46	48 565	4,40	4,33	2 075	4,08	2 204	4,39	4 412	4,40	3 324	
Juni	10,38	49 871	4,27	4,25	2 196	4,01	2 449	4,22	5 527	4,26	4 262	
Juli	10,35	47 624	4,22	4,15	3 353	3,94	2 699	4,17	6 315	4,23	4 226	
Aug.	10,40	48 289	4,24	4,30	2 022	3,90	2 536	4,15	6 280	4,26	5 120	

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)			von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2004 Aug.	6,25	77 547	4,42	6 177	5,08	1 030	5,00	1 098
Sept.	6,25	81 220	4,51	7 522	4,92	1 207	4,97	1 216
Okt.	6,11	79 457	4,55	7 213	4,96	1 238	4,92	1 200
Nov.	5,96	80 969	4,61	6 218	4,83	1 336	4,62	1 141
Dez.	6,01	76 804	4,50	6 458	4,75	1 520	4,64	2 147
2005 Jan.	5,89	74 567	4,44	5 388	4,82	1 205	4,59	1 497
Febr.	5,88	78 066	4,34	5 232	4,84	1 094	4,58	1 160
März	5,99	74 692	4,36	7 033	4,67	1 298	4,71	1 341
April	5,92	71 303	4,44	6 588	4,64	1 121	4,68	1 329
Mai	5,95	71 559	4,38	6 289	4,56	1 065	4,38	1 835
Juni	5,97	72 936	4,41	7 080	4,50	1 346	4,43	1 308
Juli	5,95	69 329	4,37	6 987	4,54	1 242	4,41	1 542
Aug.	5,96	67 928	4,29	6 320	4,54	1 741	4,42	1 356

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre			von über 5 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2004 Aug.	3,26	28 221	3,60	3 766	4,70	3 971
Sept.	3,31	31 752	3,65	4 204	4,41	5 135
Okt.	3,26	30 755	3,85	3 246	4,51	4 502
Nov.	3,16	30 886	3,68	3 855	4,46	4 913
Dez.	3,34	43 091	3,95	7 061	4,33	8 560
2005 Jan.	3,35	34 508	3,75	4 041	4,27	4 889
Febr.	3,40	26 543	3,66	3 928	3,99	5 083
März	3,23	44 390	3,59	5 771	4,28	6 314
April	3,12	49 798	3,76	4 657	4,28	5 827
Mai	3,11	42 311	3,68	5 578	3,94	5 733
Juni	3,15	45 170	3,67	5 302	4,05	6 020
Juli	3,15	42 996	3,82	4 692	4,09	5 191
Aug.	3,17	40 536	3,72	4 520	4,08	5 374

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt
1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1992	291 762	284 054	106 857	- 175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	- 200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	- 1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	- 65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	- 1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	- 350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	- 2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	- 853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946
2002	175 219	124 035	47 296	14 506	62 235	51 184	63 734	13 536	50 198	-	111 485
2003	185 193	134 455	31 404	30 262	72 788	50 738	95 252	35 748	59 504	-	89 941
2004	240 861	133 711	64 231	10 778	58 703	107 150	107 071	121 841	- 14 770	-	133 790
2005 Juni	45 750	24 791	23 869	- 4 621	5 542	20 959	11 848	7 670	4 178	-	33 902
Juli	2 654	8 728	- 5 198	- 1 673	15 599	- 6 074	- 13 000	- 5 507	- 7 493	-	15 654
Aug.	1 008	- 4 624	1 868	- 634	- 5 857	5 632	3 602	3 648	- 46	-	2 594

Aktien							
Zeit	Absatz			Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)	
Mio DM							
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	8 055
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	8 485
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	659
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	2 932
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 678
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353
Mio €							
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877
2000	140 461	22 733	117 728	164 654	23 293	141 361	24 193
2001	82 665	17 575	65 090	2 252	14 714	12 462	84 917
2002	37 404	9 232	28 172	16 472	23 236	39 708	20 932
2003	14 046	16 838	2 791	14 631	7 056	21 687	28 678
2004	3 157	10 157	7 002	7 783	5 045	2 738	4 627
2005 Juni	-	388	702	1 090	34 782	23 504	34 394
Juli	513	428	85	662	2 164	2 826	1 175
Aug.	1 225	163	1 062	360	2 647	2 287	865

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräuße-

rung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005 Mai	76 638	53 580	2 050	4 609	11 778	35 143	3 062	19 996	400
Juni	116 419	85 669	1 667	15 010	19 458	49 535	1 673	29 077	–
Juli	94 505	64 022	3 202	7 988	13 493	39 339	3 172	27 311	–
Aug.	63 458	47 147	968	7 781	12 340	26 058	710	15 602	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	19 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005 Mai	34 771	19 220	1 473	1 593	2 609	13 545	2 272	13 278	400
Juni	57 114	41 201	1 055	10 085	6 736	23 326	935	14 978	–
Juli	45 080	28 579	1 897	6 449	4 779	15 454	2 250	14 251	–
Aug.	24 399	15 695	662	5 467	3 550	6 016	675	8 029	–
Netto-Absatz 6)									
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	– 175	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	– 13 156	27 721	180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	– 6 897	50 914	– 62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	– 354	32 039	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	– 16 705
2001	84 122	60 905	6 932	– 9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005 Mai	3 985	5 996	573	– 2 724	697	7 450	– 2 095	4 105	– 1 013
Juni	31 033	26 231	– 496	1 815	4 381	20 531	– 2 178	6 980	– 5 887
Juli	25 718	6 862	– 675	– 4 692	2 247	8 632	357	18 499	– 1 749
Aug.	– 4 836	1 868	– 786	– 4 091	2 358	4 387	685	– 7 389	– 3 908

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Mio DM									
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005 Juni	2 904 711	1 781 176	162 431	542 748	350 108	725 889	77 124	1 046 411	146 207
Juli	2 930 429	1 788 038	163 106	538 056	352 354	734 521	77 481	1 064 911	144 458
Aug.	2 925 594	1 789 906	162 320	533 966	324 314	769 307	78 166	1 057 522	140 550

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)

Stand Ende August 2005

Restlaufzeit	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
bis unter 2	992 886	653 237	61 271	209 128	107 229	275 611	20 559	319 089	39 440
2 bis unter 4	697 449	461 541	50 637	159 377	92 072	159 457	12 339	223 569	62 028
4 bis unter 6	463 910	281 607	23 386	104 534	52 572	101 117	16 283	166 020	22 196
6 bis unter 8	256 220	128 737	21 630	31 601	19 201	56 306	8 687	118 796	4 300
8 bis unter 10	235 448	110 983	5 178	16 656	18 266	70 884	12 257	112 209	5 149
10 bis unter 15	111 553	100 121	134	7 425	9 240	83 323	1 754	9 676	3 948
15 bis unter 20	25 787	13 464	85	1 448	8 656	3 274	245	12 078	1 743
20 und darüber	142 343	40 215	-	3 799	17 078	19 337	6 041	96 087	1 747

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtlichen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtgeführten Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von						Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)	
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung					
Mio DM												
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	-	732	3 030	-	942	364 548
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	-	10	707	-	783	533 920
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	-	447	5 086	-	1 367	519 280
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	-	623	13 739	-	2 133	553 110
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	-	3 056	833	-	2 432	723 077
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	-	2 423	197	-	1 678	1 040 769
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	-	4 055	3 905	-	1 188	1 258 042
Mio €												
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	-	2 099	1 560	-	708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	-	1 986	1 827	-	1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	-	1 018	905	-	3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	4 886	1 291	1 690	-	868	-	-	2 152	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	-	322	-	-	10 806	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	-	220	-	-	1 760	887 217
2005 Juni	164 702	136	186	72	64	1	-	134	167	-	221	943 114
Juli	164 727	25	192	281	18	7	-	292	44	-	137	964 930
Aug.	165 037	307	120	78	15	7	-	83	340	-	170	957 320

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7 771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Geregelteten Markt oder zum Neuen Markt (Börsen-

segment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)										Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien			
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)		
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)										
% p.a.											Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	.	134,92	1 545,05		
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	.	191,13	2 266,68		
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	.	176,87	2 106,58		
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88		
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69		
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69		
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39		
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14		
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61		
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10		
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63		
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	4,5	117,36	97,09	252,48	3 965,16		
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08		
2005 Juni	2,9	2,9	2,9	3,1	2,8	3,3	3,6	3,0	123,30	103,01	286,15	4 586,28		
Juli	2,9	3,0	3,0	3,2	2,8	3,3	3,5	3,0	122,52	102,14	304,73	4 886,50		
Aug.	3,0	3,0	3,0	3,2	2,9	3,4	3,5	3,0	122,90	102,81	302,19	4 829,69		
Sept.	2,9	2,9	2,9	3,1	2,8	3,2	3,3	2,9	122,50	102,33	315,92	5 044,12		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb							
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer						Ausländer 5)
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	Nichtbanken 3)		Ausländer 5)						
			zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds			Offene Immobilien-fonds			zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile		
Mio DM																
1992	81 514	20 474	- 3 102	-	- 9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	- 4		
1993	80 259	61 672	20 791	-	- 6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001		
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	- 689	116 094	22 770	5 052		
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	- 1 049		
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	- 2 318		
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	- 4 172		
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775		
Mio €																
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761		
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002		
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951		
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680		
2003	48 016	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	4 073	49 860	- 2 658	734	52 518	3 339	- 1 844		
2004	13 404	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	11 951	8 340	8 446	3 796	- 106	8 155	5 064		
2005 Juni	9 458	5 714	1 635	108	1 179	291	4 079	3 744	9 231	1 261	1 060	7 970	2 684	227		
Juli	10 864	7 235	4 009	1 122	2 382	311	3 226	3 629	8 923	1 610	444	7 313	3 185	1 941		
Aug.	7 009	3 962	1 717	141	1 205	39	2 245	3 047	6 228	862	404	5 366	2 643	781		

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch

Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen		Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 5)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern	insgesamt 3)	Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- aufwand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finan- zierungs- hilfen 4)							
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	- 131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	- 129,4
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	- 106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	- 106,5
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	- 110,1	731,2	743,8	- 12,5	1 664,9	1 787,5	- 122,6
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	- 121,5	769,4	784,0	- 14,6	1 665,6	1 801,6	- 136,1
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	- 94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	- 91,7
1998	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	- 56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 765,5	1 818,9	- 53,4
1999	566,1	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	- 26,8	429,1	425,6	+ 3,5	925,2	948,6	- 23,4
2000 p)	612,3	467,3	595,5	169,3	73,7	205,7	67,6	40,7	37,9	+ 16,8	433,8	434,3	- 0,5	974,6	958,2	+ 16,4
2001 6) p)	554,0	446,2	598,2	169,9	69,8	212,5	66,6	40,1	39,2	- 44,2	445,1	449,1	- 4,0	921,9	970,1	- 48,2
2002 ts)	550,7	441,7	607,8	173,3	69,5	225,7	66,1	38,7	33,5	- 57,0	457,7	466,0	- 8,3	923,7	989,1	- 65,4
2003 ts)	547,5	442,2	615,0	174,0	68,8	236,2	65,7	36,3	34,8	- 67,5	467,8	474,4	- 6,6	925,9	1 000,0	- 74,1
2004 ts)	543,7	443,0	610,1	173,5	68,5	237,9	64,8	34,4	29,9	- 66,4	470,1	468,7	+ 1,4	925,1	990,1	- 65,0
2004 1.Vj. p)	116,3	96,9	158,5	41,7	15,7	63,0	25,3	5,4	6,3	- 42,1	116,4	116,8	- 0,4	206,4	248,9	- 42,5
2.Vj. p)	132,9	112,9	141,5	41,5	15,5	59,4	10,0	6,8	6,3	- 8,6	115,8	116,4	- 0,6	226,0	235,2	- 9,2
3.Vj. p)	133,6	107,8	152,1	41,9	16,1	57,5	20,4	8,5	6,3	- 18,6	114,0	116,0	- 2,1	226,5	247,1	- 20,6
4.Vj. p)	159,7	125,6	157,3	46,6	20,7	56,1	8,7	12,6	10,7	+ 2,4	121,6	118,7	+ 2,9	263,6	258,3	+ 5,3
2005 1.Vj. p)	121,7	99,2	159,9	41,1	15,2	66,3	25,2	4,6	6,6	- 38,2	117,1	117,5	- 0,4	211,3	249,9	- 38,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die

Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 4 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 5 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 6 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 4)	292,1	265,2	193,4	200,9	50,7	53,6	122,4	120,5	25,6	25,6
2001 p)	240,6	261,3	184,6	207,1	50,4	52,6	119,5	123,2	24,8	25,2
2002 ts)	238,9	271,6	183,5	207,5	48,0	53,3	119,9	124,5	25,1	25,3
2003 ts)	239,6	278,8	182,9	208,8	49,1	53,5	117,1	125,0	24,7	25,5
2004 ts)	233,8	273,6	186,4	207,8	48,4	52,1	120,8	124,7	25,0	25,1
2004 1.Vj. p)	44,8	73,4	42,7	52,1	11,1	12,8	25,8	29,7	5,4	5,5
2.Vj. p)	56,4	62,3	46,3	51,0	11,3	11,5	28,8	29,0	5,7	5,8
3.Vj. p)	58,3	71,2	45,2	49,9	12,5	12,5	29,9	30,5	6,2	6,2
4.Vj. p)	74,4	66,7	51,7	54,3	13,1	15,0	35,9	34,9	7,6	7,5
2005 1.Vj. p)	46,0	74,9	45,8	52,9	10,8	12,5	25,7	29,4	5,6	5,5
2.Vj. p)	61,4	66,0	47,0	50,2	11,6	11,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten und Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1997	1998	1999	2000 1)	2001	2002	2003	2004 ts)
Einnahmen	1 731,7	1 779,3	945,0	967,0	952,6	955,2	963,7	958,7
darunter:								
Steuern	857,2	897,3	490,5	511,7	488,3	485,4	489,6	487,2
Sozialbeiträge	720,2	727,8	375,4	378,4	383,7	389,2	394,4	395,3
Ausgaben	1 830,7	1 862,9	974,3	990,7	1 012,2	1 034,7	1 050,3	1 039,9
darunter:								
Vorleistungen	150,6	154,3	83,5	82,4	85,2	88,7	89,2	89,5
Arbeitnehmerentgelte	319,4	319,8	165,6	166,1	166,2	169,1	169,0	168,7
Zinsen	126,7	129,0	63,2	65,1	64,5	62,9	64,6	62,9
Sozialleistungen 2)	984,7	998,4	523,1	532,7	551,2	574,1	588,1	586,6
Bruttoinvestitionen	69,0	69,4	37,6	36,8	36,8	35,5	32,9	30,7
Finanzierungssaldo	- 99,0	- 83,6	- 29,3	- 23,7	- 59,6	- 79,6	- 86,6	- 81,2
Nachrichtl. „Maastricht-Abgrenzung“:								
Defizit in % des BIP 3) 4)	2,7	2,2	1,5	1,2	2,9	3,8	4,1	3,7
Schuldenstand	2 234,9	2 317,6	1 224,3	1 231,0	1 241,5	1 293,0	1 381,0	1 451,0
in % des BIP 3)	60,6	61,2	61,9	60,4	59,6	61,2	64,8	66,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG '95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese Erlöse (50,8 Mrd €) beim Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (27,1 Mrd € bzw. 1,3% des BIP) ausgewiesen wird. — 2 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen. — 3 Im europäischen Haus-

haltsüberwachungsverfahren wird im laufenden Jahr bei der Ermittlung der Defizit- und Schuldenquoten noch ein BIP ohne Berücksichtigung unterstellter Bankdienstleistungen (FISIM) zu Grunde gelegt. Die dementsprechend hier ausgewiesenen Quoten liegen deshalb höher als bei Ermittlung auf Basis des vom Statistischen Bundesamt gemäß Rechenstand August 2005 veröffentlichten BIP (Defizitquote um bis zu 0,1 Prozentpunkt, Schuldenquote um bis zu 1 Prozentpunkt). — 4 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinszahlungen aus Swappgeschäften und Forward Rate Agreements berechnet.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter: in den neuen Bundesländern	
				zusammen	darunter: neue Bundesländer				
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+ 137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+ 359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	- 714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	- 117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+ 164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+ 1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	- 104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+ 12
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	.	18 560	52 490	4 769	+ 51
2003	442 235	390 437	214 002	155 510	.	20 925	51 671	4 751	+ 127
2004	442 966	386 459	208 919	157 900	.	19 641	56 365	5 243	+ 142
2005 1.Vj.	100 046	85 690	42 005	35 976	.	7 708	10 952	1 164	+ 3 405
2.Vj.	...	96 535	52 716	39 438	.	4 381
2005 April	.	27 255	15 040	10 963	.	1 253	.	.	.
Mai	.	31 333	16 961	12 805	.	1 566	.	.	.
Juni	.	37 947	20 715	15 671	.	1 562	.	.	.
Juli	.	29 328	15 851	11 909	.	1 568	.	.	.
Aug.	.	28 609	15 801	11 172	.	1 635	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den Einkommensteuern 9)
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Umsatzsteuern 5) 6)								
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlage 6) 7)					
1991	615 506	298 804	214 175	41 532	31 716	11 381	179 672	98 797	80 875	5 986	92 583	29 113	8 307	38 356	
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	104 802	32 963	7 742	43 328	
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 678	34 720	7 240	44 973	
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 410	36 551	7 173	45 450	
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042	
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887	
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533	
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140	
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277	
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998	
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	– 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170	
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846	
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005 1.Vj.	90 403	34 325	27 867	– 3 761	4 416	5 804	34 909	28 031	6 878	222	15 206	5 005	736	4 713	
2.Vj.	102 224	40 747	29 030	3 359	2 715	5 643	33 009	25 180	7 829	1 454	20 556	5 673	786	5 689	
2005 April	28 803	9 432	9 485	– 924	– 810	1 681	9 902	7 434	2 468	987	6 503	1 706	272	1 547	
Mai	32 980	11 304	9 777	– 779	– 440	2 747	12 070	9 108	2 962	462	6 765	2 121	259	1 648	
Juni	40 441	20 011	9 769	5 062	3 965	1 216	11 037	8 638	2 399	5	7 288	1 846	255	2 494	
Juli	30 997	10 336	10 355	– 1 093	– 191	1 265	11 078	8 721	2 358	1 091	6 587	1 645	261	1 669	
Aug.	30 150	8 443	9 192	– 1 004	– 586	841	12 522	9 867	2 655	483	6 750	1 647	305	1 541	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999 5,63% für den Bund zur Fi-

nanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuer-Verteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern					Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern			
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungsteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erbsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1991	47 266	19 592	5 648	5 862	.	14 215	11 012	6 729	2 636	1 647	7 090	41 297	9 921	1 181
1992	55 166	19 253	5 545	8 094	.	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	.	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	.	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2002	42 193	13 778	2 149	8 327	5 097	11 951	7 592	239	3 021	811	6 913	23 489	9 261	696
2003	43 188	14 094	2 204	8 870	6 531	11 722	7 336	230	3 373	786	6 989	24 146	9 658	671
2004	41 782	13 630	2 195	8 750	6 597	11 601	7 740	80	4 284	788	6 883	28 373	9 939	797
2005 1.Vj.	4 407	2 499	335	3 854	1 200	2 912	2 149	6	905	168	1 777	7 367	2 275	223
2.Vj.	9 916	3 610	562	1 627	2 010	2 832	2 342	80	1 413	202	1 635
2005 April	3 156	1 246	207	504	679	712	787	7	288	62	561	.	.	.
Mai	3 447	1 220	165	637	468	828	776	5	744	67	529	.	.	.
Juni	3 313	1 143	191	486	863	1 292	779	68	381	73	545	.	.	.
Juli	3 368	1 264	186	430	570	769	724	1	303	77	540	.	.	.
Aug.	3 241	1 292	159	886	501	672	702	3	280	70	593	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
								Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Öffentliche Haushalte												
1999	1 199 975	12 594	102 364	120 998	41 621	416 051	450 111	281	10 200	476	45 175	105
2000	1 211 439	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	285	44 146	108
2001	1 223 929	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	85	8 986	108
2002	1 277 630	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	29	7 845	97
2003	1 358 121	36 022	246 414	153 616	12 810	471 129	396 832	341	34 163	- 1	6 711	86
2004 Juni	1 411 658	37 307	269 972	162 642	10 590	488 668	391 296	371	44 057	- 45	6 711	88
Sept.	1 429 216	37 494	276 918	166 711	10 568	494 621	390 436	413	46 434	- 38	5 572	87
Dez.	1 430 413	35 722	279 796	168 958	10 817	495 418	379 984	430	53 672	- 38	5 572	82
2005 März	1 457 149	37 489	290 175	162 644	11 037	506 670	387 456	474	55 586	- 36	5 572	84
Juni	1 465 358	37 214	295 608	170 389	11 180	507 071	381 150	501	56 623	- 36	5 572	87
Bund 7) 8) 9)												
1999	714 069	11 553	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003	767 697	35 235	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 Juni	803 991	35 630	92 190	152 957	10 590	453 479	43 026	223	9 144	- 45	6 711	88
Sept.	814 356	35 866	95 200	157 026	10 568	459 482	39 864	268	10 463	- 38	5 572	86
Dez.	812 083	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	- 38	5 572	81
2005 März	870 368	36 393	102 959	162 592	11 037	495 478	45 119	373	10 798	- 36	5 572	83
Juni	874 015	36 021	105 227	170 338	11 180	495 879	38 778	408	10 562	- 36	5 572	86
Westdeutsche Länder												
1999	274 208	150	43 033	.	.	.	226 022	23	4 979	.	-	1
2000	282 431	-	48 702	.	.	.	227 914	22	5 792	.	.	1
2001	305 788	1 800	67 721	.	.	.	228 270	5	7 991	.	.	1
2002	328 390	250	97 556	.	.	.	217 333	5	13 246	.	.	1
2003	355 661	472	125 356	.	.	.	207 880	4	21 949	.	.	1
2004 Juni	368 240	900	141 270	.	.	.	197 032	4	29 033	.	.	1
Sept.	374 415	900	145 136	.	.	.	198 760	0	29 618	.	.	1
Dez.	376 697	750	148 219	.	.	.	193 216	3	34 508	.	.	1
2005 März	382 341	250	154 965	.	.	.	190 360	3	36 762	.	.	1
Juni	384 373	0	157 226	.	.	.	189 139	3	38 005	.	.	1
Ostdeutsche Länder												
1999	53 200	891	14 517	.	.	.	37 602	-	189	.	.	.
2000	55 712	100	16 092	.	.	.	39 339	-	182	.	.	.
2001	58 771	100	20 135	.	.	.	37 382	-	1 154	.	.	.
2002	63 782	338	23 838	.	.	.	37 739	-	1 867	.	.	.
2003	68 076	315	28 833	.	.	.	37 022	-	1 906	.	.	.
2004 Juni	71 252	777	31 897	.	.	.	35 530	27	3 021	.	.	.
Sept.	71 512	729	31 967	.	.	.	35 295	27	3 495	.	.	.
Dez.	71 975	533	31 400	.	.	.	35 428	-	4 614	.	.	.
2005 März	73 190	846	32 251	.	.	.	35 866	-	4 227	.	.	.
Juni	74 898	1 193	33 154	.	.	.	36 142	-	4 409	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
								Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Westdeutsche Gemeinden 10)												
1999	81 511	.	153	.	.	680	78 726	53	1 898	.	.	.
2000	81 414	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	.	.
2001	82 203	.	153	.	.	629	79 470	29	1 922	.	.	.
2002	84 097	.	153	.	.	629	81 307	22	1 986	.	.	.
2003	90 906	.	77	.	.	603	87 868	19	2 339	.	.	.
2004 Juni	93 250	.	77	.	.	707	90 106	20	2 340	.	.	.
Sept.	93 800	.	77	.	.	656	90 707	20	2 340	.	.	.
Dez.	95 057	.	–	.	.	552	91 317	13	3 174	.	.	.
2005 März	95 600	.	–	.	.	591	91 819	15	3 175	.	.	.
Juni	97 250	.	–	.	.	591	93 469	15	3 175	.	.	.
Ostdeutsche Gemeinden 10)												
1999	20 726	.	51	.	.	335	20 138	124	78	.	.	.
2000	17 048	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	.	.
2001	17 005	.	–	.	.	284	16 581	107	33	.	.	.
2002	16 745	.	–	.	.	284	16 318	102	41	.	.	.
2003	16 951	.	–	.	.	131	16 601	87	132	.	.	.
2004 Juni	16 900	.	–	.	.	131	16 549	90	130	.	.	.
Sept.	17 000	.	–	.	.	131	16 649	90	130	.	.	.
Dez.	17 353	.	–	.	.	131	16 914	73	235	.	.	.
2005 März	17 250	.	–	.	.	131	16 809	75	235	.	.	.
Juni	17 250	.	–	.	.	131	16 809	75	235	.	.	.
ERP-Sondervermögen 7)												
1999	16 028	.	–	.	.	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	.	–	.	.	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001	19 161	.	–	.	.	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002	19 400	.	–	.	51	10 144	8 686	8	512	.	.	.
2003	19 261	.	–	.	51	10 169	8 522	8	512	.	.	.
2004 Juni	18 525	.	–	.	51	10 169	7 909	8	389	.	.	.
Sept.	18 525	.	–	.	51	10 169	7 909	8	389	.	.	.
Dez.	18 200	.	–	.	51	10 169	7 584	8	389	.	.	.
2005 März	18 098	.	–	.	51	10 169	7 482	8	389	.	.	.
Juni	17 270	.	–	.	51	10 169	6 812	–	238	.	.	.
Entschädigungsfonds												
1999	132	.	–	.	.	132
2000	204	.	–	.	.	204
2001	285	.	–	.	.	285
2002	369	.	–	.	.	369
2003	469	.	–	.	.	469
2004 Juni	396	.	–	.	.	396
Sept.	398	.	–	.	.	398
Dez.	400	.	–	.	.	400
2005 März	302	.	–	.	.	302
Juni	302	.	–	.	.	302
Fonds „Deutsche Einheit“ 7) 9)												
1999	40 102	–	275	500	.	28 846	10 292	–	189	.	.	.
2000	40 425	–	275	2 634	.	29 593	7 790	–	133	.	.	.
2001	39 638	–	3 748	10 134	.	21 292	4 315	–	149	.	.	.
2002	39 441	–	3 820	10 134	.	22 315	3 146	–	26	.	.	.
2003	39 099	–	4 610	10 134	.	23 563	793	–	–	.	.	.
2004 Juni	39 103	.	4 538	9 634	.	23 787	1 144	–	–	.	.	.
Sept.	39 210	.	4 538	9 634	.	23 787	1 251	–	–	.	.	.
Dez.	38 650	.	4 538	9 634	.	23 787	690	–	–	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die ge-

meinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird ab Januar nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Mio €

Position	Stand Ende		Nettokreditaufnahme 1)								
	2004	Juni 2005	2004						2005		
			insgesamt	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Hj.	1.Vj.	2.Vj.	
Kreditnehmer											
Bund 2)	812 083	874 015	+ 44 386	+ 34 993	+ 1 301	+ 10 365	- 2 273	+ 23 279	+ 19 633	+ 3 646	
Fonds „Deutsche Einheit“ 2)	38 650	-	- 450	+ 520	- 516	+ 107	- 561	-	-	-	
ERP- Sondervermögen	18 200	17 270	- 1 061	- 685	- 51	-	- 325	- 931	- 102	- 828	
Entschädigungsfonds	400	302	- 69	- 79	+ 6	+ 1	+ 2	- 98	- 98	+ 0	
Westdeutsche Länder	376 697	384 373	+ 21 036	+ 7 541	+ 5 038	+ 6 175	+ 2 282	+ 7 676	+ 5 644	+ 2 033	
Ostdeutsche Länder	71 975	74 898	+ 3 899	+ 6 119	+ 1 585	+ 1 592	+ 260	+ 462	+ 2 923	+ 1 216	
Westdeutsche Gemeinden 3)	95 057	97 250	+ 4 805	+ 1 961	+ 1 114	+ 491	+ 1 239	+ 3 431	+ 1 180	+ 2 251	
Ostdeutsche Gemeinden 3)	17 353	17 250	+ 373	- 30	+ 4	+ 110	+ 289	- 25	- 103	+ 78	
Insgesamt	1 430 413	1 465 358	+ 72 917	+ 45 805	+ 8 487	+ 17 509	+ 1 115	+ 36 260	+ 27 373	+ 8 888	
Schuldarten											
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	35 722	37 214	- 299	+ 1 187	+ 99	+ 187	- 1 772	+ 1 491	+ 1 766	- 275	
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	279 796	295 608	+ 33 382	+ 14 031	+ 9 528	+ 6 946	+ 2 878	+ 15 812	+ 10 379	+ 5 433	
168 958	170 389	+ 15 342	+ 6 119	+ 2 907	+ 4 070	+ 2 246	+ 1 431	- 6 314	+ 7 745		
Bundesschatzbriefe	10 817	11 180	- 1 993	- 1 565	- 656	- 22	+ 249	+ 362	+ 219	+ 143	
Anleihen 5)	495 418	507 071	+ 24 289	+ 14 792	+ 2 748	+ 5 953	+ 796	+ 11 653	+ 11 252	+ 401	
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	379 984	381 150	- 16 223	+ 4 553	- 9 333	- 910	- 10 534	+ 2 482	+ 8 109	- 5 627	
Darlehen von Sozialversicherungen	430	501	+ 89	+ 31	-	+ 42	+ 17	+ 71	+ 44	+ 27	
Sonstige Darlehen 6)	53 632	56 583	+ 19 509	+ 6 700	+ 3 194	+ 2 377	+ 7 238	+ 2 951	+ 1 913	+ 1 038	
Altschulden 7)	44	51	- 41	- 42	+ 0	+ 6	- 4	+ 6	+ 4	+ 3	
Ausgleichsforderungen	5 572	5 572	- 1 138	+ 0	+ 0	- 1 139	+ 1	-	-	-	
Investitionshilfeabgabe	41	41	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	1 430 413	1 465 358	+ 72 917	+ 45 805	+ 8 487	+ 17 509	+ 1 115	+ 36 260	+ 27 373	+ 8 888	
Gläubiger											
Bankensystem											
Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kreditinstitute	541 900	528 200	+ 17 725	+ 26 088	+ 3 768	+ 3 451	- 15 582	- 12 384	+ 7 637	- 20 021	
Inländische Nichtbanken											
Sozialversicherungen	430	501	+ 89	+ 31	-	+ 42	+ 17	+ 71	+ 44	+ 27	
Sonstige 8)	263 943	260 317	- 11 697	- 6 914	+ 3 219	- 10 384	+ 2 380	- 3 627	- 5 208	+ 1 582	
Ausland ts)	619 700	671 900	+ 66 800	+ 26 600	+ 1 500	+ 24 400	+ 14 300	+ 52 200	+ 24 900	+ 27 300	
Insgesamt	1 430 413	1 465 358	+ 72 917	+ 45 805	+ 8 487	+ 17 509	+ 1 115	+ 36 260	+ 27 373	+ 8 888	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen

Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“ 3)	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn-vermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001	416 067	44 791	4 464	9 699	267 988	89 126	-	-	-
2002	398 910	34 636	3 172	9 205	262 840	89 057	-	-	-
2003	399 304	38 410	793	9 042	260 046	91 013	-	-	-
2004 Juni	397 237	37 827	690	8 305	259 854	90 560	-	-	-
Sept.	399 706	38 664	690	8 305	261 515	90 531	-	-	-
Dez.	399 250	36 791	690	7 981	262 070	91 719	-	-	-
2005 März	399 064	36 069	-	7 878	264 478	90 639	-	-	-
Juni	394 063	31 898	-	7 050	264 757	90 358	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden			
	Ins- gesamt	zu- sam- men						darunter: Finanzie- rungs- schätze	Sozial- versiche- rungen 3) 5) 6)	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen 8)	sonstige 8)
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	–	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	– 1	6 711	85
2004	812 083	34 440	1 074	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	– 38	5 572	81
2004 Sept.	814 356	35 866	1 091	95 200	157 026	10 568	459 482	39 864	268	10 463	– 38	5 572	86
Okt.	827 013	35 341	1 087	102 894	161 759	10 570	460 206	39 892	268	10 463	– 38	5 572	86
Nov.	820 571	34 819	1 085	104 060	160 102	10 731	460 112	34 399	268	10 463	– 38	5 572	83
Dez.	812 083	34 440	1 074	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	– 38	5 572	81
2005 Jan. 10)	874 505	34 968	1 090	106 345	169 269	10 895	490 938	45 389	333	10 751	– 38	5 572	83
Febr.	876 329	34 936	1 099	107 310	162 504	10 951	495 304	48 593	363	10 751	– 38	5 572	83
März	870 368	36 393	1 113	102 959	162 592	11 037	495 478	45 119	373	10 798	– 36	5 572	83
April	878 471	36 543	1 122	109 471	168 826	11 067	496 610	39 139	398	10 798	– 36	5 572	84
Mai	875 543	36 089	1 121	110 280	166 045	11 119	492 031	43 152	408	10 798	– 36	5 572	85
Juni	874 015	36 021	1 111	105 227	170 338	11 180	495 879	38 778	408	10 562	– 36	5 572	86
Juli	889 814	36 128	1 091	110 360	171 179	11 186	506 393	39 106	408	10 562	– 36	4 443	86
Aug.	878 779	35 886	1 095	110 935	156 950	11 125	514 177	34 243	408	10 562	– 36	4 443	86
Sept. p)	885 104	35 883	1 067	106 836	163 266	11 035	514 173	38 349	408	10 562	– 36	4 443	86

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. — 10 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:								Verän- derung der Geldmarkt- einlagen	
			Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen			Geld- markt- kredite
	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	– 8 009	– 30	– 3 304
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	– 1 327	+ 12 023	– 2 927	– 3 065	– 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	– 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	– 5 323	+ 7 273	– 9 973	– 5 563	– 940
2001	+ 135 018	– 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	– 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	– 9 941	+ 3 595	– 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 328	+ 41 378	+ 6 364	+ 36 037	+ 7 572	+ 93 853	+ 19 535	+ 4 716	– 10 155	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 078	+ 42 292	+ 62 535	+ 13 636	+ 42 327	+ 15 947	+ 109 500	+ 8 874	+ 11 480	+ 3 775	+ 1 236	+ 7 218
2004	+ 228 122	+ 44 389	+ 52 701	+ 24 185	+ 35 589	+ 15 842	+ 130 801	+ 5 313	+ 7 186	– 1 620	+ 1 844	+ 802
2004 Jan.-Sept.	+ 183 843	+ 46 659	+ 46 704	+ 23 288	+ 27 397	+ 13 595	+ 99 216	+ 6 050	+ 5 880	+ 254	+ 4 646	+ 827
2005 Jan.-Sept. p)	+ 178 823	+ 34 367	+ 46 336	+ 30 007	+ 22 172	– 5 641	+ 99 242	+ 8 420	+ 1 564	– 6 805	+ 9 510	+ 3 970
2004 Sept.	+ 18 757	– 10 204	+ 1 200	– 8 964	+ 1 175	+ 1 175	+ 15 619	– 2 637	+ 977	+ 428	– 213	– 11 104
Okt.	+ 20 064	+ 12 657	+ 724	+ 724	+ 4 733	+ 4 733	+ 13 443	+ 7 172	+ 303	– 834	+ 861	+ 8 203
Nov.	+ 11 485	– 6 442	+ 5 004	– 94	+ 4 289	– 1 657	+ 6 808	+ 804	+ 640	– 237	– 5 256	– 8 455
Dez.	+ 12 730	– 8 485	+ 269	+ 268	– 830	– 830	+ 11 333	– 8 714	+ 365	– 803	+ 1 593	+ 226
2005 Jan.	+ 37 004	+ 23 768	+ 13 043	+ 6 772	+ 362	+ 362	+ 12 951	+ 6 774	+ 285	– 502	+ 10 362	+ 4 588
Febr.	+ 14 998	+ 1 824	+ 4 366	+ 4 366	+ 213	– 6 765	+ 7 107	+ 990	+ 177	+ 100	+ 3 134	– 1 756
März	+ 13 233	– 5 961	+ 174	+ 174	+ 89	+ 89	+ 15 149	– 2 809	+ 224	– 1 014	– 2 404	– 7 798
April	+ 16 692	+ 8 103	+ 1 132	+ 1 131	+ 6 233	+ 6 233	+ 12 766	+ 6 693	+ 95	– 2 422	– 3 533	+ 5 598
Mai	+ 20 117	– 2 928	+ 5 478	– 4 579	+ 3 205	– 2 780	+ 6 442	+ 406	+ 250	– 718	+ 4 742	– 4 800
Juni	+ 17 505	– 1 528	+ 3 848	+ 3 848	+ 4 292	+ 4 292	+ 12 895	– 5 059	+ 50	– 1 031	– 3 579	+ 694
Juli	+ 23 703	+ 15 799	+ 10 514	+ 10 514	+ 841	+ 841	+ 11 298	+ 5 246	+ 236	– 487	+ 814	+ 14 482
Aug.	+ 10 517	– 11 035	+ 7 785	+ 7 785	+ 620	– 14 229	+ 6 622	+ 273	+ 70	– 283	– 4 581	– 13 116
Sept. p)	+ 25 054	+ 6 325	– 4	– 4	+ 6 316	+ 6 316	+ 14 012	– 4 092	+ 176	– 449	+ 4 554	+ 6 078

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der deutschen Rentenversicherung *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
Beiträge 2)		Zahlungen des Bundes	Renten 3)		Krankenversicherung der Rentner 4)								
Gesamtdeutschland													
1993	290 393	232 408	52 671	298 065	252 920	15 898	- 7 672	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	322 335	256 662	61 891	324 323	273 880	17 751	- 1 988	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	338 185	270 294	64 387	348 115	294 034	20 285	- 9 930	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	353 672	282 616	68 388	362 667	305 780	21 660	- 8 995	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	374 853	297 402	74 961	372 955	316 511	23 280	+ 1 898	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	389 101	297 827	88 755	385 707	327 823	24 393	+ 3 394	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	208 173	152 206	54 628	203 295	172 919	12 950	+ 4 878	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000	211 137	150 712	58 862	210 558	178 599	13 365	+ 5 79	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 5 70	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 9) p)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 171	4 984	19	41	127	4 904
2004 1.Vj.	55 431	37 289	17 846	58 350	49 858	3 873	- 2 919	5 879	3 375	696	1 681	127	4 862
2.Vj.	56 665	38 446	17 873	57 794	49 437	3 416	- 1 129	3 752	1 914	28	1 682	128	4 877
3.Vj.	56 766	38 664	17 779	58 107	49 719	3 456	- 1 341	2 561	731	22	1 681	127	4 889
4.Vj. 9)	62 336	42 126	17 807	58 350	49 824	3 484	+ 3 986	5 171	4 984	19	41	127	4 904
2005 1.Vj.	55 160	36 897	17 996	58 001	50 031	3 390	- 2 841	2 607	2 432	16	41	118	4 827
2.Vj.	56 913	38 647	17 911	58 286	49 929	3 413	- 1 373	1 195	1 019	16	42	118	4 874

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an

die Krankenkassen nach § 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen. — 9 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosen-unterstützungen 4) 5)	davon:		berufliche Förderung 5) 6)	davon:				Winterbau-förderung
Beiträge		Umlagen 2)	West-deutschland			Ost-deutschland	West-deutschland		Ost-deutschland				
Gesamtdeutschland													
1993	85 109	79 895	1 829	109 536	48 005	34 149	13 856	36 891	15 895	20 996	1 919	- 24 426	24 419
1994	89 658	81 536	3 822	99 863	48 342	35 163	13 179	31 273	14 382	16 891	1 822	- 10 205	10 142
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	1 586	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	245	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	272	- 6 215	6 215
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	217	- 4 176	4 175
2004 1.Vj.	11 524	11 261	47	14 448	8 200	6 001	2 199	4 389	2 491	1 898	144	- 2 924	5 244
2.Vj.	12 042	11 419	394	13 949	7 782	5 673	2 109	4 268	2 510	1 758	67	- 1 907	1 946
3.Vj.	12 516	11 709	481	12 818	7 044	5 189	1 855	3 919	2 309	1 610	4	- 303	166
4.Vj.	14 233	12 821	753	13 275	6 721	4 958	1 762	4 267	2 522	1 745	3	+ 958	- 3 181
2005 1.Vj.	11 934	11 072	40	14 775	7 983	5 805	2 178	3 332	2 083	1 249	139	- 2 842	5 532
2.Vj.	13 283	11 449	324	13 697	7 394	5 376	2 018	3 062	1 956	1 105	97	- 414	223
3.Vj.	12 924	11 618	420	12 662	6 357	4 720	1 637	2 576	1 670	906	5	+ 262	- 458

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzzeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 5 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. Januar-Rentenversicherungsbeiträge für Be-

zieher von Lohnersatzleistungen werden seit 2003 nicht mehr schon im Dezember, sondern im Januar gezahlt. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse.

IX. Konjunkturlage
**1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens
Deutschland**

Position	2002			2003			2004			2005					
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2003	2004	2005	2005	2005	2005	2005		
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %						4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Preisbereinigt, verkettet															
I. Entstehung des Inlandsprodukts															
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	99,5	100,5	105,0	- 1,6	1,0	4,4	1,9	3,8	6,3	4,2	3,4	1,1	4,5		
Baugewerbe	90,5	86,4	85,1	- 4,1	- 4,5	- 1,6	- 2,5	2,3	- 0,5	- 4,2	- 3,1	- 11,7	- 1,7		
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	103,7	102,3	104,2	0,7	- 1,3	1,9	- 1,1	2,0	2,4	1,0	2,2	1,2	2,1		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	104,6	105,2	107,1	1,5	0,6	1,8	1,1	1,4	2,7	1,4	1,7	1,5	1,3		
Öffentliche und private Dienstleister 3)	102,4	102,1	102,4	2,0	- 0,3	0,4	- 0,4	0,7	0,6	0,1	0,1	- 1,0	- 0,1		
Bruttowertschöpfung	101,8	101,7	103,9	0,3	- 0,1	2,1	0,4	2,1	3,0	1,5	1,7	0,2	1,7		
Bruttoinlandsprodukt 4)	101,3	101,1	102,8	0,1	- 0,2	1,6	0,3	2,0	2,1	1,2	1,3	- 0,3	1,5		
II. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben 5)	101,3	101,5	102,0	- 0,5	0,1	0,6	- 0,3	0,9	- 0,1	- 0,1	1,5	- 0,8	0,5		
Konsumausgaben des Staates	102,0	102,1	100,5	1,4	0,1	- 1,6	- 0,6	- 0,9	- 1,3	- 1,0	- 3,0	- 1,4	- 0,3		
Ausrüstungen	89,1	88,9	91,3	- 7,5	- 0,2	2,6	0,4	- 1,3	0,9	5,1	5,1	3,7	7,5		
Bauten	89,8	88,4	86,3	- 5,8	- 1,6	- 2,3	1,0	1,2	- 2,0	- 4,4	- 3,3	- 10,9	- 1,8		
Sonstige Anlagen 6)	107,6	111,1	113,1	1,3	3,3	1,8	4,2	1,9	2,0	1,6	1,7	2,2	2,2		
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	- 0,6	0,5	0,5	0,9	- 0,1	- 0,1	1,7	0,5	0,5	0,9		
Inländische Verwendung	97,6	98,1	98,7	- 1,9	0,6	0,6	0,9	0,3	- 0,5	1,4	1,0	- 1,0	1,5		
Außenbeitrag 8)	.	.	.	1,9	- 0,7	1,1	- 0,6	1,7	2,6	- 0,1	0,3	0,6	0,1		
Exporte	111,0	113,6	124,2	4,2	2,4	9,3	2,7	8,0	13,7	7,3	8,4	4,1	5,4		
Importe	99,9	104,9	112,3	- 1,4	5,1	7,0	5,1	3,5	7,1	8,7	8,5	2,8	6,2		
Bruttoinlandsprodukt 4)	101,3	101,1	102,8	0,1	- 0,2	1,6	0,3	2,0	2,1	1,2	1,3	- 0,3	1,5		
In jeweiligen Preisen (Mrd €)															
III. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben 5)	1 266,7	1 287,6	1 312,5	0,6	1,7	1,9	1,2	1,9	1,4	1,4	2,9	0,4	1,6		
Konsumausgaben des Staates	412,3	415,5	412,8	3,0	0,8	- 0,6	- 0,9	0,3	0,6	- 1,1	- 2,1	- 0,1	0,5		
Ausrüstungen	151,9	146,9	149,4	- 9,3	- 3,2	1,7	- 2,0	- 2,4	0,1	4,3	4,0	2,8	6,3		
Bauten	216,5	213,0	210,7	- 6,1	- 1,6	- 1,1	1,1	1,3	- 0,8	- 2,7	- 1,5	- 9,0	- 1,0		
Sonstige Anlagen 6)	24,5	24,5	24,9	- 1,5	- 0,2	1,6	0,0	0,5	1,8	2,0	2,2	1,7	1,2		
Vorratsveränderungen 7)	- 24,0	- 11,6	- 4,0		
Inländische Verwendung	2 047,9	2 075,8	2 106,2	- 1,1	1,4	1,5	1,4	0,9	0,6	2,2	2,1	0,1	2,4		
Außenbeitrag	97,1	87,6	109,5		
Exporte	765,6	772,7	842,8	4,1	0,9	9,1	0,1	6,1	13,0	7,7	9,6	5,1	6,1		
Importe	668,5	685,1	733,4	- 3,6	2,5	7,0	1,8	0,2	6,7	10,0	11,1	4,9	8,2		
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 145,0	2 163,4	2 215,7	1,5	0,9	2,4	0,8	3,0	3,1	1,7	1,9	0,5	1,9		
IV. Preise (2000 = 100)															
Privater Konsum	103,0	104,5	106,0	1,2	1,5	1,4	1,5	1,0	1,5	1,5	1,4	1,2	1,1		
Bruttoinlandsprodukt	102,7	103,7	104,5	1,4	1,0	0,8	0,6	1,0	1,0	0,5	0,6	0,8	0,4		
Terms of Trade	102,0	103,0	102,8	2,1	1,0	- 0,2	0,6	1,5	- 0,2	- 0,8	- 1,3	- 1,0	- 1,2		
V. Verteilung des Volkseinkommens															
Arbeitnehmerentgelt	1 128,7	1 131,1	1 134,5	0,7	0,2	0,3	- 0,1	0,8	0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,3		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	452,5	468,9	523,8	2,8	3,6	11,7	5,1	12,1	17,4	8,0	9,8	4,3	8,7		
Volkseinkommen	1 581,2	1 600,0	1 658,3	1,3	1,2	3,6	1,2	4,3	5,6	2,4	2,4	1,3	2,6		
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 120,9	2 147,3	2 216,0	1,4	1,2	3,2	1,5	3,6	4,3	2,5	2,5	0,9	2,2		

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2005. — 1 Einsch. Nachrichtenvermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einsch. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert

mit Gütersubventionen). — 5 Einsch. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einsch. Nettuzugang an Wertsachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe
Deutschland

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Produzierendes Gewerbe	davon:										
		Bauhauptgewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie ¹⁾								
				zu- sammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
			Vor- leistungs- güter- produ- zenten ⁴⁾		In- vestitions- güter- produ- zenten ⁵⁾	Ge- brauchs- güter- produ- zenten	Ver- brauchs- güter- produ- zenten ⁶⁾	Chemische Industrie	Metall- erzeugung und -bear- beitung	Maschinen- bau	Her- stellung von Kraftwa- gen und Kraftwa- genteilen	
2000 = 100												
2000	99,9	100,0	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	100,0	99,9	99,9
2001	99,5	92,5	97,3	100,4	99,4	102,3	100,4	98,8	98,0	101,1	102,1	104,0
2002	98,3	89,0	97,4	99,3	98,9	101,1	92,0	98,2	101,7	101,8	99,5	105,4
2003	98,4	85,1	99,8	99,5	99,5	101,9	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2004	100,8	80,4	102,6	102,5	103,4	105,7	87,4	97,9	104,5	103,7	101,2	111,9
2003 Dez.	95,0	67,1	107,0	96,2	87,1	108,8	82,9	94,2	92,7	83,0	117,8	97,5
2004 Jan.	92,0	49,3	116,2	93,3	96,6	90,6	83,4	93,6	101,9	104,6	82,5	97,4
Febr.	94,1	56,7	106,4	96,2	98,7	96,9	86,5	92,0	101,6	103,1	87,7	110,1
März	105,1	76,2	110,2	107,2	107,9	111,7	96,0	99,5	107,3	111,6	106,2	121,6
April	100,6	85,9	101,0	101,9	104,4	103,8	88,1	96,3	107,6	104,1	98,5	114,3
Mai	99,8	86,8	97,6	101,3	103,5	104,0	86,2	94,8	102,5	105,4	98,5	115,3
Juni	103,5	93,0	91,0	105,9	107,2	111,0	87,0	97,2	103,4	111,3	106,4	120,6
Juli	103,3	95,5	92,6	105,2	107,1	108,3	87,0	99,1	105,7	106,6	105,4	112,1
Aug.	93,8	85,5	90,7	94,9	98,6	93,5	68,1	95,8	103,6	94,0	89,5	90,6
Sept.	106,8	95,0	95,3	109,1	109,1	114,6	96,8	101,3	105,9	107,3	112,8	120,7
Okt.	108,2	93,3	104,9	109,9	109,9	113,8	96,6	105,4	108,0	106,8	104,0	127,0
Nov.	106,7	85,7	110,0	108,3	107,7	112,2	94,4	104,9	107,5	105,2	104,2	120,4
Dez.	95,9	61,9	115,5	96,9	89,5	107,9	78,8	95,4	99,0	84,3	118,3	92,9
2005 Jan. +)	95,5	49,3	112,8	97,8	102,3	95,0	83,5	96,9	112,7	105,1	86,4	103,0
Febr. +)	95,7	43,5	108,4	99,1	100,7	100,1	87,3	96,2	111,1	101,9	92,9	108,6
März +)	7) 107,3	7) 60,0	112,3	111,1	109,9	117,3	97,8	104,3	117,8	109,7	113,7	122,4
April x)	7) 102,7	7) 79,7	100,6	105,0	107,0	108,3	88,0	98,4	110,8	106,1	100,5	118,3
Mai x)	7) 100,6	7) 79,6	102,8	102,8	106,2	103,7	80,5	99,1	111,7	102,1	98,2	108,2
Juni x)	7) 106,6	7) 88,1	92,6	109,8	110,7	116,3	91,3	99,6	111,5	106,9	115,1	117,7
Juli z)	7) 106,6	7) 91,3	97,1	109,1	110,6	112,9	84,6	103,9	115,0	107,9	106,3	117,7
Aug. z)	7) 95,7	7) 82,8	93,7	97,1	102,1	93,6	70,8	99,2	109,6	96,8	90,5	86,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2000	+ 4,8	- 3,5	- 0,3	+ 6,3	+ 5,7	+ 9,7	+ 3,8	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,2	+ 7,1	+ 11,2
2001	- 0,4	- 7,5	- 2,6	+ 0,5	- 0,5	+ 2,4	+ 0,5	- 1,1	- 1,9	+ 1,1	+ 2,2	+ 4,1
2002	- 1,2	- 3,8	+ 0,1	- 1,1	- 0,5	- 1,2	- 8,4	- 0,6	+ 3,8	+ 0,7	- 2,5	+ 1,3
2003	+ 0,1	- 4,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,8	- 5,2	- 0,8	+ 0,3	- 1,9	- 1,7	+ 2,1
2004	+ 2,4	- 5,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,0
2003 Dez.	+ 2,7	+ 5,3	+ 0,4	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,3	- 0,5	+ 1,5	+ 4,9	+ 1,8	- 0,6	+ 7,7
2004 Jan.	+ 1,9	- 4,8	+ 5,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,8	- 0,6	+ 3,7	+ 2,1	- 4,4
Febr.	+ 1,8	+ 10,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 4,8	- 1,4	- 0,7	+ 0,3	+ 3,4	+ 3,1	- 4,0	- 0,7
März	+ 0,5	- 9,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,6	- 1,1	- 1,1	- 4,3	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,2
April	+ 2,2	- 6,7	+ 0,7	+ 3,2	+ 4,0	+ 4,4	+ 2,8	- 0,4	+ 1,9	+ 1,2	+ 5,6	+ 5,0
Mai	+ 4,0	- 4,7	+ 2,4	+ 5,0	+ 4,7	+ 6,9	+ 8,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 4,0	+ 7,2	+ 7,9
Juni	+ 3,5	- 5,8	- 0,7	+ 4,9	+ 4,7	+ 7,5	+ 4,2	- 0,2	- 0,1	+ 13,8	+ 4,4	+ 13,0
Juli	+ 2,9	- 6,6	+ 2,3	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,0	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 4,8	+ 6,6	+ 3,1
Aug.	+ 4,2	- 5,0	+ 0,3	+ 5,4	+ 5,9	+ 8,1	+ 1,3	+ 0,4	+ 4,8	+ 6,6	+ 4,7	+ 13,3
Sept.	+ 4,4	- 5,8	+ 3,4	+ 5,4	+ 5,6	+ 7,4	- 0,4	+ 2,1	+ 8,5	+ 5,7	+ 7,9	+ 8,9
Okt.	+ 2,9	- 6,0	+ 2,6	+ 3,7	+ 2,8	+ 7,1	- 1,3	+ 0,2	+ 3,8	- 0,4	+ 5,9	+ 13,0
Nov.	+ 0,3	- 8,0	+ 5,2	+ 0,5	+ 2,3	- 1,4	- 5,7	+ 1,7	+ 6,0	+ 1,8	- 1,5	- 3,7
Dez.	+ 0,9	- 7,7	+ 7,9	+ 0,7	+ 2,8	- 0,8	- 4,9	+ 1,3	+ 6,8	+ 1,6	+ 0,4	- 4,7
2005 Jan. +)	+ 3,8	± 0,0	- 2,9	+ 4,8	+ 5,9	+ 4,9	+ 0,1	+ 3,5	+ 10,6	+ 0,5	+ 4,7	+ 5,7
Febr. +)	+ 1,7	- 23,3	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,3	+ 0,9	+ 4,6	+ 9,4	- 1,2	+ 5,9	- 1,4
März +)	7) + 2,1	7) - 21,3	+ 1,9	+ 3,6	+ 1,9	+ 5,0	+ 1,9	+ 4,8	+ 9,8	- 1,7	+ 7,1	+ 0,7
April x)	7) + 2,1	7) - 7,2	- 0,4	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,3	- 0,1	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 3,5
Mai x)	7) + 0,8	7) - 8,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,6	- 0,3	- 6,6	+ 4,5	+ 9,0	- 3,1	- 0,3	- 6,2
Juni x)	7) + 3,0	7) - 5,3	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,8	+ 4,9	+ 2,5	+ 7,8	- 4,0	+ 8,2	- 2,4
Juli z)	7) + 3,2	7) - 4,4	+ 4,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,2	- 2,8	+ 4,8	+ 8,8	+ 1,2	+ 0,9	+ 5,0
Aug. z)	7) + 2,0	7) - 3,2	+ 3,3	+ 2,3	+ 3,5	+ 0,1	+ 4,0	+ 3,5	+ 5,8	+ 3,0	+ 1,1	- 4,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — o) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 3 Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — 4 Einschließlich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 5 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 6 Einschließlich Druckgewerbe. — 7 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst

an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich +3%). — + Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie: durchschnittlich -2,6%). — x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das II. Quartal (Industrie: durchschnittlich -2,6%). — z Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das III. Quartal (Industrie: durchschnittlich -2,6%).

IX. Konjunkturlage
**3. Auftragseingang in der Industrie *)
Deutschland**

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Industrie		davon:									
	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten 1)		Konsumgüterproduzenten 2)		davon:			
			2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2001	98,3	- 1,7	95,9	- 4,1	99,4	- 0,6	101,4	+ 1,5	99,8	- 0,1	102,4	+ 2,5
2002	98,2	- 0,1	96,4	+ 0,5	99,6	+ 0,2	99,0	- 2,4	95,7	- 4,1	101,0	- 1,4
2003	99,0	+ 0,8	97,8	+ 1,5	100,7	+ 1,1	95,4	- 3,6	89,9	- 6,1	98,9	- 2,1
2004	104,8	+ 5,9	104,9	+ 7,3	107,2	+ 6,5	94,7	- 0,7	89,1	- 0,9	98,2	- 0,7
2004 Aug.	95,9	+ 6,7	98,9	+ 10,6	94,5	+ 5,6	91,8	- 1,2	73,8	+ 1,0	102,9	- 2,1
Sept.	108,4	+ 5,3	108,1	+ 7,1	110,4	+ 5,7	100,8	- 1,9	94,0	- 4,3	105,0	- 0,8
Okt.	108,1	+ 5,3	108,9	+ 6,2	109,7	+ 6,6	99,4	- 3,4	96,4	- 4,6	101,4	- 2,5
Nov.	105,3	+ 2,8	106,8	+ 4,6	106,1	+ 1,6	97,2	+ 1,7	95,2	- 2,2	98,5	+ 4,2
Dez.	108,2	+ 10,4	95,0	+ 4,3	124,0	+ 16,5	86,5	- 0,5	78,0	- 4,3	91,8	+ 1,8
2005 Jan.	106,6	+ 6,9	109,2	+ 7,3	107,1	+ 7,3	96,5	+ 3,8	88,1	- 2,5	101,6	+ 7,4
Febr.	105,0	+ 3,8	104,4	+ 2,3	106,1	+ 4,8	102,3	+ 4,1	87,8	- 1,8	111,1	+ 6,8
März	116,9	+ 5,1	114,5	+ 3,2	120,9	+ 6,8	108,2	+ 4,3	97,3	- 0,2	114,9	+ 6,8
April	105,1	+ 0,9	105,6	- 0,7	107,1	+ 1,8	95,4	+ 2,9	90,7	+ 1,7	98,3	+ 3,5
Mai	105,5	+ 1,5	106,6	+ 1,6	108,1	+ 0,9	91,3	+ 3,4	85,8	- 2,3	94,7	+ 6,9
Juni	113,3	+ 7,3	110,7	+ 3,1	119,7	+ 10,4	95,5	+ 6,9	92,8	+ 3,6	97,1	+ 9,0
Juli	114,5	+ 8,6	114,1	+ 6,6	118,1	+ 10,7	100,7	+ 5,8	89,0	+ 0,9	107,9	+ 8,3
Aug. p)	101,5	+ 5,8	102,2	+ 3,3	101,9	+ 7,8	97,8	+ 6,5	79,1	+ 7,2	109,4	+ 6,3
aus dem Inland												
2001	97,6	- 2,4	96,4	- 3,5	98,0	- 2,0	99,9	± 0,0	99,5	- 0,4	100,2	+ 0,4
2002	94,6	- 3,1	94,6	- 1,9	94,6	- 3,5	94,6	- 5,3	92,0	- 7,5	96,3	- 3,9
2003	94,6	± 0,0	95,0	+ 0,4	95,9	+ 1,4	90,0	- 4,9	86,7	- 5,8	92,1	- 4,4
2004	98,3	+ 3,9	100,5	+ 5,8	100,0	+ 4,3	86,9	- 3,4	83,3	- 3,9	89,2	- 3,1
2004 Aug.	92,3	+ 5,7	97,1	+ 9,6	90,1	+ 4,9	85,1	- 2,6	70,4	+ 0,3	94,2	- 4,0
Sept.	99,9	+ 1,5	102,7	+ 6,4	99,9	- 0,7	92,2	- 5,1	86,1	- 7,2	96,0	- 4,1
Okt.	102,3	+ 3,2	105,0	+ 4,6	103,2	+ 4,6	92,3	- 4,7	89,7	- 7,6	94,0	- 2,8
Nov.	99,9	+ 0,8	104,0	+ 3,9	99,4	- 1,4	89,6	- 2,5	89,2	- 4,9	89,9	- 0,8
Dez.	98,9	+ 10,3	89,5	+ 5,0	115,3	+ 19,0	79,3	- 3,8	72,5	- 6,2	83,6	- 2,3
2005 Jan.	96,8	+ 3,3	102,9	+ 6,4	94,1	+ 1,0	87,4	+ 1,0	82,5	- 5,6	90,4	+ 5,2
Febr.	95,8	- 0,1	97,6	+ 1,2	95,2	- 2,7	92,3	+ 3,7	83,1	- 1,9	97,9	+ 6,6
März	106,6	+ 1,2	107,1	+ 0,2	108,4	+ 1,3	99,7	+ 3,9	92,3	- 1,5	104,2	+ 6,9
April	98,0	± 0,0	99,8	- 1,7	99,7	+ 0,7	88,0	+ 3,4	85,6	+ 3,1	89,5	+ 3,3
Mai	96,0	+ 1,1	100,2	+ 0,1	96,1	+ 1,2	83,8	+ 3,6	80,3	- 1,1	86,0	+ 6,6
Juni	104,0	+ 5,7	103,8	+ 1,9	110,1	+ 9,1	86,9	+ 6,2	86,1	+ 5,1	87,5	+ 7,1
Juli	103,8	+ 4,3	108,2	+ 3,5	103,5	+ 3,8	91,9	+ 8,1	84,4	+ 5,5	96,7	+ 9,6
Aug. p)	95,9	+ 3,9	98,7	+ 1,6	95,6	+ 6,1	89,1	+ 4,7	75,1	+ 6,7	97,8	+ 3,8
aus dem Ausland												
2001	99,1	- 0,9	95,1	- 4,9	100,7	+ 0,7	104,8	+ 4,8	100,5	+ 0,5	107,5	+ 7,6
2002	102,8	+ 3,7	99,1	+ 4,2	104,1	+ 3,4	108,6	+ 3,6	103,9	+ 3,4	111,5	+ 3,7
2003	104,4	+ 1,6	102,3	+ 3,2	105,1	+ 1,0	107,5	- 1,0	97,2	- 6,4	113,9	+ 2,2
2004	112,9	+ 8,1	111,6	+ 9,1	113,8	+ 8,3	112,2	+ 4,4	102,4	+ 5,3	118,1	+ 3,7
2004 Aug.	100,4	+ 7,7	101,8	+ 12,4	98,6	+ 6,1	106,9	+ 1,6	81,6	+ 2,3	122,2	+ 1,2
Sept.	119,0	+ 9,7	116,6	+ 8,2	120,1	+ 11,3	120,1	+ 4,1	111,9	+ 1,4	125,1	+ 5,6
Okt.	115,4	+ 7,6	115,0	+ 8,6	115,7	+ 8,4	115,5	- 0,7	111,7	+ 1,4	117,9	- 1,8
Nov.	112,0	+ 5,2	111,2	+ 5,8	112,2	+ 4,1	114,2	+ 9,8	108,9	+ 3,3	117,5	+ 13,9
Dez.	119,9	+ 10,5	103,6	+ 3,3	132,1	+ 14,8	102,6	+ 5,9	90,5	- 0,8	110,0	+ 9,6
2005 Jan.	118,9	+ 10,8	119,1	+ 8,4	119,0	+ 12,5	116,9	+ 8,7	101,0	+ 3,9	126,4	+ 11,1
Febr.	116,5	+ 8,1	115,0	+ 3,6	116,1	+ 11,3	124,6	+ 4,4	98,6	- 1,5	140,5	+ 7,3
März	129,8	+ 9,5	126,0	+ 7,4	132,5	+ 11,3	127,2	+ 5,1	108,6	+ 2,4	138,6	+ 6,7
April	114,0	+ 1,9	114,7	+ 0,7	114,0	+ 2,8	112,0	+ 2,0	102,3	- 1,1	117,9	+ 3,7
Mai	117,3	+ 1,9	116,6	+ 3,6	119,1	+ 0,8	108,0	+ 3,0	98,3	- 4,4	113,9	+ 7,3
Juni	124,9	+ 8,9	121,4	+ 4,7	128,5	+ 11,4	114,7	+ 8,0	108,2	+ 0,9	118,6	+ 12,4
Juli	127,8	+ 13,3	123,3	+ 11,1	131,6	+ 16,4	120,3	+ 1,9	99,6	- 6,7	132,9	+ 6,5
Aug. p)	108,5	+ 8,1	107,6	+ 5,7	107,7	+ 9,2	117,4	+ 9,8	88,2	+ 8,1	135,2	+ 10,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschließlich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ❶)

Zeit	Deutschland					Westdeutschland 1)					Ostdeutschland 2)				
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:			insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:			insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	davon:		
			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau
2000 = 100		2000 = 100			2000 = 100		2000 = 100			2000 = 100		2000 = 100			
2001	94,6	- 5,4	82,9	97,0	99,1	98,9	- 1,1	88,6	102,2	101,6	82,6	- 17,3	67,2	81,9	92,4
2002	88,8	- 6,1	72,8	91,5	95,7	92,1	- 6,9	80,5	94,8	96,4	79,6	- 3,6	51,6	82,0	94,0
2003	79,3	- 10,7	67,5	78,6	87,5	82,0	- 11,0	75,6	79,6	88,7	72,0	- 9,5	45,2	75,4	84,3
2004	74,3	- 6,3	61,3	72,8	84,2	77,0	- 6,1	70,5	74,6	83,8	67,1	- 6,8	35,7	67,7	85,2
2004 Juli	78,9	- 12,8	63,5	71,8	96,6	82,1	- 10,0	71,6	73,6	98,8	70,2	- 20,8	41,0	66,8	91,1
2004 Aug.	77,5	- 4,4	60,5	74,2	91,8	78,1	- 5,4	69,9	73,9	88,2	75,8	- 1,6	34,7	74,9	101,2
2004 Sept.	85,9	- 5,7	71,3	80,2	101,4	89,1	- 3,7	84,0	81,8	100,9	76,8	- 12,0	36,2	75,3	102,6
2004 Okt.	74,5	- 6,4	59,0	72,1	86,9	78,9	- 6,8	70,1	75,1	88,8	62,5	- 5,0	28,4	63,4	82,0
2004 Nov.	61,8	- 11,6	51,3	62,3	67,7	64,2	- 12,1	59,2	64,7	66,9	55,0	- 10,1	29,6	55,6	69,5
2004 Dez.	69,5	+ 0,3	56,1	78,7	67,3	71,8	- 0,7	64,1	79,8	67,4	63,0	+ 3,3	33,9	75,8	67,1
2005 Jan.	46,6	- 12,7	39,7	50,4	46,8	50,1	- 7,7	46,8	54,8	46,6	37,2	- 26,6	20,2	37,6	47,1
2005 Febr.	52,1	- 21,3	45,3	54,4	53,7	55,2	- 18,2	54,6	53,8	57,3	43,4	- 30,4	19,7	55,8	44,5
2005 März	78,9	- 3,2	64,6	82,2	84,2	83,3	- 1,0	74,7	86,8	84,6	67,1	- 9,6	36,9	68,9	83,1
2005 April	70,9	- 8,0	56,3	70,2	80,8	74,3	- 7,0	65,8	74,2	79,9	61,5	- 11,4	30,2	58,7	83,1
2005 Mai	77,9	+ 2,6	62,3	70,7	95,6	81,9	+ 3,7	71,0	73,8	98,2	66,8	- 1,2	38,4	61,7	89,0
2005 Juni	88,6	- 1,4	66,7	86,2	105,0	93,7	- 0,7	79,0	91,3	105,7	74,6	- 3,7	32,8	71,3	103,0
2005 Juli	81,4	+ 3,2	59,1	74,2	103,5	84,2	+ 2,6	68,5	74,2	105,6	74,0	+ 5,4	33,1	74,1	98,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorberbeitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ❶ Mit Hilfe

des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne West-Berlin. — 2 Einschl. West-Berlin. — 3 Einschl. Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)

Deutschland

Kalenderbereinigt ❶)

Zeit	Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:					
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:										darunter					
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)		Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf 2)		Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen			Einzelhandel mit Kraftwagen 3)		
2003 = 100		Veränderung gegen Vorjahr in %		2003 = 100		Veränderung gegen Vorjahr %		2003 = 100		Veränderung gegen Vorjahr %		2003 = 100		Veränderung gegen Vorjahr %		
		nicht bereinigt		preis-bereinigt 4)								nicht bereinigt		preis-bereinigt 4)		
1997	96,3	- 0,6	- 1,3	87,8	- 0,7	73,2	+ 2,2	113,4	- 1,6	108,2	- 0,9	94,7	+ 0,1	- 0,4	87,4	+ 3,7
1998	97,3	+ 1,0	+ 1,1	89,1	+ 1,5	77,3	+ 5,6	112,1	- 1,1	111,7	+ 3,2	96,3	+ 1,7	+ 1,5	91,6	+ 4,8
1999	97,8	+ 0,5	+ 0,3	89,7	+ 0,7	82,9	+ 7,2	111,8	- 0,3	110,6	- 1,0	97,2	+ 0,9	+ 0,4	94,6	+ 3,3
2000	100,2	+ 2,5	+ 1,3	91,5	+ 2,0	87,8	+ 5,9	111,7	- 0,1	113,4	+ 2,5	98,7	+ 1,5	+ 0,3	92,6	- 2,1
2001	102,1	+ 1,9		95,7	+ 4,6	94,3	+ 7,4	111,3	- 0,4	109,6	- 3,4	100,7	+ 2,0		95,3	+ 2,9
2002	100,5	- 1,6	- 1,3	98,3	+ 2,7	97,6	+ 3,5	105,7	- 5,0	100,9	- 7,9	99,9	- 0,8	- 0,8	98,1	+ 2,9
2003 5)	100,1	- 0,4	- 0,4	100,2	+ 1,9	100,1	+ 2,6	100,1	- 5,3	100,2	- 0,7	100,2	+ 0,3	± 0,0	100,5	+ 2,4
2004 6)	100,7	+ 0,6	+ 0,7	102,5	+ 2,3	99,0	- 1,1	102,7	+ 2,6	102,9	+ 2,7	101,0	+ 0,8	+ 0,5	102,1	+ 1,6
2004 Aug.	96,4	+ 2,0	+ 1,7	100,8	+ 2,2	96,3	+ 0,3	93,1	+ 7,5	96,4	+ 2,4	95,8	+ 1,2	+ 0,6	92,1	- 2,0
2004 Sept.	98,4	+ 0,2	+ 0,1	97,6	+ 1,1	97,9	+ 0,6	106,0	- 0,1	99,7	+ 1,8	98,2	- 0,2	- 0,5	97,2	- 1,7
2004 Okt.	105,9	+ 0,8	+ 0,8	103,6	+ 0,5	105,0	+ 1,9	120,3	+ 1,6	110,2	+ 4,6	105,6	+ 0,9	+ 0,6	104,7	+ 0,9
2004 Nov.	106,9	+ 0,7	+ 0,8	105,8	+ 1,1	102,9	- 1,2	110,4	+ 8,8	110,7	+ 2,2	107,2	+ 2,0	+ 1,9	109,9	+ 7,9
2004 Dez.	123,8	+ 2,0	+ 1,8	122,4	+ 3,5	119,5	- 1,0	129,4	+ 4,3	121,6	+ 4,0	117,7	+ 2,1	+ 1,8	97,4	+ 3,4
2005 Jan.	95,1	+ 4,5	+ 4,6	97,8	+ 4,4	95,3	+ 10,4	88,2	+ 1,4	95,2	+ 4,5	92,7	+ 3,3	+ 3,2	84,1	- 1,5
2005 Febr.	89,6	+ 2,2	+ 1,6	96,6	+ 5,6	95,3	+ 8,9	73,2	- 6,8	88,3	- 1,7	88,8	+ 0,7	+ 0,1	86,4	- 4,5
2005 März	104,7	+ 1,7	+ 1,3	108,4	+ 3,2	105,0	+ 5,5	102,7	+ 0,3	108,7	- 0,5	106,7	+ 2,0	+ 1,4	114,6	+ 2,6
2005 April	101,5	- 0,6	- 0,9	104,6	+ 0,6	99,7	+ 1,5	114,1	+ 3,9	102,5	- 4,3	104,2	- 0,1	- 0,6	113,6	+ 1,2
2005 Mai	102,5	+ 5,0	+ 4,7	108,3	+ 6,6	102,7	+ 8,7	102,2	+ 4,4	102,0	+ 1,0	104,7	+ 4,7	+ 4,2	111,9	+ 3,8
2005 Juni	97,7	+ 0,9	+ 0,5	103,9	+ 3,7	101,1	+ 2,7	94,8	- 1,0	97,3	- 1,5	100,7	+ 1,2	+ 0,6	111,0	+ 1,7
2005 Juli	99,4	± 0,0	- 0,2	101,7	- 2,0	107,1	+ 4,6	100,1	- 1,3	100,1	+ 1,1	102,4	+ 1,1	+ 0,6	112,1	+ 4,6
2005 Aug.	96,2	- 0,2	- 0,7	98,1	- 2,7	98,5	+ 2,3	95,9	+ 3,0	96,9	+ 0,5	96,4	+ 0,6	- 0,2	95,3	+ 3,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer. — ❶ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschl. Kraftwagenteil und Zubehör. —

4 Bis einschl. 2000 in Preisen von 1995, ab 2001 in Preisen von 2000. — 5 Ursprungswerte ab Januar 2003 vorläufig, da ohne Niedersachsen. — 6 Ergebnisse ab Januar 2004 teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten erfahrungsgemäß besonders unsicher.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 5)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 6) 7)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 7)	Arbeitslose 7) r)		Arbeits- losenquote 7) 8)	Offene Stellen 7)			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beitendes Ge- werbe 3)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd														
Deutschland																	
2002	39 092	- 0,6	- 224	35 090	- 0,7	6 217	883	207	193	340	4 061	+ 209	9,8	452			
2003	38 723	- 0,9	- 369	34 650	- 1,3	6 136	817	195	143	260	4 377	+ 315	10,5	355			
2004	38 868	+ 0,4	+ 145	34 652	+ 0,0	6 019	769	151	117	184	4 381	+ 93	10,5	286			
2004 Sept.	39 211	+ 0,6	+ 252			6 049	788	115	124	166	4 257	+ 160	10,3	269			
Okt.	39 359	+ 0,6	+ 254			6 024	778	125	122	167	4 207	+ 187	10,1	245			
Nov.	39 338	+ 0,6	+ 236	34 998	+ 0,2	6 008	768	133	114	163	4 258	+ 208	10,3	229			
Dez.	39 100	+ 0,5	+ 186			5 978	744	133	100	149	4 464	+ 244	10,8	225			
2005 Jan.	38 356	+ 0,1	+ 49			5 949	684	148	85	135	5 040	+ 442	11,1	268			
Febr.	38 391	+ 0,1	+ 46	34 114	- 0,4	5 930	660	168	77	122	5 217	+ 575	12,6	333			
März	38 512	+ 0,1	+ 21			5 925	668	174	67	116	5 176	+ 628	12,5	394			
April	38 721	+ 0,1	+ 24			5 919	696	159	59	113	4 968	+ 524	12,0	434			
Mai	38 867	+ 0,1	+ 31	34 471	- 0,4	5 915	703	142	53	112	4 807	+ 513	11,6	442			
Juni	38 972	+ 0,1	+ 47			5 911	708	137	50	109	4 704	+ 471	11,3	439			
Juli	38 966	+ 0,2	+ 83			5 918	708	109	49	150	4 772	+ 412	11,5	447			
Aug.	39 031	+ 0,3	+ 113			5 946		89	51	150	4 729	+ 382	11,4	464			
Sept.	150	50	150	4 650	+ 393	11,2	467		
Westdeutschland o)																	
2002	5 593	639	162	45	198	2 498	+ 178	7,7	378			
2003	5 503	594	160	31	161	2 753	+ 255	8,4	292			
2004	5 380	562	122	24	121	2 783	+ 89	8,5	239			
2004 Sept.	5 402	574	92	27	111	2 702	+ 120	8,2	222			
Okt.	5 378	567	102	26	112	2 694	+ 141	8,2	204			
Nov.	5 362	560	105	25	109	2 729	+ 151	8,3	191			
Dez.	5 337	546	105	23	99	2 862	+ 174	8,7	192			
2005 Jan.	5 234	505	118	19	89	3 269	+ 341	11,1	228			
Febr.	5 215	490	133	18	80	3 423	+ 476	10,4	279			
März	5 210	496	137	16	78	3 397	+ 524	10,3	320			
April	5 202	514	128	14	76	3 263	+ 457	9,9	345			
Mai	5 199	518	113	13	75	3 171	+ 460	9,7	344			
Juni	5 194	521	110	12	73	3 117	+ 447	9,5	344			
Juli	5 198	520	87	10	67	3 173	+ 412	9,6	346			
Aug.	5 221	...	69	9	63	3 166	+ 401	9,6	359			
Sept.	150	8	150	3 134	+ 432	9,5	357		
Ostdeutschland +)																	
2002	624	244	45	148	142	1 563	+ 31	17,7	74			
2003	632	223	35	112	99	1 624	+ 61	18,5	63			
2004	639	207	29	93	63	1 599	+ 4	18,4	47			
2004 Sept.	647	215	24	98	55	1 555	+ 40	18,0	47			
Okt.	647	211	23	96	55	1 513	+ 45	17,5	42			
Nov.	645	208	27	89	54	1 529	+ 57	17,7	38			
Dez.	641	199	28	77	50	1 602	+ 70	18,5	33			
2005 Jan.	715	179	30	65	46	1 771	+ 101	20,5	40			
Febr.	715	170	35	59	41	1 794	+ 99	20,7	54			
März	715	172	36	51	38	1 779	+ 104	20,5	74			
April	717	182	31	45	37	1 705	+ 67	19,7	89			
Mai	717	185	29	41	37	1 636	+ 54	18,9	98			
Juni	717	187	27	38	36	1 587	+ 23	18,5	96			
Juli	720	188	21	39	32	1 599	- 0	18,6	101			
Aug.	724	...	20	41	32	1 562	- 19	18,2	106			
Sept.	42	33	1 516	- 39	17,6	110			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — o Ohne West-Berlin. — + Einschl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. — 2 Einschl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Bis Dezember 2004 Westdeutschland einschl., Ostdeutschland ohne West-Berlin. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Stand zur Monatsmitte. — 6 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturangepasstungsmaßnahmen (SAM); vorläufige und teilweise revidierte Angaben. — 7 Stand zur Monatsmitte; bis Dezember 2004 Endstände. — 8 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 9 Ergebnisse ab 2003

positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Betriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 10 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 11 Ab Januar 2005 Arbeitslose einschl. erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger. — 12 Ab Januar 2005 einschl. Angebote für Arbeitsgelegenheiten. — 13 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 14 Ab Juni 2005 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 15 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 16 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. — 17 Ab September 2005 Arbeitslose einschl. erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger bei den optierenden Kommunen.

IX. Konjunkturlage

7. Preise
Deutschland

Zeit	Verbraucherpreisindex						Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)		
	insgesamt	davon:							Baupreisindex 2) 3)	Ausfuhr	Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten							
2000 = 100													
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	102,0	105,1	100,3	105,7	102,4	101,2	100,3	103,0	107,3	101,0	100,6	91,4	91,9
2002	103,4	106,1	101,1	106,0	104,9	102,6	100,2	102,4	100,4	100,8	98,4	86,1	91,1
2003	104,5	106,0	101,4	110,2	106,4	103,8	100,3	104,1	101,4	100,6	96,2	82,9	86,9
2004	106,2	105,7	102,9	114,8	108,9	104,8	101,4	105,8	99,9	101,1	97,2	101,4	96,3
2003 Dez.	105,1	105,7	101,4	109,4	109,0	104,1		104,2	103,2	100,2	95,1	80,7	89,4
2004 Jan.	105,2	106,9	102,1	110,5	107,2	104,4		104,0	103,8	100,2	95,2	82,6	92,8
Febr.	105,4	106,4	101,9	110,2	108,3	104,5	100,5	104,1	105,3	100,3	95,3	82,2	96,2
März	105,7	106,1	103,1	111,4	108,0	104,6		104,7	105,3	100,8	96,4	91,2	103,5
April	106,0	106,3	103,3	113,1	108,1	104,7		105,1	104,6	101,1	96,9	94,9	105,1
Mai	106,2	106,6	103,1	116,1	108,1	104,7	101,4	105,6	104,3	101,3	97,6	104,5	101,1
Juni	106,2	106,7	103,1	114,2	108,6	104,8		105,5	107,4	101,1	97,0	100,8	99,1
Juli	106,5	106,0	102,8	115,5	109,9	104,8		106,1	105,1	101,2	97,3	104,7	97,6
Aug.	106,7	104,9	102,8	117,3	110,3	105,0	101,8	106,4	99,9	101,5	98,2	114,3	94,6
Sept.	106,4	104,3	102,9	116,6	109,2	105,0		106,6	99,4	101,5	98,3	112,7	93,5
Okt.	106,6	104,2	102,9	120,4	108,9	105,1		107,6	97,6	101,7	99,4	123,0	92,0
Nov.	106,2	104,1	103,0	117,2	108,4	105,2	102,0	107,1	98,9	101,6	98,1	108,1	91,4
Dez.	107,3	105,3	103,7	114,5	111,7	105,2		107,2	99,0	101,2	97,2	96,8	89,2
2005 Jan.	106,9	105,7	103,5	116,4	109,8	105,4		108,1	97,9	101,5	98,0	107,5	95,7
Febr.	107,3	106,3	103,6	117,5	110,5	105,6	102,5	108,5	99,0	101,8	98,8	111,4	99,2
März	107,6	106,6	103,7	120,7	110,3	105,6		109,1	100,3	102,1	100,1	125,3	103,1
April	107,7	106,4	103,7	123,3	109,7	105,7		109,9	98,7	102,1	100,1	128,2	103,1
Mai	108,0	107,1	103,6	123,0	110,9	105,8	102,5	109,9	98,7	102,0	99,7	124,3	102,3
Juni	108,1	107,0	103,5	125,8	110,6	105,9		110,4	98,8	102,2	101,3	144,6	106,6
Juli	108,6	105,9	103,2	129,0	112,1	106,0		111,0 p)	97,9	102,4	101,9	151,8	107,0
Aug.	108,7	104,9	103,1	130,9	112,5	106,0	102,7	111,3	...	102,4	102,8	160,9	105,9
Sept.	109,1	104,8	104,2	135,1	111,3	106,0		111,8	160,5	105,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2000	+ 1,4	- 0,6	- 0,3	+ 14,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7 2)	+ 3,1	+ 5,9	+ 3,1	+ 10,1	+ 73,6	+ 20,3
2001	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 5,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 3,0	+ 7,3	+ 1,0	+ 0,6	- 8,6	- 8,1
2002	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,4	- 0,1	- 0,6	- 6,4	- 0,2	- 2,2	- 5,8	- 0,9
2003	+ 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,0	- 0,2	- 2,2	- 3,7	- 4,6
2004	+ 1,6	- 0,3	+ 1,5	+ 4,2	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	- 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 22,3	+ 10,8
2003 Dez.	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,1		+ 1,8	+ 4,0	- 0,5	- 2,9	- 7,5	- 0,2
2004 Jan.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	- 0,2	+ 2,0	+ 1,2		+ 0,2	+ 4,0	- 0,7	- 3,1	- 10,4	+ 5,1
Febr.	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	- 2,5	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 3,8	- 0,7	- 3,2	- 15,5	+ 7,2
März	+ 1,1	- 0,2	+ 1,5	- 2,1	+ 2,3	+ 1,1		+ 0,3	+ 5,7	- 0,2	- 1,6	+ 1,9	+ 17,2
April	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0		+ 0,9	+ 4,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 24,9	+ 19,7
Mai	+ 2,0	- 0,2	+ 1,7	+ 7,3	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 6,0	+ 0,8	+ 2,5	+ 44,1	+ 21,1
Juni	+ 1,7	- 0,4	+ 1,8	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,0		+ 1,5	+ 5,7	+ 0,8	+ 2,0	+ 30,9	+ 21,9
Juli	+ 1,8	- 0,3	+ 1,7	+ 5,8	+ 2,3	+ 1,0		+ 1,9	+ 6,8	+ 0,9	+ 2,2	+ 28,5	+ 18,0
Aug.	+ 2,0	- 0,2	+ 1,8	+ 6,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,2	- 0,9	+ 1,1	+ 2,5	+ 32,3	+ 11,0
Sept.	+ 1,8	- 1,2	+ 1,5	+ 6,3	+ 2,3	+ 1,1		+ 2,3	- 5,2	+ 1,0	+ 2,7	+ 43,2	+ 6,9
Okt.	+ 2,0	- 1,4	+ 1,5	+ 9,5	+ 2,3	+ 1,2		+ 3,3	- 5,4	+ 1,3	+ 4,1	+ 51,9	+ 3,7
Nov.	+ 1,8	- 1,3	+ 1,6	+ 7,0	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,8	- 5,7	+ 1,2	+ 2,7	+ 32,3	+ 0,4
Dez.	+ 2,1	- 0,4	+ 2,3	+ 4,7	+ 2,5	+ 1,1		+ 2,9	- 4,1	+ 1,0	+ 2,2	+ 20,0	- 0,2
2005 Jan.	+ 1,6	- 1,1	+ 1,4	+ 5,3	+ 2,4	+ 1,0		+ 3,9	- 5,7	+ 1,3	+ 2,9	+ 30,1	+ 3,1
Febr.	+ 1,8	- 0,1	+ 1,7	+ 6,6	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 4,2	- 6,0	+ 1,5	+ 3,7	+ 35,5	+ 3,1
März	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 8,3	+ 2,1	+ 1,0		+ 4,2	- 4,7	+ 1,3	+ 3,8	+ 37,4	- 0,4
April	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 9,0	+ 1,5	+ 1,0		+ 4,6	- 5,6	+ 1,0	+ 3,3	+ 35,1	- 1,9
Mai	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 5,9	+ 2,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 4,1	- 5,4	+ 0,7	+ 2,2	+ 18,9	+ 1,2
Juni	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 10,2	+ 1,8	+ 1,0		+ 4,6	- 8,0	+ 1,1	+ 4,4	+ 43,5	+ 7,6
Juli	+ 2,0	- 0,1	+ 0,4	+ 11,7	+ 2,0	+ 1,1		+ 4,6 p)	- 6,9	+ 1,2	+ 4,7	+ 45,0	+ 9,6
Aug.	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 11,6	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 4,6	...	+ 0,9	+ 4,7	+ 40,8	+ 11,9
Sept.	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,3	+ 15,9	+ 1,9	+ 1,0		+ 4,9	+ 42,4	+ 13,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesam-

tes. — 3 Früher: Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWA-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrirohstoffe.

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte *)
Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Ver-änderung gegen Vorjahr %	DM / €	Ver-änderung gegen Vorjahr %	DM / €	Ver-änderung gegen Vorjahr %	DM / €	Ver-änderung gegen Vorjahr %	DM / €	Ver-änderung gegen Vorjahr %	DM / €	Ver-änderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 355,4	.	940,9	.	426,1	.	1 367,0	.	1 975,5	.	254,7	.	12,9
1992	1 466,6	8,2	1 001,9	6,5	473,9	11,2	1 475,8	8,0	2 120,2	7,3	268,8	5,6	12,7
1993	1 504,2	2,6	1 030,5	2,9	511,2	7,9	1 541,7	4,5	2 194,0	3,5	264,5	- 1,6	12,1
1994	1 526,0	1,4	1 026,6	- 0,4	529,3	3,5	1 555,9	0,9	2 275,7	3,7	259,1	- 2,1	11,4
1995	1 575,1	3,2	1 034,9	0,8	553,5	4,6	1 588,4	2,1	2 344,9	3,0	257,6	- 0,6	11,0
1996	1 592,5	1,1	1 029,9	- 0,5	599,0	8,2	1 629,0	2,6	2 386,5	1,8	251,7	- 2,3	10,5
1997	1 589,7	- 0,2	1 012,9	- 1,7	613,2	2,4	1 626,1	- 0,2	2 427,6	1,7	245,4	- 2,5	10,1
1998	1 623,0	2,1	1 036,3	2,3	625,0	1,9	1 661,3	2,2	2 474,2	1,9	249,4	1,7	10,1
1999	854,6	3,0	547,5	3,3	330,5	3,4	878,0	3,4	1 297,7	2,6	122,7	- 3,8	9,5
2000	883,4	3,4	569,6	4,0	339,9	2,8	909,5	3,6	1 337,4	3,1	123,2	0,4	9,2
2001	902,0	2,1	590,0	3,6	353,8	4,1	943,9	3,8	1 389,5	3,9	130,9	6,2	9,4
2002	908,4	0,7	591,5	0,2	368,7	4,2	960,1	1,7	1 406,1	1,2	139,4	6,5	9,9
2003	907,7	- 0,1	587,5	- 0,7	379,0	2,8	966,5	0,7	1 435,5	2,1	147,9	6,1	10,3
2004	912,0	0,5	600,3	2,2	379,3	0,1	979,6	1,4	1 466,4	2,1	153,8	4,0	10,5
2003 3.Vj.	226,3	- 0,0	150,4	- 0,6	94,4	1,9	244,7	0,3	354,3	1,3	30,9	0,7	8,7
4.Vj.	252,1	- 0,4	162,2	- 0,4	95,7	3,1	257,9	0,9	365,6	1,2	32,1	1,4	8,8
2004 1.Vj.	213,5	0,9	140,2	2,2	96,7	1,7	236,9	2,0	367,1	1,7	50,8	0,2	13,8
2.Vj.	219,9	1,0	142,4	3,4	94,0	0,2	236,4	2,1	360,6	1,7	35,6	4,2	9,9
3.Vj.	226,5	0,1	153,0	1,7	93,7	- 0,7	246,6	0,8	360,5	1,7	32,4	4,7	9,0
4.Vj.	252,1	- 0,0	164,7	1,5	95,0	- 0,8	259,7	0,7	378,2	3,4	35,1	9,2	9,3
2005 1.Vj.	213,3	- 0,1	141,0	- 0,5	95,5	- 1,3	236,4	- 0,2	370,3	0,9	52,6	3,7	14,2
2.Vj.	219,2	- 0,3	142,1	- 0,2	93,9	- 0,0	236,0	- 0,2	367,1	1,8	37,0	3,8	10,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2005. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehältniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept 2)		Tariflohn- und -gehältniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		2000 = 100	% gegen Vorjahr	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		2000 = 100	% gegen Vorjahr
	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr			2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr		
	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr
1995	89,8	4,9	90,2	4,6	94,8	3,1	88,3	6,1	89,5	5,5	89,9	4,1
1996	92,1	2,6	92,3	2,4	96,2	1,4	91,6	3,8	92,0	2,9	92,5	2,9
1997	93,4	1,5	93,7	1,5	96,3	0,2	93,4	1,9	93,6	1,7	94,2	1,7
1998	95,2	1,9	95,3	1,8	97,2	0,9	95,1	1,8	95,1	1,7	95,7	1,6
1999	98,0	2,9	98,1	2,8	98,6	1,4	98,0	3,1	98,0	3,0	97,4	1,8
2000	100,0	2,0	100,0	2,0	100,0	1,5	100,0	2,0	100,0	2,0	100,0	2,7
2001	101,9	1,9	101,9	1,9	101,8	1,8	101,8	1,8	101,7	1,7	102,2	2,2
2002	104,7	2,7	104,6	2,7	103,2	1,4	105,0	3,2	104,8	3,1	104,3	2,0
2003	106,7	2,0	106,7	2,0	104,4	1,2	107,6	2,5	107,4	2,4	.	.
2004	108,0	1,2	108,2	1,4	104,9	0,5	109,6	1,8	109,3	1,8	.	.
2003 3.Vj.	110,2	1,9	110,2	2,0	104,1	1,1	115,6	2,2	115,3	2,1	.	.
4.Vj.	119,9	1,1	120,0	1,2	115,0	0,4	119,4	2,3	119,1	2,2	.	.
2004 1.Vj.	99,8	1,8	100,0	1,9	99,2	1,3	99,9	3,2	99,7	3,2	.	.
2.Vj.	100,2	1,5	100,3	1,6	101,4	0,9	100,1	1,4	99,9	1,4	.	.
3.Vj.	111,2	1,0	111,4	1,1	104,0	- 0,0	116,6	0,8	116,3	0,8	.	.
4.Vj.	120,8	0,7	121,1	1,0	114,7	- 0,2	121,8	2,0	121,5	2,0	.	.
2005 1.Vj.	101,1	1,3	101,4	1,4	99,5	0,3	101,4	1,6	101,2	1,5	.	.
2.Vj.	101,2	1,1	101,6	1,3	101,4	0,1	101,3	1,2	101,1	1,2	.	.
2005 Febr.	100,7	1,2	101,0	1,3	.	.	100,3	1,3	100,1	1,2	.	.
März	101,8	1,5	102,2	1,7	.	.	103,8	2,3	103,5	2,2	.	.
April	101,6	1,7	101,9	1,9	.	.	101,2	1,6	101,0	1,6	.	.
Mai	101,1	0,6	101,4	0,8	.	.	101,4	0,6	101,2	0,6	.	.
Juni	101,1	0,9	101,4	1,1	.	.	101,4	1,5	101,1	1,5	.	.
Juli	134,1	1,3	134,5	1,4	.	.	151,9	1,5	151,5	1,5	.	.
Aug.	101,5	0,9	101,8	1,1	.	.	101,7	1,7	101,5	1,7	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch auf Grund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2005. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung

sowie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2002	2003	2004	2004		2005			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli
A. Leistungsbilanz	+ 64 483	+ 20 409	+ 46 760	+ 15 783	+ 765	- 13 560	- 2 989	- 493	+ 178
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 062 129	1 039 689	1 129 631	298 848	278 291	306 568	100 863	106 462	103 464
Einfuhr (fob)	933 580	936 951	1 026 923	278 777	263 751	286 804	93 971	97 839	94 330
Saldo	+ 128 548	+ 102 736	+ 102 708	+ 20 071	+ 14 542	+ 19 764	+ 6 892	+ 8 623	+ 9 134
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	332 095	329 269	355 467	92 126	82 953	89 456	28 898	32 122	35 245
Ausgaben	315 711	309 619	327 777	85 476	80 187	81 112	26 113	28 908	31 858
Saldo	+ 16 381	+ 19 653	+ 27 689	+ 6 651	+ 2 766	+ 8 344	+ 2 785	+ 3 215	+ 3 386
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 31 876	- 45 833	- 27 955	+ 3 068	- 4 362	- 25 954	- 7 378	- 6 059	- 6 734
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	85 358	80 830	79 989	18 018	32 366	16 485	5 482	5 466	5 087
eigene Leistungen	133 930	136 978	135 669	32 025	44 546	32 198	10 769	11 738	10 695
Saldo	- 48 571	- 56 146	- 55 682	- 14 007	- 12 181	- 15 713	- 5 287	- 6 272	- 5 608
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 10 166	+ 13 110	+ 17 425	+ 5 949	+ 1 222	+ 3 894	+ 1 651	+ 1 918	+ 870
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 43 935	- 5 942	- 5 476	- 25 388	+ 34 413	+ 34 910	+ 36 267	+ 16 456	- 2 857
1. Direktinvestitionen	+ 618	+ 5 398	- 78 065	- 44 115	- 24 138	- 11 458	+ 3 281	- 9 893	- 80 128
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 179 948	- 136 003	- 155 391	- 82 662	- 36 427	- 29 498	+ 5 049	- 22 285	- 82 481
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 180 568	+ 141 400	+ 77 328	+ 38 548	+ 12 289	+ 18 039	- 1 768	+ 12 391	+ 2 353
2. Wertpapieranlagen	+ 127 765	+ 43 396	+ 72 780	+ 27 262	+ 2 640	+ 114 253	+ 22 661	+ 102 552	+ 73 667
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 176 158	- 276 701	- 283 535	- 71 032	- 123 487	- 82 468	- 36 053	- 20 314	- 34 761
Dividendenwerte	- 38 795	- 67 002	- 74 104	- 20 817	- 48 338	+ 8 400	- 4 251	+ 4 369	- 14 658
festverzinsliche Wertpapiere	- 88 690	- 182 318	- 151 874	- 42 408	- 74 922	- 75 836	- 22 427	- 29 089	- 18 874
Geldmarktpapiere	- 48 671	- 27 382	- 57 557	- 7 808	- 227	- 15 032	- 9 375	+ 4 406	- 1 229
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 303 924	+ 320 099	+ 356 314	+ 98 293	+ 126 128	+ 196 721	+ 58 714	+ 122 866	+ 108 428
Dividendenwerte	+ 86 237	+ 117 235	+ 123 106	+ 68 105	+ 35 983	+ 36 456	+ 25 874	+ 57 327	+ 104 794
festverzinsliche Wertpapiere	+ 157 873	+ 170 415	+ 211 412	+ 31 991	+ 45 566	+ 162 506	+ 29 652	+ 75 808	+ 1 204
Geldmarktpapiere	+ 59 815	+ 32 451	+ 21 799	- 1 802	+ 44 579	- 2 242	+ 3 187	- 10 269	+ 2 430
3. Finanzderivate	- 10 954	- 12 175	- 1 724	- 4 755	- 7 445	+ 4 849	+ 404	+ 5 088	+ 491
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	- 159 089	- 72 521	- 10 799	- 6 144	+ 58 509	- 75 444	+ 7 307	- 82 150	+ 770
Eurosysteem	+ 18 443	+ 9 145	+ 7 448	+ 5 131	+ 5 220	- 560	- 1 015	+ 323	- 1 090
Staat	- 8 203	- 4 469	- 4 548	+ 1 756	+ 4 769	- 10 697	+ 243	- 3 110	- 240
Monetäre Finanzinstitute 1)	- 142 185	- 18 536	- 13 100	- 14 692	+ 67 208	- 55 325	+ 37 898	- 87 725	+ 7 569
langfristig	+ 17 128	+ 4 559	- 19 342	- 139	- 12 950	+ 3 149	+ 6 219	+ 7 131	- 6 931
kurzfristig	- 159 316	- 23 094	+ 6 242	- 14 554	+ 80 158	- 58 473	+ 31 680	- 94 856	+ 14 500
Unternehmen und Privatpersonen	- 27 143	- 58 662	- 598	+ 1 662	- 18 688	- 8 861	- 29 819	+ 8 362	- 5 468
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	- 2 277	+ 29 957	+ 12 332	+ 2 363	+ 4 847	+ 2 710	+ 2 613	+ 859	+ 2 343
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 30 714	- 27 576	- 58 707	+ 3 657	- 36 400	- 25 246	- 34 930	- 17 881	+ 1 810

* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ohne Eurosystem.

X. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern 7)	Kapitalbilanz 7)	Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 8)	Saldo der statistisch nicht aufliegenden Transaktionen	Nachrichtlich: Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten 8)
	Saldo der Leistungsbilanz 1)	Außenhandel 1) 2) 3)	Ergänzungen zum Warenhandel 4) 5)	Dienstleistungen 6)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen					
Mio DM											
1991	- 40 182	+ 21 899	- 2 804	- 30 724	+ 29 260	- 57 812	- 4 565	+ 12 715	+ 9 605	+ 22 427	- 319
1992	- 35 363	+ 33 656	- 1 426	- 44 983	+ 28 611	- 51 222	- 1 963	+ 69 462	- 52 888	+ 20 753	- 68 745
1993	- 31 162	+ 60 304	- 3 038	- 52 549	+ 19 272	- 55 151	- 1 915	+ 20 652	+ 22 795	- 10 370	+ 35 766
1994	- 49 143	+ 71 762	- 1 104	- 62 803	+ 2 457	- 59 455	- 2 637	+ 57 861	+ 2 846	- 8 927	- 12 242
1995	- 42 682	+ 85 303	- 4 722	- 63 985	+ 3 863	- 55 416	- 3 845	+ 60 472	- 10 355	- 3 590	- 17 754
1996	- 21 263	+ 98 538	- 5 264	- 64 743	+ 1 195	- 50 989	- 3 283	+ 22 407	+ 1 882	+ 256	+ 1 610
1997	- 16 463	+ 116 467	- 7 360	- 68 692	- 4 139	- 52 738	+ 52	+ 31	+ 6 640	+ 9 740	+ 8 468
1998	- 26 738	+ 126 970	- 7 315	- 75 053	- 18 036	- 53 304	+ 1 289	+ 32 810	- 7 128	- 234	+ 8 231
1999	- 46 941	+ 127 542	- 14 355	- 90 036	- 21 215	- 48 877	- 301	- 44 849	+ 24 517	+ 67 574	- 72 364
2000	- 63 909	+ 115 645	- 14 019	- 95 848	- 14 232	- 55 456	+ 13 345	+ 55 434	+ 11 429	- 16 299	+ 94 329
2001	+ 6 486	+ 186 771	- 10 615	- 97 521	- 18 529	- 53 621	- 756	- 34 865	+ 11 797	+ 17 338	+ 63 911
Mio €											
1999	- 24 001	+ 65 211	- 7 340	- 46 035	- 10 847	- 24 990	- 154	- 22 931	+ 12 535	+ 34 550	- 36 999
2000	- 32 676	+ 59 128	- 7 168	- 49 006	- 7 276	- 28 354	+ 6 823	+ 28 343	+ 5 844	- 8 333	+ 48 230
2001	+ 3 316	+ 95 495	- 5 427	- 49 862	- 9 474	- 27 416	- 387	- 17 826	+ 6 032	+ 8 865	+ 32 677
2002	+ 48 155	+ 132 788	- 6 357	- 35 473	- 14 742	- 28 061	- 212	- 42 825	+ 2 065	- 7 184	- 33 292
2003	+ 45 172	+ 129 921	- 8 310	- 33 970	- 13 784	- 28 684	+ 312	- 46 207	+ 445	+ 279	+ 2 658
2004	+ 83 510	+ 155 119	- 12 340	- 30 964	+ 117	- 28 423	+ 430	-112 628	+ 1 470	+ 27 218	- 3 906
2002 3.Vj.	+ 11 552	+ 35 543	- 1 780	- 12 417	- 3 523	- 6 271	+ 62	- 13 331	+ 87	+ 1 630	- 17 588
4.Vj.	+ 15 536	+ 32 195	- 2 126	- 4 296	- 2 737	- 7 501	- 359	- 35 738	+ 898	+ 19 662	+ 1 099
2003 1.Vj.	+ 10 971	+ 29 835	- 2 170	- 8 008	- 2 933	- 5 752	- 30	- 4 626	- 1 495	- 4 820	+ 3 444
2.Vj.	+ 5 598	+ 29 841	- 2 001	- 8 008	- 6 452	- 7 782	+ 149	- 25 579	+ 1 505	+ 18 327	+ 22 123
3.Vj.	+ 12 208	+ 38 430	- 1 671	- 13 364	- 2 388	- 8 800	+ 208	+ 3 006	- 751	- 14 671	- 15 902
4.Vj.	+ 16 395	+ 31 815	- 2 469	- 4 590	- 2 010	- 6 351	+ 16	- 19 007	+ 1 186	+ 1 442	- 7 008
2004 1.Vj.	+ 25 142	+ 40 955	- 2 552	- 7 088	- 463	- 5 711	+ 280	+ 5 742	+ 205	- 31 370	- 6 821
2.Vj.	+ 24 112	+ 42 847	- 2 835	- 5 945	- 2 401	- 7 553	+ 177	- 57 329	+ 339	+ 33 379	+ 30 993
3.Vj.	+ 14 356	+ 36 458	- 3 567	- 11 400	+ 1 471	- 8 605	+ 191	- 31 833	+ 1 568	+ 15 719	- 31 266
4.Vj.	+ 19 899	+ 34 859	- 3 387	- 6 531	+ 1 511	- 6 554	- 218	- 29 208	+ 37	+ 9 491	+ 3 189
2005 1.Vj.	+ 27 946	+ 43 229	- 3 414	- 6 322	+ 1 781	- 7 328	- 1 493	- 24 033	- 181	- 2 238	- 6 813
2.Vj.	+ 23 744	+ 41 543	- 3 400	- 5 636	- 2 276	- 6 488	+ 105	- 21 536	+ 1 230	- 3 543	+ 15 846
2003 März	+ 5 155	+ 9 898	- 426	- 1 962	- 361	- 1 995	+ 13	+ 20 159	- 1 078	- 24 250	- 4 032
April	+ 1 000	+ 9 111	- 830	- 2 178	- 2 484	- 2 620	- 126	- 4 367	+ 1 449	+ 2 044	+ 1 477
Mai	+ 2 130	+ 10 400	- 560	- 2 644	- 2 541	- 2 524	+ 156	- 7 732	+ 854	+ 6 301	+ 22 684
Juni	+ 2 469	+ 10 330	- 610	- 3 186	- 1 427	- 2 638	+ 119	- 13 480	+ 910	+ 9 982	- 2 037
Juli	+ 5 712	+ 13 844	- 762	- 3 796	- 631	- 2 943	+ 62	+ 5 113	+ 225	- 11 113	- 16 353
Aug.	+ 418	+ 10 170	- 341	- 5 423	- 1 005	- 2 983	+ 224	- 8 318	- 717	+ 8 393	- 3 057
Sept.	+ 6 078	+ 14 416	- 568	- 4 144	- 753	- 2 873	- 78	+ 6 211	- 259	- 11 951	+ 3 508
Okt.	+ 4 415	+ 10 996	- 581	- 3 529	- 619	- 1 853	- 27	- 4 414	- 255	+ 281	- 21 689
Nov.	+ 4 499	+ 10 235	- 702	- 1 150	- 986	- 2 898	+ 49	- 3 866	+ 521	+ 1 204	+ 14 870
Dez.	+ 7 480	+ 10 584	- 1 187	+ 88	- 406	- 1 600	- 38	- 10 728	+ 921	+ 2 365	- 190
2004 Jan.	+ 6 295	+ 12 424	- 1 089	- 3 842	- 639	- 560	+ 13	+ 5 532	- 206	- 11 635	+ 5 619
Febr.	+ 6 630	+ 12 051	- 729	- 1 939	- 76	- 2 677	- 179	+ 8 034	- 26	- 14 459	+ 556
März	+ 12 217	+ 16 480	- 734	- 1 307	+ 251	- 2 474	+ 447	- 7 824	+ 437	- 5 277	- 12 996
April	+ 8 204	+ 14 231	- 737	- 2 183	- 1 252	- 1 855	+ 84	- 34 452	- 628	+ 26 792	+ 315
Mai	+ 7 812	+ 14 012	- 991	- 1 419	- 1 091	- 2 699	- 30	- 8 942	+ 607	+ 553	+ 9 981
Juni	+ 8 096	+ 14 604	- 1 107	- 2 343	- 59	- 2 999	+ 123	- 13 935	- 318	+ 6 034	+ 20 697
Juli	+ 6 587	+ 13 504	- 1 398	- 2 439	+ 277	- 3 356	+ 164	+ 2 177	+ 847	- 9 775	- 1 588
Aug.	+ 2 844	+ 10 977	- 1 249	- 4 731	+ 314	- 2 467	+ 80	- 8 407	+ 517	+ 4 966	- 15 748
Sept.	+ 4 924	+ 11 977	- 920	- 4 230	+ 880	- 2 782	- 53	- 25 603	+ 204	+ 20 527	- 13 931
Okt.	+ 6 513	+ 12 502	- 1 164	- 2 643	+ 342	- 2 524	- 22	+ 620	+ 839	- 7 951	+ 23 124
Nov.	+ 7 164	+ 11 821	- 1 231	- 1 498	+ 453	- 2 380	- 186	- 19 795	- 182	+ 12 999	- 10 787
Dez.	+ 6 221	+ 10 537	- 992	- 2 389	+ 716	- 1 650	- 10	- 10 032	- 621	+ 4 442	- 9 147
2005 Jan.	+ 6 812	+ 13 333	- 1 464	- 2 652	+ 215	- 2 621	- 1 218	+ 11 994	- 353	- 17 234	- 1 641
Febr.	+ 9 086	+ 13 571	- 944	- 1 796	+ 618	- 2 363	- 106	- 9 437	+ 494	- 37	+ 18 279
März	+ 12 049	+ 16 324	- 1 006	- 1 873	+ 947	- 2 344	- 169	- 26 590	- 322	+ 15 032	- 23 451
April	+ 7 176	+ 12 719	- 1 073	- 936	- 2 055	- 1 479	- 199	- 20 838	+ 404	+ 13 457	+ 13 005
Mai	+ 5 541	+ 12 079	- 993	- 2 460	- 1 021	- 2 063	+ 273	+ 10 620	- 141	- 16 293	- 16 881
Juni	+ 11 027	+ 16 746	- 1 334	- 2 240	+ 800	- 2 945	+ 32	- 11 318	+ 967	- 707	+ 19 723
Juli	+ 7 604	+ 14 466	- 1 254	- 3 606	+ 593	- 2 595	+ 101	- 5 985	+ 324	- 2 044	- 1 210
Aug. p)	+ 2 459	+ 11 562	- 1 565	- 5 669	+ 215	- 2 084	- 91	- 4 937	+ 932	+ 1 637	- 20 142

1 Ergebnisse ab Anfang 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3 Ab Januar 1993 einschl. der Zuschätzungen für nicht meldepflichtigen Außenhandel, die bis Dezember 1992 in den Ergänzungen zum Warenverkehr

enthalten sind. — 4 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 5 S. Fußnote 3. — 6 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 7 Kapitalexport: -. — 8 Zunahme: - .

X. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2002	2003	2004 1)	2005					
					Jan. / Jul.	April	Mai	Juni	Juli	August 2)
Alle Länder 2)	Ausfuhr	651 320	664 455	731 092	446 767	64 496	63 546	68 743	64 498	63 413
	Einfuhr	518 532	534 534	575 973	347 529	51 777	51 468	51 998	50 032	51 851
	Saldo	+ 132 788	+ 129 921	+ 155 119	+ 99 238	+ 12 719	+ 12 079	+ 16 746	+ 14 466	+ 11 562
I. Europäische Länder	Ausfuhr	470 873	490 672	541 391	332 217	48 296	47 710	51 000	46 763	...
	Einfuhr	372 955	384 939	409 245	249 923	37 112	37 252	37 154	35 552	...
	Saldo	+ 97 918	+ 105 733	+ 132 146	+ 82 294	+ 11 184	+ 10 458	+ 13 846	+ 11 211	...
1. EU-Länder (25)	Ausfuhr	408 286	426 342	466 280	285 993	41 849	41 007	43 642	39 876	...
	Einfuhr	314 981	324 043	342 694	208 654	30 738	31 108	31 095	30 238	...
	Saldo	+ 93 304	+ 102 299	+ 123 587	+ 77 338	+ 11 111	+ 9 899	+ 12 547	+ 9 639	...
nachrichtlich: EU-Länder (15)	Ausfuhr	354 813	369 776	404 796	248 820	36 370	35 423	37 889	34 544	...
	Einfuhr	262 849	266 404	284 564	175 813	25 983	26 205	26 143	25 367	...
	Saldo	+ 91 964	+ 103 372	+ 120 232	+ 73 007	+ 10 388	+ 9 218	+ 11 746	+ 9 177	...
EWU-Länder	Ausfuhr	276 270	288 668	317 672	196 104	28 777	27 935	30 145	27 020	...
	Einfuhr	211 642	215 705	231 020	141 968	20 992	20 987	21 061	20 453	...
	Saldo	+ 64 628	+ 72 963	+ 86 652	+ 54 136	+ 7 785	+ 6 948	+ 9 084	+ 6 567	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	34 108	38 413	44 169	27 411	4 080	3 850	4 208	3 429	...
	Einfuhr	26 505	26 132	29 332	19 522	2 985	2 910	2 872	2 736	...
	Saldo	+ 7 603	+ 12 282	+ 14 837	+ 7 889	+ 1 095	+ 941	+ 1 337	+ 693	...
Frankreich	Ausfuhr	68 721	69 025	74 493	46 749	6 945	6 665	7 085	6 183	...
	Einfuhr	48 200	48 545	51 451	31 143	4 903	4 571	4 765	4 320	...
	Saldo	+ 20 521	+ 20 480	+ 23 042	+ 15 606	+ 2 042	+ 2 093	+ 2 320	+ 1 863	...
Italien	Ausfuhr	47 335	48 414	51 934	31 783	4 564	4 441	4 940	4 614	...
	Einfuhr	33 482	34 259	35 178	20 763	3 146	3 121	2 994	3 029	...
	Saldo	+ 13 853	+ 14 156	+ 16 756	+ 11 020	+ 1 418	+ 1 319	+ 1 947	+ 1 585	...
Niederlande	Ausfuhr	40 463	42 219	46 126	27 076	3 910	3 938	4 148	3 810	...
	Einfuhr	40 751	42 301	46 602	29 783	3 845	4 528	4 392	4 196	...
	Saldo	- 288	- 83	- 476	- 2 707	+ 65	- 590	- 244	- 386	...
Österreich	Ausfuhr	33 863	35 857	39 972	23 592	3 427	3 484	3 555	3 343	...
	Einfuhr	21 047	21 453	24 397	14 262	2 114	2 049	2 148	2 205	...
	Saldo	+ 12 816	+ 14 404	+ 15 575	+ 9 330	+ 1 313	+ 1 435	+ 1 407	+ 1 137	...
Spanien	Ausfuhr	29 436	32 364	36 309	23 851	3 476	3 473	3 804	3 433	...
	Einfuhr	15 532	16 518	17 108	10 782	1 613	1 664	1 561	1 418	...
	Saldo	+ 13 903	+ 15 846	+ 19 202	+ 13 069	+ 1 864	+ 1 809	+ 2 243	+ 2 015	...
Anderer EU-Länder	Ausfuhr	132 016	137 674	148 608	89 889	13 072	13 072	13 498	12 856	...
	Einfuhr	103 339	108 337	111 673	66 686	9 746	10 121	10 034	9 785	...
	Saldo	+ 28 677	+ 29 336	+ 36 935	+ 23 202	+ 3 326	+ 2 951	+ 3 464	+ 3 072	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	53 761	55 597	60 025	36 212	5 153	4 973	5 266	5 392	...
	Einfuhr	33 075	31 712	33 768	22 051	3 250	3 268	3 351	3 339	...
	Saldo	+ 20 685	+ 23 885	+ 26 257	+ 14 161	+ 1 903	+ 1 705	+ 1 915	+ 2 053	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	62 588	64 331	75 111	46 224	6 447	6 703	7 358	6 886	...
	Einfuhr	57 974	60 897	66 551	41 269	6 374	6 144	6 059	5 314	...
	Saldo	+ 4 614	+ 3 434	+ 8 560	+ 4 955	+ 73	+ 559	+ 1 299	+ 1 572	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	178 818	172 329	188 334	113 772	16 119	15 755	17 512	17 649	...
	Einfuhr	144 950	148 895	163 688	97 248	14 611	14 158	14 791	14 429	...
	Saldo	+ 33 869	+ 23 434	+ 24 646	+ 16 524	+ 1 509	+ 1 597	+ 2 722	+ 3 221	...
1. Afrika	Ausfuhr	11 797	12 072	13 603	8 410	1 197	1 210	1 299	1 317	...
	Einfuhr	10 248	10 239	10 498	6 828	1 140	1 055	927	926	...
	Saldo	+ 1 549	+ 1 832	+ 3 104	+ 1 582	+ 57	+ 155	+ 372	+ 391	...
2. Amerika	Ausfuhr	89 081	79 629	84 514	51 503	7 403	7 079	8 154	7 971	...
	Einfuhr	52 822	51 948	53 965	31 889	5 026	4 654	5 112	4 615	...
	Saldo	+ 36 259	+ 27 681	+ 30 549	+ 19 615	+ 2 377	+ 2 425	+ 3 043	+ 3 356	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	68 263	61 654	64 802	38 797	5 562	5 418	6 274	5 746	...
	Einfuhr	40 376	39 231	40 265	23 359	3 712	3 357	3 768	3 264	...
	Saldo	+ 27 887	+ 22 423	+ 24 538	+ 15 438	+ 1 850	+ 2 061	+ 2 506	+ 2 482	...
3. Asien	Ausfuhr	72 915	75 620	84 727	50 566	7 078	6 998	7 578	7 853	...
	Einfuhr	79 892	84 783	97 190	57 399	8 297	8 279	8 545	8 720	...
	Saldo	- 6 977	- 9 162	- 12 462	- 6 833	- 1 219	- 1 281	- 966	- 867	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	15 045	15 511	17 351	11 459	1 498	1 649	1 749	1 847	...
	Einfuhr	4 696	4 469	4 382	2 575	357	391	370	421	...
	Saldo	+ 10 349	+ 11 043	+ 12 969	+ 8 884	+ 1 141	+ 1 258	+ 1 379	+ 1 426	...
Japan	Ausfuhr	12 576	11 889	12 693	7 735	1 147	940	1 062	1 106	...
	Einfuhr	19 896	19 684	21 094	11 914	1 853	1 663	1 837	1 703	...
	Saldo	- 7 320	- 7 795	- 8 401	- 4 179	- 706	- 722	- 775	- 597	...
Volksrepublik China 3)	Ausfuhr	14 571	18 265	20 995	11 423	1 596	1 624	1 683	1 938	...
	Einfuhr	21 338	25 681	32 455	20 989	2 855	3 027	3 168	3 371	...
	Saldo	- 6 768	- 7 417	- 11 460	- 9 567	- 1 259	- 1 403	- 1 485	- 1 433	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	5 026	5 008	5 490	3 293	442	468	481	508	...
	Einfuhr	1 988	1 925	2 035	1 132	147	170	207	168	...
	Saldo	+ 3 038	+ 3 083	+ 3 454	+ 2 161	+ 294	+ 298	+ 274	+ 340	...
Nachrichtlich:										
Südostasiatische Schwellenländer 4)	Ausfuhr	25 282	24 515	26 814	15 482	2 202	2 159	2 397	2 252	...
	Einfuhr	26 660	27 119	29 989	16 396	2 398	2 353	2 360	2 392	...
	Saldo	- 1 377	- 2 603	- 3 175	- 914	- 197	- 194	+ 36	- 140	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Die Angaben für „Alle Länder“ enthalten für das Jahr 2004 Korrekturen, die für die Nicht-EU-Länder regional auf-

gliedert noch nicht vorliegen. — 2 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 3 Ohne Hongkong. — 4 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

X. Außenwirtschaft
**4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)**

Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbsein- kommen ⁵⁾	Vermögens- einkommen (Kapital- erträge)	
	insgesamt	Reise- verkehr ¹⁾	Transport ²⁾	Finanz- dienst- leistungen	Patente und Lizenzen	Regierungs- leistungen ³⁾	übrige Dienstleistungen						
							zusammen	darunter:		Erwerbsein- kommen ⁵⁾			Vermögens- einkommen (Kapital- erträge)
								Entgelte für selb- ständige Tätigkeit ⁴⁾	Bauleistungen, Montagen, Ausbes- serungen				
2000	- 49 006	- 37 188	+ 3 386	+ 1 668	- 3 012	+ 2 221	- 16 081	- 2 757	- 753	- 651	- 6 625		
2001	- 49 862	- 37 821	+ 4 254	+ 1 080	- 2 431	+ 3 488	- 18 433	- 2 544	- 591	- 359	- 9 115		
2002	- 35 473	- 35 154	+ 2 771	+ 1 418	- 1 556	+ 5 237	- 8 188	- 2 028	+ 497	- 30	- 14 712		
2003	- 33 970	- 36 761	+ 1 719	+ 1 624	- 755	+ 5 086	- 4 884	- 1 814	+ 1 440	- 155	- 13 628		
2004	- 30 964	- 34 822	+ 4 318	+ 1 626	- 531	+ 5 316	- 6 870	- 1 342	+ 819	+ 262	- 145		
2003 4.Vj.	- 4 590	- 6 823	+ 582	+ 443	+ 23	+ 1 266	- 81	- 344	+ 374	- 1	- 2 009		
2004 1.Vj.	- 7 088	- 6 493	+ 590	+ 389	- 167	+ 1 275	- 2 681	- 336	+ 267	+ 308	- 771		
2004 2.Vj.	- 5 945	- 8 722	+ 1 532	+ 306	- 291	+ 1 442	- 213	- 368	+ 71	- 11	- 2 390		
2004 3.Vj.	- 11 400	- 13 584	+ 1 011	+ 464	+ 21	+ 1 425	- 738	- 294	+ 220	- 161	+ 1 632		
2004 4.Vj.	- 6 531	- 6 023	+ 1 184	+ 466	- 94	+ 1 174	- 3 238	- 344	+ 261	+ 127	+ 1 384		
2005 1.Vj.	- 6 322	- 6 924	+ 1 202	+ 404	+ 1 010	+ 1 104	- 3 117	- 341	+ 91	+ 246	+ 1 534		
2005 2.Vj.	- 5 636	- 7 799	+ 1 470	+ 474	- 302	+ 950	- 429	- 350	+ 35	- 138	- 2 138		
2004 Okt.	- 2 643	- 3 290	+ 410	+ 124	- 2	+ 381	- 266	- 77	+ 111	+ 37	+ 304		
2004 Nov.	- 1 498	- 1 852	+ 381	+ 128	- 38	+ 371	- 489	- 119	+ 5	+ 36	+ 417		
2004 Dez.	- 2 389	- 882	+ 394	+ 214	- 55	+ 421	- 2 483	- 148	+ 144	+ 54	+ 662		
2005 Jan.	- 2 652	- 2 346	+ 252	+ 140	+ 1 175	+ 379	- 2 253	- 136	- 5	+ 87	+ 129		
2005 Febr.	- 1 796	- 2 104	+ 476	+ 74	+ 22	+ 343	- 608	- 89	- 76	+ 74	+ 544		
2005 März	- 1 873	- 2 474	+ 473	+ 190	- 187	+ 382	- 257	- 116	+ 172	+ 85	+ 862		
2005 April	- 936	- 1 692	+ 435	+ 204	- 249	+ 325	+ 42	- 101	+ 102	- 47	- 2 008		
2005 Mai	- 2 460	- 2 830	+ 511	+ 138	+ 2	+ 303	- 584	- 118	- 13	- 48	- 973		
2005 Juni	- 2 240	- 3 277	+ 524	+ 132	- 54	+ 322	+ 114	- 131	- 54	- 43	+ 843		
2005 Juli	- 3 606	- 3 601	+ 578	- 21	- 288	+ 221	- 496	- 163	+ 31	- 92	+ 685		
2005 Aug.	- 5 669	- 5 985	+ 603	+ 110	- 9	+ 401	- 789	- 130	- 23	- 71	+ 285		

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

**5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)**
**6. Vermögensübertragungen
(Salden)**

Mio €

Zeit	Öffentlich ¹⁾						Privat ¹⁾			Insgesamt ⁴⁾	Öffentlich ¹⁾	Privat ¹⁾
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen ²⁾		sonstige laufende Übertragungen ³⁾	Insgesamt	Über- weisungen der Gast- arbeiter	sonstige laufende Übertragungen				
			zusammen	darunter: Europäische Gemein- schaften								
2000	- 28 354	- 19 094	- 17 100	- 15 398	- 1 995	- 9 260	- 3 458	- 5 802	- 1 599	- 1 189	- 410	
2001	- 27 416	- 16 927	- 14 257	- 12 587	- 2 670	- 10 489	- 3 520	- 6 969	- 387	- 1 361	+ 974	
2002	- 28 061	- 16 286	- 13 045	- 11 214	- 3 241	- 11 776	- 3 470	- 8 305	- 212	- 1 416	+ 1 204	
2003	- 28 684	- 18 730	- 15 426	- 13 730	- 3 304	- 9 954	- 3 332	- 6 622	+ 312	- 1 238	+ 1 550	
2004	- 28 423	- 17 570	- 14 216	- 12 739	- 3 354	- 10 853	- 3 180	- 7 673	+ 430	- 1 094	+ 1 524	
2003 4.Vj.	- 6 351	- 4 099	- 2 859	- 2 662	- 1 240	- 2 251	- 833	- 1 418	- 16	- 461	+ 445	
2004 1.Vj.	- 5 711	- 3 169	- 2 316	- 1 672	- 853	- 2 541	- 795	- 1 747	+ 280	- 254	+ 535	
2004 2.Vj.	- 7 553	- 4 457	- 4 469	- 4 162	+ 12	- 3 096	- 795	- 2 301	+ 177	- 239	+ 416	
2004 3.Vj.	- 8 605	- 5 714	- 4 434	- 4 142	- 1 280	- 2 891	- 795	- 2 096	+ 191	- 261	+ 451	
2004 4.Vj.	- 6 554	- 4 229	- 2 996	- 2 763	- 1 233	- 2 324	- 795	- 1 529	- 218	- 340	+ 122	
2005 1.Vj.	- 7 328	- 4 720	- 3 734	- 3 189	- 986	- 2 608	- 732	- 1 877	- 1 493	- 2 040	+ 547	
2005 2.Vj.	- 6 488	- 3 534	- 3 771	- 3 322	+ 236	- 2 953	- 732	- 2 222	+ 105	- 315	+ 420	
2004 Okt.	- 2 524	- 1 739	- 1 285	- 1 224	- 454	- 785	- 265	- 520	- 22	- 95	+ 73	
2004 Nov.	- 2 380	- 1 666	- 1 213	- 1 126	- 453	- 715	- 265	- 450	- 186	- 117	- 69	
2004 Dez.	- 1 650	- 825	- 498	- 413	- 327	- 825	- 265	- 560	- 10	- 128	+ 118	
2005 Jan.	- 2 621	- 1 739	- 1 456	- 1 156	- 283	- 881	- 244	- 638	- 1 218	- 1 896	+ 678	
2005 Febr.	- 2 363	- 1 484	- 1 059	- 901	- 426	- 879	- 244	- 635	- 106	- 63	- 43	
2005 März	- 2 344	- 1 496	- 1 219	- 1 132	- 277	- 848	- 244	- 604	- 169	- 81	- 88	
2005 April	- 1 479	- 591	- 1 043	- 987	+ 452	- 888	- 244	- 644	- 199	- 101	- 98	
2005 Mai	- 2 063	- 922	- 1 014	- 949	+ 91	- 1 141	- 244	- 897	+ 273	- 114	+ 387	
2005 Juni	- 2 945	- 2 021	- 1 714	- 1 386	- 307	- 924	- 244	- 680	+ 32	- 99	+ 131	
2005 Juli	- 2 595	- 1 687	- 1 360	- 1 232	- 328	- 908	- 244	- 664	+ 101	- 88	+ 189	
2005 Aug.	- 2 084	- 1 277	- 1 208	- 1 053	- 69	- 807	- 244	- 563	- 91	- 144	+ 53	

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2002	2003	2004	2004		2005				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 254 047	- 199 019	- 253 924	- 111 016	- 50 233	- 150 091	- 93 010	- 12 971	- 19 010	- 2 496
1. Direktinvestitionen 1)	- 16 120	+ 3 556	+ 5 853	- 9 741	+ 8 734	- 10 463	- 13 022	- 11 327	- 13	- 2 404
Beteiligungskapital	- 38 612	- 14 801	+ 25 938	+ 4 075	+ 1 188	- 2 741	- 4 905	- 1 699	- 51	- 1 424
reinvestierte Gewinne 2)	+ 9 740	+ 4 251	+ 899	+ 145	+ 925	- 220	+ 2 706	+ 602	+ 285	+ 573
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 21 345	+ 24 060	- 13 415	- 12 044	+ 8 209	- 6 713	- 9 203	- 9 204	- 111	- 1 272
übrige Anlagen	- 8 594	- 9 954	- 7 570	- 1 917	- 1 587	- 789	- 1 620	- 1 026	- 135	- 281
2. Wertpapieranlagen	- 62 944	- 47 377	- 112 900	- 25 620	- 19 534	- 66 878	- 54 557	- 23 592	+ 1 664	- 10 059
Dividendenwerte 3)	- 4 674	+ 7 434	+ 6 199	+ 6 014	- 2 127	+ 794	+ 1 040	+ 1 111	- 780	- 1 380
Investmentzertifikate 4)	- 7 088	- 4 073	- 11 951	- 3 133	+ 780	- 14 506	- 7 765	- 3 744	- 3 629	- 3 047
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 47 456	- 54 045	- 99 938	- 20 990	- 20 222	- 55 973	- 45 813	- 19 962	+ 6 824	- 4 046
Geldmarktpapiere	- 3 726	+ 3 307	- 7 210	- 7 510	+ 2 035	+ 2 808	- 2 019	- 997	- 750	- 1 586
3. Finanzderivate 6)	- 942	- 63	- 4 193	+ 426	- 3 427	- 3 437	- 567	+ 216	+ 540	- 3 295
4. Kredite	- 172 354	- 152 053	- 139 099	- 75 368	- 35 009	- 68 134	- 23 794	+ 22 052	- 20 670	+ 13 495
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 132 536	- 122 305	- 121 390	- 33 208	- 37 222	- 57 496	- 46 925	- 1 541	- 8 105	+ 19 072
langfristig	- 33 790	- 32 555	+ 6 297	- 1 007	- 1 864	- 11 076	- 20 999	- 6 301	- 5 941	- 3 688
kurzfristig	- 98 746	- 89 750	- 127 687	- 32 201	- 35 358	- 46 420	- 25 926	+ 4 760	- 2 163	+ 22 760
Unternehmen und Privatpersonen	- 10 976	- 31 245	- 17 436	- 11 920	- 639	- 14 492	+ 9 171	+ 4 392	- 2 888	+ 1 663
langfristig	- 1 396	- 2 880	- 3 363	- 1 040	- 845	- 1 091	- 2 506	- 1 737	- 600	- 101
kurzfristig 7)	- 9 580	- 28 365	- 14 072	- 10 879	+ 206	- 13 401	+ 11 678	+ 6 129	- 2 288	+ 1 764
Staat	+ 7 168	+ 1 267	+ 2 578	+ 1 191	+ 165	+ 8 686	- 1 488	- 109	- 7 522	+ 12 859
langfristig	+ 218	+ 694	+ 781	+ 183	+ 285	+ 2 200	+ 1 144	+ 14	+ 3 888	+ 610
kurzfristig 7)	+ 6 950	+ 572	+ 1 798	+ 1 008	- 120	+ 6 486	- 2 633	- 123	- 11 409	+ 12 248
Bundesbank	- 36 010	+ 230	- 2 851	- 31 431	+ 2 687	- 4 833	+ 15 449	+ 19 310	- 2 156	- 20 100
5. Sonstige Kapitalanlagen 9)	- 1 686	- 3 083	- 3 586	- 713	- 996	- 1 180	- 1 071	- 320	- 532	- 232
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 211 222	+ 152 812	+ 141 296	+ 79 182	+ 21 026	+ 126 058	+ 71 474	+ 1 653	+ 13 025	- 2 441
1. Direktinvestitionen 1)	+ 53 679	+ 23 841	- 28 054	+ 2 460	+ 1 042	- 181	+ 3 622	+ 3 910	- 3 346	- 191
Beteiligungskapital	+ 35 874	+ 40 475	+ 21 585	+ 7 235	+ 11 385	+ 941	+ 4 918	- 292	+ 426	+ 25
reinvestierte Gewinne 2)	- 7 080	- 7 668	- 6 415	- 264	- 1 152	- 621	- 2 274	- 912	- 127	+ 154
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 25 081	- 8 780	- 43 242	- 4 498	- 9 155	- 502	+ 957	+ 5 111	- 3 641	- 367
übrige Anlagen	- 197	- 186	+ 19	- 13	- 37	+ 2	+ 21	+ 4	- 4	- 3
2. Wertpapieranlagen	+ 126 710	+ 112 285	+ 133 656	+ 48 341	+ 24 233	+ 55 080	+ 85 298	+ 68 534	+ 18 767	- 947
Dividendenwerte 3)	+ 15 907	+ 24 188	- 5 198	+ 6 557	+ 491	+ 3 534	+ 26 364	+ 34 405	+ 1 172	+ 866
Investmentzertifikate	- 682	- 1 844	+ 5 064	+ 4 035	+ 1 181	+ 128	+ 821	+ 227	+ 1 941	+ 781
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 82 880	+ 67 141	+ 147 724	+ 44 516	+ 22 575	+ 41 947	+ 58 932	+ 35 775	+ 13 791	- 3 416
Geldmarktpapiere	+ 28 605	+ 22 799	- 13 934	- 6 766	- 13	+ 9 472	- 819	- 1 872	+ 1 863	+ 822
3. Kredite	+ 30 751	+ 16 647	+ 35 476	+ 28 360	- 4 314	+ 71 229	- 17 444	- 70 789	- 2 353	- 1 353
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 28 453	+ 10 701	+ 32 357	+ 28 076	- 749	+ 64 383	- 17 797	- 73 046	- 999	- 5 495
langfristig	+ 18 379	- 5 972	- 10 060	+ 5 492	- 5 154	- 2 253	+ 4 527	+ 11 393	+ 841	- 1 636
kurzfristig	+ 10 075	+ 16 672	+ 42 417	+ 22 584	+ 4 405	+ 66 636	- 22 324	- 84 439	- 1 840	- 3 859
Unternehmen und Privatpersonen	+ 3 270	+ 283	+ 7 188	- 312	- 1 990	+ 3 463	+ 510	+ 1 566	+ 1 252	+ 3 646
langfristig	+ 5 188	- 545	+ 3 919	- 490	- 325	+ 3 318	+ 8	+ 1 877	- 73	+ 528
kurzfristig 7)	- 1 918	+ 828	+ 3 269	+ 177	- 1 665	+ 145	+ 502	- 311	+ 1 325	+ 3 118
Staat	- 1 625	+ 3 680	- 1 619	+ 1 950	- 2 044	+ 5 152	+ 533	+ 1 219	- 3 271	+ 1 499
langfristig	- 125	+ 4 859	- 385	+ 1 180	- 845	+ 3 015	- 840	- 1 708	+ 319	+ 755
kurzfristig 7)	- 1 500	- 1 179	- 1 233	+ 770	- 1 199	+ 2 137	+ 1 374	+ 2 926	- 3 590	+ 744
Bundesbank	+ 653	+ 1 983	- 2 451	- 1 354	+ 469	- 1 769	- 690	- 528	+ 666	- 1 003
4. Sonstige Kapitalanlagen	+ 83	+ 40	+ 218	+ 21	+ 65	- 71	- 1	- 2	- 44	+ 50
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	- 42 825	- 46 207	- 112 628	- 31 833	- 29 208	- 24 033	- 21 536	- 11 318	- 5 985	- 4 937

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbriefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

X. Außenwirtschaft
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva							Auslandsverbindlichkeiten			Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven							Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)	netto				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	-	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	-	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	-	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit - EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven									
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven	sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EWU- Ländern		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	- 17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2004 April	102 021	78 143	35 849	7 880	34 414	312	23 134	432	9 694	92 327
Mai	89 877	76 473	35 705	7 685	33 083	312	12 641	451	8 537	81 340
Juni	69 837	76 996	35 793	7 390	33 813	312	- 7 951	480	9 003	60 834
Juli	70 865	76 076	35 721	7 395	32 960	312	- 6 009	486	8 545	62 320
Aug.	87 570	77 171	37 195	7 395	32 581	312	9 455	632	7 755	79 815
Sept.	100 176	75 729	36 680	6 996	32 054	312	23 480	655	7 625	92 552
Okt.	76 043	74 334	36 935	6 889	30 510	312	740	656	7 128	68 915
Nov.	85 702	73 506	37 527	6 685	29 294	312	11 233	651	6 937	78 765
Dez.	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005 Jan.	94 895	73 556	35 888	6 634	31 034	312	20 327	699	6 315	88 580
Febr.	75 603	72 794	36 348	6 538	29 908	312	1 809	687	5 542	70 061
März	100 452	73 813	36 399	6 143	31 271	312	25 627	699	6 322	94 131
April	87 967	74 123	36 905	6 096	31 123	312	12 782	750	6 123	81 845
Mai	107 063	76 431	37 282	6 340	32 809	350	29 451	831	6 292	100 771
Juni	90 055	78 700	39 816	5 830	33 054	350	10 141	864	5 822	84 232
Juli	90 752	77 205	38 927	5 007	33 270	350	12 291	907	6 491	84 261
Aug.	109 966	76 342	39 121	4 990	32 231	350	32 397	878	5 456	104 511
Sept.	103 805	82 825	43 325	4 994	34 506	350	19 747	883	7 580	96 225

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele					empfan- gene An- zahlungen		
Alle Länder														
2001	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2002 4)	331 671	63 817	267 854	148 913	118 941	111 406	7 535	533 423	57 696	475 727	387 850	87 877	62 622	25 255
2003	362 099	86 627	275 472	159 653	115 819	108 515	7 304	543 186	54 822	488 364	400 431	87 933	60 464	27 469
2004	377 540	98 632	278 908	159 764	119 144	112 342	6 802	506 434	50 211	456 223	361 111	95 112	63 762	31 350
2005 März r)	404 637	111 365	293 272	169 376	123 896	116 685	7 211	506 424	53 104	453 320	358 183	95 137	62 334	32 803
April r)	399 912	104 542	295 370	171 970	123 400	116 057	7 343	501 290	53 088	448 202	352 952	95 250	61 957	33 293
Mai r)	400 068	105 601	294 467	170 833	123 634	116 096	7 538	506 017	54 474	451 543	357 126	94 417	60 741	33 676
Juni r)	401 908	98 045	303 863	175 661	128 202	120 921	7 281	512 106	55 859	456 247	357 804	98 443	65 458	32 985
Juli r)	403 117	101 398	301 719	175 052	126 667	119 394	7 273	508 845	58 303	450 542	352 382	98 160	64 644	33 516
Aug.	399 351	101 521	297 830	174 386	123 444	116 235	7 209	510 571	62 444	448 127	350 991	97 136	63 087	34 049
Industrielländer 2)														
2001	298 904	61 403	237 501	151 047	86 454	79 453	7 001	466 206	57 861	408 345	340 344	68 001	54 364	13 637
2002 4)	278 074	62 861	215 213	133 509	81 704	75 996	5 708	493 155	55 770	437 385	372 464	64 921	50 731	14 190
2003	310 454	85 390	225 064	144 980	80 084	75 236	4 848	499 436	53 087	446 349	383 919	62 430	48 210	14 220
2004	335 809	97 485	238 324	148 649	89 675	84 903	4 772	468 592	48 304	420 288	349 293	70 995	53 480	17 515
2005 März r)	361 754	109 928	251 826	157 854	93 972	88 895	5 077	469 315	51 298	418 017	347 601	70 416	52 030	18 386
April r)	355 923	102 700	253 223	160 200	93 023	87 849	5 174	463 858	51 281	412 577	342 393	70 184	51 408	18 776
Mai r)	355 273	103 922	251 351	158 681	92 670	87 342	5 328	468 917	52 550	416 367	347 184	69 183	50 327	18 856
Juni r)	356 114	96 269	259 845	163 385	96 460	91 296	5 164	474 721	53 958	420 763	348 047	72 716	54 489	18 227
Juli r)	357 124	99 571	257 553	162 679	94 874	89 645	5 229	471 098	56 484	414 614	342 714	71 900	53 419	18 481
Aug.	353 381	99 660	253 721	161 873	91 848	86 578	5 270	472 783	60 661	412 122	341 058	71 064	52 061	19 003
EU-Länder 2)														
2001	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2002 4)	200 930	60 118	140 812	84 643	56 169	51 693	4 476	402 561	52 503	350 058	307 920	42 138	32 650	9 488
2003	230 673	81 430	149 243	94 092	55 151	51 459	3 692	411 811	50 304	361 507	321 010	40 497	30 855	9 642
2004	259 480	92 867	166 613	101 254	65 359	61 563	3 796	376 461	43 838	332 623	284 173	48 450	36 494	11 956
2005 März r)	281 639	106 327	175 312	106 885	68 427	64 450	3 977	380 898	46 856	334 042	285 647	48 395	35 454	12 941
April r)	277 463	98 907	178 556	110 469	68 087	64 003	4 084	376 009	46 967	329 042	280 347	48 695	35 580	13 115
Mai r)	274 017	100 025	173 992	106 378	67 614	63 415	4 199	379 894	48 221	331 673	283 799	47 874	34 771	13 103
Juni r)	272 034	92 713	179 321	109 810	69 511	65 428	4 083	383 723	49 519	334 204	283 937	50 267	37 484	12 783
Juli r)	275 711	96 116	179 595	110 734	68 861	64 735	4 126	380 039	51 935	328 104	278 313	49 791	36 937	12 854
Aug.	274 080	96 283	177 797	111 850	65 947	61 794	4 153	382 454	56 054	326 400	277 754	48 646	35 457	13 189
darunter: EWU-Mitgliedsländer 1)														
2001	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2002 4)	129 490	32 521	96 969	54 542	42 427	39 350	3 077	331 733	37 366	294 367	263 863	30 504	22 996	7 508
2003	147 633	45 887	101 746	59 279	42 467	39 619	2 848	338 794	29 541	309 253	279 101	30 152	22 748	7 404
2004	164 160	55 995	108 165	63 310	44 855	42 231	2 624	305 864	28 295	277 569	244 860	32 709	24 258	8 451
2005 März	175 685	60 865	114 820	68 111	46 709	43 953	2 756	312 147	29 092	283 055	250 656	32 399	23 270	9 129
April	173 153	58 239	114 914	68 253	46 661	43 833	2 828	311 548	28 801	282 747	250 293	32 454	23 288	9 166
Mai	170 024	59 185	110 839	64 818	46 021	43 081	2 940	314 259	29 796	284 463	253 106	31 357	22 314	9 043
Juni	169 344	53 639	115 705	68 377	47 328	44 490	2 838	315 953	29 801	286 152	253 133	33 019	24 049	8 970
Juli r)	172 579	57 070	115 509	69 272	46 237	43 359	2 878	309 986	30 160	279 826	247 496	32 330	23 338	8 992
Aug.	175 804	61 453	114 351	70 430	43 921	41 001	2 920	309 063	31 545	277 518	246 975	30 543	21 372	9 171
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2001	59 216	1 031	58 185	20 892	37 293	35 404	1 889	39 060	2 271	36 789	14 217	22 572	11 624	10 948
2002 4)	53 597	956	52 641	15 404	37 237	35 410	1 827	40 268	1 926	38 342	15 386	22 956	11 891	11 065
2003	51 645	1 237	50 408	14 673	35 735	33 279	2 456	43 750	1 735	42 015	16 512	25 503	12 254	13 249
2004	41 731	1 147	40 584	11 115	29 469	27 439	2 030	37 842	1 907	35 935	11 818	24 117	10 282	13 835
2005 März	42 883	1 437	41 446	11 522	29 924	27 790	2 134	37 109	1 806	35 303	10 582	24 721	10 304	14 417
April	43 989	1 842	42 147	11 770	30 377	28 208	2 169	37 432	1 807	35 625	10 559	25 066	10 549	14 517
Mai	44 795	1 679	43 116	12 152	30 964	28 754	2 210	37 100	1 924	35 176	9 942	25 234	10 414	14 820
Juni	45 794	1 776	44 018	12 276	31 742	29 625	2 117	37 385	1 901	35 484	9 757	25 727	10 969	14 758
Juli	45 993	1 827	44 166	12 373	31 793	29 749	2 044	37 747	1 819	35 928	9 668	26 260	11 225	15 035
Aug.	45 970	1 861	44 109	12 513	31 596	29 657	1 939	37 788	1 783	36 005	9 933	26 072	11 026	15 046

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle X. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2001

einschl. Griechenland. — 2 Ab Mai 2004 einschl. neuer Beitrittsländer: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. — 4 Änderung des Berichtskreises wegen Erhöhung der Meldefreigrenze.

X. Außenwirtschaft
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Vereinigtes Königreich GBP	Schweden SEK	Schweiz CHF	Norwegen NOK	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
	Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)									
1991	1,6612	1,2346	25,932	2,926	27,421	115,740	25,580	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	2,753	26,912	111,198	25,143	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	2,483	21,248	111,949	23,303	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	2,4816	21,013	118,712	22,982	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	2,2620	20,116	121,240	22,614	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	2,3478	22,434	121,891	23,292	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	2,8410	22,718	119,508	24,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	2,9142	22,128	121,414	23,297	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	0,65874	8,8075	1,6003	8,3104	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	0,60948	8,4452	1,5579	8,1129	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	0,62187	9,2551	1,5105	8,0484	1,3864	1,7319	2,1300
2002	0,9456	118,06	7,4305	0,62883	9,1611	1,4670	7,5086	1,4838	1,7376	2,0366
2003	1,1312	130,97	7,4307	0,69199	9,1242	1,5212	8,0033	1,5817	1,7379	1,9438
2004	1,2439	134,44	7,4399	0,67866	9,1243	1,5438	8,3697	1,6167	1,6905	1,8731
2004 Febr.	1,2646	134,78	7,4511	0,67690	9,1763	1,5734	8,7752	1,6817	1,6260	1,8262
März	1,2262	133,13	7,4493	0,67124	9,2346	1,5670	8,5407	1,6314	1,6370	1,8566
April	1,1985	129,08	7,4436	0,66533	9,1653	1,5547	8,2976	1,6068	1,6142	1,8727
Mai	1,2007	134,48	7,4405	0,67157	9,1277	1,5400	8,2074	1,6541	1,7033	1,9484
Juni	1,2138	132,86	7,4342	0,66428	9,1430	1,5192	8,2856	1,6492	1,7483	1,9301
Juli	1,2266	134,08	7,4355	0,66576	9,1962	1,5270	8,4751	1,6220	1,7135	1,8961
Aug.	1,2176	134,54	7,4365	0,66942	9,1861	1,5387	8,3315	1,6007	1,7147	1,8604
Sept.	1,2218	134,51	7,4381	0,68130	9,0920	1,5431	8,3604	1,5767	1,7396	1,8538
Okt.	1,2490	135,97	7,4379	0,69144	9,0620	1,5426	8,2349	1,5600	1,7049	1,8280
Nov.	1,2991	136,09	7,4313	0,69862	8,9981	1,5216	8,1412	1,5540	1,6867	1,8540
Dez.	1,3408	139,14	7,4338	0,69500	8,9819	1,5364	8,2207	1,6333	1,7462	1,8737
2005 Jan.	1,3119	135,63	7,4405	0,69867	9,0476	1,5469	8,2125	1,6060	1,7147	1,8620
Febr.	1,3014	136,55	7,4427	0,68968	9,0852	1,5501	8,3199	1,6128	1,6670	1,8192
März	1,3201	138,83	7,4466	0,69233	9,0884	1,5494	8,1880	1,6064	1,6806	1,8081
April	1,2938	138,84	7,4499	0,68293	9,1670	1,5475	8,1763	1,5991	1,6738	1,7967
Mai	1,2694	135,37	7,4443	0,68399	9,1931	1,5449	8,0814	1,5942	1,6571	1,7665
Juni	1,2165	132,22	7,4448	0,66895	9,2628	1,5391	7,8932	1,5111	1,5875	1,7175
Juli	1,2037	134,75	7,4584	0,68756	9,4276	1,5578	7,9200	1,4730	1,6002	1,7732
Aug.	1,2292	135,98	7,4596	0,68527	9,3398	1,5528	7,9165	1,4819	1,6144	1,7675
Sept.	1,2256	136,06	7,4584	0,67760	9,3342	1,5496	7,8087	1,4452	1,6009	1,7515

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *) sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
	Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM										
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

renzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Nachrichtlich: Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft 1) 2)				Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 1) 3)			
	EWK-23 4)		EWK-42 5)		19 Industrieländer 3)		49 Länder 6)		US-Dollar	Pfund Sterling	Japanischer Yen	
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	Real, auf Basis des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 7)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft 7)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtumsatzes 7)	auf Basis der Verbraucherpreise				
1999	95,9	95,9	95,7	96,4	96,5	95,8	97,7	98,2	97,7	100,8	102,3	105,1
2000	86,1	86,0	85,8	85,1	87,9	85,8	91,3	92,8	91,1	105,4	105,2	117,9
2001	86,7	86,8	86,8	84,8	90,4	87,0	91,4	93,2	91,4	112,0	103,6	106,7
2002	89,2	90,3	90,2	87,9	94,8	90,8	92,2	94,2	92,6	110,7	104,2	100,8
2003	99,9	101,7	101,5	99,0	106,6	101,6	95,8	97,8	97,2	97,7	99,2	99,9
2004	103,8	105,9	105,4	103,1	111,0	105,4	96,1	99,3	98,8	89,8	103,4	101,7
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2.Vj.	96,2	96,2	96,1	97,3	96,4	95,9	98,4	98,6	98,0	102,8	102,8	99,0
3.Vj.	94,8	94,7	94,5	95,1	95,5	94,6	96,9	97,7	97,1	101,4	102,3	106,2
4.Vj.	92,9	92,7	92,4	93,3	94,3	92,7	95,3	96,3	95,8	99,1	104,1	115,2
2000 1.Vj.	89,5	89,4	89,2	88,1	91,0	89,2	93,4	94,8	93,4	101,5	106,4	114,9
2.Vj.	86,5	86,3	86,3	85,8	88,2	86,1	91,5	92,7	91,4	104,3	105,4	118,4
3.Vj.	85,1	85,1	84,9	84,2	87,0	84,8	90,7	92,1	90,3	106,2	103,9	119,2
4.Vj.	83,2	83,3	82,9	82,3	85,5	83,0	89,7	91,4	89,5	109,4	105,0	119,2
2001 1.Vj.	88,3	88,0	88,1	86,0	90,9	87,8	92,0	93,8	92,0	109,3	102,4	108,1
2.Vj.	85,3	85,4	85,2	83,3	88,8	85,6	90,7	92,7	90,7	113,4	104,1	106,9
3.Vj.	86,4	86,5	86,6	84,3	90,5	87,0	91,1	93,1	91,5	112,2	103,9	106,8
4.Vj.	86,8	87,2	87,2	85,5	91,2	87,6	91,6	93,2	91,5	113,1	104,0	104,9
2002 1.Vj.	86,0	86,9	86,8	84,6	90,4	86,8	91,3	93,3	91,0	116,6	104,9	98,8
2.Vj.	87,8	88,9	88,6	86,5	93,0	89,2	91,6	93,7	91,6	112,1	103,5	100,8
2002 Juli	91,2	92,4	.	.	97,5	93,4	.	95,0	94,0	106,0	103,5	104,3
Aug.	90,7	91,9	92,1	89,8	96,9	92,8	92,6	94,3	93,4	107,3	103,5	104,3
Sept.	90,7	92,0	.	.	97,2	93,0	.	94,5	93,4	107,6	104,7	102,5
Okt.	91,1	92,4	.	.	97,7	93,5	.	94,7	93,9	108,5	105,0	99,8
Nov.	91,9	93,1	93,4	90,7	98,5	93,9	93,3	94,7	93,6	106,8	104,3	100,8
Dez.	92,9	94,4	.	.	99,6	95,1	.	95,5	94,5	106,0	104,0	99,6
2003 Jan.	95,3	96,8	.	.	102,3	97,6	.	96,2	95,5	103,0	102,6	100,4
Febr.	96,6	98,2	97,5	95,3	103,7	98,9	94,7	96,8	96,3	102,2	101,2	99,2
März	97,4	98,9	.	.	104,4	99,5	.	97,0	96,5	101,4	99,3	99,8
April	97,9	99,6	.	.	104,6	99,6	.	97,3	96,5	101,4	98,7	98,6
Mai	101,8	103,6	102,3	99,7	108,5	103,3	96,4	98,7	98,0	96,7	96,9	97,7
Juni	102,2	104,1	.	.	108,8	103,7	.	99,0	98,3	96,1	98,9	96,3
Juli	101,0	102,9	.	.	107,2	102,3	.	98,4	97,5	97,8	98,5	97,3
Aug.	99,8	101,7	102,0	99,8	106,0	101,1	95,9	97,9	96,9	99,1	98,1	98,3
Sept.	99,6	101,6	.	.	105,9	101,0	.	97,5	96,8	97,2	98,2	101,1
Okt.	101,3	103,3	.	.	108,0	102,9	.	98,0	97,5	93,3	98,8	103,7
Nov.	101,2	103,2	104,2	101,2	108,0	102,9	96,2	98,0	97,4	93,0	99,5	103,9
Dez.	104,2	106,3	.	.	111,2	106,0	.	99,2	99,1	90,6	99,5	102,9
2004 Jan.	105,4	107,4	.	.	112,5	106,9	.	99,8	99,6	88,9	101,6	102,9
Febr.	105,3	107,3	106,2	104,1	112,3	106,8	96,7	99,5	99,5	89,3	104,1	102,4
März	103,4	105,4	.	.	110,2	104,7	.	99,1	98,6	90,9	104,2	102,1
April	101,6	103,6	.	.	108,3	103,0	.	98,5	97,7	91,8	104,3	104,0
Mai	102,4	104,4	104,0	101,6	109,5	104,1	95,4	98,7	98,3	93,4	103,7	100,0
Juni	102,3	104,2	.	.	109,6	104,0	.	98,5	98,1	91,9	104,9	101,6
Juli	102,8	104,8	.	.	110,1	104,5	.	98,8	98,3	90,9	105,0	101,2
Aug.	102,7	104,8	104,5	102,2	109,9	104,4	95,7	99,1	98,4	91,3	104,6	100,5
Sept.	103,0	105,1	.	.	110,3	104,6	.	99,2	98,4	90,7	102,8	100,8
Okt.	104,2	106,3	.	.	111,5	105,8	.	99,6	99,0	88,9	101,8	100,8
Nov.	105,6	107,6	107,0	104,6	113,1	107,1	96,5	99,9	99,3	85,4	101,4	102,6
Dez.	107,1	109,3	.	.	114,4	108,5	.	100,9	100,2	84,3	102,8	102,0
2005 Jan.	105,8	108,0	.	.	112,9	106,9	.	99,2	99,2	85,3	101,7	103,6
Febr.	105,1	107,2	107,0	104,3	111,9	105,8	p)	96,3	100,1	98,7	102,9	102,4
März	106,0	108,2	.	.	112,9	106,8	.	100,4	98,9	85,3	103,0	101,4
April	105,1	107,2	.	.	111,9	105,8	.	99,9	98,5	86,8	104,0	100,4
Mai	104,0	106,2	104,8	102,7	110,6	104,6	p)	95,1	99,6	97,9	103,2	102,0
Juni	101,2	103,5	.	.	107,6	101,9	.	98,6	96,6	89,6	104,4	102,0
Juli	101,7	103,8	.	.	108,0	102,0	.	99,0	96,8	90,7	101,6	99,8
Aug.	102,3	104,5	108,7	102,7	p)	94,4	99,2	97,1	102,4	99,9
Sept.	101,8	104,0	.	.	108,2	102,2	.	99,0	96,7	88,8	103,4	99,5

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). Im Unterschied zur Fußnote 4 beruhen die verwendeten Gewichte auf dem entsprechenden Handel im Zeitraum 1995 bis 1997. — 2 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 3 EWU-Länder sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 4 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Zypern. Die dabei verwendeten

Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorliegen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. — 5 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-23-Gruppe (siehe Fußnote 4) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Rumänien, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand und Türkei. — 6 EWU-Länder sowie EWK-42-Länder außer Bulgarien, Lettland, Litauen und Malta. — 7 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2004 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2005 beigefügte Verzeichnis.

November 2004

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2004

Dezember 2004

- Demographische Belastungen für Wachstum und Wohlstand in Deutschland
- Der Versicherungssektor als Finanzintermediär
- Credit Default Swaps – Funktionen, Bedeutung und Informationsgehalt

Januar 2005

- Der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisen
- Direktinvestitionen und grenzüberschreitende Dienstleistungen deutscher Banken
- Zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Februar 2005

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2004/2005

März 2005

- Kreditentwicklung, Bankkapital und Wirtschaftsaktivität
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2004

April 2005

- Die Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Defizitbegrenzende Haushaltsregeln und nationaler Stabilitätspakt in Deutschland
- Die Aufsicht über Finanzkonglomerate in Deutschland

Mai 2005

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2005

Juni 2005

- Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2004
- Die außenwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Volksrepublik China

Juli 2005

- Rascher Wandel der Erwerbsarbeit
- Wechselkurs und Zinsdifferenz: jüngere Entwicklungen seit Einführung des Euro

August 2005

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2005

September 2005

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2004
- Neuere Entwicklungen im Individualzahlungsverkehr
- Zur Rolle von Volatilitätsmustern an den Finanzmärkten
- Potenzielle finanzielle Risiken beim Internationalen Währungsfonds

Oktober 2005

- Die Finanzbeziehung Deutschlands zum EU-Haushalt
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen – eine Untersuchung auf neuer Datenbasis
- Neue Transparenzregeln für Kreditinstitute
- Risikoneigung in einem dynamischen Finanzmarktumfeld

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995²⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996³⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997³⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999³⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003³⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, September 2005

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005³⁾

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2005⁴⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2005³⁾⁵⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2004, September 2005

5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, März 1999¹⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2000 bis 2002, November 2004

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, Februar 2005³⁾

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁰⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, April 2005¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2005

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2004³⁾

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

¹⁾ Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

²⁾ Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer, russischer und chinesischer Sprache verfügbar.

³⁾ Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

⁴⁾ Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar. Ausschließlich die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

⁵⁾ Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Serie 1:

Volkswirtschaftliche Studien

28/2005

Recursive robust estimation and control without commitment

29/2005

Asset pricing implications of Pareto optimality with private information

30/2005

Ultra high frequency volatility estimation with dependent microstructure noise

31/2005

Umstellung der deutschen VGR auf Vorjahrespreisbasis – Konzept und Konsequenzen für die aktuelle Wirtschaftsanalyse sowie die ökonometrische Modellierung

32/2005

Determinants of current account developments in the central and east European EU member states – consequences for the enlargement of the euro area

33/2005

An estimated DSGE model for the German economy within the euro area

34/2005

Rational inattention: a research agenda

35/2005

Monetary policy with model uncertainty: distribution forecast targeting

36/2005

Comparing the value relevance of R&D reporting in Germany: standard and selection effects

37/2005

European inflation expectations dynamics

Serie 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

7/2005

Banks' regulatory capital buffer and the business cycle: evidence for German savings and cooperative banks

8/2005

German bank lending to industrial and non-industrial countries: driven by fundamentals or different treatment?

9/2005

Accounting for distress in bank mergers

10/2005

The eurosystem money market auctions: a banking perspective

11/2005

Financial integration and systemic risk

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001³⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001³⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999³⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.